



Plenarprotokoll

99. Sitzung

Mittwoch, 10. Dezember 2008

**Zweite Lesung des Entwurfs eines
Haushaltsstrukturgesetzes zum
Haushaltsplan 2009/2010.....**

7314

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2150

Bericht und Beschlussempfehlung
des Finanzausschusses
Drucksache 16/2323

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2369 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2370

Änderungsantrag der Fraktion der
FDP
Drucksache 16/2371

Änderungsantrag der Abgeordneten
des SSW
Drucksache 16/2372

Änderungsantrag der Fraktionen von
CDU und SPD
Drucksache 16/2374

Günter Neugebauer [SPD], Be-
richterstatter..... 7314
Dr. Johann Wadephul [CDU]..... 7316
Dr. Ralf Stegner [SPD]..... 7322
Wolfgang Kubicki [FDP]..... 7329
Karl-Martin Hentschel [BÜND-
NIS 90/DIE GRÜNEN]..... 7336
Anke Spoorendonk [SSW]..... 7341

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident.....	7347	Erste Lesung des Entwurfs eines Vorschaltgesetzes zur Neuregelung der Wahl der Landrätinnen und Landräte.....	7385
Rainer Wiegard, Finanzminister....	7353		
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7356	Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD	
Beschluss: 1. Ablehnung des Antrags Drucksache 16/2370		Drucksache 16/2358	
2. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 16/2369 (neu)		Werner Kalinka [CDU].....	7385
3. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 16/2371		Klaus-Peter Puls [SPD].....	7386
4. Ablehnung des Änderungsantrags Drucksache 16/2372		Günther Hildebrand [FDP].....	7388
5. Annahme des Änderungsantrags Drucksache 16/2374		Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7389
6. Verabschiedung des Gesetzentwurfs Drucksache 16/2150 in der Fassung der Drucksache 16/2323, geändert durch die Drucksache 16/2374.....	7363	Anke Spoorendonk [SSW].....	7391
		Lothar Hay, Innenminister.....	7392
Neuordnung der Landesbankstruktur.....	7364	Beschluss: Überweisung an den Innen- und Rechtsausschuss.....	7393
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 16/2340		Deutschland braucht kein FBI: BKA-Gesetz im Bundesrat ablehnen!.....	7393
Rainer Wiegard, Finanzminister....	7364, 7382	Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
Wolfgang Kubicki [FDP].....	7366, 7381	Drucksache 16/2053	
Frank Sauter [CDU].....	7370	Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses	
Günter Neugebauer [SPD].....	7373	Drucksache 16/2355	
Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7375	Werner Kalinka [CDU], Bericht-erstatter.....	7393
Anke Spoorendonk [SSW].....	7378	Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	7393
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	7380	Peter Lehnert [CDU].....	7394
Beschluss: Berichts-antrag Drucksache 16/2340 und der Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.....	7384	Klaus-Peter Puls [SPD].....	7396
		Wolfgang Kubicki [FDP].....	7397
Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens.....	7385	Anke Spoorendonk [SSW].....	7398
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD		Lothar Hay, Innenminister.....	7400
Drucksache 16/2345		Beschluss: Ablehnung.....	7401
Beschluss: Überweisung an den Sozialausschuss.....	7385		

* * * *

Regierungsbank:

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident

Ute Erdsiek-Rave, Stellvertreterin des Ministerpräsidenten und Ministerin für Bildung und Frauen

Uwe Döring, Minister für Justiz, Arbeit und Europa

Lothar Hay, Innenminister

Dr. Christian von Boetticher, Minister für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume

Rainer Wiegard, Finanzminister

Dr. Werner Marnette, Minister für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr

Dr. Gitta Trauernicht, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren

* * * *

Beginn: 10:04 Uhr

Präsident Martin Kayenburg:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 38. Tagung des Schleswig-Holsteinischen Landtags. Das Haus ist ordnungsgemäß einberufen und beschlussfähig.

Erkrankt sind die Kolleginnen und Kollegen Susanne Herold, Tobias Koch und Anette Langner. - Wir wünschen allen von hier aus gute Besserung.

(Beifall)

Beurlaubt ist die Kollegin Ulrike Rodust.

Meine Damen und Herren, ich habe Ihnen eine Aufstellung der im Ältestenrat vereinbarten Redezeiten übermittelt. Der Ältestenrat hat sich verständigt, die Tagesordnung in der ausgedruckten Reihenfolge mit folgenden Maßgaben zu behandeln: Zu den Tagesordnungspunkten 2, 3, 7 bis 12, 14, 17, 27, 30, 31, 33 bis 38, 40, 43 und 47 ist eine Aussprache nicht geplant.

Von der Tagesordnung abgesetzt werden sollen die Tagesordnungspunkte 16, 22 und 39.

Verschiebungen innerhalb der Tagesordnung sind auf dem gerade verteilten rosafarbenen Zettel kenntlich gemacht. Anträge zu einer Fragestunde oder einer Aktuellen Stunde liegen nicht vor.

Wann die weiteren Tagesordnungspunkte voraussichtlich aufgerufen werden, ergibt sich aus der Ihnen vorliegenden Übersicht über die Reihenfolge der Beratungen in der 38. Tagung.

Wir werden jeweils unter Einschluss einer zweistündigen Mittagspause heute und morgen längstens bis 18 Uhr tagen. Für Freitag ist keine Mittagspause vorgesehen, sondern die Sitzung wird voraussichtlich gegen 14 Uhr enden.

Auf der Tribüne begrüßen wir ganz herzlich Schülerinnen und Schüler mit ihren Lehrkräften von der Grund- und Hauptschule Rickling sowie Rechtspflegeranwärterinnen und -anwärter des Amtsgerichts Kiel. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Meine Damen und Herren, vielleicht darf ich vor Eintritt in die Tagesordnung daran erinnern, dass wir heute den 60. Jahrestag der Erklärung der Menschenrechte, der Resolution 217/A-(III) der UN-Generalversammlung, begehen. Dort ist formuliert - vielleicht passt das auch zu dieser Tagung und der vorweihnachtlichen Zeit -:

(Präsident Martin Kayenburg)

„Alle Menschen sind frei und gleich in Würde und Rechten geboren. Sie sind mit Vernunft und Gewissen begabt und sollen einander im Geiste der Brüderlichkeit beegnen.“

Damit treten wir in die Tagesordnung, und ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Zweite Lesung des Entwurfs eines Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 16/2150

Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses
Drucksache 16/2323

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2369 (neu)

Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 16/2370

Änderungsantrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2371

Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW
Drucksache 16/2372

Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2374

Ich erteile das Wort dem Berichterstatter des Finanzausschusses, Herrn Abgeordneten Günter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! Sie werden sich erinnern: Am 10. September dieses Jahres hat der Landtag den dritten Doppelhaushalt in seiner Geschichte in erster Lesung hier im Haus debattiert und dem Finanzausschuss überwiesen. Heute wollen wir über das Haushaltsstrukturgesetz in zweiter Lesung beraten und abstimmen.

In den letzten Wochen und Monaten haben wir uns im Finanzausschuss, in den Fraktionen oder als Abgeordnete in unzähligen Sitzungen, Gesprächen und Schriftwechseln intensiv mit dem Landeshaushalt für die beiden kommenden Jahre befasst. Der Finanzausschuss hat gemeinsam mit den betroffenen Fachausschüssen an mehreren Tagen die Einzel-

planberatungen durchgeführt und sich in der Beratung auf politische Schwerpunkte konzentriert.

Entsprechend der Absprache zwischen den Fraktionen und der Regierung haben die Fraktionen sehr frühzeitig ihre schriftlichen Anfragen zum Haushalt eingebracht. Ich möchte gern bemerken, dass die Ministerien zuverlässig und zeitgemäß diese Anfragen auch beantwortet haben, sodass sie in die Beratungen der Fachausschüsse und des Finanzausschusses einfließen konnten.

Lassen Sie mich deswegen an dieser Stelle den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Landesregierung, insbesondere denen des Finanzministeriums, ganz herzlich für diese zeitnahe und zuverlässige Zusammenarbeit und Zuarbeit danken.

(Beifall)

Bedanken möchte ich mich auch bei Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen im Finanzausschuss, dafür, dass Sie es mir als Vorsitzendem einigermaßen leicht gemacht haben. Und ich möchte mich auch stellvertretend für andere besonders beim Präsidenten des Landesrechnungshofs für die konstruktive Zusammenarbeit ganz herzlich bedanken.

Eine wesentlich Rolle in den Beratungen spielten naturgemäß zusätzliche Anstrengungen im Bildungsbereich, die **Finanzsituation** des Landes, die Verschuldung und die in der Verfassung vorgegebene Grenze der Neuverschuldung, die Entwicklung der Steuereinnahmen und der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die Finanzmarktkrise und ihre Auswirkungen auf die Realwirtschaft sowie die Entwicklung der HSH Nordbank, mit der wir uns in mehreren Sondersitzungen befasst haben.

In der Sitzung am 20. November 2008 war die Nachschiebeliste der Landesregierung Gegenstand der Beratungen, mit der die Ergebnisse der November-Steuerschätzung und zwischenzeitliche Änderungen aufgenommen wurden; sie musste an zahlreichen Stellen zulasten der Landeskasse nachgebessert werden. Ich möchte als Beispiel die Ausgaben für Versorgung und Beihilfe nennen, den Digitalfunk, das beitragsfreie Kindergartenjahr oder den Schulbau. Sie wissen, dass auf der anderen Seite der Bilanz das Land erstmalig im nächsten Jahr nicht mehr mit der **Dividende** aus unserer Beteiligung an der **HSH Nordbank** wird rechnen können.

Zur Sitzung am 27. November dieses Jahres legten die Oppositionsfraktionen ihre Änderungsanträge vereinbarungsgemäß vor; die Haushaltsanträge der Koalitionsfraktionen - mir fällt es nicht leicht, das zu sagen - wurden dagegen erst wenige Minuten

(Günter Neugebauer)

nach Ende der entsprechenden Finanzausschusssitzung eingebracht, lagen aber dann doch den Beratungen in den Fraktionen zugrunde.

Während die Anträge der Oppositionsfraktionen im Saldo zu weiteren Einsparungen kommen - ohne dass ich jetzt Inhalte bewerten will und darf -, steigern die Koalitionsfraktionen mit ihren Änderungsanträgen die **Ausgaben** gegenüber dem Regierungsentwurf. Die Koalitionsfraktionen verweisen darauf, dass der Landeshaushalt mit einer **Nettokreditaufnahme** von jährlich gut 600 Millionen € im Gegensatz zu den Vorjahren bei der Aufstellung wieder verfassungsgemäß ist. Ihnen ist nicht unbekannt geblieben, dass der Finanzausschuss und insbesondere der Vorsitzende hier eine restriktivere Auffassung haben. Denn, meine Damen und Herren, neben den Haushaltsberatungen beschäftigte sich die Arbeitsgruppe „Haushaltsprüfung“ als Unterausschuss des Finanzausschusses mit den diesjährigen **Bemerkungen des Landesrechnungshofs** und der dramatischen Finanzlage des Landes. In ihren Voten, die der Landtag in dieser Tagung noch beschließen will, kommt sie zu folgendem Schluss, der übrigens vom Finanzausschuss einstimmig gebilligt worden ist - ich will auszugsweise zitieren -:

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben dagegen gestimmt!)

- Sie haben dagegen gestimmt?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die Grünen haben dagegen gestimmt! - Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wir haben dagegen gestimmt, weil Sie Personal in den Kernbereichen abbauen wollen! Das wollen wir nicht!)

- Dann korrigiere ich meine Aussage, Frau Kollegin; ich bitte um Nachsicht.

Ich will nun zitieren, meine Damen und Herren:

„Die Finanzlage des Landes ist immer noch katastrophal. Die Ausgaben steigen stärker als geplant. Das Land hat derzeit 23 Milliarden € Schulden. Die weiterhin zunehmenden Schulden führen zu immer höheren Zinsausgaben.“

Weiter heißt es:

„Um die Finanzen des Landes zu sanieren, muss das Land seine Ausgaben an seine Einnahmen anpassen und alsbald ohne neue Schulden auskommen.“

Weiter heißt es:

„Höhere Ausgaben für einzelne Zwecke und neue Ausgabentatbestände sind nur durch gleichzeitiges Streichen an anderen Ausgaben in der gleichen Höhe zu finanzieren. Nur so kann das Land einen wirksamen eigenen Beitrag zur Sanierung der Landesfinanzen leisten.“

So weit der Beschluss des Finanzausschusses, meine Damen und Herren.

Ebenfalls beschloss der Finanzausschuss - Sie können es nachlesen - die dringende Umsetzung einer **Verwaltungsstruktur- und Funktionalreform**.

Ich appelliere von dieser Stelle aus an uns alle - nicht nur an die Regierung, liebe Kolleginnen und Kollegen -: Nehmen wir diese Worte und auch das, was uns der Landesrechnungshof zuletzt mit Schreiben vom 29. Oktober ins Stammbuch geschrieben hat, ernst und

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Heften es ab!)

vergleichen es mit dem, Kollege Kubicki, was wir selbst zur Sanierung des Haushalts beschlossen haben und in dieser Tagung beschließen wollen. Wir müssen - ich denke, das ist das Credo - unser politisches Handeln gerade in diesen Zeiten tatsächlich an den finanziellen Möglichkeiten ausrichten. Sonst werden wir sehr bald handlungsunfähig sein.

Der amerikanische Schauspieler und Pädagoge Dr. Cosby hat, ohne unseren Haushalt zu kennen, auf diese Herausforderung wie folgt geantwortet:

„Ich kenne nicht den Schlüssel zum Erfolg. Aber der Schlüssel zum Scheitern ist der Versuch, es jedem recht zu machen.“

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das ist das neue Motto der SPD!)

Meine Damen und Herren, bei der Schlussabstimmung im Finanzausschuss am letzten Donnerstag wurde auf Einzelabstimmung verzichtet. Die Koalitionsfraktionen haben die Änderungsanträge der Oppositionsfraktionen in toto abgelehnt. Deswegen überrascht es nicht, dass die Oppositionsfraktionen ihre Anträge heute wiederholend dem Gesamtplenum vorstellen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sehr überraschend!)

Von den Haushaltsanträgen der Abgeordneten des SSW hat der Finanzausschuss drei Anträge angenommen. Die Änderungsvorschläge der Landesregierung und die gemeinsamen Anträge der Koalitionsfraktionen von CDU und SPD wurden mit Mehrheit angenommen.

(Günter Neugebauer)

Mit der Annahme der vom Finanzausschuss empfohlenen Änderungen verändern sich natürlich auch die **Eckwerte** des Haushalts wie folgt: Im Haushaltsjahr 2009 steigen die Ausgaben um 5,3 %, im Haushaltsjahr 2010 um 2,4 % gegenüber dem Vorjahr. Für Kreditzinsen werden wir alleine 2009 mit etwa 1 Milliarde € fast genauso viel ausgeben wie für die Bezüge unserer Lehrkräfte.

Die Investitionsquote soll in den beiden nächsten Jahren bei knapp 10 % liegen und, meine Damen und Herren, die Kreditaufnahmegrenze gemäß Artikel 53 unserer Landesverfassung wird für beide Jahre - wenn auch nur knapp - eingehalten.

Im Hinblick auf die vorgreifenden Verpflichtungsermächtigungen will ich in Erinnerung rufen, dass sie in 2009 und 2010 eine Rekordhöhe erreichen. Allein 2009 werden es 1,3 Milliarden € sein. Sie belasten damit die Haushaltsberatungen der nächsten Jahre; dessen muss sich jeder hier im Raum bewusst sein.

Meine Damen und Herren, heute verabschieden wir den Doppelhaushalt für die Jahre 2009 und 2010. Es wird die letzte Verabschiedung eines ordentlichen Haushalts in dieser Legislaturperiode sein; ich glaube, darin sind wir uns trotz unterschiedlicher Überzeugungen einig. Angesichts der Tatsache, dass die Auswirkungen der **Finanzkrise** offensichtlich die Realwirtschaft erreicht haben, kann heute natürlich niemand ausschließen, dass es bereits im Sommer nächsten Jahres nach der Mai-Steuerschätzung einer Anpassung der Ausgaben an die Einnahmen bedarf.

Ein an uns Abgeordnete gerichtetes Schreiben der landeseigenen Wirtschaftsförderungs- und Technologiesellschaft vom 27. November dieses Jahres bringt es aus meiner Sicht auf den Punkt. Ich darf zitieren:

„Dass dieses Finanzunwetter nicht ohne Auswirkungen auf die Realwirtschaft bleiben konnte, liegt auf der Hand. Es trübt sich weltweit die Stimmung und dann die tatsächliche Lage ein. Davon bleibt auch Schleswig-Holsteins Wirtschaft nicht verschont.“

Damit bestehen aus meiner Sicht erhebliche Zweifel, ob die vorliegenden Haushaltspläne die zu erwartenden Wachstumseinbrüche mit ihren Auswirkungen auf die Höhe der Steuereinnahmen berücksichtigen.

Meine Damen und Herren, ich komme zum Schluss. Im Namen der Mehrheit des Finanzausschusses darf ich Sie bitten, das Haushaltsstruktur-

gesetz und den Plan der Landeshaushalte für die Jahre 2009 und 2010 in der Fassung der Ihnen mit Drucksache 16/2323 vorliegenden Beschlussempfehlung anzunehmen.

(Beifall bei SPD, CDU und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. - Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Dann darf ich, bevor ich die Aussprache eröffne, auf der Tribüne ganz herzlich unseren früheren Kollegen Prof. Dietrich Wiebe begrüßen.

(Beifall)

Und vor allem freue ich mich, dass in der Reihe der Fraktionsvorsitzenden der Kollege Karl-Martin Hentschel einigermaßen genesen unter uns weilt. - Weiterhin gute Besserung und herzlich willkommen, lieber Herr Hentschel!

(Beifall)

Damit eröffne ich die Aussprache. Für die Fraktion der CDU hat deren Vorsitzender, der Herr Abgeordnete Dr. Johann Wadephul, das Wort.

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich beginne mit einem Dank an den Herrn Finanzausschussvorsitzenden, den Kollegen Neugebauer, der in unnachahmlicher Art und Weise überwiegend die Mehrheitsmeinung des Ausschusses wiedergegeben hat. Daneben hat er sich erlaubt, seine eigene Meinung kundzutun. Ich vermute, das wird nicht die Meinung der SPD-Fraktion sein, aber der Respekt vor dem Kollegen Neugebauer, der - wenn ich richtig informiert bin - diesem Hohen Hause seit dem Jahr 1979 angehört, gebietet es, ihm im Namen meiner Fraktion herzlich für seine Arbeit im Finanzausschuss zu danken. Er hat diese Arbeit sehr sachkundig getan, und das verdient an dieser Stelle Respekt und Dank. Herr Kollege Neugebauer, das möchte ich ausdrücklich sagen.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Herr Neugebauer, Sie gehören nicht nur in Ihrer Fraktion, sondern insbesondere auch im Wahlkreis Rendsburg zu den einflussreichen politischen Größen.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das ist die Abschiedsrede!)

(Dr. Johann Wadehul)

Wenn ich richtig informiert bin, dann gehören Sie auch in Ihrer eigenen Partei dazu. Deshalb lautet mein Appell, dass Sie alles versuchen mögen, um Ihren Parteifreund, Herrn Breitner, davon abzuhalten, gegen das Land im Zusammenhang mit der Frage der **Folgekosten der Schulreform** eine unsinnige Klage anzustreben. Ich schließe mich in dieser Frage ganz der Auffassung der Frau Bildungsministerin an. Diese **Klage** würde nur wertvolles kommunales Geld der Stadt Rendsburg verschwenden, denn diese Klage hätte keine Aussicht auf Erfolg.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Schauen wir mal!
- Weitere Zurufe von der FDP)

Es wäre für das Miteinander von Kommunen und Land angesichts des Umstandes, dass der Städtebund eine Vereinbarung mit dem Land geschlossen hat, ein gutes Zeichen, wenn die Stadt Rendsburg und Herr Breitner auf diese Klage verzichten würden. Lieber Kollege Neugebauer, setzen Sie sich dafür ein! An dieser Stelle haben Sie wiederum nicht nur von meiner Person, sondern von meiner ganzen Fraktion volle Rückendeckung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Welcher Haushalt ist der richtige? Was ist angesichts eines gewaltigen Schuldenbergs von 24 Milliarden € verantwortlich, der die Steuerzahler in Schleswig-Holstein jährlich nahezu 1 Milliarde € an Zinsen kostet? Was ist aber auch verantwortlich gegenüber den Beamtinnen und Beamten des Landes Schleswig-Holstein, denen schon vor zwei Jahren das sogenannte Weihnachtsgeld gestrichen wurde? Was ist verantwortlich gegenüber Schülerinnen und Schülern sowie deren Eltern, die im Herbst 2008 vielerorts demonstrierten und mehr Bildung, mehr Lehrer und mehr Unterricht forderten?

Die Antworten darauf sind schon naturgemäß unterschiedlich. Falsch sind nur die Antworten derjenigen, die meinen und behaupten, alle Wünsche erfüllen zu können; die Antworten der Haushaltssanierer, die Antworten der alleinigen Fürsprecher von Beamten, Kommunen und Schulen. Dieser Haushalt stellt in der Form, in der die Koalitionsfraktionen ihn vorlegen, nicht den Anspruch, alle Wünsche - seien Sie auch noch so berechtigt - zu erfüllen. Auch das Christkind kann dies nicht. Das werden wir vermutlich unter dem Weihnachtsbaum erleben. Dieser Haushalt stellt aber den Anspruch an sich und an das Land, Schwerpunkte zu setzen: Erstens. Das konsequente Zurückfahren der **Neuverschuldung**, das seinen Ausdruck in zwei verfas-

sungsgemäßen Haushalten für die Jahre 2009 und 2010 findet.

(Beifall bei der CDU)

Als die Koalitionsfraktionen den Nachtragshaushalt im Jahr 2005 unterbreiteten, haben wir dazu einen Entschließungsantrag formuliert, zu dem mein damaliger Kollege Lothar Hay und ich gesprochen haben. Die Opposition hat uns vorhergesagt, wir würden es nicht schaffen, die Nettoneuverschuldung zu halbieren. Das war das damals gesteckte Ziel. Herr Kollege Hay, die Opposition sagte damals etwas, was wir uns zu der damaligen Zeit gar nicht getraut hatten zu sagen, nämlich die Möglichkeit, in dieser Legislaturperiode einen **verfassungsgemäßen Haushalt** hinzubekommen. Deshalb haben wir mehr und nicht weniger erreicht als das, was wir versprochen haben. Das ist in der heutigen Zeit, in der die Glaubwürdigkeit der Politik oftmals bestritten wird, ein gutes Zeichen. Das ist und bleibt eine Kraftanstrengung. Deshalb möchte ich auch einiges von dem, was in der Öffentlichkeit an außerordentlich polemischer Kritik geäußert wurde, an dieser Stelle zurückweisen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Jürgen Weber [SPD])

Ich nenne an dieser Stelle zum Beispiel die **Kritik des Steuerzahlerbundes** des Landes Schleswig-Holstein. Er hat nicht nur geschrieben, wir hätten unsere Ziele der Halbierung der Nettoneuverschuldung und der Steigerung der Investitionsquote nicht erreicht. Vielmehr hat er uns als Politiker und als Parlamentarier mit dem Bild eines Suchtkranken, nämlich mit einem Alkoholiker verglichen, der den Kater der durchzechten Nacht in neuem Alkohol ertränkt. Ich finde das in der Tat abenteuerlich. Allen, die meinen, von einem Elfenbeinturm herab über die Politik, wie sie tatsächlich stattfindet, urteilen zu können, empfehle ich, sich einmal zu den Kommunen zu begeben, denen wir weiterhin strukturell 21 Millionen € aus dem kommunalen Finanzausgleich streichen. Ich kann Ihnen nur empfehlen, beispielsweise zu einer Versammlung der Gewerkschaft der Polizei zu gehen. Dort haben der Kollege Stegner und ich kürzlich gegessen. Andere haben dort Versprechungen gemacht. Ich kann denjenigen nur empfehlen, mit all den Menschen zu sprechen, denen wir weiter harte **Kürzungsmaßnahmen** zuzumuten. Es ist absolut ungerechtfertigt, unsere Sparpolitik mit einem derartigen Vergleich zu begleiten. Deshalb weise ich dies für meine Fraktion in aller Deutlichkeit zurück. Ich denke, das gilt für die Koalition insgesamt.

(Dr. Johann Wadephul)

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Wir halten **Artikel 53** der Landesverfassung trotz der Finanzkrise und trotz der Wiedereinführung der Pendlerpauschale, zu der ich später noch etwas sagen werde, wieder ein. Ich glaube, es ist angesichts der konjunkturellen Entwicklung, die wir haben und die wir zum Teil noch befürchten müssen, richtig, die **Investitionen** in beiden Haushaltsjahren noch einmal um jeweils mehr als 50 Millionen € aufzustocken.

Angesichts der **Auswirkungen der Finanzkrise** und des **Lehrermangels**, insbesondere an den Gymnasien, stehen wir in der Verantwortung, maßvoll und in einem verantwortbaren Rahmen hierauf zu reagieren. Ich denke, das haben wir getan. Nun sprechen die Grünen wörtlich von einer dreisten Darbietung der Großen Koalition. Sehr verehrte Kolleginnen und Kollegen von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, deshalb erlaube ich mir, daran zu erinnern, dass auch Sie in diesem Land Verantwortung getragen haben. Herr Kollege Matthiessen, teilweise waren auch Sie daran beteiligt, auch wenn Sie nicht ganz so viel Einfluss hatten. Ich darf Sie daran erinnern, dass auch Sie mit 8 Milliarden € an den Schulden beteiligt waren, die wir haben.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das haben wir nie geleugnet!)

- Frau Kollegin Heinold, ich muss schon sagen: Wer im Glashaus sitzt, der soll nicht mit Steinen werfen. Das gilt an dieser Stelle für Ihre Fraktion.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb höre ich mit einiger Verwunderung, dass auch Sie fordern, Personal abzubauen und Aufgaben abzugeben. Jedesmal, wenn wir das konkret vorgeschlagen haben - wir haben dazu hier schon häufig große Debatten gehabt, zum Beispiel die berühmte Debatte über bauliche Standards sowie weitere Standards in Kindergärten - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nennen Sie ein Beispiel!)

- In dieser Frage hat es in der vergangenen Legislaturperiode heftige Debatten gegeben. Dort hätten die Kommunen Geld sparen können, und Sie haben eine 100-prozentige Verweigerungshaltung eingenommen.

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Präsident Martin Kayenburg:

Ich bitte die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN um ein bisschen mehr Ruhe. Herr Fraktionsvorsitzender Dr. Wadephul, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Karl-Martin Hentschel?

Dr. Johann Wadephul [CDU]:

Ja.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Dr. Wadephul, ist es richtig, dass nach dem Eintritt der Grünen in die Regierung 1996 eine der ersten Maßnahmen war, dass die Standards für Kindergärten abgeschafft worden sind, um Waldkindergärten zu ermöglichen?

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Die baulichen Standards!)

- Ja, die baulichen Standards.

Vielleicht sollten Sie sich innerhalb Ihrer Fraktion noch einmal darüber einigen, welche Frage Sie mir wirklich in der Sache stellen wollen. Dann könnte ich darauf dezidiert eingehen. Richtig ist, dass es während Ihrer Regierungszeit nicht gelungen ist, den **Personalkörper des Landes** strukturell abzubauen, und dass wir weiterhin vor dieser Aufgabe stehen.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist falsch!)

Das, was in Ihrer Zeit geschehen ist, ist nur eine Auslagerung in andere Bereiche, die nicht mehr im Personaletat auftauchen, die das Land aber weiterhin bezahlen muss. Das ist längst analysiert und wird auch von anderen nicht bestritten.

(Beifall bei der CDU)

Wir müssen schon einen strukturellen Blick auf unseren Haushalt werfen. Der Herr Finanzminister hat darauf aufmerksam gemacht: Eines unserer größten Probleme ist, dass die **Steuerquote** pro Einwohner in Schleswig-Holstein deutlich unter dem Bundesdurchschnitt liegt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Woran das wohl liegt!)

- Herr Kollege Garg, wir müssen das zur Kenntnis nehmen und daraus die richtigen Schlüsse ziehen. Das gilt insbesondere für die Beratungen, die wir jetzt innerhalb der **Föderalismuskommission II** miteinander in Berlin führen. An dieser Stelle möchte ich sagen, dass ich zu denjenigen gehöre, die die Hoffnung darauf nicht aufgegeben haben,

(Dr. Johann Wadehul)

dass wir hier zu einer Lösung kommen. Ich möchte das, was der Herr Ministerpräsident gemeinsam mit dem Herrn Justizminister hier zum Altschuldenfonds ausgearbeitet hat, ausdrücklich unterstützen. Dieses Modell geben wir - ebenso wie vergleichbare Modelle - nicht auf.

Die reichen Bundesländer und der Bund müssen erkennen, dass Schleswig-Holstein zu einer Schuldenbremse nicht in der Lage sein wird, wenn es nicht wie andere stark belastete Länder entlastet wird. Deshalb muss von diesem Landtag auch ein Appell an die Fairness der reicheren Länder ausgehen, dass uns an dieser Stelle geholfen wird.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Ich lese mit einiger Sorge, dass der eine oder andere in der aktuellen finanzpolitischen Lage schon meint, wir müssten jetzt auf das Schuldenverbot verzichten. Ich glaube, dass Große Koalitionen eine große Verantwortung haben, wenn sie zusammenarbeiten. Das Ziel beider großen Volksparteien ist natürlich, wieder eigene Mehrheiten zu bilden. Aber wenn sie in der Verantwortung stehen - wie das in Berlin und in Kiel derzeit ist -, haben sie eine historische Chance, das Schuldenmachen zu beenden. Deswegen bin ich nach wie vor dafür, dass wir zu einem Verbot der **Neuverschuldung** und zu konkreten Ergebnissen in der Föderalismusreform II kommen. Wir müssen diese Chance miteinander nutzen. Erneut bekommen wir sie nicht.

Ein zweiter Schwerpunkt. Ein leistungsfähiger und motivierter öffentlicher Dienst ist die Grundlage unseres Staatswesens. Wir wissen, dass wir den öffentlich Bediensteten einen enormen Beitrag zur Konsolidierung unserer Landesfinanzen abverlangt haben und wir ihnen insofern Dank schulden. Mir ist es ein wichtiges Anliegen, den Angehörigen des öffentlichen Dienstes für ihre ausgezeichnete Arbeit, ihren Beitrag zur Haushaltskonsolidierung herzlich zu danken und zu sagen: Wir brauchen einen gut funktionierenden öffentlichen Dienst. Wir brauchen gut motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an Schulen, Universitäten, in unseren Behörden, in Justiz und Polizei. Deswegen sage ich ausdrücklich: Wir stehen an ihrer Seite.

(Beifall bei CDU und SPD)

Es ist ein Gebot der sozialen Fairness gewesen, das, was wir an sogenannten Sonderweihnachtsgeldzahlungen für die Besoldungsgruppen A 1 bis A 9 bisher vorgenommen haben, auch den Anwärterinnen und Anwärtern zukommen zu lassen. Das sind diejenigen, die sich auf eine dauerhafte Berufstätigkeit vorbereiten, die die geringsten Bezüge haben. Es ist

auch sozial geboten, an dieser Stelle tätig zu werden und den Anwärterinnen und Anwärtern in der Polizei-, Justiz-, aber auch der allgemeinen Verwaltung ein **Weihnachtsgeld** von 330 € zu zahlen.

Ich zähle dazu ausdrücklich auch die Ausgleichszahlungen zum Ruhegehalt für die Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten, die nach der jetzigen Rechtslage früher ausscheiden und wo es einen Vertrauensschutz geben muss. Ich bin dankbar, dass sich die Koalitionsfraktionen darauf verständigen konnten, hier ein Signal gerade an die Polizeibeamten zu senden, die einen schwierigen Dienst für uns in Schleswig-Holstein, aber häufig genug auch als Bereitschaftspolizisten an anderen Brennpunkten erledigen. Wir stehen an der Seite der Polizeibeamten und bringen das durch diese finanzpolitische Maßnahme zum Ausdruck.

(Beifall bei CDU und SPD)

Das grundsätzliche Problem des öffentlichen Dienstes ist eben nicht, dass der einzelne Beamte zu viel verdient, sondern dass wir insgesamt für die Steuermöglichkeiten unseres Landes zu viele Bedienstete haben.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum tun Sie nichts?)

Deswegen hält die CDU-Landtagsfraktion an der notwendigen Verschlankung des Personalkörpers des Landes fest. Wir haben dazu eine Reihe von Vorschlägen gemacht. Beispielsweise nenne ich die Kommunalisierung beim Denkmalschutz, die Privatisierung der Landesforstverwaltung sowie die Deregulierung des Formalaufwandes beim Mitbestimmungsgesetz. Richtig ist - das räume ich ein, Herr Kollege Hentschel -, dass wir hier noch keine Erfolge erzielt haben. Unzutreffend ist aber, dass diese Maßnahmen an der CDU gescheitert wären. Deswegen danke ich an dieser Stelle ausdrücklich denjenigen Ressortchefs, die selber vorangehen und Maßnahmen ergreifen. Wir beobachten mit Aufmerksamkeit die Anstrengungen, die Justizminister Döring unternehmen will, und hoffen, dass dies Maßnahmen sein werden, die zu einer Verschlankung des Personalkörpers beitragen. Wir danken ausdrücklich Herrn Minister Dr. Christian von Boetticher, der gehandelt hat, der abgebaut hat und der mit Verwaltungsverschlankung vorangegangen ist. Das sollte ein Beispiel für andere sein.

(Beifall bei der CDU)

Ich freue mich, dass sich die Koalitionsfraktionen - der Kollege Stegner und ich - darauf geeinigt haben, dass wir eine Arbeitsgruppe einsetzen, um zu

(Dr. Johann Wadephul)

einem wirksamen **Personalmanagementkonzept** zu kommen.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Noch eine Arbeitsgruppe?)

Es ist der klare Wille der beiden Koalitionsfraktionen, in dieser Wahlperiode zu konkreten Ergebnissen zu kommen. Bevor Sie uns weiter etwas prophezeien: Warten Sie auf Ergebnisse! Bisher haben wir das, was wir zugesagt haben, auch eingehalten.

(Lachen bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dritter Schwerpunkt. Wir machen den Standort Schleswig-Holstein stärker. **Verkehrswege** und Spitzenforschung bringen uns nach vorn. Schleswig-Holstein ist als Brücke nach Skandinavien und zu den baltischen Staaten wegen seiner Marktferne ganz besonders auf gute Verkehrsinfrastruktur angewiesen. Darüber hinaus sind wir Handelsdrehscheibe für ganz Deutschland. Ich begrüße deshalb, dass wir rund 14 Millionen € zusätzlich bereitstellen wollen, um die Bauarbeiten an der A 7 und der A 20 sicherzustellen. Wichtige Projekte, die wir angestoßen haben und hinter denen die Koalitionsfraktionen stehen, sind der Bau der Fehmarnbelt-Querung, der Ausbau des Nord-Ostsee-Kanals, der Weiterbau der A 21 und der Ausbau der B 207 zur A 1 bei Heiligenhafen. Wir brauchen in einer zusammenwachsenden europäischen Wirtschaft gute Verkehrsbedingungen. Sie sind die erste Voraussetzung dafür, Wachstum und Beschäftigung in Schleswig-Holstein sicherzustellen. Dieses Geld ist gut angelegt.

(Beifall bei CDU und SPD)

Auch im Bereich der **Spitzenforschung** bringen wir Schleswig-Holstein weiter voran. Kluge Köpfe und kreative Ideen sind der wichtigste Rohstoff Deutschlands im globalen Wettbewerb. Ich finde es erschreckend, wenn ich lese, dass fast jeder siebte Student, der in Deutschland promoviert, in die USA auswandert. Mittlerweile sollen über 20.000 Nachwuchsforscher in Amerika arbeiten. Das können wir auf Dauer nicht verkraften. Zur Zukunftsfähigkeit unseres Landes wollen wir daher in den nächsten Jahren zusätzlich 4.000 Studierende an unseren Hochschulen und Universitäten in Schleswig-Holstein aufnehmen. Ich halte es für einen selbstverständlichen Anspruch an ein Bundesland, dass alle Landeskinder, die die Hochschulreife erreichen, hier auch studieren können. Ob sie das nachher machen oder woanders Universitäten besuchen, ist eine andere Frage. Schleswig-Holstein bietet aber nach wie vor nicht genug Studienplätze. Es ist gut, dass wir hier endlich nachholen.

Vierter Schwerpunkt. Kinder und Familien sind bei uns herzlich willkommen. Bildungsinvestitionen in Schulen und Kindergärten sind das Gebot der Stunde. Diese Investitionen sind für die Leistungsfähigkeit unserer Gesellschaft und zum Ausbau Schleswig-Holsteins zum Familien- und Kinderland Nummer 1 unverzichtbar. Für eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf bauen wir die **Kinderbetreuung** für unter Dreijährige bis 2013 konsequent aus und schaffen 17.000 neue Betreuungsplätze. Darüber hinaus werden wir für den Einstieg das letzte Kindergartenjahr elternbeitragsfrei anbieten. Hierfür haben wir bis 2010 einen Betrag von 50 Millionen € eingeplant.

Bildung fängt nämlich nicht in der ersten Grundschulklasse, Bildung fängt im Kindergarten und wahrscheinlich schon in der Krippe an. Auch hier ist jeder Euro, den wir investieren, gut angelegt. Der Bildungsauftrag, den wir frühzeitig für unsere Kindertagesstätten formuliert haben, ist die richtige Antwort auf die Erkenntnis aller Wissenschaftler, dass frühkindliche Bildung der Schlüssel zu einer sozial ausgewogenen Gesellschaft ist, in der alle gleiche Chancen haben.

(Beifall bei der CDU - Zurufe der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wir haben in dieser Situation auf die Hilferufe und die Proteste gerade an den **Gymnasien** in unserem Land gehört. Unterschriftenlisten, Demonstrationen für mehr Lehrkräfte, weniger Unterrichtsausfall und bessere Unterrichtsmaterialien sind die Stichworte, die uns haben aufmerksam werden lassen. Wir alle sind überrascht, welch großem Andrang sich unsere Gymnasien, die übrigens im PISA-Vergleich hervorragend abschneiden, erfreuen. Diese Hilferufe von Eltern und Schülerinnen und Schüler dürfen wir nicht ignorieren. Es wäre ein Raubbau an nachfolgenden Generationen. Daher haben wir beschlossen, schnell und umfassend zu handeln, indem wir zu dem Regierungsentwurf, der schon 150 neue Stellen vorsah, für 2009 und 2010 nochmals 100 Lehrerstellen zusätzlich an den Gymnasien schaffen.

Die Große Koalition wird deshalb insgesamt im **Bildungsbereich** eine noch nie dagewesene Kraftanstrengung unternehmen und über 1.000 neue Stellen für Lehrerinnen und Lehrer in Schleswig-Holstein schaffen. Diese Kraftanstrengung ist richtig, ist notwendig, ist eine Investition in die Zukunft unserer Kinder, und deswegen freue ich mich ganz besonders, dass dies gemeinsam mit den Sozialde-

(Dr. Johann Wadephul)

mokraten seitens meiner Fraktion verabredet werden konnte.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich gestatte mir abschließend einen kurzen Blick auf die hier in diesem Hohen Haus auch schon diskutierte weltweite **Finanzkrise**, eine Situation, die mitten in unsere Haushaltsberatungen, zwischen Einbringung des Haushaltes und Verabschiedung, hineingebrochen ist und die natürlich die politischen Maßstäbe verschoben hat. Die Krise erfasst mittlerweile alles und jeden, eben nicht nur Amerikaner, Briten, Banken, Versicherer, Autobauer und Zulieferer. Zu eng sind Branchen und Volkswirtschaften inzwischen verwoben, als dass irgendjemand völlig ungeschoren davon käme.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dennoch sind die Wirtschaft und die Lage am **Arbeitsmarkt** in Schleswig-Holstein bisher stabil; robust ist die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Im November lag die Zahl der Arbeitslosen bei 100.900. Das sind 7.500 Arbeitslose weniger als im Vorjahr.

Deshalb darf ich an dieser Stelle an Ludwig Erhardt, den Vater des Wirtschaftswunders, erinnern. Er hat gesagt: „Die Hälfte der Wirtschaft ist Psychologie.“ Möglicherweise ist es heute schon mehr als die Hälfte der **Wirtschaft**. Deswegen gibt es überhaupt keinen Anlass zur Schwarzmalerei. Natürlich gibt es auch keine Veranlassung, die Lage schönzureden, aber Dramatisierungen helfen uns nicht weiter.

Die Deutsche Bundesbank, die anerkanntermaßen ein unabhängiges und seriöses Institut ist, hat zwar für das erste Halbjahr 2009 beim Wirtschaftswachstum ein Minus von 1 bis 1,5 % vorausgesagt, jedoch werde es im Saldo für 2009 - meint die Deutsche Bundesbank - bei einem Minus von etwa 1 % bleiben und 2010 gehe es bereits wieder aufwärts.

An dieser Stelle deshalb noch einmal der Appell an uns alle: Wir müssen Kraftanstrengungen unternehmen. Wir müssen investieren. Wir müssen auch steuerpolitisch einiges machen, aber es ist überhaupt kein Anlass, jetzt einen Abgrund herbeizureden, den es in Deutschland nicht gibt. Die deutsche Wirtschaft ist stabiler, als manch einer es glaubt.

(Beifall bei CDU und SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Deshalb ist es an dieser Stelle natürlich auch ein gutes Signal, wenn auch von der Bundesregierung so nicht beabsichtigt, dass - wie wir es von vornherein gefordert haben - die **Pendlerpauschale** jetzt wieder ab dem ersten Kilometer gilt. Dies ist ein

gutes Zeichen für ein Flächenland wie Schleswig-Holstein mit 20.000 Berufspendlern, von denen wir Flexibilität und Mobilität verlangen.

(Beifall bei der CDU)

Ich erinnere an das, was Wirtschaftsminister Dr. Marnette in den letzten Tagen gesagt hat: Von denjenigen, die bei Talkline in Elmshorn gearbeitet haben, wird jetzt erwartet, dass sie nach Büdelsdorf pendeln.

Meine Damen und Herren, wenn wir von den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern diese Flexibilität erwarten, dann ist es nur normal, dass sie dadurch auch steuerlich nicht belastet werden dürfen. Wir müssen diese Menschen, die flexibel sind und arbeiten, auch entlasten.

(Beifall bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Der Landeshaushalt zieht geplante **Investitionen** mit 42 Millionen € für Schulbaumaßnahmen und 14 Millionen € für den Straßenbau vor, um die Konjunktur zu beleben. Herr Kollege Garg, diese Forderung der FDP-Fraktion von Anfang Dezember hat die Landesregierung bereits weitgehend mit ihrem Beschluss der Nachschiebeliste am 11. November berücksichtigt.

Wir stehen alle in der Verantwortung und in der Pflicht, alles zu tun, um bei unseren Bürgern und Unternehmen in Schleswig-Holstein wieder Vertrauen herzustellen und die Folgen der Finanzkrise so gering wie möglich zu halten. Politik muss dies jedoch in einem maßvollen und verantwortbaren Rahmen machen. Dieser vorgelegte Haushalt ist maßvoll und verantwortungsvoll. Er ist ein Haushalt des Vertrauens und der Handlungsfähigkeit der die Regierung tragenden Fraktionen von CDU und SPD.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, allen Unkenrufen zum Trotz ist Schleswig-Holstein bei der Konsolidierung der Landesfinanzen einen großen Schritt vorangekommen. Stärker, als viele zuvor gedacht haben, auch stärker, als wir selber gedacht haben. Ebenso haben wir mit den Schwerpunkten in der Familien- und Bildungspolitik klare Akzente für die Zukunft des Landes gesetzt. Wir setzen die Konsolidierung des Landeshaushaltes weiter fort und sind für konstruktive Vorschläge der Opposition jederzeit offen und dankbar.

(Anhaltender Beifall bei der CDU und Beifall bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Fraktion der SPD hat der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Auch ich möchte zu Beginn meiner Rede den Dank an alle richten, die bei den ja nicht immer einfachen Vorgängen, die mit so einem Landeshaushalt verbunden sind, beteiligt waren. Das Budgetrecht ist das Königsrecht des Parlaments. Herr Kollege Wadephul, das Lob für unseren Alterspräsidenten ist vollkommen berechtigt, und ich bin ganz sicher, wenn er das nächste Mal zu Lotteriefragen oder zu seiner republikanischen Grundüberzeugung redet, dass Sie da genauso Beifall zollen wie heute.

(Zurufe - Beifall des Abgeordneten Detlef Buder [SPD])

Im Übrigen wollte ich meine Rede gar nicht mit einem Zitat von Günter Neugebauer beginnen, sondern von John Maynard Keynes. Wie ich jetzt die Brücke schaffe, weiß ich nicht.

(Frank Sauter [CDU]: Geistige Verwandtschaft!)

Annähernd 30 Jahre parlamentarische Arbeit in diesem Haus mit der Solidität des Kollegen Günter Neugebauer, das muss man erst einmal nachmachen!

(Beifall bei SPD und CDU)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, John Maynard Keynes, der in den letzten Wochen anscheinend auch in Deutschland und sogar bei wendigen Marktliberalen zu ungeahnten Ehren kommt, hat hinsichtlich nachfrage- und konjunktursteigernder Aktionen des Staates einmal gesagt: Theoretisch sei es egal, wie man das Geld unter die Leute bringe, man könne auch Pyramiden bauen lassen. Es werden Leute beschäftigt, die bekommen einen Lohn, geben diesen aus, andere werden von diesen Ausgaben bezahlt, kaufen ein und so weiter und so fort.

Mich würde schon freuen, wenn begriffen würde, dass weder der Staat noch die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Geld einfach in die Tasche stecken, unter die Matratze legen oder es verbrennen, kurz: im Gegensatz zu den Unternehmern, die brav in den Wirtschaftskreislauf investieren, etwas Falsches damit tun. Die starke Konzentration auf

einseitige Exportorientierung setzt Deutschland noch mehr den Schwankungen der Weltmärkte aus, ohne einen ausreichenden inländischen Puffer zu haben, als wir uns das leisten können. Wir brauchen einen handlungsfähigen **Staat** und eine stabile **inländische Nachfrage**.

(Beifall bei der SPD)

Anders als bei der zugespitzten Formulierung von Keynes finde ich es schon wichtig, wofür der Staat sein Geld ausgibt, ob für den Ausbau von Bildung oder die Sanierung von Infrastruktur oder eben, um den Kauf eines Porsche Cayenne zu subventionieren. Da muss man sehr genau hingucken, was man tut. Was jedenfalls falsch ist, ist der pauschale Ruf nach Steuersenkungen. Das ist nicht die richtige Antwort. Das schwächt die Handlungsfähigkeit des Staates und die Fähigkeit, wichtige Zukunftsinvestitionen zu finanzieren.

(Beifall bei der SPD - Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Weiß das auch der Sozialdemokrat Gordon Brown?)

Es nützt stärker denjenigen, die am meisten haben, als jenen, die mit kleinen oder normalen Einkommen zurechtkommen müssen. An die müssen wir uns in unserer Gesellschaft hauptsächlich wenden.

Ich weiß nicht, ob Sie das Diskussionspapier von Uwe Döring kennen, der im Hauptberuf Arbeits-, Europa- und Justizminister ist, der aber für eine Debatte innerhalb der Sozialdemokratie zu Recht festgestellt hat, dass sich die finanzielle Lage Schleswig-Holsteins nur dann wirklich verbessern ließe, wenn man das durchschnittliche Einkommensniveau heben würde. Dies gelänge nur, wenn Unternehmen mit gut bezahlten, hoch qualifizierten Arbeitsplätzen locken könnten. Das hängt wiederum davon ab, ob das Umfeld entsprechend ist, das heißt das Schulangebot, das Hochschulangebot, das Kulturangebot, eine gute Kinderbetreuung, aktive Verbände und Vereine. Das heißt, Knapsen ist an dieser Stelle falsch, genauso wie das Hineinsparen in die wirtschaftliche Krise.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir wollen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die gut verdienen, die Steuern und Beiträge bezahlen können und nicht Sozialtransfers brauchen. Das aktuelle Problem mangelnder Inlandsnachfrage zeigt immer wieder den Irrweg derer, die schon Mindestlöhne verweigern wollen und stattdessen darauf setzen, dass der Staat mit Mitteln des Steuerzahlers das subventioniert, was Unternehmen zu

(Dr. Ralf Stegner)

wenig an Lohn zu zahlen bereit sind. In diesem Kontext wären Mindestlöhne deutlich nachhaltiger als Konsumgutscheine.

(Beifall bei der SPD)

Insofern gibt es für die Mehrausgaben in diesem **Doppelhaushalt** auch eine doppelte Begründung. Es handelt sich keineswegs um ein „Verdaddeln“, wie ich in einer schleswig-holsteinischen Zeitung dieser Tage gelesen habe. Auf die Frage einer Zeitung, wo denn der Nutzen von Auslandsreisen liege, will ich gern sagen: Wer die positiven Wirkungen von Infrastrukturprogrammen und Bildungsinvestitionen sehen möchte - wenn auch auf einem ganz anderen Niveau -, dem empfehle ich in der Tat eine Reise in den Nahen Osten. Es wäre ohnehin schlau, manchmal andere Gebiete der Welt zu betrachten, weil man dann ein vernünftigeres Urteil auf die Verhältnisse in diesem Land hätte.

(Beifall bei der SPD und vereinzelt bei der CDU)

Ich will in dieser Haushaltsrede nicht die vielen Schwerpunkte, die man benennen könnte, alle aufzählen. Das haben wir bei der Einbringung getan, sondern ich will deutlich darauf hinweisen: Für uns ist **Bildung** absolut die Frage Nummer 1 für die Zukunft unseres Landes, für die Investitionen in den zukünftigen Wohlstand und für den Aspekt der Gerechtigkeit für Millionen von Menschen in diesem Land. Das spiegelt sich in diesem Haushalt wider.

(Beifall bei der SPD)

Wir machen unser Land attraktiv. Wir investieren in die Zukunft. Das gilt eben zuerst für den Bildungsbereich und das zivilgesellschaftliche Umfeld. Das können wir nicht alleine tun, deswegen gibt es einen Pakt mit den **Kommunen** für gemeinsame Investitionen, für eine gemeinsame dringende Weiterentwicklung unseres Angebots im schulischen wie im Kinderbetreuungsbereich. Dabei legen wir schon Wert darauf, dass über den Schulbaufonds nur Geld für Investitionen bereitgestellt wird, die durch die Änderungen des Schulgesetzes auch verursacht werden. Ich interpretiere aber das heftige Insistieren auf das, was einzelne Bürgermeister oder die Sozialdemokraten in der Arbeitsgemeinschaft der Kommunalpolitik sagen, Herr Kollege Wadepful, sodass es Sie schon schmerzt, dass Ihre kommunalpolitische Vereinigung ständig mit dem über Kreuz liegt, was bei Ihnen in der Landesregierung geschieht.

(Dr. Johann Wadepful [CDU]: Ab und zu! - Zurufe von der CDU)

Insofern gönne ich Ihnen, dass es ab und zu auch einmal einen aus unseren Reihen gibt, der etwas Kritisches sagt.

Die Kommunen sind aber - bei allen Ausnahmen - durchschnittlich immer noch finanziell deutlich besser gestellt als das Land, und sie müssen als Schulträger ihre Hausaufgaben machen, so wie wir die unsrigen. Wir können als Land die Aufgabe nicht alleine schultern, wie überhaupt die gegenwärtigen Maßnahmen zur Unterstützung von Arbeit und Beschäftigung in Deutschland Sache aller Ebenen ist - von Bund, Ländern und Kommunen. Die Bürger sind die Zuständigkeitsdebatten wirklich leid. Sie wollen Lösungen statt Schuldzuweisungen. Sie zahlen übrigens ohnehin für alles, auch für das Versagen der Manager und Rating-Agenturen, für das Fiasko der marktradikalen Ideologie und für die schwerste Finanz- und Wirtschaftskrise, die wir seit Jahrzehnten in unserem Land haben werden.

Ich bin dafür, dass wir nicht schwarzmalen, aber ich bin auch dafür, dass wir uns die Sache nicht schönreden. Wir haben es mit der schwierigsten Krise seit Jahrzehnten zu tun, und darauf sollten wir uns auch einstellen.

Die **HSH Nordbank** macht uns Sorgen. Ich plädiere dennoch für Seriosität statt Effekthascherei bei der Debatte. Wir reden schließlich über Landeseigentum.

(Beifall bei der SPD)

Der Kollege Neugebauer wird dazu in der Debatte heute Nachmittag das Notwendige sagen. Übrigens gilt das dann auch für die Debatten, die wir in der Sparkassenfrage zu führen haben. Hier will ich noch einmal ganz deutlich sagen: Gott sei Dank haben wir das dreigliedrige System in der Bundesrepublik. Gott sei Dank haben wir verhindern können, dass es aufgegeben worden ist, was andere dringend wollten. Gott sei Dank zeigt sich auch, dass es falsch gewesen ist, ständig auf Riesenrenditen zu setzen und kurzfristige Profite über alles andere zu stellen. Die Gemeinwohlorientierung wird uns so deutlich als richtig vor Augen geführt, dass es geradezu eine Werbung für das **Sparkassenwesen** ist.

(Beifall bei SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Da wir aber erhebliche realwirtschaftliche Folgen dessen haben, worüber wir sprechen, müssen wir aufpassen, dass die Krise, mit der wir es zu tun haben, nicht auch zu einer Krise der Demokratie und zum Konjunkturprogramm für Radikale und Populisten wird.

(Dr. Ralf Stegner)

(Zurufe)

Deshalb muss jetzt nach Bankenschirm und Zuschüssen auch etwas für die Bürgerinnen und Bürger getan werden. Wir müssen sinnvoll in die Zukunft investieren - bei Bildung und Umwelt und auch bei Verkehrsinvestitionen. Wir müssen aber auch die Kaufkraft der Gering- und Normalverdiener schnell stärken. Ich bin weder für Strohfeuerrefekte, noch halte ich etwas von der Kakophonie der „Lasst tausend Vorschläge auf die Bürger herabregnen“-Philosophie.

Vielleicht hätten wir uns diesen Haushalt mit anderen Mehrheiten nicht getraut. Groß ist die Phalanx derer, die Einsparungen fordern und immer dann, wenn es konkret wird, sich aufregen oder sich in die Büsche schlagen. Der eine oder andere redet dazu wahrscheinlich heute noch.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Das gilt auch und gerade dann, wenn wir die **Personalausgaben** beziehungsweise die Stellenzahlen erhöhen. Wir zeigen aber mit dem Nachschlag in dem Gesamthaushalt ganz deutlich: Für das, was wir wollen, brauchen wir in bestimmten Bereichen auch deutlich mehr Personal, und wir brauchen in anderen Bereichen zumindest einen konstante Entwicklung. Anderswo gibt es dann Einsparmöglichkeiten.

Wenn wir keine Strukturen ändern, ergeben sich auch keine nennenswerten personellen Einsparmöglichkeiten. Deswegen ist es sehr bedauerlich, dass wir in dieser Legislaturperiode keine vernünftige **Verwaltungsstruktur- und Kreisgebietsreform** durchsetzen konnten.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der SPD)

An dieser Stelle akzeptiere ich den öffentlichen Tadel, auch wenn die Vaterschaft weniger in sozialdemokratischen Reihen zu suchen ist. Wer ein gutes Beispiel für eine Reform sehen will, der schaue sich die Justizreform des Kollegen Uwe Döring an,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die ist ja noch nicht da, sondern noch auf dem Weg!)

oder der schaue sich an, was wir im Ämterbereich gemacht haben. Im Übrigen möchte ich zu bedenken geben, dass wir die Folgen von Personalabbau und Gestaltungskraftverlust gegen potenzielle Einsparungen abwägen mussten. Nicht jede Fusion ist gut, nur weil sie kurzfristig Geld bringt. Ich meine allerdings nicht die Fusion des UK S-H, auch wenn noch so oft das Gegenteil behauptet wird. Ohne die

Fusion des UK S-H wären die Defizite viel höher ausgefallen als die, mit denen wir leider zu kämpfen haben.

(Beifall des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Wir bekennen uns übrigens zur Verantwortung für dieses **Universitätsklinikum**, das der größte Arbeitgeber in unserem Land ist, wo hervorragende Arbeit geleistet wird und das unsere Unterstützung verdient und nicht ständig neue Vorschläge zur Zerschlagung und Privatisierung.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Diese Regierungskoalition hat sich auf einen Haushalt geeinigt, der zeigt, dass wir die folgenden Jahre aktiv gestalten wollen und zu unserer Verantwortung für Schleswig-Holstein stehen. Dazu gehören selbstbewusste Regierungsfractionen, und deswegen haben wir die Vorschläge der Regierung in Teilen doch sehr deutlich geändert. Ich muss Ihnen ehrlich sagen, dass ich die Kritik daran sehr merkwürdig finde. Das **Parlament** ist der **Haushaltsgesetzgeber** - niemand sonst. Ich empfehle all denjenigen einen Blick in die Landesverfassung, die Überschriften produzieren, dass es unerhört sei, dass das Parlament Veränderungen vornimmt. Wer soll es denn sonst machen? Ich sage das auch nicht nur in Richtung Regierung, sondern ich sage das auch in Richtung derjenigen, die von außen über uns in einer Form reden, von der man sagen muss, dass man durchaus Kritik an einzelnen Maßnahmen üben kann. Aber die Verantwortung für das, was geschieht, ist besser in den Händen demokratisch gewählter Politikerinnen und Politiker aufgehoben als in den Händen derjenigen, die uns die ganzen Jahre Ratschläge gegeben und uns in den Schlamassel hineingeführt haben, den wir momentan überall auf der Welt erleben, auch in Deutschland. Ein bisschen mehr Selbstbewusstsein und Stolz auf demokratische Institutionen wünsche ich mir manchmal in allen Reihen,

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Karsten Jasper [CDU], Frank Sauter [CDU] und Dr. Johann Wadehul [CDU])

unabhängig vom Meinungsstreit, den es sicherlich geben kann.

Wir sollten uns diejenigen merken und gelegentlich zitieren, die ganz schnell als freche Ratgeber auftreten werden, wenn sich die ersten Wolken verzogen haben, die den Staat immer beschimpft haben, die jetzt fordern, er solle helfen, und - wenn das Gewitter vorbei ist - die alte Schimpfkanonade fortsetzen

(Dr. Ralf Stegner)

- die sollten wir uns merken und gelegentlich mal zitieren.

Was die Föderalismuskommission angeht: Natürlich haben wir es mit einer Situation zu tun, in der man nicht ohne Weiteres die Schuldenbremse ziehen kann, auch wenn wir das in den ganzen nächsten Jahren nicht einhalten können. Ich finde es wichtig, dass wir eine **Föderalismusreform** bekommen. Aber ein Land wie Schleswig-Holstein wird der Föderalismusreform nur zustimmen können, wenn die strukturellen Defizite, die wir haben, in der Weise aufgegriffen werden, dass wir nicht weiterhin mehrere 100 Millionen € weniger für Lehrer und Polizei haben. Das wird den Lebensstandard in diesem Land drastisch senken, weil wir die **Altschulden** mit diesen strukturellen Defiziten gar nicht bewältigen können. Eigenen Anstrengungen müssen schon sein, und ich habe eben ein Beispiel genannt, wo wir uns mehr Anstrengung leisten könnten. Aber ich kann mir nicht vorstellen, dass die Mehrheit dieses Hauses zustimmt, wenn am Ende die Existenzfähigkeit des Landes Schleswig-Holstein auf dem Spiel steht. Das werden wir nicht tun können, und das werden wir auch nicht tun.

Das kündige ich jedenfalls für die Sozialdemokratie hier an: Wir wollen uns anstrengen, wir wollen fairen Föderalismus und fairen Wettbewerb. Was wir nicht wollen, ist, dass der eine in einer Bleiweste läuft und der andere in einem Sportdress. Das geht nicht. Das hat mit fairem Föderalismus nichts zu tun.

(Beifall bei der SPD)

Anders als andere sehe ich auch nicht die Möglichkeit, in den Kernbereichen, für die das Land zuständig ist, zu sparen. Bei **Bildung** und bei **innerer Sicherheit** brauchen wir nicht weniger, sondern wir brauchen eher mehr. Das schließt Veränderungen und Qualitätskontrollen an der einen oder anderen Stelle durchaus ein. Aber jeder weiß: Wir sägen am Ast unserer Zukunft, wenn wir für Bildung weniger statt mehr als das tun, was unbedingt sein muss. Deswegen kann es hier keine Einschnitte geben, im Gegenteil - und das zeigt dieser Haushalt sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD)

Wir haben auch dort nachgebessert, wo uns die Betroffenen überzeugend darlegen konnten, dass eine Erhöhung der Mittel für die Existenzsicherung von Vereinen und Verbänden, Initiativen und Projekten notwendig ist. Dazu gehörten solche Projekte wie das Freilichtmuseum Molfsee, aber auch das Freiwillige Ökologische Jahr, der Zusammenschluss

ökologischer Initiativen, die Frauenberatungsstellen oder - ich sage das hier, auch wenn es ein kleiner Posten ist - die sehr progressive Academia Baltica, die wir Gott sei Dank auch noch haben, und nicht nur den anderen Verein, den wir leider auch noch haben.

Wir sind stolz auf unsere zivilgesellschaftlichen Strukturen. Sie sind notwendig für ein lebenswertes, attraktives Umfeld, und sie leisten wertvolle Beiträge für unsere Gesellschaft.

Dass auch bei der **Pendlerpauschale** im Landeshaushalt so kräftig nachgebessert werden musste, hat uns mehr überrascht als das gestrige Urteil aus Karlsruhe, das hatten wir nämlich erwartet. Es ist konsequent und wirkt wohl auch tatsächlich als Konjunkturspritze. Allerdings muss ich sagen, dass ich so manche Siegesmeldung an dieser Stelle auch ein bisschen übertrieben finde. Ich habe natürlich gehört, dass im Finanzministerium Vorsorge getroffen worden sei, nicht ganz in dem Sinne, wie sich das in den Zahlen wiederfindet. Wir freuen uns, dass wir unseren Koalitionspartner davon überzeugen konnten, dass wir nicht die Nettoneuverschuldung erhöhen, sondern dass wir eine globale Minderausgabe in den Haushalt einsetzen. Wir wollen im Rahmen der Verfassung bleiben. Das ist unser fester Wille, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von FDP)

Wir haben erhebliche zusätzliche Investitionen in **Bildung** beschlossen. Wir werden die von uns angestoßenen Schulreformen nur dann verankern und bewältigen können, wenn wir auch die Friktionen, die in der Übergangszeit entstehen, mit ausreichendem Personal auffangen. - Mögen Sie nur scherzen. Solange Sie keine Verantwortung haben, ist es gut für dieses Land! - Die Einführung von G 8 kostet Kraft. Es ist wichtig und richtig, den gymnasialen Bereich mit 100 weiteren Lehrerstellen auszustatten. Es gibt eine äußerst erfreuliche, unerwartet hohe Nachfrage für ein längeres gemeinsames Lernen. Deswegen haben wir auch diesen Bereich noch einmal mit 50 Stellen verstärkt.

Bildung - so wissen wir alle - ist nach einer starken Familie das Beste, was wir unseren Kindern mitgeben können. Wenn wir hier investieren, legen wir eine Grundlage, die, je besser sie uns gelingt, desto besser vor Arbeitslosigkeit, vor Desintegration, vor Frustration schützt. Das ist vernünftig, meine sehr verehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

(Dr. Ralf Stegner)

Deshalb haben wir auch im Bereich der Leseförderung noch einmal investiert, wie uns die PISA-Ergebnisse ja nahelegen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, für uns Sozialdemokraten ist ganz besonders folgender Gedanke wichtig: Bei der Bildung sollte es keinen Ort mehr geben, wo der Geldbeutel der Eltern eine Rolle spielt. Leider ist es noch so. Das ist ein Armutszeugnis für unsere reiche Gesellschaft. Wir arbeiten daran, dies abzubauen. Deshalb haben wir die **Gemeinschaftsschule** eingeführt. Deswegen setzen wir auf weitgehende Kostenfreiheit. Mit uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten wird es keine Beschränkung der Lernmittelfreiheit, keine unsozialen Schülerbeförderungskosten und schon gar keine Studiengebühren geben!

(Beifall bei der SPD)

Wer weiß, dass Qualifikation und Spitzenforschung die Zukunft unseres Landes sind, der müsste mit Blindheit geschlagen sein, wenn er zusätzliche Bildungsbarrieren errichtet. Wir haben vielmehr den ersten Schritt in die **kostenfreie Kinderbetreuung** eingeläutet. Die weiteren werden folgen. Ich weiß, das war ein großer Schritt für die Union, und ich möchte mich hierfür ausdrücklich bedanken. Wir werden für drei kostenfreie Kita-Jahre sorgen. Ich sage das noch einmal mit Blick auf Ihre ständigen Zwischenrufe, was die Steuerentlastung angeht: Die Entlastung von den Kindergartenbeiträgen bringt ganz normalen Familien viel mehr als jede denkbare Steuerreform, gibt es in Schleswig-Holstein doch die höchsten Beiträge in der Bundesrepublik. Deswegen werden wir dies umsetzen. Die Frage war noch nie, ob wir uns das leisten können, sondern die Frage ist nur, wie lange wir uns hohe Elternbeiträge noch leisten dürfen. So ist die Frage richtig gestellt.

(Beifall bei der SPD)

Unsere breit aufgestellte **Hochschullandschaft** ist elementar für die Zukunftsaussichten unseres Landes. Deswegen haben wir die Mittel für die Fachhochschulen in Wedel und an der Westküste, für die Musikhochschule in Lübeck und auch für die Volkshochschulen verstärkt und weitere Mittel und Stellen für die Universität bereitgestellt. Hier sollten wir übrigens die nächsten zwei Jahre nutzen, über Sinn und Unsinn von Stellenplänen und Stellenobergrenzen nachzudenken, wo es in Wirklichkeit um Budgets geht. Meine sehr verehrten Damen und Herren, da müssen wir als Parlament ein bisschen mutiger sein und nicht an Altem festhalten.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, dass wir gerade im Bildungsbereich merken, dass wir nicht nur Beton brauchen, so notwendig Umbauten und Erweiterungen auch sein mögen, sondern vor allen Dingen Menschen aus Fleisch und Blut, die mit Engagement, mit Herzblut, mit Kompetenz, mit Sympathie unseren Kindern Wissen und vor allen Dingen Wissensdurst vermitteln.

Der Präsident des Landesrechnungshofs hat eine wichtige Funktion und muss auch der Regierung auf die Finger sehen. Es wäre aber schön, wenn der Rechnungshof häufiger über die Frage, was denn wirklich Investitionen in die Zukunft sind oder nicht, nachdenken würde und nicht immer so über das Parlament reden würde, wie Herr Reich-Ranitzky über das Fernsehen,

(Heiterkeit)

sondern dass wir ab und zu einfach über solche Fragen miteinander ins Gespräch kommen. Natürlich müssen wir sparen, aber wir wollen bei Bildung investieren, und wir müssen bei Bildung investieren.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, mir liegt aber auch daran, dass wir die Grundvoraussetzungen für das Lernen nicht nur ermöglichen, sondern auch noch ohne Stigmatisierung ermöglichen. Insofern ist es ein erster Schritt in die richtige Richtung, die Stiftungsmittel für das Projekt „Kein Kind ohne warme Mahlzeit“ um 600.000 € zu erhöhen. Wir wollen hier langfristig weg von den karitativen Ansätzen, wir wollen hin zu einer strukturellen, das heißt einer generell kostenfreien Leistung; denn es ist eine Schande, wenn Kinder in unserem Land keine warme Mahlzeit bekommen.

(Beifall bei der SPD)

Bei alledem ist klar: Lieber ein gerechtes **Steuer-system**, um auf den extremen Unterschied des verteilten Reichtums zu unserer Gesellschaft zu reagieren und die Lasten auf die starken Schultern zu legen, als durch einkommensabhängige Leistungen, die theoretisch zwar sinnvoll sind, praktisch aber stigmatisieren und oft ausgeschlagen werden, die Ausgrenzung immer weiter zu vertiefen. Die Folgekosten, die wir für das bezahlen, was wir an der Stelle falsch machen, sind um ein Vielfaches höher. Das begreift jeder, der sich einmal die Zusammenhänge anguckt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben in diesem Jahr das 20-jährige Jubiläum der In-

(Dr. Ralf Stegner)

stitution Minderheitenbeauftragte gefeiert, die Björn Engholm eingerichtet hatte. Wir haben uns alle zum minderheitspolitischen Auftrag bekannt, den wir haben. Deswegen war es uns ein großes Anliegen, unser Versprechen einzulösen und mit diesem Doppelhaushalt dafür zu sorgen, dass die dänische Schülerbeförderung ein Stück sicherer und vom Land gefördert wird. Dabei geht es keineswegs darum, dass die Eltern, deren Kinder eine dänische Schule besuchen, mehr Geld bekommen, sondern darum, über einen Landeszuschuss den freiwilligen Kreiszuschuss zu stabilisieren und über entsprechend gesetzte Anreize ein Stück abzusichern. Es geht nicht um Bevorzugung, sondern um praktische Gleichstellung. Keineswegs geht es um Rückzug der Kreise aus ihrer minderheitspolitischen Verpflichtung, meine Damen und Herren, es geht hier um **Minderheitenpolitik** und nicht nur um Bildungspolitik,

(Beifall bei der SPD)

und zwar nicht nur in Sonntagsreden, sondern auch im Alltag. Ich habe die große Hoffnung, liebe Frau Kollegin Spoorendonk, dass auch der SSW diesem Landeshaushalt wieder seine Zustimmung geben kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es nähert sich Weihnachten und damit auch die Aktionen, mit denen den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für ihre Leistungen gedankt wird. Das ist richtig; das hat der Kollege Wadeputh auch getan. Ich sage aber auch: Dank allein reicht nicht. Im Übrigen schlagen wir Ihnen vor, das Personal nicht nur nicht weiter finanziell zu belasten, sondern auch dort nachzubessern, wo wir eine angemessene Bezahlung versäumt haben. Sie wissen, dass ich das schon länger für richtig halte. Zu diesem Dank gehört auch eine angemessene Bezahlung, die, da wir kein Füllhorn gefunden haben, unter Berücksichtigung unserer finanziellen Lage erfolgt, die aber anerkennt, dass wir in einigen Bereichen Nachsteuerungsbedarf haben. Anwärterinnen und Anwärter und Referendare werden künftig wie alle, die bei uns nicht so viel verdienen, eine Sonderzulage erhalten, die im Volksmund „**Weihnachtsgeld**“ heißt. Außerdem werden Beamte mit mindestens drei Kindern einen monatlichen Zuschlag von 50 € bekommen. Damit wollen und müssen wir zumindest einen Teil des Mehrbedarfs decken.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das ist doch Heuchelei!)

- Lieber Herr Kollege, ein bisschen mehr Selbstbeherrschung würde selbst Ihnen gut anstehen. Aber

Ihre Zwischenrufe zeichnen sich nicht immer durch Intelligenz aus.

Ich freue mich, dass es uns gelungen ist, die **Ausgleichszulage** für Polizisten und Feuerwehrleute zu erhalten. Ich sage, ich freue mich, dass uns das gelungen ist, weil wir den Koalitionspartner davon überzeugen konnten, auch darauf zu verzichten, das zulasten des Personalstrukturkonzeptes oder des Ruhestandes mit 60 zu machen. Denn Polizisten zum Beispiel und Justizbeamte leisten viele, viele Überstunden. Die setzen in der Polizei ihr Leben und ihre Gesundheit für unser Gemeinwesen ein, und sie verdienen nicht nur unseren Dank, sondern konkrete Taten, wenn wir darüber sprechen.

(Beifall bei der SPD - Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie waren doch Innenminister!)

Ich sage auch: Es geht in den kommenden Tarifverhandlungen darum, eine angemessene Lösung zu finden, die die Arbeit der Beschäftigten honoriert und zugleich unserer Haushaltslage Rechnung trägt. Auch da kann ich nicht pauschal sagen, der öffentliche Dienst darf nicht teilhaben an dem Wohlstand, der miterarbeitet worden ist durch die vielen, vielen, die als Lehrer, als Polizisten, als Krankenschwestern, als Feuerwehrleute, in welcher Funktion auch immer, mit dazu beigetragen haben.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir haben auch versucht, den Einfluss des Parlaments beim Haushaltsvollzug und in der Vorbereitung des nächsten Doppelhaushaltes zu stärken. Wir haben deswegen die doch etwas zu gut gemeinte Deckungsfähigkeit wieder auf das jetzt gültige Maß zurückgedreht. Wir wollen bestimmte Projekte. Das gilt insbesondere für Teile des Schleswig-Holstein-Fonds und des Zukunftsprogramms Wirtschaft. Wir sind aber skeptisch bei **einzelbetrieblicher Förderung** und allzu viel Füllhorn. Wenn es plopt, ist es schön, das ist in Ordnung, aber bitte nicht mit knappen Steuergeldern bezahlt. Zwar war ein stringenter Zustimmungsvorbehalt des Finanzausschusses ungeachtet der Vorabsprachen nicht möglich, ich meine aber, dass die Pflicht zur vorherigen Kenntnisnahme durch den Finanzausschuss das sorgfältige Abwägen einzelbetrieblicher Fördermaßnahmen fördert. Herr Wirtschaftsminister, ich bedanke mich ausdrücklich für den Brief an den Vorsitzenden des Finanzausschusses, in dem Sie dies noch einmal ausdrücklich zugesagt haben, was wir vereinbart haben.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich sage Ihnen auch: Das ist keine Kosmetik; nein, aus ein-

(Dr. Ralf Stegner)

schlägiger Erfahrung werden wir hier unsere Mitsprache, unsere Kontrollrechte einfordern und auch durchsetzen. In Zeiten knapper Kassen darf nur gefördert werden, was auch förderungswürdig ist.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir legen mit diesem Haushalt ein deutliches Bekenntnis zu einem breiten Investitionsbegriff ab, für einen handlungsfähigen Staat, der gerade in Krisenzeiten notwendige Weichenstellungen vornehmen muss. Ich denke da auch an zusätzliche Stellen für die Staatsanwaltschaft. Ich meine, dass wir einen **Haushalt** vorlegen, der pfleglich mit den Bedürfnissen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern umgeht und den Bedürfnissen unserer Bürgerinnen und Bürger nach guter Kinderbetreuung und Bildung gerecht wird. Wir legen einen Haushalt vor, der die Vielfalt in unserem Lande berücksichtigt, die Vereine und Verbände ebenso wie die Minderheiten, eine Vielfalt, bei der wir die einen über Exzellenzcluster und Begabtenförderung fördern und den anderen bei Leseschwächen, in Verbraucherzentralen oder anderswo Angebote machen.

Die Anträge der Oppositionsfractionen werden wir nicht unterstützen, auch wenn wir ihnen teilweise in der Sache durchaus zustimmen könnten; wir haben aber selbst ein Änderungspaket geschnürt, an dem wir festhalten wollen. Im Übrigen gönne ich Ihnen im adventlichen Frieden den in Ihren Pressemitteilungen vermittelten Eindruck, Sie hätten die Änderungen bewirkt. Man weiß ja: Der Glaube kann Berge versetzen. Für den Bungsberg mag es bei Ihnen reichen, Herr Oppositionsführer.

Wir haben bei der Aufstellung dieses Haushalts die Verfassungsgrenze eingehalten und uns an den aktuellen Vorgaben der November-Steuerschätzung orientiert. Wir alle wissen nicht - hier nehme ich den Herrn Oppositionsführer als anerkannten Wirtschaftsweisen einmal ausdrücklich aus; wir anderen wissen nicht -, wie sich die deutsche **Wirtschaft** und die **Steuereinnahmen** entwickeln werden, wie sich die Weltwirtschaft entwickelt und was das bedeutet, was wir an Finanz- und Bankenkrise noch abzarbeiten haben. Wir wissen auch nicht, welche Auswirkungen all das auf Schleswig-Holstein haben wird, auch wenn es bei uns Gott sei Dank aufgrund unserer mittelständischen Struktur langsamer gehen wird. Aber wir werden nicht, wie Keynes damals schon den Marktgläubigen vorgeworfen hat, abwarten, bis der Sturm vorbeigeht, um dann zu sehen, dass das Meer wieder glatt sein wird. Wir haben Verantwortung in diesem Sturm, und dass wir

sie übernehmen, erwarten die Menschen in diesem Land auch.

Das bedeutet, dass wir versuchen müssen, dem Sturm der aktuellen Wirtschaftskrise entgegenzuwirken. Dafür müssen wir beim Bund werben, wir haben aber auch die Aufgabe, unser Schiff selbst sturmfest zu machen, indem wir die Verantwortung für die Kinder in unserem Land wahrnehmen und die Chancengerechtigkeit ausbauen. Ich glaube, das ist uns auch recht gut gelungen. Wir stehen für Innovation und Gerechtigkeit, meine sehr verehrten Damen und Herren, und nicht im Widerspruch zu diesen beiden Dingen.

Die letzten Wochen und gerade das Handeln des Bundesfinanzministers

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP]: Der mag Sie ja auch besonders!)

haben sehr deutlich gezeigt, wie wichtig die Handlungsfähigkeit des demokratischen Staates ist. Im Übrigen gilt der schöne Satz von Antoine de Saint-Exupéry: „Man muss von jedem fordern, was er leisten kann.“ Das gilt wieder für alle. Hier beziehe ich ausnahmsweise auch den Herrn Oppositionsführer mit ein und wiederhole noch einmal: Man muss von jedem fordern, was er leisten kann.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, dass die Regierungsmehrheit in diesem Parlament das leistet, was im Augenblick notwendig ist. Wir investieren in die richtigen Bereiche. Wir tun etwas für Bildung und Gerechtigkeit, wir tun etwas für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Wir setzen nicht darauf, dass sich die Dinge von alleine regeln, und wir tun das gegenüber allen anderen mit dem Selbstbewusstsein eines demokratisch gewählten Parlaments. Wir sind immer dankbar für seriöse Anregungen und Vorschläge. Ich glaube, wir werden unserer Verantwortung in diesen Zeiten gut gerecht.

Die sozialdemokratische Fraktion in diesem Landtag bittet Sie, diesem Haushalt in der von uns vorgelegten veränderten Form zuzustimmen. Es ist ein Haushalt in schwierigen Zeiten, es ist aber ein Haushalt der Verantwortung für unser Land.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Stegner.

Für die FDP-Fraktion hat nun der Fraktionsvorsitzende und Oppositionsführer Wolfgang Kubicki das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haushaltsplanberatungen ergeben immer wieder Überraschungen, auf die man nicht gefasst ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das kannst du laut sagen!)

Lieber Jo Wadephul, es ist eine gewisse Form von Chuzpe, dem Bundesverfassungsgericht dafür zu danken, ein Konjunkturprogramm aufgelegt zu haben, zu dem die Regierungsfraktion der CDU im Deutschen Bundestag nicht in der Lage war.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Johann Wadephul [CDU])

Ich finde, die Bürgerinnen und Bürger müssen sich schon die Frage stellen, was sie von einer Partei zu halten haben, die so lange an einem verfassungswidrigen Zustand festhält, bis die Konjunktur in die Grüte gefahren ist, um dann zu sagen: Dankenswerterweise steht nun ausreichend Geld zur Verfügung.

(Beifall bei der FDP)

Herr Fraktionsvorsitzender der SPD, es ist - daran werden wir Sie demnächst erinnern - auch Chuzpe, die Manager in den Banken für ihr Versagen zu geißeln und unerwähnt zu lassen, dass Sie im Verwaltungsrat der KfW sitzen und bis März 2008 im Aufsichtsrat der HSH Nordbank gesessen haben. Wir werden schon noch fragen, was Sie da gemacht haben, was das Versagen der Manager in dieser Bank und Ihr eigenes Versagen angeht.

Aber man schlägt sich ja wirklich auf die Schenkel - ich weiß nicht, Herr Finanzminister, ob Sie mitbekommen haben, dass wir uns auf die Schenkel geschlagen haben -, dass ausgerechnet der Fraktionsvorsitzende der SPD mit der SPD erklärt, dass man der Union noch einmal die solide Haushaltsführung beibringen müsse,

(Heiterkeit bei der FDP)

nach der Devise: Wir haben mehr Ausgaben, dafür keine Einnahmen; insofern machen wir einfach eine globale Minderausgabe.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Hervorragend!)

Lieber Günter Neugebauer, ich weiß noch, wie lange und wie intensiv wir im Finanzausschuss darüber diskutiert haben, dass wir eine Politik, die mit globalen Minderausgaben arbeitet, ohne auch konkrete Deckungsvorschläge zu erarbeiten, nicht mehr wollen. Aber das erklären Sie nun zum Beispiel finanzpolitischer Solidität der SPD.

(Beifall bei der FDP)

Dazu kann man doch nur sagen: Erklären Sie das den Menschen draußen weiter wie bisher. Herr Kollege Stegner, ich bin wirklich sehr dafür, dass Sie so weitermachen wie bisher. Die Wirklichkeitsverweigerung von Frau Ypsilanti ist auch bei Ihnen bereits völlig angekommen.

(Beifall bei der FDP - Heiterkeit bei der CDU)

Erklären Sie weiter, dass die Markt- und Neoliberalen daran schuld sind, dass die **Wirtschaftskrise** der Welt stattgefunden hat, dass die Finanzkrise stattgefunden hat, aber nehmen Sie dabei zur Kenntnis, dass bei dieser Globalkritik an den Markt- und Neoliberalen Sozialdemokraten und Linke bei Meinungsumfragen auf historischen Tiefständen landen. Vielleicht sollten Sie einmal darüber nachdenken, warum Sie in einer Phase, als die Sozialdemokraten in der Wirtschaftspolitik noch ernst genommen werden konnten, bei deutlich über 30 % lagen und jetzt bei deutlich unter 30 % liegen.

Machen Sie so weiter. Wir haben nichts dagegen. Denn die Ergebnisse der Meinungsumfragen, jedenfalls für die FDP, aber auch für die Union, können sich in dieser Phase durchaus sehen lassen.

Schleswig-Holstein steht vor großen Herausforderungen. Ein steigender Schuldenstand aus Altlasten, unterdurchschnittliches Wirtschaftswachstum und eine sich dramatische verschärfende Wirtschaftskrise sind nur einige der Schwierigkeiten, denen es zu begegnen gilt.

Die Haushaltsberatungen der vergangenen Monate und insbesondere die am vergangenen Donnerstag im Finanzausschuss vorgelegten Änderungsanträge haben sehr deutlich gemacht, dass CDU und SPD nicht ansatzweise in der Lage sind, diesen Schwierigkeiten zu begegnen. Denn das Fehlen einer Gesamtstrategie für ein höheres Wirtschaftswachstum und das undifferenzierte und halbherzige Sparen von CDU und SPD haben in der Vergangenheit nicht den finanzpolitischen Spielraum erbracht, der in der jetzigen Situation dringend notwendig wäre.

Lieber Herr Kollege Stegner, auch hier können Sie gern sagen, das sei Oppositionsgebrüll der Ahnungslosen. Ich befinde mich allerdings in völliger Übereinstimmung mit Ihrem Parteifreund und Rechnungshofpräsidenten Dr. Altmann, der Ihnen das gerade heute noch einmal ins Stammbuch geschrieben hat. Ich bin froh, dass wir mit kompetenten Größen an einem Strang ziehen und uns der Kollege Stegner insoweit beschimpft.

(Wolfgang Kubicki)

Der von der Großen Koalition vorgelegte **Doppelhaushalt** für die Jahre 2009 und 2010 ist keine ausreichende Antwort auf die zu bewältigenden Herausforderungen. Er zeigt zwar auch ein ganz klein wenig Sonne, aber leider dominiert der haushaltspolitische Schatten. Die Ausgaben steigen dramatisch an, allerdings nicht für zukunftsweisende Investitionen, sondern für Schuldendienste, für konsumtive Sachausgaben und für Personalausgaben.

Gleichzeitig nimmt die Landesregierung an, dass in den beiden kommenden Jahren erhebliche Mehreinnahmen zu verzeichnen sein werden. Das muss man sich angesichts der Lage, in der wir uns befinden, noch einmal auf der Zunge zergehen lassen: Im Haushaltsjahr 2010 sollen die Einnahmen aus Steuern und Abgaben im Vergleich zum Referenzjahr 2008 um 20 % höher liegen, und das, obwohl jeden Tag eine neue Horrormeldung über das Zusammenbrechen eines Wirtschaftszweiges auf uns niedergeht. Aber CDU und SPD glauben offenbar, dass dies keinerlei Auswirkungen auf Schleswig-Holstein hat, weil wir ja hier so hervorragend regiert werden. Vielmehr wird ein ungedeckter Scheck auf steigende **Einnahmen** ausgestellt. Bei der absehbaren Entwicklung der **Wirtschaftslage** kann und wird diese Hoffnung jedoch sehr schnell trügerisch sein.

Eine seriöse Haushaltspolitik - zumindest ist das meine Vorstellung - beruht immer auf zwei Säulen: Auf der einen Seite müssen die Ausgaben einer dauerhaften Überprüfung ihrer Notwendigkeit unterzogen werden; Ausgaben, die nicht notwendig sind, müssen wegfallen, und wenn Ausgaben zu teuer sind, müssen Wege gesucht werden, diese zu verbilligen - Stichwort Effizienzsteigerung durch Aufgabenkritik. Auf der anderen Seite muss eine Landesregierung alle erdenklichen Anstrengungen unternehmen, um eine Wachstumsdynamik im Land zu entfachen und damit die öffentlichen Einnahmen zu erhöhen.

Lieber Herr Kollege Stegner, ich will mich gar nicht im Einzelnen zu Konjunkturprogrammen äußern. Aber es wäre ein unglaubliches Konjunkturprogramm, wenn man den Investitionsstau von 30 Millionen € im Energiebereich beseitigte. Das ist mehr, als die Bundesregierung bisher als Rettungspaket für die Wirtschaft aufgelegt hat.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, weder das eine - **Sparen** an der richtigen Stelle - noch das andere - **Wachstumsdynamik** entfachen - beherzigt die Landesregierung. In diesem Haushalt fehlt eine Strategie zur strukturellen Einnahmeverbesserung,

zur Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums und zur Schaffung von neuen Arbeitsplätzen.

Nebenbei bemerkt muss ich es schon als einen standort- und finanzpolitischen Erfolg ansehen, dass die von den Grünen vorgeschlagene und von der SPD-Fraktion massiv gelobte Erhöhung der Grunderwerbsteuer am vehementen Einspruch von FDP und CDU gescheitert ist. Denn eine Steuererhöhung in dieser konjunkturellen Phase, in der selbst die EU-Kommission der Bundesrepublik **Steuersenkungen** geradezu aufzwingt, ist an Sinnlosigkeit kaum zu überbieten.

(Beifall bei der FDP)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ebenso fehlt dieser Landesregierung ein strukturelles Konzept zur **Haushaltssanierung**, ein Konzept zur Modernisierung und Straffung des Verwaltungshandelns, also Aufgabenkritik, Struktur- und Funktionalreform und Bürokratieabbau, ein Konzept, welches die Kernaufgaben staatlichen Handelns definiert, zu einer umfassenden Verwaltungsstrukturreform verpflichtet und ein Personalentwicklungskonzept beinhaltet.

Herr Kollege Sauter, ich habe zur Kenntnis genommen, dass die Union ein solches Konzept zur Personalentwicklung in petto hat. Aber wir warten seit Jahren darauf, dass dieses Konzept beschlossen und umgesetzt wird.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, aus diesen Gründen lehnt die FDP-Fraktion den von der Landesregierung vorgelegten Entwurf für den Doppelhaushalt 2009/2010 und die Änderungen von CDU und SPD ab. Schleswig-Holstein braucht kein konzeptloses Ausgabensteigern, Schleswig-Holstein braucht kein halbherziges Sparen, und Schleswig-Holstein braucht vor allem kein Weiter-so. Es ist Zeit für eine Prioritätensetzung auf der Ausgabe-seite, es ist Zeit für gezielte, zeitlich begrenzte öffentliche Investitionen, um der Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, und es ist Zeit für Haushaltsklarheit und -wahrheit.

Dass dieser Weg gangbar ist, hat die FDP-Fraktion umfangreich dargelegt. Die **FDP-Fraktion** hat mit 179 Änderungsanträgen aufgezeigt, wie ein Konzept für eine **Haushaltspolitik** ausgestaltet werden kann, die konsequent konsolidiert und zukunftsweisend investiert. Herr Kollege Stegner, man kann in Teilbereichen anderer Auffassung sein, aber man kann nicht dauernd den Vorwurf erheben, die Opposition würde nichts vorlegen und nichts Sinnvolles dazu beitragen.

(Wolfgang Kubicki)

Wir haben zu den Beratungen im Finanzausschuss ein Antragspaket vorgelegt, das ein zusätzliches Investitionsvolumen von über 500 Millionen € ausgelöst und aufgrund der gleichzeitigen Einsparvorschläge die Nettoneuverschuldung im Vergleich zum Entwurf der Landesregierung lediglich um 5 Millionen € erhöht hätte.

Immerhin - das freut mich außerordentlich - haben die Koalitionäre unsere Änderungsanträge wenigstens so aufmerksam gelesen, dass sie einige von unseren Forderungen übernommen haben. Das zeigt - und das sage ich ganz im Ernst -, dass es tatsächlich noch möglich ist, als Haushaltsgesetzgeber über Parteigrenzen hinweg konstruktiv zu arbeiten.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Die FDP-Fraktion hat beantragt, 100 zusätzliche Gymnasiallehrer einzustellen. Die Große Koalition hat diese Forderung übernommen, und die 100 zusätzlichen Lehrer werden ab dem Sommer 2009 finanziert. Auch wenn wir uns gewünscht hätten, dass dies bereits zum 1. Februar 2009 hätte geschehen sollen, so kann ich feststellen: Wir haben uns jedenfalls durchgesetzt.

Die FDP-Fraktion hat beantragt, ab dem Jahr 2009 sechs neue Staatsanwälte einzustellen. In der Nachschiebeliste der Landesregierung finden sich diese sechs Staatsanwaltstellen. Somit kann ich feststellen: Damit ist eine unsere Forderungen erfüllt.

Die FDP-Fraktion hat gefordert, die Zuschüsse an die private Fachhochschule Wedel zu erhöhen. Mit den Änderungsanträgen von CDU und SPD wurde diese Erhöhung vollzogen. Dafür möchte ich mich ausdrücklich bedanken.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Ekkehard Klug [FDP])

Die FDP-Fraktion hat scharf kritisiert, dass im Landeshaushalt Rücklagen von über 400 Millionen € gebucht sind, obwohl gleichzeitig neue Schulden gemacht werden und diese über Kredite finanziert werden müssen. Wir haben beantragt: Rücklagen auflösen. Mit der Nachschiebeliste der Landesregierung werden 225 Millionen € dieser Rücklagen aufgelöst. Hier kann ich sagen: Herr Finanzminister, auch Sie haben jetzt nichts mehr in Ihrem Säckchen.

Und auch bei einem weiteren wichtigen Punkt hat sich die FDP durchgesetzt. Wir haben schon in der ersten Lesung darauf hingewiesen, dass wir die von der Landesregierung vorgeschlagene gegenseitige Deckungsfähigkeit von Konsumausgaben und In-

vestitionen als eklatanten Verstoß gegen die Landesverfassung und gegen die Landeshaushaltsordnung sowie als eine Entmachtung des Haushaltsgesetzgebers verstehen. In unseren Haushaltsanträgen haben wir eine entsprechende Änderung beantragt. Ich bedanke mich ausdrücklich - wie gesagt: ausdrücklich! - bei CDU und SPD, dass sie dieser Anregung gefolgt sind, weil wir uns hier über parlamentarische Sachen hätten nicht mehr austauschen müssen, wenn wir diese Regelung zugelassen hätten.

(Claus Ehlers [CDU]: Dann könnt ihr jetzt doch auch zustimmen!)

Lieber Kollege Ehlers, liebe Kolleginnen und Kollegen, leider blühte der finanzpolitische Verstand bei CDU und SPD nur sehr kurz auf, und die Vernunft hat sich nur in Einzelfällen durchgesetzt. Denn bislang hat die Große Koalition unsere Forderungen in wesentlichen Bereichen noch nicht erfüllt. Aber, Kollege Ehlers, da ich an die Lernfähigkeit glaube, lassen Sie mich auf einige Punkte hinweisen, die wir nach unserer Auffassung in der Situation, in der wir uns befinden, auf jeden Fall mit diesem Doppelhaushalt beschließen sollten.

Es besteht - darauf hat der Kollege Stegner hingewiesen - dringender Handlungsbedarf im Bereich Bildung. Nach 20 Jahren SPD-Verantwortung für die **Bildungspolitik** in Schleswig-Holstein klaffen Anspruch und Wirklichkeit so weit auseinander wie nie zuvor. Die Bildungschancen der Kinder hängen in Schleswig-Holstein so stark wie noch nie zuvor vom Einkommensniveau der Eltern ab. Und hier sind wir bundesweit spitze.

(Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Ich gebe dem Finanzminister ausdrücklich recht, der am 3. Dezember 2008 im „Flensburger Tageblatt“ sagte:

„Dass wir uns bei der Unterrichtsversorgung an der unteren Grenze dessen bewegen, was nötig wäre, ist nicht zu bestreiten.“

Das Problem ist nur: Das ist das Ergebnis von 20 Jahren SPD- Bildungspolitik.

(Beifall bei der FDP)

Sehr geehrte Frau Bildungsministerin, wenn Sie am 7. November 2008 in den „Schleswiger Nachrichten“ nach zehn Jahren persönlicher und nach 20 Jahren SPD-Verantwortung für die Bildungspolitik in diesem Land erklären: „Es ist klar, unser Schulsystem ist derzeit eine große Baustelle, in ein paar

(Wolfgang Kubicki)

Jahren hat sich das eingespielt.“, dann muss ich wirklich resümiere: Ihre Politik ist kläglich gescheitert. Sie spielen mit den Lebenschancen ganzer Generationen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie dann noch am 9. Dezember 2008 die IGLU-Ergebnisse - die schleswig-holsteinischen Grundschüler haben in der Lesefähigkeit noch nicht einmal den bundesweiten Durchschnitt erreicht - mit den Worten kommentieren, die längjährigen Anstrengungen trügen Früchte, die guten Ergebnisse - die guten Ergebnisse! - seien jedoch kein Anlass, in den Anstrengungen nachzulassen, dann haben Sie in Ihrem Amt als Bildungsministerin schlicht nichts mehr zu suchen.

(Beifall bei der FDP)

Das Auflegen immer neuer Bildungsoffensiven, ohne dass messbare Verbesserungen im Ergebnis festzustellen sind, muss ein Ende haben. Es muss endlich etwas Konkretes passieren. Die 100 zusätzlichen Lehrer reichen da bei Weitem nicht.

Wir fordern Sie heute noch einmal auf, sofort zu Jahresbeginn 200 zusätzliche **Lehrramtsanwärter** in den Vorbereitungsdienst einzustellen. Die Einstellung muss dabei nach dem Bedarf in den einzelnen Schularten erfolgen. Wir sehen Bedarf für 70 Anwärter in Grund- und Hauptschulen, für 70 an Gymnasien sowie für 60 in den Realschulen.

Wenn wir 2010/2011 bei der bevorstehenden demografischen Entwicklung überhaupt noch ausreichend qualifizierte Persönlichkeiten in den Schulen haben wollen, müssen wir jetzt damit beginnen, sie als Lehrramtsanwärter einzustellen.

(Beifall bei der FDP)

Außerdem verlangen wir von Ihnen den Aufbau eines Fördernetzwerks für die gezielte Förderung hochbegabter Schüler und die Ausstattung mit 1 Million € pro Jahr.

Was ich besonders bemerkenswert finde, ist Ihre Weigerung, zur Deckung des erforderlichen Bedarfs von Sozialarbeitern an den Schulen als Sofortmaßnahme 2 Millionen € pro Jahr zur Verfügung zu stellen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

- Lieber Herr Kollege Höppner, ich rate Ihnen wirklich einmal dringend, an einer Veranstaltung teilzunehmen - wir haben darüber gesprochen - -

(Weiterer Zuruf des Abgeordneten Dr. Henning Höppner [SPD])

- Wenn ich mich mit Ihnen jetzt über 2 Millionen € für die Bereitstellung für Sozialarbeiter unterhalten muss, die Sie nicht zur Verfügung stellen wollen, während Sie gleichzeitig bereit sind, mehrere Milliarden € für die HSH Nordbank zu investieren, dann sage ich Ihnen: Sie haben Ihr Amt hier im Haus verfehlt.

(Beifall bei der FDP)

Für die Ausstattung der **Kindertagesstätten** fordern wir über die Vorschläge der Großen Koalition hinausgehend weitere 8 Millionen € jährlich. Es reicht nicht, immer nur etwas zu erklären, wir müssen das auch mit entsprechenden Zahlen hinterlegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Änderungen, die CDU und SPD mit ihren Änderungsanträgen durchgesetzt haben, sind alles andere als ausreichend. Was nützen eigentlich 100 neue Lehrer, wenn die Lehr- und Lernbedingungen an den Schulen so katastrophal sind, wie sie von manch einer Schule in Schleswig-Holstein geschildert wird? Was nützt es uns eigentlich, wenn wir uns von einer Schülerin aus Hessen öffentlich über den NDR erklären lassen müssen, dass die Schulbücher in Schleswig-Holstein im Durchschnitt zehn bis zwölf Jahre älter sind als die Schulbücher in Hessen?

Und damit bin ich bei der bedrohlichen Finanzausstattung der **Kommunen**. Denn obwohl die Finanzsituation des Landes in den Jahren 2006 bis 2008 durch die günstige Steuerentwicklung deutlich verbessert wurde, ist bei den Kommunen so gut wie gar nichts von diesen Mehreinnahmen angekommen. Im Gegenteil: Durch den Eingriff des Landes in den kommunalen Finanzausgleich in Höhe von jährlich 120 Millionen € und das Übertragen von immer mehr Aufgaben auf die kommunale Ebene, ohne jedoch in gleicher Weise die benötigten Finanzmittel zu übertragen, hat sich das Land auf Kosten der Kommunen saniert.

Ende des Jahres 2007 betrug die Summe der Defizite der Kommunen in ihren Verwaltungshaushalten rund 600 Millionen €. Die Folge: Die dramatische finanzielle Situation vieler schleswig-holsteinischer Kommunen behindert diese immer mehr in ihrer Entwicklung und der ihnen per Gesetz aufgegebenen Erfüllung der Aufgaben der Daseinsvorsorge. Damit muss Schluss sein.

Die FDP-Fraktion hält es für unerlässlich, dass mit diesem Haushalt endlich der Eingriff des Landes in

(Wolfgang Kubicki)

den kommunalen Finanzausgleich ein Ende hat. Von daher fordere ich Sie heute erneut auf, den Kommunen in den Jahren 2009/2010 jeweils die 120 Millionen € zur Verfügung zu stellen.

(Beifall des Abgeordneten Günther Hildebrand [FDP])

Was zudem aus Sicht der FDP-Fraktion geradezu fatal ist, ist die gesetzliche Automatik bei der Festsetzung der Nivellierungssätze für die Grund- und die Gewerbesteuer. Sie ist damit faktisch eine Steuererhöhung, und das lehnt die FDP-Fraktion kategorisch ab.

Dass es sich hierbei um eine Steuererhöhung handelt, liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere der Union - wir reden ja über Unternehmensansiedlungen und über Unternehmensbesatz in Schleswig-Holstein -, gibt die Landesregierung auch offen zu. Denn in der Begründung zum Gesetzestext heißt es:

„Mit der Anhebung der Nivellierungssätze wird zudem den Gemeinden ein Anreiz gegeben, die eigenen Hebesätze anzuheben.“

Eine Landesregierung, die in der gegenwärtigen Situation geradezu gesetzlich dazu zwingt, Hebesätze in den Kommunen anzuheben und gleichzeitig durch den von mir sehr geschätzten Kollegen Döring für die SPD ein Zukunftsprojekt Schleswig-Holstein auflegt, in dem erklärt wird, wie Unternehmen für hochqualifizierte Arbeitsplätze angesiedelt und wie sie gehalten werden sollen, schadet sich selbst und stellt sich kein gutes Zeugnis aus.

(Beifall bei der FDP)

Wer in einer Situation, in der die **Wirtschaft** auf der Schwelle zu der tiefsten Depression seit Bestehen der Bundesrepublik steht, Steuererhöhungen per Gesetz festlegt, der handelt gegen jeden volkswirtschaftlichen Verstand. Zudem verhindert er Unternehmensansiedlungen und vernichtet Beschäftigung. Sie werden das sehen. Einem solchen wirtschaftspolitischen Irrsinn wird meine Fraktion nicht zustimmen.

Das Land braucht in dieser Situation keine Steuererhöhungen, sondern es braucht eine gezielte, konzentrierte und zeitlich begrenzte Investitionsoffensive.

(Beifall des Abgeordneten Jens Magnussen [CDU])

Wenn die aktuellen Prognosen zutreffen, dann sieht es düster für den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein aus.

Lassen Sie mich an dieser Stelle nur einmal drei Zahlen nennen. Die bundesdeutsche Erzeugung im verarbeiteten Gewerbe ging von August bis Oktober 2008 um 5,4 % zurück. Allein im Baugewerbe betrug der Produktionsrückgang im Oktober 2008 3 %.

Und Herr Kollege Stegner, bei allem Optimismus, dass man mit Problemen fertig werden kann - den ich teile -, dürfen wir die Analyse nicht vernachlässigen. Denn die Zahl der Beschäftigten im Bauhauptgewerbe sank in Schleswig-Holstein in den ersten neun Monaten des Jahres 2008 um 2 % oder rund 400 Personen, und zwar ausschließlich in den Monaten August und September.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es kommt ein Wirbelsturm ungeheuren Ausmaßes auf uns zu, den wir in seinen Ausmaßen noch nicht einmal ansatzweise abschätzen können. Doch was machen die Regierungsfractionen von CDU und SPD? - Sie buddeln sich ein, warten ab, was passiert, und versuchen dann, wenn alles vielleicht irgendwann einmal vorbei ist, den Wiederaufbau zu organisieren, statt jetzt den Menschen zu helfen und ihnen eine Perspektive zu geben.

Und was, liebe Kolleginnen und Kollegen, macht der Ministerpräsident? - Er präsentiert am Montag in Husum medienwirksam ein 703 Seiten starkes Buch über die Entwicklung des Küstenschutzes in Schleswig-Holstein in den vergangenen Jahrzehnten.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Tolles Buch!)

Es trägt den passenden Titel „Den Fluten Grenzen setzen“.

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, Sie werden weder fürs Reden noch fürs Bücherpräsentieren bezahlt, sondern fürs Handeln. Warum gibt es keinerlei Maßnahmen, um die Auswirkungen dieses konjunkturellen Wirbelsturms auf die Menschen in diesem Land abzuschwächen? - Ich sage ausdrücklich: Durchlächeln durch diese Krise wird nicht reichen.

Mit unseren Änderungsanträgen - und wir werden diesen Punkt heute erneut zur Abstimmung stellen - haben wir Ihnen ein Investitions- und Wachstumspaket in Höhe von 250 Millionen € brutto für die Jahre 2009 und 2010 präsentiert. Wir wollen zeitlich begrenzte **öffentliche Investitionen** in den kommunalen Straßenbau, in den Ausbau und die Sanierung von Schulen, in die energetische Sanierung von öffentlichen Gebäuden und in den zügigeren Ausbau des Breitband-Internets im ländlichen Raum. Mit diesem Vorziehen von Investitionen

(Wolfgang Kubicki)

stärken wir den lokalen Mittelstand, fördern die Infrastruktur und begegnen dem konjunkturellen Abschwung. Wir handeln.

Ich sage in Ihre Richtung und in die Richtung des Wirtschaftsministers: Wir wollen, dass sich Schleswig-Holstein bei der EU darum bewirbt, dass es als Land beim Bau eines Kohlekraftwerks ohne CO₂-Emissionen unterstützt wird. Wir fordern Sie in den Koalitionsfraktionen dazu auf, den Stau im Energiebereich anzugehen.

(Beifall bei der FDP)

Noch einmal: Der Staat alleine kann mit einem Investitionsprogramm nichts bewirken. Es gibt aber in vielen Bereichen privaten Investitionsstau, den wir als Staat, als Parlament, als Exekutive beseitigen könnten, wenn denn die Bereitschaft dazu vorhanden wäre.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, doch nicht nur die kurzfristigen, am konkreten Haushalt umzusetzenden Maßnahmen gehören in diese Haushaltsberatung. Denn - und da macht uns die mittelfristige Finanzplanung auch nicht schlauer - es fehlt jegliches Konzept zu einer strukturellen Verbesserung der Haushaltslage des Landes.

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir eine kurze Anmerkung zum Resolutionsantrag der Grünen. Etwas Ähnliches hatten wir bereits 2003 oder 2004 im Parlament. Herr Minister Wiegard war damals seitens der Union dafür verantwortlich. Damals haben Sie das massiv und scharf kritisiert.

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nur den Inhalt!)

Die Tatsache als solche, dass wir als Parlament während der Haushaltsberatung eine Resolution verabschieden sollen, ist mir schlicht und ergreifend neu. Aber da Sie diese Resolution mit der Überschrift „Klimaschutz“ versehen, müssen Sie sich die Frage gefallen lassen, wie viele Bäume für das Papier, auf dem das gedruckt wurde, haben sterben müssen.

(Zuruf von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Wie schwach!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wie im Finanzsektor ist es auch in der Haushaltspolitik von entscheidender Bedeutung, dass die Bürger dieses Landes Vertrauen in die getroffenen Entscheidungen des Haushaltsgesetzgebers sowie in die zukünftige finanzielle Entwicklung des Landes haben. Denn - und dies scheinen insbesondere die Fraktionen von CDU und SPD völlig vergessen zu haben -

der Haushalt des Landes Schleswig-Holstein besteht überwiegend aus Steuerzahlergeldern, die Ihnen die Bürger dieses Landes zur treuhändischen Verwaltung anvertraut haben. Und die Bürger dieses Landes glauben zu Recht nicht mehr, dass mit ihrem Geld sorgsam, verantwortungsbewusst und vor allem nachhaltig umgegangen wird.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, Sie können den Polizeibeamten, den Feuerwehrleuten und den Krankenschwestern nicht mehr erklären, warum sie auf Weihnachts- und Urlaubsgeld verzichten sollen, zumal die **Haushaltspolitik** der Landesregierung keinerlei Konzept zu einer strukturellen Verbesserung der Haushaltslage erkennen lässt. Und ich finde es außerordentlich bemerkenswert und geradezu grotesk, dass der Finanzausschuss am vergangenen Donnerstag auf Antrag der FDP-Fraktion mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Folgendes beschlossen hat:

„Eine Verwaltungs- und Funktionalreform, die die künftigen Kernaufgaben staatlichen Handelns definiert und das Verwaltungshandeln darauf abstimmt, ist dringend umzusetzen.“

Wir fragen uns in der Tat, wer seit 2005 in diesem Land regiert.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es muss endlich geklärt werden, welche Aufgaben das Land noch zu leisten hat, welche gänzlich wegfallen und welche ausgelagert oder in die privatwirtschaftliche Erledigung überführt werden können. Und wie in anderen Bundesländern zum Teil bereits geschehen - Baden-Württemberg und Niedersachsen seien hier als Beispiele genannt -, muss das überregulierte Schleswig-Holstein einen erheblichen Teil seiner materiellen **Verwaltungsvorschriften** abschaffen oder zumindest stark vereinfachen. Die Hälfte der größtenteils kleinteiligen und die Bürger sowie Unternehmen des Landes einengenden Vorschriften sollten ein für allemal den Archivaren übergeben werden.

Gleichfalls muss in diesem Zuge das Verfahrensrecht vereinfacht und vor allem für Bürger und Unternehmen berechenbar gestaltet werden. Das bedeutet: Genehmigungsverfahren sollten so weit wie möglich in Anzeigeverfahren umgewandelt werden. Für sämtliche Verfahren ist eine verbindliche Höchstdauer der Bearbeitungszeit festzulegen. Sollte binnen dieser Frist dem antragstellenden Bürger beziehungsweise Unternehmen ein Bescheid der

(Wolfgang Kubicki)

Behörde nicht zugehen, soll zukünftig die Genehmigung im begehrten Umfang als erteilt gelten.

Mit diesen Maßnahmen einer beispielhaften **Verwaltungsmodernisierung** wird die dauerhafte finanzielle Belastung des Landes reduziert und gleichzeitig vor allem die Blockade von wirtschaftlicher Aktivität aufgelöst. Dass eine Abteilung Entbürokratisierung mit einem eigenen Staatssekretär vorgehalten werden muss, die für viel Geld Gutachten über Gutachten in Auftrag gibt, nur um zu dem Schluss zu kommen - da muss ich den Kollegen Schlie auch mal in Schutz nehmen -, dass alles so bleiben muss, wie es ist, ist auch ein Armutszeugnis für diese Regierung.

(Beifall bei der FDP)

Wäre es nicht besser und glaubwürdiger, diese Abteilung schlicht und ergreifend aufzulösen oder ihr einen anderen Titel zu geben? - Schließlich sind Ergebnisse der Entbürokratisierung bisher nicht zu erkennen.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, wenn Sie eine solche **Aufgabenkritik** erst einmal durchgeführt haben, dann müssen Sie auch nicht völlig unstrukturiert nach dem Gießkannenprinzip Personal abbauen und die Gehälter im öffentlichen Dienst kürzen. Dieses von Ihnen gewählte Verfahren demotiviert die Beschäftigten, führt zu gefährlichen Engpässen im Verwaltungshandeln und kostet in der Summe deutlich mehr, als die wenigen Einsparungen erbringen, die Sie damit kurzfristig erzielen.

Daher fordert die FDP-Fraktion: Definieren Sie die Landesaufgaben, reduzieren Sie in der Konsequenz das Personal, und zahlen Sie im Gegenzug angemessene Bezüge! Dazu zählen neben der Gewährung von **Urlaubs- und Weihnachtsgeld** die Ausgleichszulage für die Polizeibeamten, mehr Beförderungen sowie eine Erhöhung der Ausgleichszahlungen für geleistete Überstunden.

Wir haben doch nicht zu gut bezahltes Personal, sondern wir haben zu viel Personal. Das ist das Entscheidende.

(Werner Kalinka [CDU]: Das hat er doch gesagt!)

- Ja, er sagt es seit 2005. Aber da Sie in der Verantwortung stehen, warten wir darauf, dass diesen Reden endlich etwas folgt.

(Beifall bei der FDP)

Und wenn Sie sagen: „Das können wir nicht“, dann müssen wir den Bürgern von Schleswig-Holstein sagen, dass sie beim nächsten Mal anders wählen

sollen - das werden sie eh tun. Dann werden wir Ihnen zeigen, dass es funktioniert.

Wer noch nicht einmal in der Lage ist, mit den 400 frei werdenden Stellen aus der Katasterverwaltung im Haushalt verantwortungsvoll umzugehen, der ist für größere Aufgaben nicht gewappnet. Wir wissen seit Herrn Seitz - auch das ist teuer bezahlt worden -, dass das Land Schleswig-Holstein strukturell - das heißt nicht konjunkturell - einen Personalüberbesatz in der Größenordnung von 3.500 bis 5.000 Personen hat. Das Problem, Herr Kalinka, können wir nicht bewältigen, indem wir immer weiter die Gehälter abschmelzen. Das können wir ausschließlich bewältigen, wenn wir das Land von bestimmten Aufgaben befreien und so Personal freisetzen. Wir müssen es über einen bestimmten Zeitraum umsetzen, um die **Personalausgaben** des Landes dauerhaft zu reduzieren.

Herr Ministerpräsident, Sie und Ihre Regierung sind mit allen großen vollmundig angekündigten Projekten, die die Große Koalition rechtfertigen sollten, gescheitert.

(Jürgen Feddersen [CDU]: Das kann man so nicht sagen! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das kann man genau so sagen!)

- Nennen Sie mir doch ein großes Projekt! Wie sieht es denn mit der Schulreform aus? - Die Ergebnisse sehen wir gerade.

Als Fazit der Haushaltsberatungen, die eine Farce waren, lässt sich festhalten, dass die Regierungskoalition aus CDU und SPD nun auch bei ihrem letzten großen Projekt, einen soliden und zukunftsweisenden Haushalt aufzustellen, kläglich versagt hat. Es ist kein Konzept zur strukturellen Einnahmeverbesserung durch eine Erhöhung der Wachstumsdynamik der schleswig-holsteinischen Wirtschaft erkennbar.

Auch die dringend notwendige Funktional- und Verwaltungsreform, die Aufgabenkritik und der Aufgabenabbau fehlen in diesem Haushalt völlig. Aus Sicht der FDP-Fraktion wird es mit diesem Haushalt nicht gelingen, die bevorstehende wirtschaftspolitische Krise zu meistern. Dieser Haushalt verdient schlicht und ergreifend die Note „ungenügend“.

Wir werden heute Nachmittag noch über die **HSH Nordbank** debattieren, Herr Finanzminister. Ich erwarte von Ihnen, dass Sie uns erklären - darauf können Sie sich schon einrichten -, welche strukturellen Überlegungen zur Fortentwicklung der HSH Nordbank aus der Interessenslage des Landes

(Wolfgang Kubicki)

Schleswig-Holstein heraus bestehen und wie wir diese umsetzen. Wir sind Anteilseigner der Bank. Die Bank hält keine Anteile an Schleswig-Holstein. Wenn ich mir anschau, wie die Finanzminister der anderen Länder agieren, dann wird mir schummerig dabei, wenn ich daran denke, wie unsere Interessen im Konzert der Länder umgesetzt werden.

Die Appelle des Kollegen Stegner an die Solidarität der anderen sind ja sehr schön. Aber ich weiß aus parlamentarischen Beratungen mit Kollegen - auch von der SPD - aus anderen Ländern, dass die Solidarität dort aufhört, wo der eigene Geldbeutel anfängt. Das ist wie im normalen Leben auch. Auch Ihre Kollegen, Herr Stegner, werden Sie fragen: Warum sollen wir denn für Fehlverhalten der damaligen Regierung von Schleswig-Holstein bezahlen? Warum sollen wir denn Lasten tragen, die Schleswig-Holstein nicht einmal ansatzweise selbst zu schultern bereit ist?

Warten wir diese Entwicklungen erst einmal ab. Wir reden ja heute Nachmittag über eine „bad bank“. Ich kann nur sagen: Dieser Haushalt ist ein „bad budget“, Herr Finanzminister, oder - da die Union Deutsch ins Grundgesetz schreiben will - ein „schlechter Haushalt“. Wir werden dem nicht zustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Kubicki. - Bevor ich das Wort erteile, möchte ich auf der Tribüne sehr herzlich Schülerinnen und Schüler sowie begleitende Lehrkräfte des Thor-Heyerdahl-Gymnasiums in Kiel begrüßen. Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Ich erteile nun dem Fraktionsvorsitzenden von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Herrn Abgeordneten Karl-Martin Hentschel, das Wort.

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Am 5. Oktober überschrieb die „Sonntagszeitung“ einen Artikel über diese Regierung so: „Die Koalition ist gescheitert.“

Die Fraktionsvorsitzenden der beiden Koalitionsparteien haben sich eben alle Mühe gegeben, ihre Erfolge darzustellen. Ich sage dazu: Glauben Sie wirklich, wir haben vergessen, was Sie vor drei

Jahren alles versprochen und was Sie sich vor drei Jahren alles vorgenommen haben? - Ich bin zwar von der Leiter gestürzt, aber davon bekommt man zum Glück keine Amnesie.

Was ist aus Ihren großmündig angekündigten Plänen zum **Personalabbau** geworden? Während unter grüner Regierungsbeteiligung jährlich durchschnittlich 200 Stellen netto abgebaut worden sind, Herr Wadephul, das sind Zahlen des Landesrechnungshofs, nicht unsere, haben Sie es von 2005 bis 2007 gerade auf zwei Stellen gebracht, die abgebaut wurden. Ich wiederhole: Es waren zwei Stellen. Da fragt man sich: Wo ist der Finanzminister Wiegard, der im Wahlkampf die Notwendigkeit der Streichung von 5.000 Stellen verkündet hat?

(Dr. Johann Wadephul [CDU]: Stimmt doch nicht!)

Wo ist der Fraktionsvorsitzende der CDU, der die Regierung noch im letzten Jahr zu mehr Ehrgeiz angestachelt hat? Wo ist der Ministerpräsident? Wo ist das Konzept der CDU von Herrn Sauter, das er lange angekündigt hat?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Jetzt sind alle abgetaucht. Niemand möchte mehr daran erinnert werden. Ähnliches erleben wir bei der **Verwaltungsreform** des Landes. Es wurde eine eigene Abteilung mit einem Staatssekretär an der Spitze eingerichtet. Dort sitzt er. Tausende Seiten Papier wurden im Landeshaus verteilt. Passiert ist nichts. Einmal hat Staatssekretär Schlie noch verzweifelt aufgeschrien und sich über die Blockade der Ministerien, natürlich insbesondere der roten Ministerien, beschwert. Es war vergeblich. Ich frage: Was hat der Ministerpräsident dazu gesagt, als er das in der Zeitung gelesen hat?

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist er seinem Staatssekretär zur Hilfe geeilt? Hat er die Minister zur Ordnung gerufen? - Nichts dergleichen ist passiert. Die Koalition ist gescheitert, und der Ministerpräsident schweigt.

Ich komme zur großen **Kommunalreform**. Es gab hierzu eindeutige Beschlüsse der Koalition und klare Aussagen des Ministerpräsidenten. Der Innenminister musste gehen. Es wurden Tausende Seiten an Gutachten erstellt. Alle kamen zu einem eindeutigen Ergebnis. Herr Ministerpräsident, Sie sind beliebt, das ist ohne Zweifel. Sie haben in Ihrer Partei eine beachtliche Autorität.

(Karl-Martin Hentschel)

(Beifall des Abgeordneten Frank Sauter
[CDU])

Warum haben Sie die nicht eingesetzt und Ihrer Parteibasis gesagt, das Land brauche eine Reform? Es geht um über 100 Millionen € jährlich. Stattdessen erleben wir ein Begräbnis dritter Klasse, und der Ministerpräsident macht den Eindruck, als sei er geradezu froh darüber, dass der Ärger vorbei ist.

Ein weiteres Beispiel für Ihre Art von Politik ist die **Schulreform**. Es ist an sich schon absurd, dass die Reform des Schulwesens eher das zufällige Ergebnis von Beratungen eines Koalitionsausschusses war, bei denen man sich nicht einigen konnte und die Entscheidung den Kommunen zugeschoben hat. Anders als bei der Kommunalreform erlebten wir aber diesmal, dass Dutzende - überwiegend schwarze - Bürgermeister auf dem Lande den Schritt in die Zukunft wagten und sich für eine Gemeinschaftsschule entschieden; Ideologie hin oder her.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich hätte wirklich erwartet, dass sich die Koalition zusammensetzt und sagt: Jetzt haben wir eine Reform, jetzt schaffen wir auch die nötigen Rahmenbedingungen. Nichts da, die Blockade geht weiter. Man kann doch niemandem mehr erklären, warum Lehrer an Gemeinschaftsschulen mehr Stunden arbeiten sollen als an Gymnasien und das zum Teil für weniger Geld. Haben sie die leichter zu unterrichtenden Schüler?

Es ist ein unfassbares Signal an alle Eltern, Lehrer und Schüler, die sich für die neuen Schulen engagieren, dass an unserer Lehrerhochschule in Flensburg keine Lehrer für **Gemeinschaftsschulen** ausgebildet werden dürfen, dafür aber für Schularten, die es in Schleswig-Holstein gar nicht mehr gibt! Da fragt man sich doch: Wo bleibt bei diesem Chaos die Verantwortung der Fraktionsvorsitzenden? Wo bleibt die Verantwortung des Ministerpräsidenten? Auf jedem Dorffest wird er abgelichtet. Auf den Regionalseiten der Zeitungen ist er allgegenwärtig. Aber wenn es darum geht, Entscheidungen für die nötigen Strukturreformen in diesem Land herbeizuführen, wenn es darum geht, als Ministerpräsident die Koalition zu führen, dann ist der Mann verschwunden!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist eine konsequente Fortsetzung dieser Regierungsarbeit. Er ist ein Trauerspiel für den Steuerzahler.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege Hentschel, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Wadephul?

Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Ja.

Dr. Johann Wadephul [CDU]: Herr Kollege Hentschel, Sie haben gerade die unterschiedliche Stundenverpflichtung der Lehrer an Gymnasien und an Regional- und Gemeinschaftsschulen angesprochen. Darf ich Sie fragen, wie Sie das Problem Ihrerseits lösen möchten? Möchten Sie die Gymnasiallehrer gesetzlich zu mehr Unterricht verpflichten, oder wollen Sie die Unterrichtsverpflichtung der Regional- und Gemeinschaftsschullehrer senken und dadurch mehr Lehrer einstellen? Oder wollen Sie die Stunden ausfallen lassen?

Darüber wird zu reden sein. Auf jeden Fall wird man sich bei einem gemeinsamen Maß treffen müssen, davon bin ich überzeugt. Notfalls muss man sich in der Mitte treffen. Es kann doch nicht so sein, dass die einen zwei Stunden mehr arbeiten und dass man sagt, das sei normal. Das ist doch eine Bestrafung für die Hälfte aller Lehrer.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf ist eine konsequente Fortsetzung dieser Regierungsarbeit, von der ich gerade geredet habe. Hinzu kommt, dass er ein Trauerspiel für die Steuerzahler ist. Schon die Aufstellung des Haushalts spiegelte das wider. Im ersten Schritt legte die Landesregierung einen Haushaltsentwurf vor. Die Landesregierung rechnet im Jahr 2010 mit sage und schreibe 1,7 Milliarden € an Mehreinnahmen gegenüber dem Jahr 2005. Dann stellt sie fest, dass das Geld trotzdem nicht reicht, um alle Wünsche der roten und schwarzen Ministerien zu erfüllen. Für 2009 fehlen 570 Millionen € und sind als **Neuverschuldung** geplant.

Im zweiten Schritt kommt dann die Nachschiebeliste. Normalerweise sollte man denken, dass es besser wird, da man noch einmal korrigiert und mit den Häusern neue Einsparungen verhandelt. Nein, Sie jubeln über die Steuerschätzung, obwohl sie auf alten Wachstumswahlen basiert. Sie wecken neue Begehrlichkeiten. Schwupp, schon sind die Ausgaben trotz höherer Einnahmen noch stärker gewachsen, und Sie sind bei einer Neuverschuldung von 600 Millionen € angelangt.

(Karl-Martin Hentschel)

In einem weiteren Schritt veranstalten CDU und SPD nach ihren Haushaltsberatungen getrennte Kampfpressekonferenzen nach dem Motto, wer verspricht am meisten. Selbstverständlich soll alles gegenfinanziert werden, das haben beide - Wadephul und Stegner - gesagt. Das ist aber drei Tage später vergessen. Alle Wünsche werden erfüllt, die Neuverschuldung ist bei über 700 Millionen €. Während die Neuverschuldung erneut steigt und steigt, steigen auch die Wünsche für die Zukunft und damit auch die **Verpflichtungsermächtigungen**. Der Finanzminister hat diese glatt verdoppelt, und zwar von 600 Millionen € im Jahr 2008 auf weit über 1,2 Milliarden € im Jahr 2009. Damit betonen Sie auch die Haushalte der Zukunft gleich mit zu. Meldet sich einmal wieder eine Interessengruppe, dann wird ohne Bedenken gern obendrauf gesattelt, wir haben es ja. Richtig auf den Punkt gebracht, kann man sagen, Sie haben mit der Erhöhung des Ausgabentitels Schleswig-Holstein als Reiterland positioniert: Mit Ihnen gehen wirklich sämtliche Pferde durch.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Finanzminister ist längst zu einer lame duck geworden. Es gab einmal Zeiten, da haben die Häuser vor den Haushaltsverhandlungen mit dem Finanzministerium gezittert, weil sie jedes Mal massive Einsparungen vorlegen mussten. Das ist Geschichte. Heute blickt der Finanzminister längst nicht mehr durch. Er weiß nicht mehr, was in den Häusern los ist. Es kommt sogar vor, dass ein Fachminister fröhlich aus den Chefgesprächen herauskommt und sogar noch Geld mitbringt. Was macht der **Ministerpräsident**, wenn alles aus dem Ruder läuft? Wo gibt es von ihm ein klares Wort? Wo setzt er seinen Ministerinnen und Ministern Grenzen? - Fehlanzeige.

Je mehr die vereinigten Koalitionsfreunde daran arbeiten, die Ausgaben nach oben zu schrauben, desto schweigsamer wird er. Herr Ministerpräsident, wenn selbst Ihr Parteifreund Borchert, der zugleich Präsident des Bundes der Steuerzahler ist, vor Kurzem Ihren Kurs als unreal und die Koalition als schuldensüchtig bezeichnet hat, wenn er Ihre Politik mit den Worten beschreibt, die der Kollege Wadephul schon zitiert hat, nämlich die Koalition gleiche dem Verhalten eines Suchtkranken, der den Kater der durchzechten Nacht in neuem Alkohol ertränkt, dann sage ich: Das ist das Bild, das ein Parteifreund von Ihnen zeigt. Das ist keiner, der keine Ahnung hat. Er war lange Zeit Geschäftsführer des Gemeindetages, er ist ein sehr honoriger Mann. Wie fühlen Sie sich dabei? Wenn ich ehrlich bin,

dann muss ich sagen, der Vergleich trifft nicht zu. Das wird Sie überraschen. Der Ministerpräsident wirkt nämlich gar nicht so bedrückt und verkatert.

Das könnte man höchstens vom Finanzminister sagen, wenn er auftritt. Herr Carstensen läuft eher herum wie ein Operettenpräsident, der im Drachenschiff die Parade abnimmt. Für die Wirklichkeit sind andere zuständig.

Immerhin gab es bislang noch eine Hoffnung, von der wir immer gehört haben. Die Combo Carstensen und Wiegand setzte bis zuletzt unerschütterlich auf die Föderalismuskommission. Sie hofften auf einen Airbag namens Entschuldungsfonds, der den Aufprall abfedern soll. Aber leider, der Airbag ist nur eine Luftblase. Jetzt pfeifen die Spatzen von den Dächern, dass sie damit bei ihren eigenen Parteikollegen krachend gescheitert sind. Ihr Modell spielte in Wirklichkeit nie eine Rolle - außer auf Pressekonferenzen in Kiel.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Mein Fazit: Die SPD hat seit längerem Orientierungsschwierigkeiten in Deutschland. Die CDU hat sowieso keinerlei Visionen für unser Land. Sie wollte nach 17 Jahren Abstinenz nur wieder an die Macht. Die Koalition hat sich nie als eine gemeinsame Regierung verstanden. Die unkontrollierte **Haushaltspolitik** ist die direkte Folge davon, dass keiner der beiden Partner dem anderen auch nur das Schwarze unter den Fingernägeln gönnt. Ergebnis ist, dass sich die Fraktionsvorsitzenden gegenseitig in Populismus überbieten. Jeder möchte der good guy sein. Diese Koalition verwechselt Regieren mit permanentem Wahlkampf.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An ihrer Spitze schwebt ein Ministerpräsident, der lieber wegschaut, wenn es ernst wird.

Die grüne Fraktion hat erneut ein Alternativkonzept zum Landeshaushalt vorgelegt. Wir hatten natürlich damit gerechnet, dass unsere Vorschläge komplett abgelehnt werden. Aber - oh Wunder! - die beiden Wohltäterfraktionen haben eine Reihe unserer Punkte übernommen - dafür bedanken wir uns -, immer nach dem Motto: Ein Häppchen für die SPD, ein Häppchen für die CDU, aber immerhin. Sie entdeckten, dass das Freiwillige Ökologische Jahr gestärkt werden muss, dass die Universität Flensburg und die Musikhochschule Lübeck mehr Geld benötigen, dass es an den Schulen an Lehrern mangelt, dass das Bündnis Entwicklungspolitischer Initiativen, das gute Arbeit geleistet hat, wieder einen Zuschuss braucht und so weiter und so fort. Wir be-

(Karl-Martin Hentschel)

danken uns dafür, dass die Anträge übernommen worden sind. Teilweise hat auch die FDP sie gestellt. Sie haben aber leider etwas Entscheidendes an unseren Anträgen übersehen. Wir haben nämlich nicht nur **Mehrausgaben** vorgeschlagen. Da unterscheiden wir uns von unserem Oppositionspartner.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wir haben auch Kürzungen vorgeschlagen!)

Wir haben nicht nur Mehrausgaben vorgeschlagen, sondern auch Finanzierungsvorschläge gemacht. Unser Vorschlag führt nicht zu Mehrausgaben, sondern zu einer Senkung der Nettoneuverschuldung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir sind nämlich der Überzeugung, dass wir uns in der dramatischen Lage, in der sich das Land befindet, große Geschenke nicht leisten können. Wir haben für den Doppelhaushalt vorgeschlagen, 28 Millionen € Mehrausgaben im Straßenbau herauszunehmen, 16 Millionen € für betriebliche Einzelförderung, die wir sowieso nicht für sinnvoll halten, zu streichen,

(Wolfgang Kubicki [FDP]: So ist es!)

10 Millionen € Sachkosten, 10 Millionen € für IT und einiges andere zu kürzen. Wir streichen jährlich 200 **Stellen** in der **Landesverwaltung** - so, wie das unter Rot-Grün jedes Jahr immer gemacht worden ist. Wir halten das für realistisch. Die Fluktuation in der Landesverwaltung ohne Bildungsbereich beträgt jährlich 1.000 Stellen. Wenn jede fünfte Stelle gestrichen wird, kommt man auf 200. Das ist realistisch. Auch wenn man in bestimmten Bereichen nicht sparen kann, kann man in anderen Bereichen umso mehr sparen. Das ist möglich, und das muss für die nächsten Jahre auch möglich sein. Der Finanzausschuss hat - bis auf die Grünen; die haben gesagt, das ist Unsinn, was ihr da macht - beschlossen, es soll eingespart werden, es soll eine Personalstrukturreform geben. Alles, was wir gefordert haben, habt ihr beschlossen. Das ist absurd. Und nun macht ihr genau das Gegenteil und wollt das heute auch noch im Landtag beschließen. Es ist nicht mehr zu fassen, was hier gemacht wird.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Schizophrenie wird auf die Spitze getrieben.

Lieber Herr Wiegard, angesichts der Wirtschaftsentwicklung hätten wir erwartet, dass Sie im Landshaushalt die erkennbaren Einnahmerisiken berücksichtigen. Ihre Einnahmeschätzungen beruhen nämlich auf einem Wirtschaftswachstum, das mit Sicherheit nicht mehr zu erwarten ist.

(Minister Rainer Wiegard: Nennen Sie einmal eine Zahl!)

Aber auch hier Fehlannonce.

Für das Urteil zur **Pendlerpauschale** haben Sie wohl auch nicht genügend Vorsorge getroffen, wie sich herausgestellt hat.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Entgegen den Beratungen im Finanzausschuss!)

Der Antrag, den Sie heute vorgelegt haben, ist wohl eine Lachnummer. Sie haben Mindereinnahmen an Steuern. Wie decken Sie die? Durch eine globale Minderausgabe. Da ist man einfach sprachlos, wie man sich mit solcher Chuzpe, mit einer solchen Frechheit überhaupt noch ins Parlament traut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Jürgen Feddersen [CDU]: Wie war das mit dem Glashaus?)

Meine Fraktion hat sich entschieden, ein Konjunkturprogramm vorzuschlagen, das sich auf zwei strategische Bereiche konzentriert. Das Bildungspaket umfasst 145 Millionen €. Das Wirtschaftspaket umfasst über 60 Millionen €.

Wir investieren in **Bildung**, da die Bedeutung von Bildung, Wissen, Kultur und Technologie in den nächsten Jahren drastisch zunehmen wird. Investitionen in Kindergärten, Schulen, Hochschulen, Forschung und Kultur müssen im Zentrum der Zukunftspolitik einer Regierung stehen. Wir freuen uns natürlich, dass wichtige Punkte unseres Vorschlags übernommen worden sind. Andere wichtige Punkte sind nicht übernommen worden. Die halten wir für zentral. Ich möchte sie noch einmal nennen. Das ist erstens das Programm „Clever Starten“. Das ist sogar wichtiger als das kostenlose Kindergartenjahr. Das muss man einmal ganz deutlich sagen. Wir brauchen in den **Kindertagesstätten** einen Qualitätssprung von Bildung, Betreuung und Erziehung.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Zweitens ist das das Thema **Lehrerbildung**. Wir haben 3 Millionen € eingesetzt. Das ist nicht unheimlich viel, aber ein Zehnfaches dessen, was zurzeit ausgegeben wird. Wer eine neue Schullandschaft will, muss in die Lehrerbildung und in die Lehrerweiterbildung investieren. Wir dürfen die Lehrerinnen und Lehrer, die zurzeit mit großem Engagement dabei sind, sich neue Formen von pädagogischem Unterricht anzueignen, nicht im Stich lassen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

(Karl-Martin Hentschel)

Drittens. Wir müssen die offenen **Ganztagschulen** stärken. Die offenen Ganztagschulen sind ein ganz wichtiges Element, damit die Kinder nachmittags nicht mehr vor den Fernsehern oder den Nintendo-Spielen sitzen. Wir müssen den lächerlichen Betrag von 35 ct auf 70 ct pro Kind und Stunde anheben. Deshalb werden wir unsere diesbezüglichen Änderungsanträge nachher erneut zur Abstimmung stellen und hoffen natürlich auf Zustimmung.

In Bund und Land wird darüber gestritten, wie man auf die Krise reagieren soll. FDP und Teile der Union fordern Steuersenkungen. Der Nachteil jeder Steuersenkung ist jedoch, dass die Förderwirkung völlig unspezifisch und es nicht einmal sicher ist, dass das Geld in den Konsum geht. Frankreich hat einen Konjunkturscheck für Niedrigverdiener beschlossen. Die SPD will sogar einen Scheck für alle. Bei dem französischen Modell ist im Gegensatz zum SPD-Vorschlag

(Dr. Johann Wadehul [CDU]: Herr Steinbrück ist dagegen!)

- Steinbrück ist dagegen, richtig! - wenigstens sichergestellt, dass das Geld auch konsumiert wird. Wofür das Geld dann aber ausgegeben wird und was dabei gefördert wird, bleibt genau so unspezifisch. Die Landesregierung setzt, soweit überhaupt ein Schwerpunkt zu erkennen ist, auf Straßenbau. Ich glaube, Straßenbau ist bekanntlich die öffentliche Investition, die die wenigsten Multiplikatoreffekte hat, nämlich überhaupt keine.

Wenn wir Ihnen stattdessen ein Investitionsprogramm für **Klimaschutz** vorschlagen, dann hat das ganz nüchterne ökonomische Gründe.

Erstens. Wenn wir Investitionen in energiesparende und Klimaschutztechnologien zum Beispiel mit 20 % fördern, lösen wir damit Multiplikatoreffekte von 5:1 aus.

Zweitens. Investitionen in Privathäuser und Firmen unterstützen direkt die Bauwirtschaft und die innovativen Technologiefirmen in Schleswig-Holstein und sichern hier Arbeitsplätze.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drittens. Laut einer repräsentativen Umfrage des Verbandes Deutscher Maschinen und Anlagenbau betrachten 96 % der deutschen Mittelständler die erneuerbaren Energien als die Zukunftsbranche und sehen sie als Zugpferd der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung des Mittelstandes. Deswegen schlagen wir vor, in diesen Bereich zu investieren. Wenn nämlich in einem Jahr oder in mehreren Jahren die Krise vorbei sein wird, wird sich einiges ge-

ändert haben. Ich bin sicher, dann werden andere Autos gebaut. Es werden andere Schiffe auf Reede gelegt. Transportkosten und Energieeffizienz werden in den Kalkulationen der Wirtschaft eine andere Rolle spielen. Der gesamte Gebäudebestand wird einer rapiden Neubewertung durch die Banken unterzogen werden, wobei Energie- und Rohstoffverbrauch eine zentrale Rolle spielen werden.

Jede Wirtschaftspolitik heute macht nur dann Sinn, wenn sie sich an diesen Kriterien orientiert. Wer die Vergangenheit fördert, anstatt in die Zukunft zu investieren, macht Fehlinvestitionen. Genau deswegen ist es falsch, Herr Marnette, Millionen zusätzlich in den Straßenbau zu stecken, wie die Landesregierung das vorhat.

(Zurufe von der CDU)

Sie setzen den Begriff Investitionen immer noch gleich mit Beton.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen ist es richtig, in Gebäudesanierung und Klimaschutz zu investieren.

Finanzkrise, Klimawandel und Schulden, dieser Dreiklang stellt uns vor enorme Herausforderungen. Diese Koalition ist auf ganzer Linie gescheitert. Sie haben alle großen Vorhaben dieser Legislaturperiode an die Wand gefahren. Sie sind weder in der Lage zu sparen, noch schaffen Sie es, in die Zukunft umzusteuern. Heute, mit diesem Haushalt vergeigen Sie die letzte Chance, das Ruder herumzureißen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schleswig-Holstein braucht eine Regierung, die Visionen hat, das Land nach vorn zu entwickeln, eine Regierung, die gemeinsam an einem Strang zieht - das ist wichtig, damit die Menschen Vertrauen haben -, eine Regierung, die den Mut hat, endlich mit der alten Klientelpolitik Schluss zu machen, auch wenn das unpopulär ist, eine Regierung, die die Kraft hat, alle Mittel darauf zu konzentrieren, in die Zukunft zu investieren, in Bildung und Klimaschutz.

Herr Carstensen, meine Kollegen von der Koalition, wachen Sie endlich auf! Dies hier ist keine vergnügliche Operette, in der es reicht, die Leute durch flotte Sprüche bei Laune zu halten.

(Thomas Stritzl [CDU]: Hallo, Sie wollten sich beim Ministerpräsidenten noch entschuldigen!)

(Karl-Martin Hentschel)

Dies ist auch keine betriebliche Weihnachtsfeier, Herr Stritzl, wo man durch das gleichmäßige Verteilen von Geschenken für Stimmung sorgt. Dies ist die harte Wirklichkeit der Krise in einem wohlhabenden Land, wo klare Strukturentscheidungen notwendig sind und entschlossenes Handeln im Interesse der Zukunft verlangt ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, wenn Sie dazu nicht in der Lage sind, machen Sie den Weg frei für Neuwahlen! Das Land hat eine andere Regierung verdient.

(Anhaltender Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Für die Abgeordneten des SSW hat das Wort die Frau Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Offenbarungseid der amerikanischen Investmentbank Lehman Brothers Mitte September und die gescheiterte Strategie der HSH Nordbank, die schleswig-holsteinische Öffentlichkeit mit nur so vielen Informationsbrocken zu füttern, wie die aktuelle Entwicklung auf dem Finanzmarkt hergab, führte den Menschen in unserem Land erstmals so richtig vor Augen, dass wir es nicht mit einer virtuellen, sondern mit einer realen **Finanzkrise** zu tun haben, mit einer Krise, die Arbeitsplätze und Wirtschaftswachstum kostet.

In keinem europäischen Land ist dieser Prozess der Erkenntnis so konkret zu beobachten wie derzeit in **Island**. Trotz Kälte demonstrieren Tausende von Menschen von Woche zu Woche vor dem Parlamentsgebäude und der isländischen Notenbank. Noch nie war dort der Abstand zwischen Regierenden und Regierten so groß wie in diesen Wochen. Man spricht davon, dass Island durch die Machenschaften von 16 Familien in einen finanziellen Abgrund gestürzt worden ist. Ausbaden müssen dies insbesondere Menschen, die ein ganz normales Leben führen, ohne in irgendeiner Weise an dem Abzocken der Banken beteiligt gewesen zu sein.

(Beifall des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die ehemalige Präsidentin Islands, Vidgis Finnbo-gadottir, die auch heute noch ein hohes Ansehen

genießt und liebevoll „Mutter des Volkes“ genannt wird, fasste in einem Interview kürzlich die Gemütslage der Menschen so zusammen: Man sei schockiert, empfinde Wut, Trauer und Scham. Denn die Isländer seien sich sehr wohl bewusst, dass es für sie als kleine Nation von besonderer Bedeutung sei, einen guten internationalen Ruf zu genießen. Man habe ja auch viel zu bieten - sagt sie -, ein hohes Ausbildungsniveau, eine gelebte Wohlfahrts-gesellschaft und ein aktives Kulturleben. Dies alles mit über die Runden zu bringen, stelle für Island eine zusätzliche Herausforderung dar.

Nun kann man natürlich zu Recht einwenden, dass Deutschland überhaupt nicht mit Island vergleichbar ist, nicht nur, weil bei uns mehr Ressourcen zur Verfügung stehen und Deutschland - schon allein wegen seiner Größe und geografischen Lage - mit sehr viel komplexeren Problemen fertig werden muss. Dennoch beinhaltet die Finanzmarktkrise in der Bundesrepublik grundsätzlich die gleichen psychologischen Elemente wie die isländische. Daher geht es bei den Strategien zur Bewältigung der Krise letztlich darum, wie das Vertrauen in unsere Demokratie bei allen getroffenen und noch zu treffenden Entscheidungen nicht den Bach runtergeht.

Bei der Debatte im Bundestag über das Finanzmarktstabilisierungsgesetz wurde mehrfach davon geredet, dass der Finanzmarkt ein öffentliches Gut ist, das vom Staat geschützt werden muss, weil stabile und funktionsfähige Finanzmärkte die Voraussetzung für eine funktionierende Wirtschaft sind. Sie sind fundamentaler Bestandteil unserer Wirtschaftsordnung, damit Betriebe investieren und die öffentliche Hand die notwendige gesellschaftliche Infrastruktur, sprich Straßen, Schienen und Gebäude, vorhalten kann.

Wer so argumentiert, muss sich aber auch darüber im Klaren sein, dass es sehr abstrakte Argumente sind und dass sich solche Sätze leicht hohl anhören, wenn sie mit der sozialen Wirklichkeit vor Ort konfrontiert werden. Der eigentliche Lakmустest bei der Sicherung unserer Wirtschaftsordnung heißt daher aus Sicht des SSW, dass alle steuerfinanzierten Rettungs- und Strukturmaßnahmen auch in der Gesellschaft ankommen müssen, und zwar sozial gerecht. Alles andere wäre nicht hinnehmbar.

Die neuesten Prognosen über das **Wirtschaftswachstum** für 2009 fallen leider sehr viel schlechter aus, als noch bei der ersten Lesung des Landeshaushalts vermutet wurde. Die Wirtschaftsexperten gehen davon aus, dass das Wachstum im nächsten Jahr um mindestens 0,8 % fällt und dass sich die Wirtschaft erst ab 2010 langsam wieder erholen

(Anke Spoorendonk)

wird. Dies ist die positivste Prognose, es kann auch noch schlimmer kommen.

Natürlich wird so ein wirtschaftlicher Einbruch auch negative Auswirkungen auf die öffentlichen Haushalte haben und damit auch auf den schleswig-holsteinischen **Landeshaushalt**. Wir müssen davon ausgehen, dass die Steuereinnahmen sinken werden und die Ausgaben des Staates ansteigen, zum Beispiel wegen des zu erwartenden Anstiegs der Arbeitslosenzahlen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist alles aber noch Kaffeesatzleserei. Wir müssen uns aber wohl oder übel darauf einstellen, dass die November-Steuerschätzung, auf der der Landeshaushalt ja beruht, noch nicht die Folgen der künftigen Entwicklung mit abbildet.

Umso wichtiger ist es, dass die Politik jetzt handelt, um diesen Abwärtstrend aufzuhalten, damit die Konjunktur in Schleswig-Holstein, in Deutschland und auch in Europa nicht völlig einbricht. Dabei geht es längst nicht mehr darum, über die Banken einen Schutzschirm aufzuspannen, wie es Bund und Länder gemacht haben. Jetzt müssen alle Maßnahmen der sogenannten Realwirtschaft den Unternehmen und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern direkt zugute kommen. Damit die Nachfrage nicht völlig einbricht, muss man entweder die Steuern senken - wird gesagt - oder der Wirtschaft durch zusätzliche Investitionen neue Impulse geben.

Diese Weichenstellung gilt übrigens ebenso - wenn auch in begrenztem Umfang - für den heute zu beschließenden Landeshaushalt. Die FDP hat ja einen Vorschlag eingebracht, zu dem wir uns in einer späteren Debatte verhalten werden.

In anderen Ländern hat man diese Botschaft viel schneller begriffen als in Deutschland. Dort hat man große Programme entweder schon beschlossen, wie in Großbritannien, wo die Mehrwertsteuer gesenkt wird, oder man hat sie angekündigt, wie in den USA, wo der neue Präsident Barack Obama unerhörte Summen in die Stabilisierung der Konjunktur investieren will.

Die Große Koalition in Berlin musste leider zu ihrem Beschluss getragen werden - wobei die Kritik am viel zu geringen Volumen des Konjunkturprogramms nicht nur von der Opposition, sondern auch aus den Reihen der Regierungskoalition kommt. Fest steht erst einmal, dass die Bundesregierung ein Paket geschnürt hat, das laut Bundeskanzleramt ein Volumen von 31 Milliarden € hat. Dabei stehe Deutschland in Europa an zweiter Stelle, heißt es. Was aber offenbar verschwiegen wird, ist die Tatsache, dass hinter dieser riesigen Summe ein Sam-

melsumium aus alten und neuen Maßnahmen steht. Zudem zieht die Große Koalition Presseberichten zufolge einfach die Ausgaben für mehrere Jahre zu einer Summe zusammen. Bei genauem Hinsehen umfasst das eigentliche Konjunkturpaket für das Jahr 2009 zum Beispiel staatliche Mehrausgaben und Mindereinnahmen von gerade einmal 4,1 Milliarden €. Obendrauf kommen nach Lesart der Bundesregierung weitere schon im Oktober beschlossene Maßnahmen, zum Beispiel die Senkung des Beitragssatzes zur Arbeitslosenversicherung. Auf das Jahr 2009 bezogen, wo nach Ansicht fast aller Ökonomen der größte Handlungsbedarf besteht, entfallen davon aber nur 6 Milliarden €.

Aus Sicht des SSW ist es richtig und notwendig, dass sich die Politik der Aufgabe stellt, wie mit Blick auf die zu erwartende weltweite Rezession mithilfe von Konjunkturprogrammen gegengesteuert werden kann. Dass Konjunkturprogramme Sinn machen, kann man mittlerweile auch in wissenschaftlichen Studien nachlesen, will heißen: Wenn die Wirtschaft auf der Kippe steht, kann der Staat sie sehr wohl vor dem Absturz bewahren, wenn die Eingriffe zum richtigen Zeitpunkt kommen und zielgenau und zeitlich begrenzt sind.

Es ist aber fraglich, ob das beschlossene **Konjunkturprogramm** der Bundesregierung den formulierten Erwartungen gerecht wird. Denn vieles deutet - wie ich sagte - darauf hin, dass wir es eher mit Flickschusterei als mit einem Konjunkturprogramm aus einem Guss zu tun haben. Auch die Tatsache, dass die Bundesländer nicht von Anfang an mit am Verhandlungstisch saßen, spricht gegen die Seriosität des Bundespakets. Hinzu kommt die eigentliche Gretchenfrage, wie die Nachhaltigkeit des Programms gesichert ist. Die Fahrer großer Autos von der Kfz-Steuer zu befreien, trägt nun wirklich nicht dazu bei.

Auch brauchen wir ein Konjunkturprogramm, das schon 2009 Wirkung erzielen kann. Was wir aber ganz sicher nicht brauchen, sind pauschale Steuerentlastungen,

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten
Jürgen Weber [SPD] und Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

zumal die umfangreichen Steuersenkungen ab 2000 dazu geführt haben, dass die Staatsquote in Deutschland zwischen 1999 und 2008 von 48 % auf 43,5 % zurückgegangen ist. Was diese Steuerausfälle für Schleswig-Holstein bedeutet haben, ist in jeder Statistik über die Verschuldung unseres Landes nachzulesen.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die jetzige Situation des Landes hat auch damit zu tun. Ich finde, das vergisst man manchmal.

Wir haben uns in der letzten Landtagstagung mit dem Problem der schrumpfenden Mittelschicht befasst. Das ist auch ein schleswig-holsteinisches Problem, und dabei geht es in erster Linie darum, dass die Gruppe der Durchschnittsverdiener schrumpft und dass die soziale Mobilität nach oben für die unteren Einkommensschichten gesunken ist. So meldete die Regionaldirektion Nord der Arbeitsagentur kürzlich, dass die Zahl der sogenannten „Aufstocker“ zwischen 2007 und 2008 deutlich gestiegen ist - um 18,5 %, um genau zu sein. Am deutlichsten war übrigens der Zuwachs in Schleswig-Holstein, wo im April rund 48.000 Menschen als Aufstocker bei der Arbeitsagentur geführt wurden - ein Anstieg um 20 % gegenüber dem Vorjahr.

Hinter all diesen Zahlen verbirgt sich die nackte Wahrheit, dass immer mehr Menschen auf einen Hartz-IV-Zuschlag angewiesen sind, um überhaupt über die Runden zu kommen, dass sie praktisch am Rande eines Existenzminimums leben. Dies zu ändern, verlangt handfeste arbeitsmarktpolitische Initiativen. Ich habe schon mehrfach gesagt, dass es um Mindestlöhne, um Tariftreue und auch um eine andere Bildungs- und Qualifizierungspolitik gehen muss.

(Beifall beim SSW sowie der Abgeordneten
Dr. Ralf Stegner [SPD] und Karl-Martin
Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für den SSW steht dabei fest, dass ein Konjunkturprogramm auch daran zu messen ist, ob es solche Ansätze unterstützt oder die soziale Kluft in der Gesellschaft eher vertieft.

(Beifall beim SSW)

Wir brauchen also eine Streckung der Progressionszone durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes und eine weniger aggressive Progression bei den unteren Einkommen. Wir brauchen auch eine Änderung dieses Hartz-IV-Rahmens.

(Beifall beim SSW und der Abgeordneten
Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Eine solche Entlastung der unteren und mittleren Einkommen könnte durchaus von den Topverdienern mitfinanziert werden. Aus Sicht des SSW würde so eine **Steuerreform** Sinn machen. Sie wäre auch eine sinnvolle Ergänzung zu den beschlosse-

nen Konjunkturprogrammen und auch eine Antwort auf die Frage, wie sich die Politik trotz Wirtschaftskrise für mehr **soziale Gerechtigkeit** einsetzen kann.

Dies alles sind also die Rahmenbedingungen, die erwähnt werden müssen, wenn man sich mit den Landesfinanzen für die nächsten zwei Jahre beschäftigt. Wir leben leider nicht auf einer Insel der Glückseligen, und von daher lässt sich der vorgelegte Haushaltsentwurf für den Doppelhaushalt 2009/2010 bedauerlicherweise nicht auf eine einfache Formel reduzieren. Er ist eine durchwachsene Angelegenheit, weil er trotz positiver Ansätze auf ausgesprochen wackeligen Beinen steht. Das sage ich ausdrücklich auch vor dem Hintergrund der Belastungen, die sich für den Landeshaushalt womöglich noch aus der Sanierung der HSH Nordbank ergeben.

Wie kein anderer hat in den vergangenen Wochen der Präsident des Landesrechnungshofs auf die bestehenden Schief lagen des Haushaltsentwurfs aufmerksam gemacht. Auch wenn der SSW nicht alle Schlussfolgerungen des Landesrechnungshofs teilt, nehmen wir seine Kritik ernst, führt sie uns doch vor Augen, dass der Spagat zwischen **Haushaltskonsolidierung** und politischem Gestaltungswillen nicht so groß sein darf, dass die Hosen reißen. Für den SSW heißt Haushaltskonsolidierung unter anderem, dass es transparente und einzuhaltende Kriterien dafür geben muss, wie unter der Maßgabe der Konsolidierung der Haushalt aufzustellen ist. Davon sind wir aber noch weit entfernt.

Es gibt aber auch Situationen, die besondere Maßnahmen erfordern. Die aktuelle wirtschaftliche Krise ist so eine Situation. Ohne die Aufnahme neuer Schulden wäre es nicht möglich gewesen, die notwendigen Investitionen - zum Beispiel im Bildungsbereich - zu tätigen. Ich gehe davon aus, dass dies auch von einer Mehrheit im Finanzausschuss so gesehen wird, sonst habe ich die Fraktionsanträge zum Haushalt völlig falsch gelesen. Sowohl für 2009 als auch für 2010 plant die Landesregierung jetzt über 600 Millionen € **Schulden** aufzunehmen. Das ist eine gewaltige Summe. Sie ist aber immer noch innerhalb der Verfassungsgrenze, da die Summe der Kredite die Summe der Investitionen nicht übersteigt.

Der SSW begrüßt, dass die Landesregierung verstärkt auf **Investitionen** setzt. Nur so wird es letztlich möglich sein, die Einnahmesituation des Landes zu verbessern. Genau darauf kommt es an. Aus Erfahrung wissen wir, dass es nicht möglich ist, das Land gesund zu sparen. Daher begrüßen wir, dass

(Anke Spoorendonk)

die Landesregierung beschlossen hat, eine ganze Reihe von Investitionen vorzuziehen, zum Beispiel im Bereich Straßenbau und Schulbaumodernisierung.

(Beifall beim SSW)

Das macht unserer Meinung nach auch sehr viel mehr Sinn, als jetzt ein eigenes Konjunkturprogramm aufzulegen. Das sage ich in Richtung der FDP.

(Beifall beim SSW)

Dennoch misst der SSW die Große Koalition auch an ihren selbst gesteckten Zielen der Haushaltskonsolidierung, zumal sie 2005 großspurig mit der Behauptung antrat, dass nur eine Große Koalition imstande ist, Großes zu vollbringen. Dass dem so nicht ist, wussten wir schon damals, denn es ist Logik für Perlhühner, dass es in einer Großen Koalition in erster Linie darum geht, einander in Schach zu halten. Die Kritik, die Regierungskoalition habe es versäumt, in wirtschaftlich besseren Zeiten mehr für die Haushaltskonsolidierung zu tun, ist aus unserer Sicht nicht ganz von der Hand zu weisen. Die stillen Tage in Kiel waren mit anderen Worten vorprogrammiert. Verfehlt hat die Landesregierung vor allem das Ziel, mit ihrem Personaleinsparkonzept die **Personalausgaben** des Landes wirkungsvoll zu reduzieren.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Für den SSW ist dies keine wirkliche Überraschung, haben wir doch nie daran geglaubt, dass es auf der Basis rein rechnerischer Ziele möglich ist, Personalentwicklung zu betreiben. Denn auch wer Personal reduzieren will, muss konzeptionell vorgehen. Das geschieht eben nicht, wenn die Vorgabe lautet: 7,5 % Personaleinsparung auf der Ministerialebene

(Beifall beim SSW)

und 15 % im nachgeordneten Bereich. Dort, im nachgeordneten Bereich, ist die Personaldecke mittlerweile so dünn, dass konkrete Maßnahmen nicht mehr erledigt werden können. Für uns steht somit fest, dass Verwaltungsstrukturen innerhalb der Landesverwaltung reformiert und geändert werden müssen und dass die Landesregierung hier eher auf Pepita-Niveau gearbeitet hat.

Wir brauchen flachere Strukturen und für die einzelnen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auch größere Entscheidungsbefugnisse. Daher begrüßen wir, dass der Justizminister für sein Ressort dabei ist, ei-

ne echte **Verwaltungsreform** durchzuführen. Wir wünschen ihm dabei eine glückliche Hand, denn wir brauchen für die Ebene der Ministerien inhaltliche Veränderungen, die Personal für die vielen Aufgaben frei machen, die in der Verwaltung unserer komplexen Gesellschaft - unsere Gesellschaft ist komplex, sie ist nicht wie ein Kaufmannsladen zu führen - tagtäglich gelöst werden müssen.

Hoffentlich hat Minister Döring dabei mehr Erfolg als der von uns geschätzte, aber doch sehr bedauernde Entbürokratisierungsstaatssekretär Schlie oder die Landesregierung insgesamt bei der recht kläglich - und zu Recht kläglich - gescheiterten Kreisreform.

Der SSW hat nie den Standpunkt vertreten, dass das Personal der Landesverwaltung ein Klotz am Bein des Haushalts ist, denn gut ausgebildete und motivierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind ein echter Standortvorteil im Wettbewerb der Regionen um die Ansiedlung von Unternehmen und die Sicherung von Arbeitsplätzen. Hinzu kommt, dass überhaupt nicht erkennbar ist, wie das Land gedenkt, mit den anstehenden Pensionierungen nach 2012 umzugehen. Welche Personalentwicklung verfolgt man eigentlich für die verschiedenen Bereiche des Landesdienstes?

Für uns steht fest, dass in den Kernbereichen Schule, Steuerverwaltung, Polizei und Justiz kein Personal eingespart werden darf. Richtig ist natürlich, dass dies auch die personalintensivsten Bereiche der **Landesverwaltung** sind. Dennoch wissen wir alle aus Gesprächen, dass es hier über die Jahre eine Verdichtung der Arbeit gegeben hat, die nur über eine angemessene **Personalausstattung** aufgefangen werden kann. Der SSW hat sich bei der Aufstellung des letzten Doppelhaushalts gegen die Streichung der Sonderzahlung an Beamtinnen und Beamte ausgesprochen. Das ist weiterhin unsere Position, wobei wir positiv zur Kenntnis nehmen, dass sich die Große Koalition bei den Anwärtnerinnen und Anwärtern bewegt hat.

Vor diesem Hintergrund begrüßen wir, dass weitere Lehrkräfte eingestellt werden sollen. Das ist für uns eine echte Investition in die Zukunft und keine Ausgabe, die als „nice to have“ betrachtet werden kann. Gleichwohl gilt auch hier: Wer eine **Schulreform** beschließt, kann nicht davon ausgehen, dass die Umsetzung reibungslos verläuft, wenn die Hauptlast von den Schulen selbst zu tragen ist. Wichtig für uns ist daher, dass die zusätzlichen Stellen gerecht verteilt werden. Mag sein, dass die Gymnasien momentan am meisten gefordert sind. Unser Ziel ist aber weiterhin, dass nicht zuletzt die

(Anke Spoorendonk)

Gemeinschaftsschulen gefördert werden, weil dort wirklich pädagogisches Neuland betreten wird.

(Beifall der Abgeordneten Angelika Birk
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Auch bei den Hochschulen hat sich die Regierungskoalition bemüht, mehr Geld zur Verfügung zu stellen. Dies ist vom Ansatz her natürlich der richtige Weg. Wenn es aber um die **Universität Flensburg** geht, wissen wir, dass die zusätzlich bereitgestellten Summen immer noch nicht ausreichend sind. Darum werden wir bei der Schlussabstimmung auch dem Haushalt des Wissenschaftsministers nicht zustimmen.

Der Beschluss der Großen Koalition, das dritte Kindergartenjahr für Eltern beitragsfrei zu gestalten, findet grundsätzlich unsere Unterstützung. Wir sind davon überzeugt, dass ein beitragsfreies Kita-Jahr einen positiven Effekt auf die frühkindliche Förderung in unserem Land haben wird und dass es mit diesem Instrument auch gelingt, Kinder aus sozial belasteten Familien besser zu unterstützen.

Wir brauchen - auch das ist bereits gesagt worden - auch eine geänderte Finanzbeziehung zwischen Bund, Ländern und Gemeinden. Darum steht der SSW dazu, dass das Konzept der Landesregierung, die Finanzbeziehungen neu zu schneiden und auch ein Entschuldungskonzept vorzulegen, der richtige Weg ist. Wir meinen, dass es nur so für das Land weitergehen kann, denn wir haben eine Strukturschwäche. Wir teilen daher die Auffassung des Finanzministers, dass diese Strukturschwäche der wichtigste Grund dafür ist, dass wir in der Haushaltssanierung eigentlich nicht weiterkommen.

Seit 2005 ist die **grenzüberschreitende Zusammenarbeit** von Schleswig-Holstein und Syddanmark sowie im grenznahen Bereich in der Region Schleswig-Sønderjylland stark ausgebaut worden. Der große Anstieg der Pendlerzahlen verdeutlicht diese Entwicklung; denn mittlerweile kreuzen fast 12.000 Menschen tagtäglich die deutsch-dänische Grenze.

Für den SSW ist der Ausbau der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit und der damit verbundene Abbau von kulturellen und bürokratischen Barrieren weiterhin ein zentrales Anliegen, um die Entwicklungschancen der Grenzregion zu sichern. Gerade für die Angehörigen der dänischen Minderheit trägt die positive wirtschaftliche Entwicklung nördlich der Grenze dazu bei, dass sich ihre Beschäftigungsmöglichkeiten in den letzten Jahren stark verbessert haben. Für die jungen Menschen aus der Minderheit heißt dies im Umkehrschluss, dass sie

dadurch eher die Chance haben, in ihrer Heimat bleiben zu können. Da aber unsere Region insbesondere von dem starken Wirtschaftswachstum in Dänemark profitiert hat, kommen wir nicht umhin, auch die Verantwortung der Landes- und der Bundesebene für die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin einzufordern.

Alles dies war ja auch ein wichtiges Thema auf der am Montag abgehaltenen Konferenz der Landesregierung. Das will ich hier wegen der Kürze der Zeit nicht weiter vertiefen. Aber ich meine, es muss weitergearbeitet werden. Am Montag - auch das muss man selbstkritisch sagen - wurde auch sehr viel heiße Luft bewegt. Wir brauchen konkrete Vorschläge, und wir brauchen Maßnahmen.

Aus Sicht des SSW war es schade, dass die Landesregierung dabei die Gelegenheit verpasste, die Ergebnisse der Kompetenzanalyse „Minderheiten als Standortfaktor in der deutsch-dänischen Grenzregion“ in die Konferenz mit einzubinden. Denn die Ergebnisse der Analyse sind ja: Die **Minderheiten** stellen einen großen Wert für die Region dar, einen „Mehrwert“, der stärker für die gesamte Region genutzt werden sollte.

(Zuruf von der CDU: Das hat der Ministerpräsident doch in seiner Begrüßung gesagt!)

- Der Ministerpräsident hat das in seiner Begrüßung gesagt; das kritisiere ich überhaupt nicht. Das war gut und richtig. Das haben wir von ihm auch erwartet. Ich finde, es wäre gut gewesen, wenn dieser Punkt auch mit in die Workshops einbezogen worden wäre.

Minderheitenpolitisch betrachtet steht der Haushalt 2009/2010 für einen wichtigen Schritt in Richtung finanzieller Gleichstellung von Mehrheit und Minderheit. Der SSW begrüßt insbesondere den Vorschlag von CDU und SPD, der die Finanzierung der **Schülerbeförderung** zu den **dänischen Schulen** neu regelt. Künftig wird das Land den Kreisen die Hälfte ihrer Zuschüsse für die Schülerbeförderung zu den dänischen Schulen erstatten, wenn diese dem Kreiszuschuss für die Schüler an öffentlichen Schulen entsprechen. Die Große Koalition hat mit ihrem Haushaltsantrag eine klare Formulierung gefunden, die den Schülerinnen und Schülern der dänischen Minderheit eine Gleichstellung mit ihren Gleichaltrigen an öffentlichen Schulen in Aussicht stellt. Nach jahrelangem Tauziehen um diese Gelder freut es uns, dass es gelungen ist, den Knoten durchzuschlagen und die Zuschüsse für die nächsten beiden Jahre abzusichern. Langfristig bleibt es aber unser Ziel, eine rechtliche Absicherung dieser

(Anke Spoorendonk)

Zuschüsse im Schulgesetz zu erreichen; denn nur damit hätte der Dänische Schulverein die volle Planungssicherheit.

(Beifall beim SSW)

Der Ball liegt jetzt in der Spielfeldhälfte der Kreise, die nun auch ihre Finanzierung umstellen müssen.

Auch in anderen Bereichen sind CDU und SPD dem SSW entgegengekommen. So freut es uns, dass eine langjährige Forderung von Sydslesvigsk Forening erfüllt wurde und 30.000 € für die Unterstützung des Danevirke Museums beschlossen wurden.

Für die friesische Volksgruppe war es von entscheidender Bedeutung, dass das Nordfriisk Instituut auch die Erhöhung der Personalkosten erstattet bekommt. Es gibt noch weitere positive Ansätze, die ich jetzt nicht im Einzelnen alle auflisten werde.

Für die dänische Minderheit und die friesische Volksgruppe stellt der Haushalt 2009/2010 daher wesentlich mehr als ein halbvolles Glas dar. Dies würdigt der SSW ausdrücklich. Allerdings möchte ich auch unterstreichen, dass es sich dabei nicht um milde Gaben oder um Weihnachtsgeschenke für die Minderheiten des Landes handelt. Es geht schlicht und ergreifend um die Schaffung gleichwertiger Rahmenbedingungen, und dazu gehört eben auch die gerechte Verteilung der finanziellen Ressourcen. Aus Erfahrung wissen wir, dass die Akzeptanz einer positiven Minderheitenpolitik immer wieder neu erarbeitet werden muss, sowohl von der Mehrheits- als auch von der Minderheitsbevölkerung. Minderheitenpolitik ist aktuelle Politik in Europa, sie ist eben keine „Orchideenpolitik“.

Daher passt es gut, dass wir die heutige Haushaltsdebatte am Tag des 60. Geburtstags der UN-Menschenrechtskonvention führen. Denn die Schaffung gleichwertiger Rahmenbedingungen heißt konkret, dass nicht die eine nationale Minderheit in Europa mit einer anderen verglichen wird. Es muss in jedem Fall darum gehen, die Verhältnisse von Mehrheit und Minderheit vor Ort zu vergleichen. Nur so wird es eine echte Gleichstellung geben. Mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 sind wir in Schleswig-Holstein einen wesentlichen Schritt näher gekommen. Das ist nicht nur gut so, das ist auch ein Grund zur Freude.

(Beifall beim SSW)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zuletzt ein paar Anmerkungen zum Abstimmungsverhalten des SSW: Wir stehen zu unserer Position, dass wir in

der Schlussabstimmung dem Gesamthaushalt zustimmen werden.

(Beifall bei CDU und SPD)

Aus Sicht des SSW muss die politische Auseinandersetzung über die Einzelpläne des Haushalts geführt werden. Daher - das sagte ich bereits - werden wir dem Einzelplan 06 nicht zustimmen. Wir werden auch dem Einzelplan 13 nicht zustimmen, weil dieser Einzelplan aus unserer Sicht immer noch so gestrickt ist, dass die Umweltaspekte zu kurz kommen.

Auch wird der SSW in gewohnter Weise Einzelanträgen zustimmen, mit denen wir uns identifizieren können. Wir begrüßen daher, dass in den Fraktionsanträgen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nicht nur die Bildungsarbeit der Volkshochschulen und die Frauenberatungsstellen, sondern auch die Arbeit für Migrantinnen und Migranten und die frühkindliche Bildung gestärkt werden sollen, um nur einige wichtige Beispiele zu nennen.

Ausdrücklich hervorheben möchte ich, dass wir wie die FDP die Meinung vertreten, dass die Verabschiedung von Doppelhaushalten weiterhin eine Ausnahme bleiben muss.

Der SSW spielt also auch in diesem Jahr ganz bewusst die dänische Karte. Wie das konkret läuft, liebe Kolleginnen und Kollegen, erfuhr der Finanzausschuss ja, als er im Frühjahr im dänischen Folketing Gespräche mit Kollegen führen konnte. Die Zustimmung zum Gesamthaushalt bedeutet in Kopenhagen, dass die Fraktionen des dänischen Parlaments zu ihrer Verpflichtung stehen, einen Haushalt für das Land zu verabschieden.

Die Gesamtverantwortung für den Haushalt tragen auch dort die regierungstragenden Fraktionen. Alle anderen würdigen durch ihr Abstimmungsverhalten, dass sie sich an dem Entscheidungsprozess, am Zustandekommen des Haushalts, beteiligt haben und beteiligen konnten. Dennoch gibt es auch hier keinen Automatismus. Denn zum Beispiel die Sozialistische Volkspartei (SF), die in Dänemark keine kleine Partei ist, hat erst vor ein paar Monaten erklärt, dass sie künftig dem Haushalt zustimmen werde, um eben diese Verantwortung zum Ausdruck zu bringen. Soll heißen: Man steht zu seinem Wort, ob man sich nun in der Opposition oder in der Regierungsverantwortung befindet. Das, liebe Kolleginnen und Kollegen, ist, wie ich nach der heutigen Haushaltsdebatte finde, auch kein schlechter Grundsatz.

(Anke Spoorendonk)

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Meine Damen und Herren, ich bitte, sich darauf einzurichten, dass wir in die Mittagspause hinein tagen. Nach meiner jetzigen Schätzung wird die Unterbrechung zur Mittagspause 13:45/14:00 Uhr beginnen. Ich bitte, gegebenenfalls vorgesehene Termine jetzt zu canceln.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Abzusagen!)

Für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Peter Harry Carstensen das Wort.

Peter Harry Carstensen, Ministerpräsident:

Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dreieinhalb Jahre liegen nun in dieser Legislaturperiode hinter uns. Gut drei Jahre haben wir einen Aufschwung erlebt, den wir sehr gut haben nutzen können.

Jetzt sind die Aussichten weniger gut. Bankenpleiten, Turbulenzen an den Aktienmärkten und düstere Konjunkturprognosen dominieren die Schlagzeilen. Wir müssen davon ausgehen, dass die **Krise der Weltwirtschaft** auch Schleswig-Holstein erreicht. Verunsicherung ist weit verbreitet. Manch einer malt sich die schwärzesten Zeiten seit 1945 aus, andere vergleichen die Lage mit dem Schwarzen Freitag des Jahres 1929. Ich halte beides für wenig verantwortungsvoll. Gern wird der Wettlauf der schlechtesten Nachricht gestartet, aber diesen können wir nicht gebrauchen.

Richtig ist, dass Deutschland als Exportweltmeister von der Krise betroffen ist, richtig ist aber auch, dass die **Exportquote** Schleswig-Holsteins gestiegen ist.

(Beifall bei der CDU)

Ich empfinde das als gut, Herr Stegner, weil wir als Land mit 2,8 Millionen Einwohnern auch zusehen müssen, dass wir unsere Produkte anderswo verkaufen. Wir sind nicht unabhängig vom Geschehen auf den weltweiten Märkten. Aber die Staaten rund um den Globus haben reagiert, jeder für sich und doch abgestimmt, ruhig, besonnen und zugleich zielgerichtet. Über die Geldpolitik wird gegengesteuert und indem wir Banken mit Systemrelevanz stützen.

Vielleicht wird es dauern, aber neues Vertrauen wird entstehen. Außerdem meine ich, wir brauchen uns nicht schlechtzureden. Ich denke, das gilt auch

für die Opposition. Wir wissen um unsere Stärken. Schleswig-Holstein ist ein starkes Land. Wir stehen für Stabilität und Kontinuität, und dafür stehe ich auch persönlich ein.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Stabilität und Kontinuität sind in dieser Zeit die zentralen Anforderungen an die Politik, und wir erfüllen sie.

Rufen wir uns doch wieder ins Bewusstsein: Bis zum heutigen Tag stimmt die Bilanz auf dem **Arbeitsmarkt**. Gestartet sind wir bei über 160.000 Arbeitslosen. Heute kratzen wir an der 100.000er-Marke. Besondere Erfolge verzeichnen wir bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit junger Menschen und über 50-Jähriger. Nahezu jeder, der bei uns einen **Ausbildungsplatz** sucht, findet auch einen Ausbildungsplatz. Die Ausbildungsleistung von Unternehmen und öffentlichem Dienst ist bundesweit Spitze. Fachkräfte von morgen werden in Schleswig-Holstein ausgebildet.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Doch, das stimmt.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Verkehrsachsen haben an Tragkraft gewonnen, und wir haben so viel Geld wie selten zuvor in den **Straßenbau** investiert.

(Starker Beifall bei der CDU - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo denn?)

- Sie mögen das bedauern. Ich bin heilfroh, dass die Blockadepolitik der Grünen beim Straßenbau vorbei ist, Frau Kollegin.

Unsere großen Bauvorhaben kommen Stück für Stück voran, auch weil wir hartnäckig auch noch die letzten zusätzlichen Mittel einwerben. Das waren immerhin 65 Millionen € zusätzlich. Für die Bundes- und Landesstraßen geben wir damit im Jahr 2008 310 Millionen € aus.

Der Bau der **A 20** mit westlicher Umfahrung Hamburg wird vorangetrieben. 16 Kilometer Neubaustrasse werden im kommenden Sommer zwischen Lübeck und Geschendorf freigegeben werden. Herr Kollege Hentschel, da Sie darauf eingegangen sind, darf ich vielleicht noch daran erinnern: In der Zeit, in der in Mecklenburg-Vorpommern 320 Kilometer

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

A 20 gebaut worden sind, sind hier nur 16 Kilometer gebaut worden. Also, gemacht!

(Beifall bei der CDU)

16 Kilometer Neubaustrecke werden also im kommenden Sommer zwischen Lübeck und Geschen-dorf freigegeben werden, und die **A 7** wird sechs-spurig ausgebaut, um das Nadelöhr Hamburg zu entlasten. Die Weiterführung von **A 21** und **A 1** konnten wir ebenfalls beschleunigen. Sie binden die Regionen an. Das **Landesstraßennetz** hat von zusätzli-chen Mitteln aus dem Schleswig-Holstein-Fonds profitiert.

Um die Konjunktur zu fördern, ziehen wir Straßenbauinvestitionen in Höhe von nochmals 14 Millionen € vor.

(Beifall bei der CDU)

Das ist insgesamt ein wesentlicher Beitrag zum internationalen **Standortwettbewerb**. Denn öffentliche Investitionen ergänzen gezielt private Investitionen und erhöhen deren Rentabilität. All das kommt heimischen Unternehmen und künftigen Investoren, Arbeitsplätzen und Urlaubern, vor allem aber den Bürgerinnen und Bürgern im Land zugute.

Uns gelingt die Anbindung an die Wachstumsregion. Der **Staatsvertrag** zur festen **Fehmarnbelt-Querung** ist unterzeichnet. Die Landesregierung hat sich dafür eingesetzt, dass der **Nord-Ostsee-Kanal** zügig ausgebaut und modernisiert wird. Die **Häfen** sind unsere Tore zur Welt. Die Terminals in Kiel werden für das beliebteste Kreuzfahrtziel Deutschlands immer schöner und komfortabler. Lübeck setzt als größter deutscher Ostseehafen auf eine immer bessere Infrastruktur. In wenigen Tagen wird die Elektrifizierung der **Eisenbahnstrecke Hamburg-Lübeck** abgeschlossen, und **Brunsbüttel** ist ein begehrtes Investitionsziel von Unternehmen im Hafen und auch als Kraftwerkstandort. Wir sprechen über Milliardeninvestitionen.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Bernd Schröder [SPD])

Unsere Forschungseinrichtungen haben bundesweit große Anerkennung erfahren. Zwei **Exzellenzcluster** belegen erstklassige **wissenschaftliche Kompetenz** in Netzwerken. Neue Graduiertenschulen sind hinzugekommen.

(Staatssekretär Maurus reicht dem Redner ein Glas Wasser)

- Das ist vollzogene Hilfe. Danke.

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Echte Nächstenliebe!)

- Das kenne ich so vom ehemaligen Bürgermeister von Sylt-Ost, meine Damen und Herren.

Der Grundstein für ein neues Fraunhofer-Institut für Marine Biotechnologie in Lübeck ist gelegt. Das Fraunhofer-Institut für Siliziumtechnologie in Itzehoe wird beträchtlich ausgebaut. Die Bauarbeiten am Partikeltherapiezentrum NROCK haben begonnen.

(Dr. Ekkehard Klug [FDP]: Das nächste Millionengrab!)

- Gemach, gemacht! Was hätten Sie wohl gesagt, wenn es woanders hingegangen wäre? Dann hätten wir hier aber einen Terz erlebt, mein lieber Mann!

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich bin sehr froh, dass es uns in Zusammenarbeit mit Hamburg gelungen ist, dieses Institut nach Kiel zu holen. Auch andere Standorte in Schleswig-Holstein hätten es gern gehabt.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Das IFM GEOMAR wird als Einrichtung der Spitzenforschung an einem Standort zusammengeführt werden. 90 Millionen € stehen dafür bereit. Beim Milliardenprojekt des Freien Röntgenlasers XFEL, dem Teilchenbeschleuniger, wird zwischen Schleswig-Holstein und Hamburg ordentlich Tempo gemacht.

Für das UK S-H arbeiten wir einen Maßnahmenkatalog ab, der Grundlage für die Sanierung ist. Wir haben uns erfolgreich für einen bundeseinheitlichen Basisfallwert eingesetzt. Dadurch wird das UK S-H auch über die Einnahmeseite entlastet.

Schleswig-Holstein gewinnt als **Tourismusland** zwischen den Meeren deutlich an Profil.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

- Ja, man kann dauernd klatschen, meine Damen und Herren. - Vieles erstrahlt in neuem Glanz, etwa die Promenaden in Scharbeutz, Timmendorfer Strand oder St. Peter-Ording, gefördert durch das Land, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

Aktuelle Umfragen belegen: Bei der Urlaubsqualität sind wir bundesweit vorn. Das Konzept steht. Das Image stimmt.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Unsere **ländlichen Räume** mit einer leistungsstarken Land- und Ernährungswirtschaft tragen viel zur Attraktivität unseres Landes bei; sie sind agil und aktiv, 21 Aktivregionen eben. Mehr **Polizisten** machen ihren Dienst auf der Straße und sorgen für Sicherheit. Die **Wasserschutzpolizei** hat eine komplett neue Schiffsflotte bekommen. Die **Medienanstalten** Hamburgs und Schleswig-Holsteins haben wir zusammengelegt. Die **Filmförderung** wurde gestärkt, und es ist ein gemeinsamer **Medienstandort** entstanden. Mit der Fusion hat sich die Zahl der Planstellen nahezu halbiert, der Gebührenzahler wurde faktisch entlastet.

Und überhaupt funktioniert die **Zusammenarbeit im Norden** ganz ausgezeichnet. Die „Großräumige Partnerschaft Norddeutschland“ zwischen Hamburg, Niedersachsen, Mecklenburg-Vorpommern und Schleswig-Holstein ist in Deutschland im Vergleich mit den anderen geförderten Regionen am besten vorangekommen.

(Beifall bei der CDU)

Ob Fehmarnbelt-Querung, Hochschulkooperation oder die Vernetzung ländlicher Räume - großräumiges Denken wird immer wichtiger. Wir denken großräumig. Deshalb haben wir auch die **Verwaltungsstrukturen** modernisiert.

Herr Stegner, ich habe mich ein bisschen gewundert, dass Sie das nicht offensiv genug gezeigt haben. Sie werden ja nicht alles vergessen haben.

Das gilt zum einen für unsere eigene **Landesverwaltung**. So haben wir in dieser Legislaturperiode die gesamte Forst-, Umwelt- und Küstenschutzverwaltung neu strukturiert und modernisiert, zum anderen haben wir auch - und offensichtlich wird das immer vergessen - die Zahl der Ämter durch Zusammenlegungen deutlich reduziert.

(Beifall bei CDU und SPD)

- Sehen Sie, es kommt wieder. Die Ideen und die Erinnerung kommen wieder. Man muss nur ein bisschen darauf hinweisen. Das wollte ich gern tun.

(Heiterkeit)

Wir haben neue Spielräume geschaffen. Bei den **Kreisen und kreisfreien Städten** werden wir uns mit der kommunalen Familie auf Kooperationsrenditen einigen, die durch bessere Abstimmung und mehr Zusammenarbeit zu erzielen sind. Ich sage es noch einmal: Dafür brauchen wir keine Zwangsfusionen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich freue mich, dass das Verhältnis zwischen Landesregierung und Kommunen endlich wieder ein gutes ist. Auch finanziell haben wir dafür eine vernünftige Basis gefunden. Wir stellen den **Kommunen** 153 Millionen € zusätzlich für ihre Aufgaben zur Verfügung. Davon entfallen allein 80 Millionen € auf den Sozialbereich. Wir haben den Kommunen die Hand gereicht, und es ist gut, dass die Kommunen eingeschlagen haben.

(Beifall bei der CDU)

Und mit Freunden wie den **Dänen** an unserer Seite können wir grenzüberschreitend erfolgreich sein. Beim Kongress vor zwei Tagen waren viele hochrangige Gäste hier im Haus. Wir haben in den vergangenen drei Jahren neues Terrain betreten. Wir haben eine neue **Partnerschaftserklärung** unterzeichnet. Wir haben eine neue Kooperation bei Tourismus, erneuerbaren Energien und bei den Hochschulen eingeleitet. Wir haben neue Leuchtturmprojekte und neue Brücken für Pendler und grenzüberschreitende Kompetenzen gebaut. Wir haben ein neues Verständnis füreinander geschaffen, und gemeinsam gestalten wir die Zukunft.

(Beifall bei der CDU und der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

Dieser Ritt über die Politikfelder zeigt doch vor allem eines: Dieses Land ist in Bewegung, wir haben viel erreicht.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Ich habe das extra auch für den Kollegen Hentschel noch einmal so weit ausgeführt, weil er offensichtlich doch - auch wenn er keine Amnesie hat - ein bisschen vergessen hat. Manche vergessen auch ihre Amnesie.

(Heiterkeit)

All das haben wir 2007 mit einem im Vollzug **verfassungsgemäßen Haushalt** geschafft. Und am Ende wird auch der Haushalt 2008 im Vollzug verfassungsgemäß sein. Bevor diese Regierung angetreten ist, ist das fünf Jahre lang nicht gelungen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Wir haben die **Neuverschuldung** um 900 Millionen € gesenkt. Ich denke, das verdient nun wirklich Anerkennung.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

Aber wir haben in den vergangenen Wochen auch die Folgen der internationalen Finanzmarktkrise zu spüren bekommen. Die Länder haben beim Schnüren des **Stabilisierungspakets** bewiesen, dass sie in der Krise Verantwortung übernehmen. Der Staat springt dabei nicht für zockende Banker ein, sondern zum Wohl der Anleger und der Sparer, zum Wohl der Unternehmen, damit diese nicht in die Kreditklemme geraten. Wir haben einen Schirm gespannt, um Vertrauen wiederherzustellen.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Und für Vertrauen haben insbesondere die Genossenschaftsbanken und die Sparkassen im Land gesorgt. Die Sparkassen sind ein Kernbestandteil unserer Bankenwirtschaft, sie sind für unseren **Mittelstand** unverzichtbar. Gleiches gilt für unsere Investitionsbank, unsere Mittelständische Beteiligungsgesellschaft und die Bürgschaftsbank. Bei den Weichenstellungen für einen stabilen Bankenmarkt müssen wir nun vorausschauend agieren. Das betrifft auch die **HSH Nordbank**. Jetzt gilt es für die Bank, die passenden Instrumente des Stabilitätspakets zu nutzen und sich mit ihrem Geschäftsmodell zukunftsfähig aufzustellen.

Gemeinsam mit Ole von Beust habe ich mich bei der Bundeskanzlerin dafür stark gemacht, dass der **SoFFin** - es heißt nicht: die SoFFin; der Finanzminister hat mich belehrt; die Eiseheilige heißt zwar die Kalte Sofie, aber es heißt: der SoFFin, Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung - zügig die Entscheidung zugunsten unserer Bank getroffen hat, und innerhalb weniger Tage wurde der Schirm über unsere Bank gespannt. Der SoFFin hat Bedingungen für die **Bundesbürgschaft** formuliert, und bis Ende Februar nächsten Jahres muss ein belastbares **Konzept** vorliegen, wie die Bank zukunftsfähig strukturiert werden soll. Hierzu gehören insbesondere die Fragen der Eigenkapitalquote, der Umgang mit den Aktiva und die künftige strategische Ausrichtung der Bank. Dies alles wird bis Ende Februar 2009 zu entscheiden sein. Bis zu diesem Zeitpunkt werden auch alle Gremien des Landtags die Vorschläge beraten und entschieden haben.

Die Herausforderungen, vor denen die HSH Nordbank steht, betreffen auch viele andere Kreditinstitute, insbesondere aber die **Landesbanken**. Jede Landesbank hat sich jetzt zunächst einmal ihrer eigenen Restrukturierung zu widmen, und erst danach ist in einem zweiten Schritt über eine **Neuordnung** der Landesbanken in Deutschland nachzudenken.

Transparenz und Information sind richtig und wichtig, die entscheidenden Schritte sind eingeleitet. Die KPMG analysiert zurzeit die Lage der Bank und wird ihr Gutachten kurzfristig vorlegen. Auf dieser Basis wird der Vorstand dann einen **Sanierungsplan** erarbeiten. Mutmaßungen, meine Damen und Herren, und Spekulationen helfen uns jetzt nicht weiter. Sie würden letztlich auch die Werthaltigkeit unserer Beteiligung beschädigen, und hier stehen auch die Abgeordneten der Opposition in der Verantwortung.

(Beifall bei CDU und SPD)

Die Finanzkrise wird Folgen für die Wirtschaft haben. Zu groß ist die Verunsicherung. Auf dem Arbeitsmarkt hat sich das bei uns in Schleswig-Holstein noch nicht niedergeschlagen. Das ist eine gute Nachricht. Aber wir müssen trotz eines starken Mittelstands, der sich stets als krisenfest gezeigt hat, bei allem Optimismus mit Verschlechterungen rechnen. Und unser **Mittelstand** ist gerade auch in schwierigen Zeiten Garant für Stabilität, und wir stärken ihn in dieser Funktion. Für die Landesregierung heißt das: Investieren in den Schulbau, Forschung und Verkehrsinfrastruktur stärken.

Die höchste Priorität hat jedoch die Bildung. **Bildung** ist personalintensiv, Bildung ist kostenintensiv, aber - ich sage das ganz deutlich - Bildung ist auch eine Investition, und zwar die beste, die wir tätigen können, mit der allerhöchsten Rendite und ohne die Gefahr von Abschreibungen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich denke, die Terminologie, der **Investitionsbegriff** im Sinne der staatlichen Haushaltswirtschaft ist nicht mehr zeitgemäß. Der immaterielle Wert des Wissens erzielt doch heute die größte Wertschöpfung. Der Computerchip ist als Stück Silizium - -

(Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ja, ist er! Bravo! Das ist ein echter Zugewinn!)

- Er weiß noch nicht, was ich sagen will, aber es ist ja gut, dass er klatscht. Das ist doch echtes Vertrauen.

(Heiterkeit)

Der Computerchip ist als Stück Silizium fast nichts wert, aber die jahrelange Denkarbeit, die in ihm steckt, kann Gold wert sein. Und darin stecken die wahren Investitionen.

Natürlich höre ich auch die Stimmen, die uns mangelnden Sparwillen unterstellen. Sie rufen schließ-

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

lich immer recht laut, was alles nicht angehen kann. Aber diesen Kommentatoren möchte ich sagen: Da, wo wir mehr Geld ausgeben, tun wir es mit Verstand und Weitblick.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich meine: Bildungsausgaben sind nicht konsumtiv. Bildungsausgaben sind investiv. - Vielleicht muss sich hier ein wenig das Verständnis ändern.

Die neue **PISA-Studie** hat gezeigt, dass sich in unserem Bildungssystem etwas ändern muss oder - besser gesagt - dass sich etwas ändern musste. Der strahlende Sieger des Bildungswettbewerbes unter den Ländern ist Sachsen. Schleswig-Holstein bewegt sich im Mittelfeld; das genügt unseren Ansprüchen bei Weitem nicht. Die Sachsen haben gezeigt, dass man den Sprung nach ganz oben schaffen kann.

Ich sehe dabei nicht die Systemdebatte im Vordergrund. Mir geht es vielmehr um die Qualität. Welches Türschild am Schuleingang hängt, ist für mich zweitrangig. Alle **Schulformen** müssen besser werden. Wir haben den Weg dafür frei gemacht und die Entscheidungen getroffen. Sie können sicher sein, dass uns diese **Qualitätsoffensive** in wenigen Jahren deutlich wettbewerbsfähiger machen wird. Wir tun viel für die Bildung unserer Kinder.

Der Entwurf zum Doppelhaushalt spricht eine klare Sprache: Wir schaffen in dieser Legislaturperiode insgesamt 1.155 neue **Lehrerstellen**, 675 davon 2009 und 255 im Jahr 2010. Die Regierungsfractionen haben unsere Bemühungen noch weiter verstärkt und sich auf die Schaffung von nochmals 183 Lehrstellen geeinigt. Alle Schulformen werden profitieren. Besonders die Gymnasien erhalten Verstärkung. Ich begrüße das sehr.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir kümmern uns um die bestmögliche Förderung unserer Kinder und setzen dabei auch neue Schwerpunkte: Für den Ausbau der **offenen Ganztags-schulen** steigern wir die Mittel konsequent und kontinuierlich bis 2010 auf mehr als das Doppelte. So schaffen wir neue Möglichkeiten für gemeinsames Lernen und gute Betreuung.

Meine Damen und Herren, Sie wissen: Die Schülerzahlen bei uns im Land sind rückläufig. Der **demografische Wandel** hat eingesetzt. Davor müssen wir uns nicht ängstigen. Das schafft auch neue Spielräume. So könnten im Zeitraum 2011 bis 2020 - gemessen an den Schülerzahlen - schrittweise rund 4.200 Lehrstellen wegfallen. So aber werden wir nicht verfahren. Nein, wir stärken die Schulen

und werden von diesen Stellen 1.300 im System behalten.

Die Bundeskanzlerin hat die Idee der „Bildungsrepublik Deutschland“ auf die Agenda gesetzt. Bis zum Jahr 2015 sollen die gesamtstaatlichen Aufwendungen für Bildung und Forschung auf **10 % des Bruttoinlandsprodukts** gesteigert werden.

Der Mensch ist für uns die wichtigste Ressource. Unser Wohlstand ist Ergebnis exzellenten Wissens und eines Vorsprungs an Know-how. Da andere aufholen, müssen wir hier unsere Anstrengungen verstärken. Dafür sind wir auch zu einem finanziellen Kraftakt bereit. Die **Länder** stehen aufgrund ihrer Zuständigkeiten in der Verantwortung, und wir werden unserer Verantwortung auch gerecht. Die eben genannten Maßnahmen belegen das eindeutig.

(Beifall der Abgeordneten Sylvia Eisenberg [CDU])

Wie die Lasten eines solchen vom Bund eingeforderten Kraftaktes verteilt werden, klärt eine entsprechende Kommission. Klar ist aber schon jetzt: Der **Bund** muss sich an den Kosten angemessen beteiligen. - Ein Gutachten des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages beziffert die Folgekosten aus der Vorgabe des Dresdener Gipfels bis 2015 allein für unser Land auf über 3 Milliarden €.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das haben Sie doch beim letzten Mal bestritten! Da waren es 2 Milliarden €! - Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Er lernt heute dazu!)

- Das ist eben der Unterschied zwischen uns beiden, Herr Hentschel. Das sollten Sie sich auch einmal angewöhnen.

Man muss kein Prophet sein, um vorauszusagen: Das kann Schleswig-Holstein nicht allein stemmen. Wir erwarten eine solide Gegenfinanzierung. Das Ziel der Bildungsrepublik Deutschland ist es allemal wert.

Wir investieren in die Qualität des Schulunterrichts. Wir investieren aber auch in die Qualität der Schulen selbst. Mit dem Sonderprogramm zu Bau und Modernisierung der Gebäude stellen wir allein aus dem Landeshaushalt 42 Millionen € zur Verfügung und zusätzlich eine Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10 Millionen € für das Jahr 2011. Meine Damen und Herren, wir kümmern uns um die Kinder im Schulalter, und wir kümmern uns um die Kleinsten unter den Kleinen.

(Ministerpräsident Peter Harry Carstensen)

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wie süß!)

Welch ein gewaltiger Schritt nach vorn! - 17.000 neue **Betreuungsplätze** schaffen wir für die unter Dreijährigen. 250 Millionen € nehmen wir dafür in die Hand; eine Hälfte übernimmt der Bund, eine Hälfte zahlt das Land.

Manch einer hat in der Vergangenheit das **Jahr der Familie** ausgerufen. Ich sehe für Schleswig-Holstein mehrere Jahre der Familie aufeinander folgen. Und wir beginnen damit jetzt. Lieber Herr Stegner, Sie haben recht: Das dritte **beitragsfreie Kindergartenjahr** macht unsere Kommunen attraktiver. Das war auch der Grund, weshalb die Landtagsfraktion der CDU hier die Initiativen ergriffen hat.

(Beifall bei der CDU und bei der FDP - Dr. Heiner Garg [FDP]: Bravo!)

- Ja, es ist doch so. Dann kann man es auch sagen.

Und wenn es der Haushalt zulässt, dann ist in einigen Jahren die gesamte Kindergartenzeit für Eltern kostenlos. Das geht natürlich nicht ohne Augenmaß. Aber das Ziel ist klar benannt.

(Beifall bei der CDU)

Nach meinem Amtsantritt habe ich die Kultur in die Staatskanzlei geholt. Diese Entscheidung war richtig. Daran gibt es keinen Zweifel: Kultur ist Chefsache, und das zahlt sich aus. Seit dem Jahr 2005 verzeichnen die **Landesausgaben** für den **Bereich Kultur** eine moderate Aufwärtskurve.

Nehmen wir den Kulturhaushalt 2009/2010: Er bleibt stabil. Er nennt sicherlich Effizienz und Nachhaltigkeit als noch wichtigere Kriterien und setzt zugleich einen neuen Schwerpunkt, mit dem wir das kulturelle Erbe unseres Landes bewahren wollen.

Das „**Investitionsprogramm** Kulturelles Erbe Schleswig-Holstein“ ist nicht etwa rückwärtsgerichtet, sondern es wertet unsere Heimat auf, bereichert unsere Identität und will zugleich dem wachsenden Kulturtourismus neue Türen öffnen.

(Beifall bei der CDU)

Für die Jahre 2009 und 2010 stellen wir jeweils bis zu 3 Millionen € zusätzlich zur Verfügung - echtes Geld also. Weitere 6 Millionen € pro Jahr sind für 2011 und 2012 durch Verpflichtungsermächtigungen gesichert. Das macht 18 Millionen € für die nächsten vier Jahre. Damit binden wir auch Mittel des Bundes und sichern Beschäftigung. Denn diese Mittel kommen dem Handwerk zugute. Wir stützen

damit die heimische Wirtschaft und machen unser Land noch attraktiver.

Meine Damen und Herren, lassen wir uns nicht Bangemachen. Die Menschen in Schleswig-Holstein sind engagiert; sie haben den Aufschwung möglich gemacht. Sicherlich stehen wir jetzt vor wirtschaftlich harten Zeiten. Ich nehme die Sorgen der Menschen ernst. Aber die Landesregierung und die Fraktionen von CDU und SPD haben mit dem Doppelhaushalt 2009/2010 Pflöcke eingeschlagen, über die wir eine Brücke aus Vertrauen in die Zukunft bauen können.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Investitionen sind auf die Zukunft ausgerichtet. Bildung, Familie und Beruf geben Sicherheit. Wir haben in den dreieinhalb Jahren dieser Regierung viel erreicht: Schulen und Hochschulen haben wir reformiert, Forschung hat mehr an Gewicht gewonnen, Verwaltungen haben wir modernisiert, der Energiestandort hat neue Perspektiven, der Verkehr kommt voran, der Mittelstand ist Jobmotor, die Arbeitslosigkeit ist gesunken und die Familien sind gestärkt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und das Leben ist schön!)

- Ja, das ist es auch. Herr Kubicki, ich finde, wir sollten darüber nachdenken, wie wir die Schwierigkeiten und Sorgen, die wir momentan haben, einordnen. Denken Sie an die Sorgen anderer Menschen. Es gibt über 1 Milliarde Menschen auf der Welt, die hungern. Dann vergleichen Sie einmal unsere Sorgen mit deren Sorgen. Insofern freue ich mich jeden Morgen, dass ich sagen kann: Das Leben ist schön. Mir und vielen anderen in Deutschland auch geht es gut.

(Beifall bei CDU und SPD)

Bei aller Ungewissheit, die momentan um sich greift, sollte doch eines klar sein: Wir leben in einem starken Land, und das gibt Sicherheit.

Ich sage aber auch: Keine Experimente in schwierigen Zeiten! Kontinuität, Verlässlichkeit und Gradlinigkeit bleiben meine Handlungsmaximen.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Präsident Martin Kayenburg:

Auf der Tribüne begrüßen wir das IQSH mit Lehrkräften in Ausbildung für das Fach Wirtschaft und Politik. - Seien Sie uns herzlich willkommen.

(Präsident Martin Kayenburg)

(Beifall)

Von der angemeldeten Redezeit der Landesregierung verbleibt eine Minute.

(Heiterkeit)

Das Wort hat Herr Finanzminister Rainer Wiegard.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit. Lassen Sie mich aber doch einige Sätze zu den Beiträgen ausführen, die in der Debatte gefallen sind. Herr Kollege Hentschel, einmal wollte ich mich Ihnen zuwenden. Sie haben in Ihrem Beitrag gesagt, Sie hätten nicht vergessen, was ich zu Beginn der Regierungszeit gesagt hätte. Das ist auch gut so. Ich empfehle Ihnen dringend, das aufzubewahren. Wir haben nicht vergessen, was Sie am Ende Ihrer Regierungszeit hinterlassen haben.

(Beifall bei der CDU und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das war ein **Haushaltsdefizit** von etwa 1,7 Milliarden €. Das war ein Land, das über kein eigenes Vermögen mehr verfügt hat. Das waren ausgelagerte Risiken und verlagerte Schulden. Damit müssen wir heute umgehen. Wir haben es in einer durchaus spannungsreichen Koalition und in einer nicht immer glatten Regierungsarbeit, was hin und wieder durchaus zu erkennen war, gemeinsam geschafft, ein Jahr später die Neuverschuldung zu halbieren, zwei Jahre später das Defizit auf 300 Millionen € und die Neuverschuldung auf 500 Millionen € zu senken. Wir haben ein **operatives Ergebnis** erreicht, das positiv ist, sodass wir mit den laufenden Einnahmen aus Steuern und Verwaltung die laufenden **Ausgaben** für Personal, Verwaltung, Investitionen und Zuwendungen decken können. Wir werden das auch 2008 erreichen, wenn im Dezember nicht alles total zusammenbricht. Daher glaube ich, dass das eine Leistung ist, auf die die Regierung, die Regierungskoalition und insgesamt das ganze Parlament - eventuell auch klammheimlich Sie - durchaus stolz sein können.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dennoch müssen wir alle miteinander feststellen, dass die **Finanzlage** Schleswig-Holsteins außerordentlich angespannt ist. Dies ist in einer Zeit so, in der sich die Steuereinnahmen des Landes noch auf einem relativ hohen Niveau bewegen. Dies ist zurzeit so, ohne die Wirkung der konjunkturellen Abwärtsentwicklung und ohne die zusätzlichen Wirkungen der Finanzmarktkrise. Trotzdem leben wir

sozusagen Oberkante Unterlippe. Dies ist im Wesentlichen so, weil die Lasten aus den **Altschulden** 1 Milliarde € betragen. Das heißt, dass wir seit 2006 nur noch neue Schulden aufnehmen, um die Zinsen für die alten Schulden zu finanzieren. Das ist im Wesentlichen unser Problem.

Nun kommen der konjunkturelle Einbruch und die Wirkungen aus der Finanzmarktkrise hinzu. Dass wir es dennoch bis zu diesem Zeitpunkt schaffen, mit dem Wissen und den Kenntnissen, die wir heute haben, für beide Jahre einen **verfassungsgemäßen Haushalt** vorzulegen, ist - so glaube ich - keine schlechte Nachricht. Wir alle wissen aber, dass dies hart an der Grenze ist. Dies ist auch deshalb so, weil wir genau die vielen Leistungen in Angriff genommen haben, die der Ministerpräsident eben dargestellt hat. Deshalb will ich es mir ersparen, sie noch einmal darzustellen. Diese Leistungen sind aber notwendig, um den Anschluss zu finden, nicht um ihn zu halten. Wir haben nämlich den Anschluss an die Leistungsfähigkeit anderer vergleichbarer Länder, im Wesentlichen der westdeutschen Länder, verloren. Deshalb müssen wir diesen Kraftakt nach wie vor leisten.

Ich habe mich gewundert, dass einige sich darüber gewundert haben, dass die **Risikoversorge** möglicherweise nicht ausreichend sei. Auch eine Zeitung hat das heute so berichtet. Wolfgang Kubicki hat es eben dargestellt. Wir haben eine Risikoversorge von 255 Millionen €. Diese haben wir in den letzten beiden Jahren in einer Rücklage gehalten, die wir jetzt dringend gebraucht haben. Ich gebe gern zu, ich hätte sie gern für etwas anderes verwendet als für den **Ausfall der Dividenden** in Höhe von 140 Millionen €, aber wir hatten sie. Ich habe mir gedacht: Mein Gott, könnte nicht irgendjemand von den Damen und Herren der Medien einmal feststellen, dass es Risikoversorge, Rückstellungen und globale Mindereinnahmen gab? Sie hätten sagen können: Wow, wann hat es das einmal gegeben! Stattdessen wird gesagt, diese habe an einem Punkt nicht ausgereicht. Sie hat deshalb nicht ausgereicht, weil das Bundesverfassungsgericht die **Pendlerpauschale** rückwirkend außer Kraft gesetzt hat. Wer damit gerechnet hat, der hätte sich bei den Haushaltsberatungen, die wir in den letzten Wochen geführt haben, sehr gern melden können.

(Beifall bei der CDU)

Ich glaube, es ist vorhin vom Kollegen Hentschel angemerkt worden, dass wir eine **Steuermehreinnahme** von etwa 1,5 Milliarden € für den Zeitraum 2005 bis 2009 haben. Wir haben die Nettokreditaufnahme gegenüber 2005 um 900 Millionen € ge-

(Minister Rainer Wiegard)

senkt. Wenn wir hinzunehmen, dass von den Steuereinnahmen 300 Millionen € zusätzlich an die Kommunen geflossen sind, dass wir 200 Millionen € zusätzlich für Zinsen von Altschulden bezahlen mussten und dass wir 200 Millionen € zusätzlich investiert haben, dann wird diese besondere Leistung auch besonders deutlich. Diejenigen, die kritisieren, dass möglicherweise nicht genug Steuereinnahmen in die **Senkung der Aufnahme von Neuschulden** geflossen sind, die waren jedenfalls nicht daran beteiligt, dass die Steuereinnahmen überhaupt gestiegen sind. Da haben sie sich verweigert. Herr Kubicki, für 2009/2010 haben wir die **Investitionen** um 400 Millionen € gesteigert.

(Beifall bei CDU, SSW und des Abgeordneten Holger Astrup [SPD])

Sie haben eine Strategie vermisst. Hier sitzen sie: In beiden Jahren gibt es 400 Millionen € mehr an Investitionen als in den ersten beiden Jahren unserer Regierungszeit. Ich finde, das ist auch im Zusammenhang mit der konjunkturellen Schwäche, im Wesentlichen aber im Zusammenhang mit der Beseitigung der strukturellen Schwäche unserer Infrastruktur, zu der schon einiges gesagt wurde, ein bedeutender Beitrag, den wir leisten werden.

Alle Redner haben angesprochen, dass wir in einer schwierigen konjunkturellen Lage leben, die auf uns zukommt und die durch die **Finanzmarktkrise** noch verstärkt wird. Der **Sachverständigenrat** hat in diesen Tagen von einem Minus von 0,2 % gesprochen. Die Bundesbank spricht von einem Minus von 0,8 %. Das Institut für Weltwirtschaft spricht von einem Minus von 3,0 %. Das werden nicht die letzten **Prognosen** sein. Es wird noch andere Institute geben, die noch andere Zahlen geben werden. In vier Wochen werden diese Zahlen ganz anders aussehen. Ich warne davor, dass wir uns Horrorszenarien vorstellen. Ich wundere mich darüber, dass diejenigen, die das gern noch stärker prognostizieren wollen, keine Änderungsanträge zur Höhe der Steuereinnahmen gestellt haben. Insofern sage ich: Untermauern Sie Ihre Kritik! Ich habe keine besseren Zahlen als diejenigen, die Sachverständige uns aus den Gremien liefern. Ich weigere mich auch, selbst irgendwelche Zahlen in den Raum zu stellen.

(Beifall bei CDU, SPD und SSW)

Das, was wir an Vorsorge getroffen haben und was wir jetzt auch in Anspruch nehmen müssen, ist das Korrekturvolumen, das wir haben und das wir auch dringend brauchen. Ich warne genauso davor, sich in großer Weise nicht nur an der Diskussion über

mögliche Korrekturen der Steuereinnahmen, sondern auch über zusätzliche Konjunkturprogramme zu beteiligen.

Nehmen wir eine Zahl, weil diese in den letzten Wochen häufig durch die Medien geisterte. Es wurde angekündigt, dass darüber alsbald noch einmal gesprochen würde. Ich spreche von einem **Konjunkturprogramm** auf **Bundesebene** in Höhe von 30 Milliarden €, das nach den bisherigen Regeln, von denen wir uns kaum befreien können, obwohl ich das Programm für falsch halte, auch von Ländern und Gemeinden zu tragen sein wird. Für **Schleswig-Holstein** bedeutet das einen Beitrag von 600 Millionen € und damit die Verdopplung der **Neuverschuldung**. Dies wäre so, sollte ein solches Programm gebastelt werden. Ich warne dringend davor, diesen Dingen Vorschub zu leisten. Wir müssen die Wirkungen von dem, was beschlossen wurde, genau beobachten und möglicherweise gezielt und mit klaren ordnungspolitischen Konzepten nachsteuern und korrigieren.

Wir müssen gemeinsam noch intensiver die Begehrlichkeiten des Bundes abwehren, Aufgaben, die eigentlich ihm zufallen, wie zum Beispiel die Bekämpfung von konjunkturellen Schwächen, auf die Länder und auf die Kommunen abzuwälzen. Da haben wir noch eine wichtige Aufgabe vor uns, insbesondere in der nächsten Woche im **Vermittlungsausschuss** zwischen Bundestag und Bundesrat.

Zu der Lösung der strukturellen Probleme will ich nur einen Hinweis geben. Ich finde, dass wir den Menschen reinen Wein einschenken müssen und keine Scheinlösungen vorgaukeln dürfen. Die Straffung der **Verwaltungsstrukturen** und die Straffung von Verwaltungsprozessen ist unabdingbar. Hier haben wir in der Tat nicht alles erreicht, was notwendig oder möglich wäre. Hier ist nachzusteuern.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:
Das ist sehr milde ausgedrückt!)

Einige erwecken aber den Eindruck, das **strukturelle Defizit** könne man sehr leicht dadurch beseitigen, dass man ein bisschen Verwaltungsstruktur nachsteuert. Davor warne ich erheblich. Ein strukturelles Defizit von 600 Millionen € wegzusparen, würde bedeuten, sich von 12.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zu trennen. So viele haben wir überhaupt nicht in der Verwaltung. So viel Geld wird für Verwaltung überhaupt nicht ausgegeben. Deswegen müssen wir vorsichtig sein.

(Minister Rainer Wiegard)

Das strukturelle Defizit Schleswig-Holsteins beseitigen wir nur, indem wir - auch das eben Genannte ist zu tun; ohne Zweifel, keine Frage, und zwar mit deutlich größerer Intensität als bisher - die Einnahmen auf einem relativ hohen Niveau stabilisieren und gleichzeitig eine wirksame Begrenzung bei **Leistungsausgaben** durchführen. Wenn wir dies nicht tun, werden wir es nicht schaffen.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb muss unser **Haushaltsziel** sein, immer über eine Periode hinweg die konsumtiven Ausgaben deutlich weniger zu steigern, als die regelmäßigen Einnahmen ohne Vermögenserlöse ausfallen. Dies muss unser Haushaltsziel sein.

Wir haben in dieser Wahlperiode eine durchschnittliche Steigerung von 1,4 % pro Jahr bei den **konsumtiven Ausgaben**, 7 % über die Strecke. In der vorherigen Wahlperiode waren das doppelt so viel, 15 % über die ganze Strecke, über 3 % im Durchschnitt. Deshalb ist eines unserer wesentlichen Ziele, die konsumtiven Ausgaben deutlich unterhalb der - so nenne ich sie einmal - konsumtiven Einnahmen zu halten. Nur so erreichen wir, erarbeiten wir uns den Spielraum erstens für Investitionen und zweitens für die Rückführung von Verschuldung.

Die **Rückführung der Verschuldung** schaffen wir nicht allein, schaffen wir nur mithilfe des Bundes und der Unterstützung der Länder. Ich sage ausdrücklich nicht „Hilfe der Länder“, sondern Unterstützung der Länder. Wir müssen darauf hinwirken, dass Föderalismus II ein Erfolg wird, dass wir zu einer **Schuldengrenze** kommen, die Ausnahmen in Krisenzeiten und in konjunkturell schwierigen Zeiten ermöglicht und die eine **Konsolidierungshilfe** für die Länder ermöglicht, die es aus eigener Kraft nicht schaffen. Nur so können wir weiterkommen. Wir müssen ein Interesse daran haben, dass es wirksame Schuldengrenzen gibt.

(Beifall bei der CDU)

Ich bedanke mich für die Arbeit an diesem Haushalt. Fast ein Jahr haben wir miteinander darüber verhandelt, miteinander gerungen. Ich bedanke mich bei den Mitgliedern im Kabinett, bei den Fraktionen, insbesondere den FAKs, für die Zusammenarbeit über alle Fraktionen hinweg. Ich bedanke mich, Günter Neugebauer, für die Zusammenarbeit mit dem Finanzausschuss und ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Haushaltsabteilung in meinem Ressort, Frau Dr. Rumpf, Herrn Milkereit, und bei den übrigen Kollegen in den Ressorts.

Ich bedanke mich an dieser Stelle aber auch bei den Beschäftigten, insbesondere bei den Beamtinnen und Beamten des Landes und der Kommunen, die täglich einen hervorragenden Dienst leisten. Sie verdienen hierfür unseren Respekt. Wir haben ihnen seit 2007 harte Einschnitte zumuten müssen. Bei aller Anerkennung für die Leistungen unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter müssen wir Kurs halten. Das Land bedarf dieses Beitrags unserer Beschäftigten. Umgekehrt besteht auch kein Anlass, diesen beachtlichen Beitrag der Beamtinnen und Beamten kleinzureden. Er verdient allerhöchsten Respekt. Dafür meinen Dank.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir haben zwei enorm schwere Jahre vor uns. Die letzten Jahre waren auch nicht so ganz einfach, aber sicherlich nichts im Vergleich zu dem, was vor uns liegt. Schleswig-Holstein lebt schon ohne Konjunkturbremse und ohne Finanzmarktkrise wegen der Altlasten an der Schwelle der Überlebensfähigkeit. Unser Haushalt ist nach wie vor nicht krisenresistent. Wir werden die Wirkung der Finanzmarktkrise und die konjunkturellen Wirkungen und insbesondere die Wirkungen der eingeleiteten Maßnahmen durch Bund und Länder sehr genau beobachten und zielgenau reagieren müssen und dabei insbesondere die Investitionen in die Infrastruktur stärken.

Ich habe mich über manche Verhaltensweise bei Ihrer Fraktion, Herr Hentschel, geärgert, wenn es darum geht, dass wir den Ausbau der Infrastruktur vorantreiben. Schleswig-Holstein hat einen schweren Stand, wenn Lieferungen aus Singapur schneller in Stuttgart ankommen als aus Nordfriesland. Deshalb ist es dringend notwendig, dass wir unsere Infrastruktur stärken, damit von hier aus der Warenfluss, der Verkehrsfluss für Dienstleistungen ausgebaut werden können.

(Beifall bei CDU, SPD und FDP)

Wir müssen aufpassen, dass wir nicht noch weiter von der Entwicklung in den anderen westdeutschen Ländern abgehängt werden, als wir es in Ihrer Regierungszeit geworden sind, weil Sie sämtliche Infrastrukturentwicklungsprojekte schlicht und ergreifend verhindert haben.

(Beifall bei CDU und FDP - Widerspruch bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir werden deshalb bei allen Schwierigkeiten, die in den nächsten zwei Jahren anstehen - da brauchen wir uns nichts vorzumachen - -

(Zuruf des Abgeordneten Karl-Martin Hentschel [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

(Minister Rainer Wiegard)

- Wir können zum Beispiel über den Ausbau der B 404 reden, den Sie aus dem Bundesverkehrsweegeplan herausgenommen haben, und darüber, welche Schwierigkeiten wir heute dadurch haben. Darüber können wir gern reden, wenn Sie das unbedingt möchten.

(Beifall bei CDU und FDP)

Deshalb sage ich Ihnen - ich bin für Ihren Zwischenruf geradezu dankbar -: Wir werden nicht den Fehler vorheriger Regierungen machen - damit meine ich nicht nur Regierungen hier in Schleswig-Holstein, sondern auch im Bund und überall - und in schwachen Konjunkturphasen gerade Zukunftsinvestitionen kürzen. Im Gegenteil. Maßhalten beim Konsum und zulegen bei Investitionen, das wird unsere Devise sein.

(Anhaltender Beifall bei CDU und SPD)

Präsident Martin Kayenburg:

Die angemeldete Redezeit der Regierung ist um mehr als 50 % überschritten worden. Es stehen allen weitere 16 Minuten zu den verbliebenen Redezeiten zur Verfügung. Ich frage die finanzpolitischen Sprecher: Kollege Sauter? - Keine Meldung. - Dann hat für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Frau Abgeordnete Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Finanzminister, ich will Ihren Versuch, hier den Eindruck zu erwecken, es gebe eine seriöse und sparsame **Haushaltspolitik**, für meine Fraktion so nicht stehen lassen. Ich erinnere daran: Die CDU ist angetreten und hat gesagt: Wir sparen jährlich 50 Millionen € Ausgaben des Landes ein. Sie wollten jährlich 50 Millionen € einsparen. Was haben Sie getan? - Sie geben jährlich im Schnitt 200 Millionen € mehr aus. Die **Ausgabensteigerung** von 2004 bis 2010 beträgt 1,2 Milliarden €. Sie haben eine Ausgabensteigerung von 2008 auf 2009 von 6,5 %. Das hat es zum letzten Mal 1992 gegeben, wenn wir das Jahr 2005 herausnehmen, wo man sich immer fragt, wer diese exorbitanten Ausgabensteigerungen verursacht hat.

(Zurufe von der CDU)

- Auch Sie mit dem Nachtragshaushalt, den Sie gemacht haben!

Schauen wir uns einmal die Bedingungen an. Herr Wiegard, Sie sagen immer: „Schauen Sie einmal

zurück! Was haben Sie geschaffen? Was haben wir geschaffen?“ Wenn man das tut, muss man sich auch die Bedingungen, die Höhe der **Steuereinnahmen**, angucken. Von 2000 bis 2005 hatten wir ein Steuerminus von 340 Millionen €. Im Vergleich: Von 2005 bis 2010 arbeiten Sie mit Steuermehreinnahmen von 1,7 Milliarden €. Trotz dieser hohen Steuereinnahmen ist der Haushalt 2009 und 2010 auf Kante gestrickt; das haben wir heute auch bei den Nachbesserungen gesehen. Die mittelfristige Finanzplanung macht deutlich, dass Sie die Zukunft nicht meistern. Weil die Lücken so groß sind, haben Sie für die Jahre 2011 und 2012 in der mittelfristigen Finanzplanung eine globale Minderausgabe von 1 Milliarde €.

Präsident Martin Kayenburg:

Frau Kollegin Heinold, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Rainer Wiegard?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Rainer Wiegard [CDU]: Frau Kollegin, ist Ihnen nicht mehr geläufig, dass es in jedem Jahr der 90er-Jahre überdurchschnittliche Steuereinnahmen gegeben hat, dass Sie zusätzlich zu den überdurchschnittlichen Steuereinnahmen überdurchschnittlich hohe Verschuldungen eingegangen sind und dazu noch das gesamte Landesvermögen veräußert haben?

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Herr Wiegard, ich habe einen Vergleich zwischen den Jahren 2000 bis 2005 und 2005 bis 2010 gezogen. Von 2000 bis 2005 gab es ein Steuerminus von 340 Millionen €, an dem auch Sie mit Schuld tragen, weil Sie, weil Ihre Partei, die CDU, diese Steuerreform im Bundesrat noch verschärft hat und immer gesagt hat, wir brauchen noch mehr Steuerentlastungen.

(Lachen bei der CDU - Zuruf der Abgeordneten Herlich Marie Todsens-Reese [CDU])

Herr Wiegard, Sie loben sich immer selbst, wenn Sie sagen, die Nettokreditaufnahme liegt unter den Zinsausgaben. Auch das war von 1996 bis 2001 normaler Standard. Gekippt ist das mit der **Steuerreform**, die tatsächlich ein hohes Defizit erzeugt hat.

(Monika Heinold)

Herr Wiegard, ich wundere mich über Ihre Aussage zur **Pendlerpauschale**, bei der Sie heute sagen, dass die Vorsorge nicht ausreicht. Ich weiß nicht, wie ehrlich Sie mit dem Finanzausschuss umgehen, aber Sie haben im Finanzausschuss auf unsere Frage hin gesagt, dass Sie die Pendlerpauschale nicht berücksichtigt haben. Das heißt, Sie hätten heute das komplette Defizit neu einstellen müssen, da Ihre **Vorsorge**, die Sie getroffen haben, mit Sicherheit - so haben Sie es neulich zumindest noch begründet - auch für die unsicheren Wirtschaftsjahre 2009 und 2010 greifen muss. Stattdessen werden heute nur 10 Millionen € für 2010 eingestellt und nicht die 30 Millionen €. Wenn Sie die Pendlerpauschale - wie Sie es uns gesagt haben - bei den Steuereinnahmen nicht berücksichtigt haben, dann hätten Sie dies jetzt in voller Höhe tun müssen, und zwar - ehrlicherweise - zulasten der Verschuldung. Da können Sie uns doch nicht mit einer globalen Minderausgabe kommen!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN -
Zuruf der Abgeordneten Birgit Herdejürgen
[SPD])

- Entschuldigung, dieser Vorwurf geht an die Fraktionen, aber der Finanzminister hat dem auch nicht widersprochen.

Herr Stegner hat heute groß verkündet, es dürfe nur gefördert werden, was auch förderungsfähig ist. Das ist aus meiner Sicht eine Selbstverständlichkeit. Es ist bitter, dass dies erst nach drei Jahren Großer Koalition umgesetzt werden soll. Wir stellen nachher den Antrag, die 17 Millionen €, die im Jahr 2009 noch frei im Schleswig-Holstein-Fonds schweben, herauszunehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit hätten Sie eine gute Chance, die Nettoneuverschuldung zu senken.

Herr Wiegard, es mag sein, dass wir in unserer Finanzpolitik nicht gut genug waren. Aber ich sage Ihnen, in jedem Fall haben wir es besser gemacht, als Sie es jetzt machen.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das kann ich jetzt nicht bestätigen, sonst kann ich fast alles bestätigen!)

- Das müssen Sie auch nicht bestätigen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

Ich möchte noch etwas zum **strukturellen Defizit** sagen: Niemand - zumindest nicht meine Fraktion - hat hier die These aufgestellt, dass wir das struktu-

relle Defizit in exorbitanter Höhe mit der **Verwaltungsreform** ausgleichen sollen. Wer hat das denn behauptet? - Niemand!

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Stegner!)

- Ich rede ja von meiner Fraktion! Wir wären ja blöd, wenn wir das tun würden.

Was wir aber gesagt haben, ist, dass wir dringend innerhalb der Verwaltung sparen müssen, um in Bildung zu investieren. Wenn wir dies nicht machen, passiert genau das, was CDU und SPD gemacht haben: Dann muss man, wenn man mehr in Bildung investiert, mehr Schulden machen. Und das darf nicht der Weg für die Zukunft sein.

(Werner Kalinka [CDU]: Man kann auch beides machen!)

- Fangen Sie doch erst einmal mit einem an, bevor Sie beides machen wollen!

(Zuruf des Abgeordneten Werner Kalinka [CDU])

Ich möchte noch einmal der CDU - weil es immer wieder abgestritten wird - ans Herz legen, sich den Umdruck zum Personalabbau anzuschauen. Das ist ein Umdruck, dem Rechnungshof und Landesregierung zugestimmt haben. Die Stellen für die Lehrer und Lehrerinnen sowie Stellen, die nur verlagert werden, wurden herausgerechnet. Und diese Bilanz zeigt: Unter Rot-Grün haben wir jährlich 200 Stellen im Durchschnitt abgebaut.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und der Abgeordneten Ingrid Franzen [SPD]
und Günter Neugebauer [SPD])

Diesen Maßstab, den wir vorgegeben haben, erwarten wir auch von der Großen Koalition. Nicht mehr und nicht weniger. Solange Sie dies nicht schaffen, versagen Sie bei der Verwaltungsreform und beim Personalabbau total und vermässeln die Chancen für die Zukunft unserer Kinder.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Präsident Martin Kayenburg:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung. Wir treten jetzt in die **Abstimmung** zum Haushaltsstrukturgesetz 2009/2010 ein, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drucksache 16/2150, Bericht und Beschlussempfehlung des Finanzausschusses, Drucksache 16/2323.

Ich werde zunächst den **Entschließungsantrag** der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2370, zur Abstimmung aufrufen, da dieser

(Präsident Martin Kayenburg)

Antrag unter anderem die Ablehnung des Haushalts 2009/2010 enthält.

Wer dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2370, zustimmen will, den bitte ich um sein Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Abstimmungen über die **Einzelpläne**.

Hierzu liegen die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2369 (neu), der Fraktion der FDP, Drucksache 16/2371, der Abgeordneten des SSW, Drucksache 16/2372 sowie der Fraktion von CDU und SPD, Drucksache 16/2374, vor.

Ich rufe damit **Einzelplan 01** auf - Landtag.

Änderungsanträge zu diesem Einzelplan liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 01 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 01 einstimmig angenommen.

Ich rufe **Einzelplan 02** auf - Landesrechnungshof.

Änderungsanträge zu diesem Einzelplan liegen nicht vor. Wer dem Einzelplan 02 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Einzelplan einstimmig angenommen worden.

Ich rufe **Einzelplan 03** auf - Ministerpräsident, Staatskanzlei.

Ich rufe dazu die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN aus, Drucksache 16/2369 (neu), auf. Zunächst führen wir die Einzelabstimmung über Titel 0306-684 08, Zuwendung an den Landesverband der Musikschulen in Schleswig-Holstein e.V., durch. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU, SPD und SSW gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Einzelabstimmung über Titel 0306-893 05, Investitionsförderung soziokultureller Zentren. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP und SSW gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Nummern 1 bis 4 sowie 6, 7 und 9 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich rufe die Änderungsanträge der Fraktion der FDP auf, Drucksache 16/2371. Ich lasse über die Nummern 1 bis 10, Kapitel 0301 bis Kapitel 0304, Seiten 15 und 16, sowie die Nummern 2 bis 10, Kapitel 0305 bis Kapitel 0309, Seiten 17 und 18 des Änderungsantrags, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 03 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 03 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Einzelplan 04 - Innenministerium. Zunächst rufe ich auf die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2369 (neu):

Zunächst Einzelabstimmung über Titel 0407-684 05, Integrationsmaßnahmen für junge Migrantinnen und Migranten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Es folgt nun die Einzelabstimmung über die Titel 0416-331 11, Finanzhilfen des Bundes für das Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz, Titel 0416-883 11, Zuschüsse aus Finanzhilfen des Bundes im Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz, Titel 0416-883 12, Zuschüsse des Landes im Städtebauförderungsprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stim-

(Präsident Martin Kayenburg)

men der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge, Nummern 10 bis 17 sowie 19 bis 23 und 27, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich rufe dann auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 11 bis 40 der Drucksache 16/2371. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 04 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Damit ist der Einzelplan 04 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP angenommen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 05** - Finanzministerium.

Dazu rufe ich auf die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2369 (neu). Zunächst Einzelabstimmung über Titel 0501-422 01, Staatssekretärstelle Entbürokratisierung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge, Nummern 29 bis 32, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Drucksache 16/2371, und lasse abstimmen über die Änderungsanträge Nummern 41 und 42. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 05 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 05 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe jetzt auf den **Einzelplan 06** - Ministerium für Wissenschaft, Wirtschaft und Verkehr.

Ich rufe zunächst auf die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zunächst Einzelabstimmung über Titel 0614-894 03, Kostenbeitrag des Landes zum Ausbau der B207 für die feste Fehmarnbelt-Querung. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über Titel 0620-685 23, Zuschuss Universität Flensburg. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Dieser Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Jetzt folgt Einzelabstimmung über den neu einzurichtenden Titel „Zuschüsse für Investitionsmaßnahmen im Klimaschutz“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge, Nummern 33 bis 40 sowie 43 bis 49, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? -

(Präsident Martin Kayenburg)

Diese Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wir kommen jetzt zu den Änderungsanträgen der Fraktion der FDP. Zunächst Einzelabstimmung über Titel 0601-893 01(neu), Investitions- und Wachstumspakt. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge, Nummern 43 und 44, 46 bis 64 abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse dann über den Änderungsantrag der Abgeordneten des SSW zu Titel 0620-685 23, Zuschuss an die Universität Flensburg, Drucksache 16/2372, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Abgeordneten des SSW sowie der Fraktionen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 06 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? Damit ist der Einzelplan 06 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen der FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW angenommen.

Ich rufe nunmehr auf den **Einzelplan 07** - Ministerium für Bildung und Frauen.

Ich rufe dazu auf die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zunächst folgt Einzelabstimmung über den neu einzurichtenden Titel „Clever starten“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über Titel 0710-684 18, Förderung von Ganztagsangeboten an Ganztagschulen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über Titel 0717-525 15, Fort- und Weiterbildung der Lehrerinnen und Lehrer. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge, Nummern 51, 53 bis 56 sowie 59 und 60, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich rufe auf die Änderungsanträge der Fraktion der FDP.

Zunächst Einzelabstimmung über Titel 0714-422 01, Bezüge der planmäßigen Beamten. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über Titel 0714-422 03, Anwärterbezüge. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge, Nummern 65 bis 69 sowie 72, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktio-

(Präsident Martin Kayenburg)

nen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 07 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 07 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 09** - Ministerium für Justiz, Arbeit und Europa. Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 73 bis 86, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 09 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 09 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 10** - Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie, Jugend und Senioren. Ich komme zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zunächst Einzelabstimmung über den neu einzurichtenden Titel „Energiesparen in Geringverdiener-Haushalten“. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge, Nummern 61 bis 66, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 87 bis 110, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzei-

chen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 10 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 10 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 11** - Allgemeine Finanzverwaltung. Wir kommen zur Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Zunächst Einzelabstimmung über den Titel 1111-893 01, Zuschüsse für Investitionen an Sonstige im Inland im Rahmen des Schleswig-Holstein-Fonds. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge, Nummern 68 bis 72 und 74 bis 76, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, FDP sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe auf die Abstimmung über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP. Zunächst Einzelabstimmung über den Titel 1102-613 30, Schlüsselzuweisungen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über den Titel 1102-883 30, Zuweisungen für Investitionsmaßnahmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

(Präsident Martin Kayenburg)

Einzelabstimmung über den Titel 1111-461 01, Globale Mehrausgaben für Personalausgaben. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse jetzt über die weiteren Änderungsanträge, Nummern 111 bis 114, 117 bis 121 sowie 123 und 124, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich rufe auf den Änderungsantrag der Fraktionen von CDU und SPD, Drucksache 16/2374. Wer diesem Antrag zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist der Änderungsantrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wer dem Einzelplan 11 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung, einschließlich der angenommenen Änderungen, zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist der Einzelplan 11 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 12** - Hochbaumaßnahmen des Landes. Ich lasse über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 125 bis 127, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP sowie der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 12 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Einzelplan 12 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Ich rufe auf den **Einzelplan 13** - Ministerium für Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume. Än-

derungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN! Zunächst Einzelabstimmung über den Titel 1313-894 02, An die Stiftung Naturschutz Schleswig-Holstein zur Aufstockung des Grundkapitals. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD, und FDP sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Dann Einzelabstimmung über die Streichung der Maßnahmengruppe 1316-64, Projekt zur Modellierung und Parametrierung von CO₂ Speicherung in salinen Formationen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Der Änderungsantrag ist mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge, Nummern 77 bis 82, 84 bis 87 sowie 89 bis 98, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Die Änderungsanträge sind mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD und FDP gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Ich lasse nunmehr über die Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Nummern 128 bis 167, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit sind die Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion der FDP abgelehnt.

Wer dem Einzelplan 13 in der vom Ausschuss empfohlenen Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist der Einzelplan 13 mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW angenommen.

(Zuruf der Abgeordneten Anke Spoorendonk [SSW])

- Doch! Jedenfalls hatten Sie so gestimmt.

(Anke Spoorendonk [SSW]: Das wollten wir auch!)

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Feststellung eines **Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010**. Ich lasse zunächst über die Änderungsanträge der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2369 (neu), ab-

(Präsident Martin Kayenburg)

stimmen. Wir kommen zur Einzelabstimmung über den Antrag zur Änderung von § 1 Haushaltsgesetz 2009/2010, Pauschale Kürzungen der Verpflichtungsermächtigungen, Seite 19 des Antrags. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU, SPD und FDP sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Einzelabstimmung über Antrag 1, Änderung § 29 Abs. 1 Haushaltsgesetz 2009/2010, Investitionsbank. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU und SPD, gegen die Stimmen von FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Einzelabstimmung über den Antrag 2, Änderungsvorschläge zum Finanzausgleich. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU, SPD, FDP sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich rufe jetzt die Änderungsanträge der Fraktion der FDP aus dem ersten Teil der Drucksache 16/2371 auf. Wir kommen zunächst zur Einzelabstimmung über Buchstabe C Nummer 3 des Antrags, Artikel 3, Änderung des Finanzausgleichsgesetzes. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist dieser Änderungsantrag mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen der FDP und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abgelehnt.

Ich lasse über die weiteren Änderungsanträge der Fraktion der FDP, Buchstabe A Nummer 1 bis Buchstabe C Nummer 2 sowie Buchstaben D bis H - das heißt, es müsste eigentlich „lit.“ heißen -, abstimmen. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit sind diese Änderungsanträge mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion der FDP, bei Enthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten des SSW abgelehnt.

Nach den Abstimmungen über die Einzelpläne und die Anträge zum Haushaltsstrukturgesetz kommen wir nun zur **Feststellung des Haushaltsplans** und zur Schlussabstimmung.

Ich stelle fest: Das **Haushaltsvolumen** in § 1 beträgt 12.125.905.800 € für das Haushaltsjahr 2009 und 11.947.319.700 € für das Haushaltsjahr 2010.

Die **Verpflichtungsermächtigungen** in § 1 betragen 1.266.765.000 € für das Haushaltsjahr 2009 und 993.036.000 € für das Haushaltsjahr 2010.

Die **Kreditermächtigung** in § 2 beträgt 3.745.912.200 € für das Haushaltsjahr 2009 und 3.324.600.600 € für das Haushaltsjahr 2010 und bleibt somit unverändert.

Die bei Titel 1116-325 01 veranschlagte **Kreditaufnahme** verändert sich nicht.

Bevor wir zur Schlussabstimmung über den Gesamthaushalt kommen, frage ich: Wer will dem Entwurf eines **Haushaltsstrukturgesetzes zum Haushaltsplan 2009/2010** in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung zustimmen? Ich bitte jetzt um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Damit ist das Haushaltsstrukturgesetz 2009/2010 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

Wir kommen nun zur Schlussabstimmung. Wer dem Haushaltsstrukturgesetz 2009/2010, dem Gesamtplan und den Einzelplänen in der vom Finanzausschuss empfohlenen Fassung einschließlich der eben beschlossenen Änderungen zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die Gegenprobe! - Stimmenthaltungen? - Damit ist der Haushalt 2009/2010 mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD sowie der Abgeordneten des SSW gegen die Stimmen der Fraktionen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN angenommen.

(Beifall bei CDU und SPD)

Ich bedanke mich für die Disziplin bei der Abstimmung und gratuliere dem Herrn Finanzminister zur Annahme seines Haushalts.

Wir machen jetzt eine Mittagspause bis 15 Uhr. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung: 13:56 bis 15.03 Uhr)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich eröffne die Sitzung wieder.

Auf der Besuchertribüne darf ich sehr herzlich Soldaten des 1. Instandsetzungsbataillons 166 der Rantzau-Kaserne, Boostedt, begrüßen. - Seien Sie uns herzlich willkommen!

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

(Beifall)

Des Weiteren begrüße ich Mitglieder des CDU-Ortsverbandes Hohenfelde aus dem Kreis Steinburg. - Seien auch Sie uns herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir freuen uns auch sehr über Besuch aus dem Deutschen Bundestag, und ich begrüße den Abgeordneten Thießen sehr herzlich hier bei uns im Landtag von Schleswig-Holstein.

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 19 auf:

Neuordnung der Landesbankenstruktur

Antrag der Fraktion der FDP
Drucksache 16/2340

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Mit dem Antrag ist ein mündlicher Bericht in dieser Tagung erbeten. Wenn Sie diesen Bericht hören wollen, dann bitte ich Sie um Ihr Handzeichen. Dann ist das so geschehen, und ich darf Ihnen, Herr Finanzminister Wiegard, das Wort erteilen.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Frau Präsidentin! Meine Kolleginnen und Kollegen! In der Diskussion über die Neustrukturierung der **Landesbanken** darf der bereits in den letzten Jahren vollzogene **Konzentrationsprozess** nicht ignoriert werden. Deshalb will ich kurz auf die Zusammenhänge hinweisen: Die Landesbank Bayern arbeitet mit der Landesbank Saar zusammen und hat die Führung inne. Die Landesbank Baden-Württemberg arbeitet mit der Landesbank Rheinland-Pfalz zusammen, und aus dem vergangenen Jahr wissen Sie, dass dort auch die Landesbank Sachsen integriert ist. Hessen ist zuständig für die Versorgung in Thüringen. Die niedersächsische NordLB ist für Bremen, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt zuständig. Zur HSH Nordbank - das ist bekannt - gehören Hamburg und Schleswig-Holstein. Die WestLB deckt Nordrhein-Westfalen ab, die Landesbank Berlin Berlin und Brandenburg.

Dabei sind die Entwicklungen, die zu diesen Konzentrationen und - soweit vorhanden - Beteiligungen und Geschäftsmodellen geführt haben, unterschiedlich. Ich möchte noch einmal - wir haben das in der vergangenen Landtagstagung schon einmal erörtert - die unterschiedlichen Strukturen und Entwicklungen herausarbeiten.

Die **HSH Nordbank** ist die erste Landesbank, die aus einer Fusion zweier Landesbanken hervorgegangen ist. Sie hat die Rechtsform einer Aktiengesellschaft - das ist wichtig, wenn man über Landesbankenstrukturen redet - und ist nach wie vor die einzige Landesbank, die auch einen **privaten Anteilseigner** hat. Sie hat seit 2003 - das ist in dem Fusionsvertrag so vereinbart und wird seit 2006 vorangetrieben - die Absicht, an die **Börse** zu gehen.

Das Konzept, meine Damen und Herren, sah vor, den **öffentlichen Anteil**, der sich bis 2006 noch zu 100 % in öffentlicher Hand befand, bis zum Börsengang in zwei Schritten zu halbieren. Einerseits sollte dies durch die Aufnahme des privaten Investors anstelle der WestLB geschehen. Nachdem wir festgestellt hatten, dass unsere **Geschäftsmodelle** nicht so zueinander passen, dass wir uns ergänzen sollten, haben wir nach intensiven Verhandlungen den **privaten Investor Christopher Flowers** als Berater einer Investorengruppe aufgenommen. Nachdem dies die öffentliche Beteiligung auf unter 74 % reduziert hatte, wollten wir im Rahmen eines **Börsengangs** einen Streubesitz von etwa 25 % erreichen, der dann natürlich auch zulasten des öffentlichen Anteils gegangen wäre. So sollte der **Anteil der Länder** Schleswig-Holstein und Hamburg einschließlich des Anteils des **Sparkassen- und Giroverbandes** von ursprünglich 100 % über 74 % auf 50 % reduziert werden.

Das hat für Schleswig-Holstein bedeutende Konsequenzen. Durch die **Umwandlung** der stillen Beteiligungen, die Anfang dieses Jahrzehnts gebildet worden sind, in **Stammkapital** haben wir den schleswig-holsteinischen Anteil von damals knapp 20 % auf knapp 30 % angehoben. Es war die Absicht, in einem Börsengang die Hälfte der Stimmanteile Schleswig-Holsteins zu platzieren, um aus dem Verkaufserlös die Kredite, die im Zusammenhang mit der Aufnahme stiller Beteiligungen an der HSH durch unsere Gesellschaft für Vermögensbeteiligung aufgenommen wurde, tilgen zu können. Es ging also um die Reduzierung des öffentlichen Anteils und die **Tilgung** der damit im Zusammenhang stehenden **Schulden**.

Daraus wird zunächst einmal nichts, aber das heißt nicht, dass diese Frage nun auf Ewigkeit aufgeschoben ist. Dieser strategische Ansatz zeigt allerdings, dass wir in Hamburg und Schleswig-Holstein mit unserer gemeinsamen Landesbank einen doch bedeutend anderen Weg gegangen sind und auch weiterhin gehen wollen, als es andere Länder mit den dortigen Landesbanken getan haben, die bis vor

(Minister Rainer Wiegard)

wenigen Wochen auf öffentlich-rechtliche Strukturen gesetzt haben.

Das ist - das sage ich ohne besondere Wertung - der wesentliche Unterschied: Einerseits gibt es die zu 100 % beherrschten öffentlichen Landesbanken mit einer ganz wesentlichen Funktion als Sparkassen-zentralbanken; zum Teil sind die Sparkassen mit über 50 % beteiligt. Andererseits gibt es die **HSH Nordbank** als internationaler Sektorspezialist mit starker regionaler Verankerung in der heimischen Wirtschaft und zukünftig überwiegend **privaten Kapitalgebern**, allerdings ohne bedeutendes Engagement der Sparkassen. Das ist nach wie vor der strategische Ansatz, den Hamburg und Schleswig-Holstein verfolgen.

Für mich ist klar, meine Damen und Herren: Eine erfolgreich tätige Bank braucht stetig mehr Eigenkapital, um ihr Geschäftsmodell unterlegen zu können und eine wachsende Wirtschaft mit den notwendigen Krediten zu versorgen. Diesen wachsenden **Eigenkapitalbedarf** - und das steckt hinter dieser Überlegung - können die **öffentlichen Anteilseigner** meines Erachtens nicht dauerhaft bereitstellen. Herr Kubicki, das war auch immer Thema der Auseinandersetzung, die wir in der Frage der Geschwindigkeit geführt haben. Die Frage war, in welchen zeitlichen Abläufen dies zu erledigen sei.

Wenn wir jetzt den **Börsengang** unterstellen und wenn die öffentlichen Anteilseigner noch etwas über 50 % halten, dann könnten die öffentlichen Anteilseigner spätestens bei der nächsten notwendigen Kapitalzuführung nicht mehr mitspielen. Das ist für mich persönlich kein Problem, denn auch bei einer breiten Streuung der Kapitalgeber haben Anteile von deutlich unter 50 % durchaus noch gestaltenden Einfluss. Ob ein solcher Einfluss der öffentlichen Hand in den nächsten Jahren notwendig sein wird, kann ich heute nicht beurteilen. Das hängt davon ab, ob die Bankenlandschaft insgesamt und dauerhaft die Versorgung der **regionalen Wirtschaft** mit Finanzdienstleistungen sicherstellen wird. Daraus haben sich - wenn Sie sich erinnern - in den 90er-Jahren die großen privaten Geschäftsbanken abgemeldet. Inzwischen sind sie wieder da, aber keiner weiß, wie lange dies andauern wird. Dieses Geschäft war diesen Banken damals zu aufwendig. Die HSH Nordbank hat sich in dieser Frage sehr engagiert. Ohne Landesbank hätte es für die regionale Wirtschaft in dieser Zeit, was die Versorgung mit Finanzdienstleistungen betrifft, bitter ausgesehen. Das wird heute häufig vergessen.

Die Antwort auf die von einigen immer wieder etwas versimpelte Fragestellung, ob Länder **Landes-**

banken brauchen, ist ziemlich einfach von der Antwort auf die Frage abzuleiten, ob die Finanzwirtschaft sich um die Belange der regionalen Wirtschaft bemüht, und zwar auch in Zeiten, in denen sie auf andere Weise leichter Geld verdienen kann, denn davon ist insbesondere das Überleben strukturschwacher Regionen abhängig. Diese Aufgaben hatten die großen privaten Player der Finanzwirtschaft nicht mehr auf der Rechnung. Das war nicht lukrativ genug.

(Günter Neugebauer [SPD]: Leider wahr!)

Wie die Antwort auf diese Frage beurteilt wird, ist deshalb meines Erachtens zunächst und maßgeblich das Kriterium für die Beurteilung der Notwendigkeit von Landesbanken mit wesentlicher **öffentlicher Beteiligung**. Das, was wir zu unserer eigenen Landesbank gesagt haben, habe ich deutlich gemacht.

Danach stellt sich die Frage ihrer Strukturen. Hier gibt es verschiedene Modelle zu der Frage, in welchen Strukturen diese Aufgaben erfüllt werden können. Diese sind zumindest meistens von sehr individuellen Interessen geleitet. Es kommt darauf an, wer diese Vorschläge macht.

Die Ministerpräsidenten der Trägerländer von Landesbanken beraten derzeit gemeinsam mit ihren Finanzministern über Notwendigkeiten, Chancen und Risiken von **Fusionen** der Landesbanken in Deutschland. Dazu zählen regionale wie funktionale Strukturfragen. Sie beraten über mögliche regionale Gliederungen, wie sie auch in dem Vorschlag der Sparkassen- und Giroverbände mit drei Landesbanken zum Ausdruck kommen: Im Norden die NordLB mit HSH Nordbank und Teilen der WestLB, in der Mitte die Helaba mit weiteren Teilen der WestLB, im Süden die BayernLB und die Landesbank Baden-Württemberg. Darüber hinaus sollten den drei Landesbanken und zusätzlich der Dekabank spezielle Aufgaben zugeordnet werden. Dies ist ein Vorschlag, der in Anlehnung an den Vorschlag der Präsidenten der Landessparkassen- und Giroverbände diskutiert wird.

Das ist ein erster interessanter Diskussionsansatz, der allerdings vorrangig landkartengesteuert ist. Ich sage dies ohne Bewertung. Funktionale Stärken und Schwächen und damit vor allem auch die Bündelung von Chancen und Risiken werden dabei unberücksichtigt gelassen. Gleiches gilt für die Geschäftsmodelle, die sich die Banken geben. Wenn sich die **Geschäftsmodelle** weitgehend überlappen, dann stärkt das zwar die Macht, es bündelt aber zugleich auch erheblich die Risiken und zehrt im We-

(Minister Rainer Wiegard)

sentlichen von Kostensynergieeffekten. Dennoch ist dieser Ansatz untersuchenswert.

Deshalb werden darüber hinaus auch verschiedene funktionale Varianten diskutiert, bei denen einzelne Landesbanken ihre Stärken ergänzen, ohne zugleich Klumpenrisiken überdimensional werden zu lassen und die Chancen eher im Wachstum aus gegenseitiger Stärke heraus als in Kostensenkungen zu sehen. Dazu gehören auch Überlegungen zu **verbundenen Modellen**, bei denen sich mit regionalen und funktionalen Geschäftsmodellen aufgestellte Landesinstitute unter einer - laut Arbeitstitel - gemeinsamen Bank deutscher Länder als Holding versammeln könnten. Alle diese Modelle und Beratungen haben drei Bedingungen:

Erstens. Die Finanzmarktkrise beschleunigt die Diskussion über die **Neuordnung** der Landesbankenlandschaft in Deutschland. Zweitens. Eine wie auch immer gestaltete Neuordnung der Landesbankenlandschaft in Deutschland löst nicht die Probleme, die sich in unterschiedlicher Weise und Dimension in den heutigen Landesbanken darstellen. Sie ist allerdings für die **Aufstellung** in einem neu geordneten Finanzmarkt für die Zeit nach der Finanzmarktkrise unabdingbar. Konkret heißt dies: Wer hier nicht rechtzeitig aus der Kurve kommt, der hat nach der Krise schon wieder eine. Drittens. Es ist daher vorrangige Aufgabe, dass die heutigen Landesbanken - dazu gehören neben der HSH Nordbank alle Banken und nicht nur die, die dies wegen der Inanspruchnahme von Mitteln des Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung tun - ein zukunftsfähiges **Geschäftsmodell** entwickeln, das über längere Zeit tragfähig ist. Sie müssen die Struktur ihrer Bank auf dieses neue Geschäftsmodell ausrichten. Sie müssen also Neues und Altes neu strukturieren. Das Stichwort ist heute in einem anderen Zusammenhang einmal gefallen. Sie müssen ferner das notwendige **Eigenkapital** dafür nach internationalem Standard zur Verfügung stellen. Daran wird derzeit in den meisten Landesbanken und in der HSH Nordbank intensiv gearbeitet. Dies ist zwingende Voraussetzung, um zusammenzuführen, was zusammenpasst, wenn es zusammenpasst.

Der **Vorstand** der HSH Nordbank erarbeitet ein belastbares zukunftsfähiges **Konzept**, das eine Konzentration dessen sein wird, was wir im September beraten haben. Es ist ein Konzept darüber, wie die Vorgaben des SoFFin zur Eigenkapitalausstattung und zur Struktur möglicher auszulagernder und zu reduzierender Portfolios erreicht werden können. Über dieses Konzept, das Mitte Januar vorliegen

wird, werden die Landesregierung und der Landtag bis Ende Februar beraten.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Minister. Es sind für die Fraktionen vier Minuten an zusätzlicher Redezeit entstanden. Für die antragstellende FDP-Fraktion rufe ich nun deren Vorsitzenden, den Oppositionsführer Wolfgang Kubicki, auf.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wenn ich den Herrn Finanzminister richtig verstanden habe, dann erarbeitet die HSH Nordbank ein Konzept, mit dem sie sich am Markt positionieren will. Die Frage, die wir an Sie gestellt haben, ist, welches Konzept Sie von der Landesregierung haben.

(Beifall bei der FDP und des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Ich wiederhole das: Wir halten als Land Anteile an der HSH Nordbank. Die HSH Nordbank hält keine Anteile am Land Schleswig-Holstein.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Aussagen, die Sie tätigen, machen mich nahezu fassungslos. Der Eigentümer bestimmt. Der Eigentümer sind wir. Der bestimmt normalerweise, wo es hingehen soll, und beauftragt anschließend den Vorstand mit der Umsetzung. Hier höre ich gerade, wir sollen demnächst als Parlament sehr kurzfristig darüber unterrichtet werden, welche Vorstellungen sich der Vorstand der HSH Nordbank gemacht hat. Das nenne ich politisch-strategische Führung!

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Finanzminister, ich komme nachher noch auf einige andere Sachen zurück; Sie sind mir noch Antworten aus der letzten Tagung schuldig.

Die **Finanzmarktkrise** hat die staatlichen und halbstaatlichen Banken und damit die **Landesbanken** in ganz besonderer Weise getroffen, und das ist keine Überraschung. Die Landesbanken tummelten sich deutlich mehr als die Privatbanken im internationalen Großkreditgeschäft und legten ihr Geld im großen Stil in risikobehafteten Wertpapieren an. Nach dem „load the boat“ - deutsch, Grundgesetz:

(Wolfgang Kubicki)

Wir laden das Boot voll -, also dem Vollpumpen mit Liquidität vor dem Wegfall der wettbewerbsverzerrenden Gewährträgerhaftung - folgt nun unweigerlich das „sink the boat“ - deutsch: Das Boot sinkt.

Denn wo der **Steuerzahler** mit seinem Einkommen haftet und nicht der Vorstand oder der Aufsichtsrat oder der Eigentümer mit seinem persönlichen Vermögen, werden eben deutlich höhere Risiken eingegangen, und die werden eben auch mal realisiert. Und so folgt nun, was folgen musste: Die Diskussion um das **Ende der Eigenständigkeit** der Landesbanken und den Anfang von horizontalen oder vertikalen Fusionen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, dazu saßen in den vergangenen Wochen die Ministerpräsidenten gleich mehrfach zusammen. Doch viel rausgekommen ist dabei offenbar nicht. Keine Einigung über die Zukunft der Landesbanken. Einigkeit herrschte offenbar nur in einem Punkt: Der Sonderfonds des Bundes zur Stützung der maroden Landesbanken sei zu bürokratisch, stelle viel zu viele Forderungen und sei obendrein viel zu teuer.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wer allen Ernstes die Tatsache kritisiert, dass, wer beim **Bund** um finanzielle Unterstützung bittet, im Gegenzug **Auflagen** zu erfüllen hat und auch das **Eigenkapital** erhöhen muss, dem ist in der jetzigen Krise wirklich nicht mehr zu helfen.

(Beifall bei der FDP)

Ohne zügige Bereitstellung von **Liquidität** müssen sich die Ministerpräsidenten erst gar nicht mehr weiter streiten. Dann muss der Ministerpräsident den Angestellten der HSH Nordbank nur noch einen Brief schreiben und sich dafür entschuldigen, dass ihr Arbeitsplatz vernichtet wurde. Denn ohne Liquiditätsspritze, ohne eine neue Struktur und ohne eine **Konzentration** ist die HSH Nordbank nicht mehr am Leben zu erhalten. Herr Minister, das sind nicht meine Worte, sondern Worte, die aus der Wirtschafts- und Finanzbehörde der Hansestadt Hamburg kommen.

Hier stellt sich die ganz entscheidende Frage: Was sind die Vorstellungen der schleswig-holsteinischen Landesregierung über die künftige **Eigentümerstruktur** der HSH, über das **Geschäftsmodell**, von dem Sie uns bis vor einigen Tagen noch gesagt haben, es sei ein erfolgreiches, eigenständig tragfähiges, zukunftsgerichtetes, von dem Sie gesagt haben, die HSH Nordbank sei damit in der Lage, die Krise besser als alle anderen Banken zu meistern? Und

vor allen Dingen: Was passiert mit dem Standort Kiel?

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident - er war eben da; jetzt ist er entfloht -, man kann doch nicht vom Schleswig-Holsteinischen Landtag verlangen, weitere Steuergelder von zwei, drei oder vier Milliarden Euro in die HSH zu pumpen, ohne auch nur ansatzweise eine Vorstellung von der zukünftigen Struktur der Bank zu haben. Was die **Sparkassen** wollen, das wissen wir. Am 10. November hat sich der Deutsche Sparkassen- und Giroverband dafür ausgesprochen, die sieben Landesbanken in drei regionale Blöcke aufzuteilen. Das haben Sie gerade skizziert. Zunächst sollen, um den Weg für die **Fusionen** frei zu machen, „bad Banks“ - Herr Kollege Wadepful: schlechte Banken - gegründet werden. Diese „bad Banks“ sollen laut Beschluss des DSGVO „Risikopositionen und nicht nachhaltig rentable beziehungsweise für die strategische Neuordnung der Landesbanken nicht notwendige Geschäftszweige“ ausgliedern. Oder klarer formuliert: Raus aus der Bilanz, um den weiteren Abschreibungsbedarf zu stoppen.

Herr Finanzminister, wenn das passiert, sagen Sie uns, sagen Sie den Steuerzahlern in Schleswig-Holstein, wer dafür haftet, was sich bei den „bad Banks“ realisiert? Machen das private Dritte, die, weil sie so altruistisch angehaucht sind, mit ihrem Privatvermögen? Oder muss der Steuerzahler des Landes Schleswig-Holstein dafür haften, Sie, wir, wir alle, und müssen Sie das gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern im Land vertreten?

Die Bundesregierung fand diese Idee spontan gut, Baden-Württemberg und Bayern hingegen nicht. Sie beharren bisher auf der **Eigenständigkeit** ihrer Landesbanken. Herr Seehofer hat heute angekündigt, dass er darüber verschärft nachdenkt. NRW-Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hat ein eigenes Rettungskonzept erarbeiten lassen. Er will zwar auch die Fusion der Landesbanken, allerdings funktionale und nicht regionale Schwerpunkte setzen. So könnte sich nach Ansicht Rüttgers eine Immobilienbank, eine Kapitalmarktbank und eine Bank für Spezialfinanzierungen herausbilden. Hessens Regierungschef Koch ist der Idee offenbar auch nicht abgeneigt.

Aber was wir immer noch nicht wissen: Was will diese Landesregierung mit der **HSH Nordbank** erreichen? Dazu gab es auch heute wieder keine klare Aussage, Herr Minister.

(Wolfgang Kubicki)

Herr Ministerpräsident, ich lese in den Zeitungen ein Interview nach dem anderen mit Hamburgs Regierendem Bürgermeister zur Lage der HSH, zur zukünftigen Struktur der Landesbanken und zum Schicksal der Mitarbeiter. Was kommt von Ihnen? Ich lese im „Spiegel“, dass der Chef der Bankenaufsicht, Jochen Sanio, mit Ole von Beust konfibriert hat, um mit ihm gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung der Liquiditätsklemme bei der HSH zu ergreifen. Wahrscheinlich hält er die Kompetenz in Schleswig-Holstein für nicht so weit verbreitet, dass er sagt, er müsse auch einmal hier anrufen. Ich lese im „Hamburger Abendblatt“, dass Niedersachsens Ministerpräsident Christian Wulff von Gesprächen zwischen der HSH, der NordLB, der Länder Hamburg und Niedersachsen berichtet. Eine Fusion der NordLB und HSH sei denkbar, so sagt er, der Sitz des Unternehmens müsse allerdings in Hannover liegen. Was wird mit dem Standort Kiel?

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident, wann haben Sie eigentlich einmal gegenüber den anderen Bundesländern, gegenüber der BaFin oder dem SoFFin die Interessen des Landes Schleswig-Holstein vertreten? Die **HSH Nordbank** ist nicht die Bank der Landesregierung und schon gar nicht die Bank der hamburgischen oder niedersächsischen CDU. Es ist die Bank der Steuerzahlerinnen und Steuerzahler. Das **Land Schleswig-Holstein** ist mit 29,1 % an dieser Bank beteiligt. Nur einmal zur Erinnerung: Wir haben mit der **Kapitalerhöhung** im Mai unseren Anteil von 19,96 % auf 29,1 % erhöht, während der Anteil Hamburgs von 35,58 % auf 30,41 % gesunken ist. Das kann man begrüßen, Herr Minister. Ich gehe davon aus - der Sache werde ich nachgehen -, dass Herr Peiner bereits zum Zeitpunkt der Kapitalerhöhung wusste, wie es um die Bank in der Zukunft steht. Wir haben uns mit unserem eigenen Geld eine **zusätzliche Haftungsquote** von 10 % eingekauft. Ein geniales Geschäft, kann ich nur sagen!

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist das Mindeste - das erwarte ich schlicht von einem Ministerpräsidenten -, dass Sie den Bürgern und den Steuerzahlern dieses Landes endlich reinen Wein einschenken und klar und deutlich sagen, wie Sie sich die Zukunft der HSH Nordbank, wie Sie sich die **Zukunft der Landesbankenstruktur**, wie Sie sich die Zukunft des Standortes Kiel, und - nicht zuletzt - wie Sie sich die Zukunft der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter am Standort Kiel künftighin vorstellen.

Herr Finanzminister, eine genauso klare Aussage erwarte ich von Ihnen. Warum hat die HSH Nordbank in alle möglichen **Risikopapiere** investiert, in USRamschhypotheken, in Island-Anleihen, in Lehman-Zertifikate, und der Risikoausschuss hat es gebilligt? Warum hat die HSH Nordbank im Jahr 2005 ihr Kreditportfolio gebündelt und in eine luxemburgische Gesellschaft ausgelagert, wo die Eigenkapitalvorschriften und die Bankenaufsichtsvorschriften bei Weitem nicht so hart sind wie in Deutschland, und der Risikoausschuss hat es gebilligt?

Was haben Sie eigentlich im **Risikoausschuss der HSH Nordbank** gemacht? Haben Sie überhaupt nur ansatzweise einen Überblick über das, was in der Bank vor sich geht? Meinen Sie eigentlich selber noch, dass Sie der **Aufsichtspflicht** gemäß Aktiengesetz ausreichend nachgekommen sind? Warum haben Sie bislang immer dann, wenn konkrete Aussagen zur HSH Nordbank gefordert wurden, geschwiegen, während Hamburgs Regierender Bürgermeister und Hamburgs Finanzsenator Freitag Klartext geredet haben? Warum lassen Sie sich mehr und mehr das Heft des Handelns aus der Hand nehmen? Wer vertritt eigentlich in der Frage „Zukunft der HSH Nordbank“ die Interessen Schleswig-Holsteins?

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich erwarte von Ihnen heute, Herr Minister, eine Antwort auf meine Frage, wie es mit der Ausbuchung der Condu-Gesellschaft Poseidon und Carrera bestellt ist. Ich erwarte von Ihnen heute auch eine weitere Aussage - auch von dem Genossen Fraktionsvorsitzenden der SPD, der bis März 2008 im Aufsichtsrat der HSH Nordbank gesessen hat und die bösen Banker dauernd kritisiert -: Ist es Aufgabe einer mit öffentlichen Mitteln finanzierten Landesbank, die Steuergelder vom Bund in Anspruch nehmen will, gegenüber ihren Geschäftskunden, und zwar nur gegenüber ihren vermögenden Geschäftskunden - ich weiß nicht, ob Sie so etwas kriegen, Herr Innenminister; ich kriege so etwas jedenfalls - -

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Mein Vermögen ist mit Sicherheit größer als Ihres, jedenfalls mein geistiges.

(Beifall bei der FDP)

Unabhängig davon: Ist es Aufgabe einer Landesbank, die Sie kontrolliert haben, bei den Vermögen-

(Wolfgang Kubicki)

den damit zu werben, dass man in Luxemburg unter dem Dach der HSH Nordbank die Abgeltungssteuer vermeiden kann? Ich darf Ihnen das einmal kurz vorlesen, Herr Minister:

„In Luxemburg - nach den USA der Fondsstandort schlechthin -“

(Holger Astrup [SPD]: Wen meinen Sie, Herr Kollege? Den Finanzminister oder den Herrn Minister a.D.? Wen meinen Sie denn?)

- Lieber Herr Parlamentarischer Geschäftsführer der SPD, mir ist klar, dass Ihre Weltgewandtheit an den Grenzen Schleswig-Holsteins aufhört. Aber es ist im Bund durchaus üblich, dass man auch ehemalige Minister als Minister anredet.

(Holger Astrup [SPD]: Prima! Dann würde ich ihn angucken!)

- Ehemalige! Noch ist Herr Wiegard amtierender Minister. Der Herr Stegner ist ehemaliger Minister. Deshalb gucke ich ihn auch an.

Ich zitiere:

„In Luxemburg - nach den USA der Fondsstandort schlechthin - hat sich die HSH Nordbank auf die veränderte deutsche Gesetzgebung mit einer neuen Dachfonds-Produktfamilie eingestellt: mit dem HSH Lilux Privatportfolio. ‚Je nach persönlicher Anlagepräferenz stehen den Kunden dabei drei Risikostrategien mit unterschiedlichen Chancen- und Risikenpotential zur Verfügung‘, so Jürgen Kühn, Geschäftsleiter ...“

Damit kann man sich vor der Abgeltungssteuer schützen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sauber!)

Ich stimme dem ausdrücklich zu: Wenn Privatbanken das machen, okay; dann kann man das kritisieren. Aber das ein sozialdemokratischer Fraktionsvorsitzender hier die Geschäftspraktiken von Privatbanken kritisiert und gleichzeitig dazu beiträgt, das eine mit Steuergeldern finanzierte Bank das gleiche macht, dem Bundesfinanzminister Einnahmen entzieht, das finde ich einen extremen Skandal.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

- Saß er nicht im Aufsichtsrat der HSH Nordbank und hat diese Geschäftspraktiken zugelassen?

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege Kubicki, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Dr. Stegner?

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Selbstverständlich, Frau Präsidentin.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herr Abgeordneter Kubicki, ich möchte Sie weder nach Ihrem geistigen noch nach Ihrem materiellem Vermögen befragen, sondern ich möchte Sie danach befragen, woher Sie die Kenntnis haben, außer aus diesem Brief, weil Sie als vermöglicher Kunde offenbar angeschrieben worden sind, dass ich als ehemaliges Mitglied im Aufsichtsrat dazu beigetragen hätte, dass solche Praktiken a) stattfinden und b) in dieser Form kommuniziert werden. Das wüßte ich gern von Ihnen. Können Sie mir das hier beantworten, Herr Abgeordneter?

(Beifall des Abgeordneten Günter Neugebauer [SPD])

Beantworten Sie mir das bitte. Das wäre sehr nett.

Ja, ich beantworte. Ich bin davon ausgegangen, dass Sie als Aufsichtsratsmitglied die Verpflichtung des Aktiengesetzes ernst nehmen. Wenn ich ernst nehme, dass Sie es ernst nehmen, muss ich davon ausgehen, dass Sie von der Geschäftsführung darüber unterrichtet worden sind und dem nicht entgegengetreten sind, sonst hätten wir etwas davon vernommen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn Sie mir jetzt aber sagen wollen, Herr Minister a. D., dass die Geschäftsführung Sie über die Praktiken nicht unterrichtet hat, dass Sie in den letzten Jahren davon überhaupt keine Kenntnis gehabt haben, dann tut mir das wirklich für Sie leid.

(Beifall bei der FDP)

Herr Minister, ich erwarte von Ihnen auch, dass Sie dem Parlament klar darlegen, welche Auffassung die Landesregierung bezüglich der Auslagerung eines **Kreditrisikos** der HSH Nordbank in Höhe von 50 Milliarden € in eine „bad Bank“ vertritt. Im Übrigen ist bei uns auch die Frage entstanden, warum es auf einmal 50 Milliarden € sind? Bisher ist uns mitgeteilt worden, das Kreditportfolio beträgt 24 Milliarden €. Welche Risiken haben sich denn da weiter realisiert? Wir haben einen Anspruch auf diese Antwort.

(Wolfgang Kubicki)

Wie wird sich das Land am 15. Dezember 2008 im Aufsichtsrat verhalten, und was soll die Auslagerung überhaupt bringen? Glauben Sie allen Ernstes, dass die HSH Nordbank mit der **Auslagerung** von 50 Milliarden € **Kreditrisiken** um eine Kapital-spritze der Eigentümer herumkommt? Glauben Sie das ernsthaft?

Denn wenn Sie jetzt so tun, als wäre das der Ausweg aus der Krise, dann sollten wir dazu übergehen, ein „bad Budget“ zu gründen, um die 30 Milliarden € auszulagern. Dann haben wir das Problem auf gleiche Art und Weise erledigt.

Sehr geehrter Herr Finanzminister, auf all diese Fragen hätte ich eine Antwort erwartet, die ich bis heute nicht erhalten habe. Ich sage in allem Ernst: Da wir den 31. Dezember 2008 bereits vor uns haben, und da sich bisher alle, sagen wir einmal, vorsichtigen Prognosen von mir - ich gehöre in diesem Bereich nicht zu den Wissenden, sondern nur zu denen, die rechnen können - realisiert haben, und da ich Ihnen bereits im Mai in der Finanzausschusssitzung gesagt habe, die **Kapitalerhöhung** wird nicht ausreichen, und Sie werden am Ende des Jahres mindestens 1 Milliarde € brauchen - und die brauchen Sie mindestens, um die Verluste der HSH Nordbank auszugleichen -, erwarte ich auch von Ihnen eine Aussage darüber, wie Sie die auf uns zukommenden **Risiken**, wenn Sie den Bestand der HSH Nordbank überhaupt erhalten wollen, ausgleichen wollen.

Ich erwarte eine Antwort auf die Frage, was denn bei möglichen **Fusionen** mit anderen Landesbanken mit dem privaten Investor geschieht. Glauben Sie allen Ernstes, dass der **private Investor** bereit ist, in einer solchen Fusionsveranstaltung mitzuwirken unter Vernachlässigung seiner eigenen Interessen? Ich sage Ihnen voraus - und ich kenne amerikanische und britische Geschäftspartner zur Genüge aus eigenen Verhandlungen -: Freundlich wird Ihnen bedeutet werden, dass Sie Ihre künftigen Überlegungen realisieren können, wenn Sie Herrn Flowers so stellen, wie er stehen würde, wenn er sich bei Ihnen nicht beteiligt hätte. Denn eines ist sicher: Private Investoren wollen mit dem Investment kein Geld verlieren, und sie sind auf dem besten Weg, das gegenwärtig zu tun.

(Beifall bei FDP, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Günter Neugebauer [SPD]: Merkwürdiges Bündnis!)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Kubicki. - Das Wort für die CDU-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Frank Sauter.

Frank Sauter [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zunächst einmal herzlichen Glückwunsch, Wolfgang Kubicki, dass Sie zu dem kleinen Personenkreis gehören, der von der Landesbank angesprochen worden ist.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Sie auch!)

Ich finde aber bei aller Entrüstung, die man auch schon zu einem früheren Zeitpunkt vorgetragen hat, als damals noch die Landesbank Schleswig-Holstein Angebote an Kunden gemacht hat, eine **Vermögensverlagerung nach Luxemburg** vorzunehmen, muss an dieser Stelle um eine Ecke zusätzlich denken.

(Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn wir über **Wettbewerb** sprechen, dann müssen wir natürlich auch darüber sprechen, dass wir von gleichen Wettbewerbssituationen aller Bankensektoren ausgehen. Sie selber haben zugestanden, dass es auch von den privaten Banken ähnliche Angebote gibt. Ich glaube, wenn man die Frage nach dem Wettbewerb so beantwortet, wie Sie das getan haben, müsste man in der Konsequenz auch sagen, dass es staatliche Banken gar nicht mehr geben soll

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Doch, nur nicht mit dem Geschäftsmodell!)

mit einem Segment „private Kunden“ und auch „privates Kreditmanagement“. Es ist einfach nicht fair, auf der einen Seite das Hohelied des Wettbewerbs zu singen und auf der anderen Seite mit Beschränkung des Wettbewerbs zu argumentieren, zumal eben auch in der öffentlichen Darstellung nicht die Abgeltung der Einkommensteuer, sondern das Verhindern der Abgeltungsteuer gemeint war, Herr Kubicki.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Abgeordneter Sauter, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki? - Bitte.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Sauter, habe ich Sie dahingehend richtig verstanden, dass bei der Abgeltungsteuer Ver-

(Vizepräsidentin Ingrid Franzen)

mögende die Steuer mithilfe der Landesbank nicht zahlen müssen, die andere aufbringen müssen, damit Landesbanken gerettet werden können?

Frank Sauter [CDU]:

Nein, Sie haben mich nur so verstanden, dass es im Wettbewerb der Banken Angebote an Kunden gibt, Anlagen vorzunehmen, die die **Abgeltungsteuer** verhindern. Das heißt aber nicht, dass damit die Einkommensteuer verhindert wird. Die Abgeltungssteuer ist nichts weiter als eine Form der Erhebung, wie sie durch das neue Steuergesetz vorgesehen wird. Die Einkommensteuer selber wird durch solche Anzeigen nicht infrage gestellt. Irgendwelche Tatbestände zu konstruieren, die strafrechtlich oder von den guten Sitten her zu beanstanden wären, geht einfach nicht.

Meine Damen und Herren, wenn wir uns in der Vergangenheit mit dem Thema Landesbanken befasst haben - -

(Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Steuerberater unter sich!)

- Das hat nichts mit „Steuerberater unter sich“ zu tun; das ist nun mal eine Debatte, die man nicht einfach über Parteitagsbeschlüsse führen kann, das ist nun mal ein Fachseminar hier,

(Beifall bei der CDU sowie der Abgeordneten Jutta Schümann [SPD] und Anna Schlosser-Keichel [SPD])

beziehungsweise man muss sich bemühen, es nicht zu einem Fachseminar werden zu lassen.

Die Aufarbeitung der Vergangenheit und die Analyse der aktuellen Situation standen im Mittelpunkt. Wir haben eine Situation, in der weltweit Banken und Versicherungen in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind und geraten - nicht nur hier in Schleswig-Holstein. In den USA, Großbritannien, Belgien, den Niederlanden und der Schweiz mussten Privatbanken teilverstaatlicht werden. Zuletzt war der Presse zu entnehmen, dass die DekaBank als zentraler Fondsanbieter der Sparkassenfinanzgruppe rund 1 Milliarde € am Kapitalmarkt verloren hat.

Aber es lässt sich nicht leugnen: Hier in Deutschland ist die **Bankenkrise** ganz wesentlich zu einer Krise der **staatlichen Banken** geworden. Ich sage auch mit Blick auf zukünftige Entwicklungen: Wenn man von Struktur redet, meint man nicht die Struktur der Vergangenheit, sondern der Zukunft. Wir müssen darauf achten, dass aus der Krise der

staatlichen Banken nicht eine Krise der öffentlich-rechtlichen Banken insgesamt wird.

Bei allen Prognosen und Einschätzungen zur Lage der HSH Nordbank, die auch hier im Hause vorgebracht wurden - teilweise mit viel Sachkenntnis und Kompetenz -, dürfen wir nicht verkennen, dass es sich angesichts bestehender Unsicherheiten um Spekulationen handelt. Solche Spekulationen sind für die HSH Nordbank genauso schädlich wie die fehlgeschlagenen Spekulationen am Kapitalmarkt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU und vereinzelt bei der SPD)

Hieraus ergibt sich eine hohe Verantwortung im Umgang mit unserer Bank, der sich keine Fraktion, auch keine Oppositionsfraktion, entziehen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Sie sind Führer der Opposition, aber es gibt hier ein breit aufgefüchertes Angebot an Oppositionsfraktionen.

Meine Damen und Herren, wenn die FDP-Fraktion mit ihrem heutigen Antrag den Blick auf die **zukünftige Struktur** der Landesbanken richtet, hat sie diesen Zeitpunkt möglicherweise gewählt, als noch für den 6. Dezember 2008 erste gesicherte Erkenntnisse und Prüfungsergebnisse der KPMG und des HSH-Vorstands auch zur Frage des zukünftigen Eigenkapitalbedarfs angekündigt waren. Dieser Zeitplan ist nach hinten korrigiert worden. Ergebnisse sind noch nicht bekannt - mir zumindest nicht.

Auch wenn ich es für notwendig halte, dass wir uns rechtzeitig eine klare Vorstellung von der zukünftig angestrebten Struktur der Landesbanken machen, müssen wir feststellen, dass wir im Moment zu wenig wissen, einiges ahnen und viele Gerüchte hören. Kurzum, eine fundierte Debatte auf der Basis belastbaren Zahlenmaterials ist zurzeit noch nicht möglich, und deshalb sollten wir auch nicht den Eindruck erwecken, als sei diese Debatte zum jetzigen Zeitpunkt mehr als nur eine Momentaufnahme.

Daran ändert auch nicht, dass der Begriff der „bad Bank“ in die Debatte eingebracht wurde. Mit einem solchen Instrument entlastet man zwar die Bank selber, es bleibt aber die Frage - und gerade für uns als Miteigentümer -, wie und zu welchen Quoten die Risiken aus der Tätigkeit der sogenannten „bad Bank“ zu tragen sein werden, wer das tun wird und - vor allem - wie hoch diese Risiken einzuschätzen sind.

(Frank Sauter)

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer das handeln soll?)

Meine Damen und Herren, neben den akuten Rettungsmaßnahmen durch die Verbesserung der **Liquiditätslage** und der Stärkung des **Eigenkapitals** wird die gegenwärtige Diskussion von der Forderung nach einer **Konsolidierung** der Landesbankenlandschaft geprägt. Konsolidierung zum einen im Hinblick auf die Art des Geschäftsbetriebes nach dem Motto, Finger weg von riskanten internationalen Aktivitäten und stattdessen Konzentration auf das regionale Geschäft vor Ort, und Konsolidierung zum anderen durch **Zusammenschlüsse** von Landesbanken, um die Anzahl der Landesbanken zum Beispiel auf nur noch drei zu reduzieren, wie vonseiten der Sparkassen vorgeschlagen wurde.

Wir müssen uns darüber im Klaren sein, dass beide Vorschläge mit einem nicht unerheblichen **Personalabbau** verbunden sein dürften. Ich sage dies nicht als Forderung der CDU-Fraktion, sondern als Versuch einer möglichst realistischen Tatsachenbeschreibung und Abwägung. Die Wirkung einer Konzentration auf das regionale Geschäft bestünde darin, dass solche Risiken, wie wir gegenwärtig drastisch vor Augen geführt bekommen, zu vermeiden wären. Allerdings ist das nicht die einzige Konsequenz einer solchen Entscheidung, die wir bedenken müssen. Mit dem Verzicht auf internationales Geschäft oder zumindest Teilen davon verlieren die Landesbanken zugleich auch **Erträge**, die zwar nicht in der jetzigen Zeit, dafür aber in der Vergangenheit maßgeblich zu den Jahrsergebnissen der Landesbanken beigetragen hatten.

Nehmen wir das Kreditinvestment-Portfolio der HSH Nordbank mit einem Volumen von ehemals 30 Milliarden €. Heute sind wir natürlich alle schlau und sehen dieses Kreditersatzgeschäft ausschließlich unter dem Aspekt des daraus resultierenden Abschreibungsbedarfs. Früher hat diese Anlagen aber bei einer branchentypischen Marge von 1 % rund 300 Millionen € Anteil am Betriebsergebnis ausgemacht. Die hat man gern genommen, auch wir; das wollen wir nicht vergessen. Fällt dies weg, ergibt sich fast zwangsläufig die Notwendigkeit zu einer Reduzierung der Kostenbasis, um die Rentabilität der Bank zu erhalten.

Auch für Fusionen von Landesbanken gilt - das müssen wir uns immer vor Augen halten - die alte Regel, dass aus zwei Hühnern, die man zusammenbindet, noch lange kein Adler wird. Das soll heißen, eine **Fusion** von Landesbanken kann nur dann zur aktuellen Problemlösung beitragen, wenn es durch den Abbau von **Doppelstrukturen** gelingt, die

Kosten deutlich zu reduzieren. - Herr Matthiessen mag mir diesen Vergleich verzeihen; er ist aber auch gar nicht hier. - Eine Fusion von Landesbanken mag deshalb die schlüssige Antwort für die zuvor erörterte Konzentration auf das **regionale Geschäft** sein, aber - Kollege Kubicki hat es zu Recht angesprochen - ob sich für den Standort Schleswig-Holstein und namentlich für den Standort Kiel dann auch eine vollständige Interessengleichheit ergibt, möchte ich einmal stark bezweifeln.

Im Hinblick auf die **Vermögenswerte des Landes**, die in der HSH Nordbank investiert sind, wäre es allerdings fahrlässig, eine solche Fusionsdebatte aus einer Position der Schwäche heraus zu führen. Bevor wir mit möglichen Fusionspartnern verhandeln, müssen wir zunächst unsere eigenen Hausaufgaben machen und die HSH Nordbank auf eine Grundlage stellen, dies es uns auch ermöglicht, unterschiedliche Alternativen abzuwägen und nicht aus einem Zwang heraus zu handeln.

Abschließend möchte ich die Frage aufwerfen, welche **Rolle** solch eine fusionierte Landesbank, die sich auf ihr regionales Geschäft konzentriert, zukünftig innerhalb der deutschen Bankenlandschaft spielen soll. Eine Verstärkung und ein Ausbau des regionalen Geschäfts führen sehr schnell in direkte **Konkurrenz** zu den **Sparkassen**, die ihre Tätigkeit ausschließlich auf das regionale Geschäft, auf die Kreditversorgung der örtlichen Wirtschaft ausgerichtet haben. Wir würden die paradoxe Situation schaffen, dass der öffentliche Bankensektor nicht nur im Wettbewerb mit privaten und genossenschaftlichen Banken steht, sondern auch noch im Wettbewerb zu sich selbst. Ob dies ein sinnvoller Weg und ein sinnvolles Ergebnis ist, stelle ich mit einem großen Fragezeichen hier in den Raum.

Deshalb sind wir jetzt an der entscheidenden Weiche angelangt. Entweder gelingt es, aus dem Einlagen- und Kreditgeschäft der Sparkassen und dem Kredit- und Investmentgeschäft der Landesbanken neue **öffentlich-rechtliche Regionalbanken** in Form einer **Universalbank** zu formen, oder wir sollten die Landesbanken gänzlich aus dem öffentlichen Bankensektor entlassen. Diese Grundsatzfragen müssen wir uns vor Augen halten, bevor wir nach erfolgreichem Krisenmanagement unsere Entscheidung treffen. Deshalb gilt es, jetzt keine übereilten Entscheidungen zu treffen. Zunächst kommt es darauf an, die Liquiditätslage mit Hilfe der Bundesbürgschaft in den Griff zu bekommen, die Eigenkapitalbasis zu stärken und die bisherigen Kosten zu reduzieren. Im zweiten Schritt sind dann Entscheidungen für die zukünftige Landesbankenstruk-

(Frank Sauter)

tur zu treffen. Ich bin davon überzeugt, dass die Landesregierung hier absolut richtig agiert, sich ihrer Verantwortung bewusst ist und dieser auch gerecht wird.

(Beifall bei CDU und SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke Herrn Abgeordneten Sauter. - Das Wort für die SPD-Fraktion hat nun Herr Abgeordneter Neugebauer.

Günter Neugebauer [SPD]:

Vielen Dank, Frau Präsidentin, für das Recht, hier reden zu dürfen.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Nachdem sich der Kollege Sauter gerade geoutet hat, möchte ich hier zu Protokoll geben, dass ich von der HSH Nordbank nicht angeschrieben worden bin, vermutlich weil ich nicht zu diesem Kreis von vermögenden Personen gehöre. Wenn ich angeschrieben worden wäre, hätte ich mich darüber fürchterlich aufgeregt, weil ich der Auffassung bin, dass sich so etwas für eine öffentlich-rechtliche Bank nicht gehört. Ich kenne ja nur das, was der Kollege Kubicki zitiert hat. Aber das, was ich gehört habe, riecht schon nach Beihilfe zur indirekten Steuerhinterziehung. Das darf nicht die Aufgabe einer öffentlichen Sparkasse oder Landesbank sein.

(Beifall bei SPD und FDP)

Ich bin der Auffassung, dass es heute zu früh ist, über die künftige **Struktur von Landesbanken** in Deutschland unter Einbeziehung der HSH Nordbank zu sprechen. Dazu hat Finanzminister Wiegand schon einiges gesagt, sodass ich mir das ersparen kann. Aus unserer Sicht geht es zunächst darum, dass wir den Landesbanken, natürlich auch der HSH Nordbank, bei der Lösung von Problemen, bei der Beschaffung von Liquidität und Eigenkapital helfen, ob nun mit oder ohne „bad Bank“, und dass wir zweitens die Lehren aus dieser Krise, die ja internationaler Natur ist, ziehen. Sonst kommen wir aus dieser Krise heraus und schlittern in die nächste hinein. Das kann niemand wollen.

Ich will das nicht mit einem so schönen plastischen Beispiel beschreiben wie der Vorredner, Kollege Sauter, mit den beiden Hühnern, sondern ich will nur sagen: Wenn ein Haus brennt, ruft man die Feuerwehr und nicht den Architekten für eine neue Statik.

(Zurufe: Oh, oh!)

- War nicht so schön, oder?

(Beifall - Zurufe)

- Vielen Dank, Herr Kollege Stegner!

(Günther Hildebrand [FDP]: Nur weil Sie zu spät kommen, nutzt das auch nichts!)

Wir haben ja von dem Kollegen Kubicki gehört, dass er immer schon alles wusste. Das ist ja in diesem Hause nicht neu. Nicht neu ist auch die Feststellung, dass die FDP immer schon die öffentlich-rechtlichen Banken an private abstoßen wollte. Lange vor der **Finanzkrise** haben Sie das hier gefordert, doch nicht, weil wie Sie diese Finanzkrise vorhergesehen haben, sondern weil Sie den Einfluss, die Erträge und die Geschäfte dieser Landesbanken **privaten Banken** zuschustern wollten. Das ist die Wahrheit, meine Damen und Herren!

Die Neoliberalen in der FDP und anderen Parteien

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Wissen Sie denn, was Neoliberale sind?)

haben doch die Ackermänner als die besseren Manager gelobt, weil sie Kapitalrenditeerwartungen von 25 % erfüllen wollten. Kollege Kubicki, was wäre wohl gewesen, von Ihnen an den Vorstand der HSH Nordbank adressiert, wenn der Vorstand der HSH Nordbank es nicht fertiggebracht hätte, eine Kapitalrendite von 15 % zu erwirtschaften? Sie wären doch der erste gewesen, der gesagt hätte: Die können es nicht, die müssen ausgewechselt werden.

Insofern sind Ihre Ideen und sind die Marktradikalen doch in Wirklichkeit, nach dem, was wir jetzt erleben müssen, gescheitert. Sie wollten mehr Markt und weniger Staat. Viele andere wollten den handlungsunfähigen Staat und mehr Macht für die Manager. Wir haben erlebt, dass die Kündigung von Arbeitnehmern, schon die Ankündigung von Kündigungen, dazu führte, dass Börsenkurse explodiert sind. Wir haben auch zu lange dem unkontrollierten Treiben der **Hedgefonds** zulasten von Betrieben und Arbeitsplätzen zugehört.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer hat die in Deutschland eigentlich zugelassen?)

- Bitte?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wer hat die in Deutschland eigentlich zugelassen?)

- Die Hedgefonds?

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Ja!)

Ich habe doch nicht ausgeschlossen, dass alle Fehler gemacht haben. Aber der Kollege Steinbrück -

(Günter Neugebauer)

Sie werden sich vielleicht noch daran erinnern - war der erste, der lauthals davor gewarnt hat und dafür sorgen wollte, dass es zu einem Gesprächsthema auf dem letzten G-8-Gipfel wurde, was von den Regierungen in England und den USA abgelehnt worden ist.

(Zurufe der Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

- Sie wollen nur von Ihrem Versagen, vom Scheitern Ihrer neoliberalen Marktideen, ablenken, meine Damen und Herren. Die Antwort auf diese Krise lautet, dass wir uns wieder daran erinnern müssen, dass nur ein handlungsfähiger Staat auch gestaltungs-fähig ist und dass wir es nie wieder zulassen dürfen, dass die Schwächeren in dieser Gesellschaft dem freien Spiel der Kräfte überlassen werden.

Aus heutiger Sicht haben die Landesbanken und auch die HSH Nordbank Fehler gemacht. Sie haben vielleicht ihr Kerngeschäft nicht gerade vernachlässigt - das zu beurteilen, steht mir derzeit nicht zu -, aber Sie haben sich international mit hohen Risiken am Wettlauf um bessere **Kapitalrenditen** beteiligt. Das war aus heutiger Sicht zu risikobehaftet, und es war falsch. Jetzt geht es darum, die Konsequenzen aus diesen Fehlentwicklungen zu ziehen.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Die zahlt ja der Steuerzahler!)

- Herr Kollege Garg, wir müssen - Herr Minister Wiegard hat es gesagt - die **Landesbanken** und damit auch die HSH Nordbank wieder auf ihr eigentliches **Kerngeschäft** zurückführen. Ich habe den Eindruck, dass die HSH Nordbank mit ihrem Geschäftsmodell wesentlich besser aufgestellt ist als andere.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Deshalb braucht sie auch am meisten Geld! - Weitere Zurufe von der FDP)

Schon im eigenen Interesse der Werterhaltung unseres Vermögens

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was wollen Sie denn da noch erhalten?)

- der Herr Ministerpräsident hat es heute Morgen treffend gesagt; ich hätte es nicht besser ausdrücken können - müssen wir dafür sorgen, dass die Erfolge der vergangenen Jahre nicht schlechtgeredet werden, dass sie nicht zerredet werden, schon gar nicht von Ihnen, Herr Kollege Kubicki.

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Günter Neugebauer [SPD]:

Gern.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Kollege Neugebauer, haben Sie eine ungefähre Ahnung davon, wie hoch der Vermögensverlust der Sparkassen wegen ihrer Beteiligung an der HSH Nordbank am Ende des Jahres ist?

Ich will nicht ausschließen, dass das zu einem erheblichen Wertverlust führt. Das werden wir sehen, wenn die Sparkassen im Frühjahr nächsten Jahres ihre Bilanzen erstellen und veröffentlichen. Natürlich sind die **Sparkassen** schon wegen ihrer **Beteiligung an der HSH Nordbank** zu erheblichen Bilanzveränderungen genötigt. Ich will nur hoffen, dass sich die Sparkassen nicht auch an diesen internationalen Verkehren und an der Suche nach immer noch höheren Kapitalrenditen beteiligt haben.

(Lachen des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Das werden wir erfahren. Ich will nur hoffen, dass das nicht geschehen ist.

Meine Damen und Herren, hier ist der Ruf nach **Fusionen** laut geworden. Ich warne vor dem vielleicht populären, aber zu schnellen Ruf nach Fusion. Fusionen führen ja, wie wir bitter erfahren haben, nicht in allen Wirtschaftsbereichen automatisch zu einer besseren Wettbewerbsfähigkeit, aber üblicherweise zum Verlust von Arbeitsplätzen. Und - um auch dieses Beispiel einmal in den Raum zu stellen - zwei kranke Landesbanken machen in ihrer Verschmelzung ja noch keine gesunde aus. Da muss also mehr geschehen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Finanzminister Wiegard hat auf die Veränderung der sektoralen und regionalen Strukturen hingewiesen.

(Lachen des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir müssen natürlich auch - da gibt es gar nichts zu lachen, Herr Kollege Kubicki - berücksichtigen, welche Auswirkungen eine Fusion von Landesbanken auf den **Finanzplatz Kiel** mit seinen mehr als 1.500 Beschäftigten hätte. Es lässt sich einfach sagen: Wir fusionieren mit der NordLB. Es ist doch

(Günter Neugebauer)

klar, wo dann der einzige Sitz dieser Bank sein würde. Nein, wir haben auch eine Verantwortung für das hochqualifizierte, gut bezahlte Personal bei der HSH Nordbank.

Aus schleswig-holsteinischer Sicht betrachtet scheint mir dieses **Drei-Landesbanken-Modell** der Präsidenten der Sparkassen- und Giroverbände noch nicht das beste Modell zu sein. In dieser Phase der Finanzkrise und ihren Auswirkungen auf die HSH Nordbank sind zunächst, bevor man sich der Frage der Fusionen widmet, andere **Konsequenzen** als eine neue Statik für das Haus öffentlich-rechtlicher Landesbanken erforderlich. Ich will einige Beispiele nennen.

Zunächst - darüber scheinen wir uns einig zu sein - müssen wir dazu beitragen, dass Vertrauen in die Geldanlage, in den Interbankhandel zurückgewonnen wird, damit die Banken wieder Geld verleihen und die Unternehmen Arbeitsplätze sichern oder neu schaffen können.

(Beifall des Abgeordneten Thomas Stritzl [CDU])

- Vielen Dank, Herr Kollege Stritzl. Da sind wir uns ausnahmsweise einmal einig.

Zweitens brauchen wir mehr Transparenz, mehr verbindliche Regeln und eine internationale Finanzaufsicht mit unabhängigen Rating-Agenturen auf den Finanzmärkten.

Drittens brauchen wir strengere Bilanzierungspflichten, ein Verbot von Leerverkäufen und auch das Verbot des Auslagerns von Risikogeschäften in ausländische Zweckgesellschaften.

Viertens brauchen wir eine höhere Eigenkapitalvorsorge bei Banken und Hedgefonds und einen mindestens 20-prozentigen Selbstbehalt bei der Weitergabe von Verbriefungen.

Fünftens brauchen wir auch eine Veränderung des Vergütungssystems, nicht nur bei Bankern, sondern auch bei Managern. Wir dürfen uns nicht an kurzfristigen Geschäftsmodellen, sondern müssen uns an langfristigen Geschäftsmodellen und Erfolgen orientieren. Wir müssen dies in der Höhe begrenzen und, ich glaube wir kommen auch nicht darum herum, die Schadenersatzverpflichtungen von Bankern und Managern zu verschärfen.

Sechstens brauchen wir - vielleicht sind wir uns auch darin einig, Herr Kollege Stritzl - eine internationale Absprache über die Stilllegung von Steueroasen, und wir müssen auch Schluss machen mit

dem internationalen Wettlauf der Steuersenkung bei Kapitalerträgen und Unternehmenssteuern.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Was hat das denn mit der Bank zu tun?)

Lassen Sie mich abschließend feststellen, dass wir uns für den Erhalt des bewährten **Drei-Säulen-Modells** im **deutschen Kreditgewerbe** einsetzen. Insofern schließe ich mich den Ausführungen des Herrn Ministerpräsidenten von heute Vormittag an. Ich glaube, dass dieses Drei-Säulen-Modell mit dazu beigetragen hat, dass unsere Wirtschaft bislang noch ein bisschen besser davongekommen ist als die Wirtschaft anderer Länder.

(Vereinzelter Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, wir wissen nicht, ob wir bereits die Talsohle der Finanzkrise mit ihren Auswirkungen auf die HSH Nordbank, auf den Wertberichtigungsbedarf und auf die Arbeitsplätze erreicht haben. Aber wir können, wenn wir es wollen, die jetzige Krise auch als Chance begreifen, indem wir erstens als Demokraten der Geld- und Renditegier den Kampf ansagen und indem wir zweitens den Neoliberalismus und seine Verwerfungen in den Mülleimer der Geschichte werfen.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Das mögen Sie nicht gern hören, Kollege Kubicki.
- Auch sollten wir die Strukturen des Landesbankensektors so ordnen, dass sich die Landesbanken stärker als bisher um ihre Kerngeschäfte kümmern können und dass sie ihrer Verantwortung für das Firmenkundengeschäft in der Region gerecht werden.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Neugebauer. - Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun die Frau Abgeordnete Monika Heinold das Wort.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die HSH Nordbank wird uns weiter in Atem halten. Auf der „To-do-Liste“ für 2009 steht die Frage der notwendigen Kapitalaufstockung und steht die Frage nach einem tragfähigen und zukunftsfähigen Geschäftsmodell. Das, was die Landesregierung heute berichtet hat, macht deutlich, dass sie noch nicht einmal die Idee eines **Konzepts** besitzt, und der Mi-

(Monika Heinold)

nisterpräsident schweigt, wie immer, wenn es um die HSH Nordbank geht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, das Jahr 2008 war ein Jahr der Schreckensnachrichten für die **HSH Nordbank**, aber auch für das **Land** als Anteilseigner: Abschreibungen in Höhe von 1,3 Milliarden €, Verluste in Höhe von 360 Millionen €, eine notwendige Kapitalspritze in Höhe von 2 Milliarden € Anfang des Jahres, Arbeitsplatzabbau und Rückzug aus bisherigen Geschäftsfeldern, Reduzierung des Neukundengeschäfts, Ausfall der Dividende, Inanspruchnahme des Bundesrettungsschirms und Abberufung des Vorstandsvorsitzenden. - Schlimmer kann es für ein Unternehmen kaum noch kommen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP])

Dass Sie, Herr Kollege Neugebauer, sich hinstellen und noch - um es freundlich zu sagen - angesichts dieser schwierigen Situation sagen, hierin bestehe vielleicht auch eine Chance für Schleswig-Holstein, kann ich beim besten Willen nicht nachvollziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und des Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP] - Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist eine gewagte Übung!)

- Ja, das ist eine gewagte Übung. - Welch rasante Entwicklung für eine Bank, der noch im letzten Jahr viele, einschließlich des Bundesfinanzministers, bescheinigt hatten, dass sie ein schlüssiges Geschäftsmodell hat und sich im Bankensektor auch zukünftig gut behaupten wird!

Nun müssen die Scherben der Finanzmarktkrise und der **Risikogeschäfte** zusammengefasst werden. Die neuen Überlegungen der Bank, besonders heikle Risikooptionen im Wert von 50 Milliarden € in eine „bad Bank“ ausgliedern - im Bundesfonds sind für die gesamten Geschäfte in der Republik nur 20 Milliarden € vorgesehen -, lässt ahnen, wie groß die Probleme der HSH Nordbank tatsächlich sind. Dazu, Herr Finanzminister, hätten Sie heute Position beziehen müssen. Sie hätten sagen müssen, was dies für den Steuerzahler, für uns als Anteilseigner, bedeuten kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Bis Ende Februar 2009 muss die Bank ein Sanierungskonzept vorlegen und die Auflagen des

SoFFin erfüllen, um die 30 Milliarden € **Liquiditätsgarantien** überhaupt zu erhalten. Der schwierigste Part ist dabei mit Sicherheit die Steigerung der **Kerneigenkapitalquote** auf mindestens 8 %.

Es ist nicht auszuschließen, dass dazu die oben erwähnte Bilanzbereinigung nicht ausreicht und dass die Anteilseigner oder der Bundesrettungsfonds frisches Geld zuschießen müssen. Meine Fraktion plädiert hier für die wirtschaftlichste Lösung - so, wie im Finanzausschuss eigentlich auch besprochen -; eine Vorfestlegung gibt es bei uns nicht.

Die zentrale politische Diskussion geht aber um die Frage der **Weiterentwicklung der Landesbanken**. Wie müssen sie sich zukünftig aufstellen, um wettbewerbsfähig zu sein, sind sie überhaupt überlebensfähig?

Der Ursprung der öffentlich-rechtlichen Landesbanken ist die **Kreditversorgung der regionalen Wirtschaft** und der Sparkassen, die Unterstützung der Strukturpolitik des Landes und die Orientierung am **Gemeinwohl**. Ein Nebeneffekt, Herr Neugebauer, sind die 1.700 Arbeitsplätze in Schleswig-Holstein.

Die schleswig-holsteinischen Unternehmen haben mehrfach betont, wie wichtig für sie die HSH Nordbank als Kreditgeber ist. Meine Fraktion ist nach wie vor der Auffassung, dass es auch die Aufgabe des Staates ist sicherzustellen, dass Unternehmen in der Region die Kredite erhalten, welche sie für ihre Unternehmenstätigkeit brauchen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Andere Länder machen das ohne öffentlich-rechtliche Banken, aber sie machen das auch. Deshalb steht meine Fraktion nach wie vor zum **Drei-Säulen-System** des deutschen Bankensystems. Es ist eine Mär zu glauben, dass wir fein raus wären, hätten wir die Landesbank nur rechtzeitig verkauft. Gerade die Finanzmarktkrise hat doch über die Grenzen Deutschlands hinweg gezeigt, dass der Staat letztlich immer einspringen muss, unabhängig von der Trägerschaft der Banken.

Dass die öffentlich-rechtlichen Banken jetzt derart hohe Verluste eingefahren haben zeigt, wie hart die Bedingungen der **globalisierten Finanzmärkte** sind und wie schwierig es sein wird, nach der Krise ein tragfähiges Geschäftsmodell für die Landesbanken zu finden.

Die Landesbanken sind dem Druck hoher Gewinnmaximierung gefolgt, haben den Rating-Agenturen vertraut und spekulative und riskante Geschäfte abgeschlossen - wie andere Banken auch.

(Monika Heinold)

Die Verlockung großer **Gewinnspannen** ging bei der HSH Nordbank zulasten der regionalen Bodenhaftung und des öffentlich-rechtlichen Auftrags.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Und der Preis, der jetzt dafür bezahlt werden muss, ist hoch.

Der ehemalige Vorstandsvorsitzende, Herr Berger, hat dafür die Verantwortung übernommen und dem Aufsichtsrat seinen Rücktritt angeboten. Der Aufsichtsratsvorsitzende Wolfgang Peiner kommentierte das wie folgt: Bergers Rücktrittsangebot zeuge von Gradlinigkeit und seinem Verständnis von unternehmerischer Verantwortung.

Anders der Finanzminister unseres Landes. Herr Wiegard benutzte den Rücktritt des Vorstandsvorsitzenden, um sich selbst einen schlanken Fuß zu machen und von der eigenen Verantwortung als Mitglied im Aufsichtsrat und im Risikoausschuss abzulenken.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Sie selber, Herr Finanzminister, haben in Ihrer Funktion als **Aufsichtsrat** versagt und den Interessen des Landes Schaden zugefügt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Herr Wiegard, nach meiner Kenntnis - und Sie können heute darstellen, dass das anders war - stellt sich der Ablauf des **Rücktritts des Vorstandsvorsitzenden** wie folgt dar: Der Vorstandsvorsitzende selbst hat schon vor der Finanzausschusssitzung am 6. November 2008 vorgeschlagen, externe Gutachter einzuschalten, weil es Unklarheiten in den Bilanzunterlagen gab, nach meiner Erkenntnis aus 2007. Sie haben in dem Antwortbrief gesagt, dass das so nicht ist. Ich denke, das KPMG-Gutachten wird dies zeigen. Genau darüber waren Sie bereits vor der Finanzausschusssitzung am 6. November 2008 informiert, als Sie uns dort noch Friede, Freude, Eierkuchen vorspielten.

Wenn dies so war, Herr Finanzminister, dann müssen Sie ihren Hut nehmen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Ihr Versuch, im Landtag den tief betroffenen Finanzminister zu geben, der persönlich tief enttäuscht war, nachdem er vom Fehlverhalten des Vorstandsvorsitzenden erfahren hat, war zwar be-

eindruckend. Und es gab zu denken, dass Sie der Darstellung, dass man ja auch staatsanwaltschaftliche Ermittlungen einleiten müsse und nicht ausschließen könne, nicht widersprochen haben.

Tatsächlich hatten Sie aber alle Informationen schon vor der Sitzung des Finanzausschusses, in der sie noch tiefes Vertrauen zum Vorstand der Bank suggerierten. Es gab keine neuen Fakten, und es gab auch keinen Grund für eine fristlose Kündigung - wie der Antwortbrief zeigt -, weil man für eine fristlose Kündigung einen wichtigen Grund braucht, weil es schwerwiegende Verfehlungen geben muss.

(Zuruf des Abgeordneten Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die scheint es ja nicht gegeben zu haben.

Für meine Fraktion sage ich deutlich: Es ist richtig, dass der Vorstandsvorsitzende die Verantwortung für die Geschäftspolitik übernommen hat und von sich aus seinen Rücktritt angeboten hat. Aber es ist unlauter, wenn die Landesregierung so tut, als hätte sie nichts gewusst, und Gerüchten nicht widerspricht, um ihren eigenen Kopf aus der Schlinge zu ziehen.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, vor der Finanzmarktkrise wurde das **Geschäftsmodell** der **HSH Nordbank** von vielen als schlüssig eingestuft. Weltweit führend in der Schiffsfinanzierung und expansiv im Bereich der erneuerbaren Energien, passte die Geschäftspolitik der Bank strukturell gut zur Wirtschaftspolitik des Landes, ergänzt um den hohen Anteil mittelständischer Firmenkunden und die Ausweitung des Private Banking im gehobenen Bereich. Ob dieses Geschäftsmodell auch nach der Finanzmarktkrise noch aufgeht, kann heute keiner sagen.

Als **Anteilseigner** der HSH Nordbank müssen wir uns aber zu den Forderungen und den Ideen von **Fusionen** der Landesbanken positionieren. Wir können nicht einfach sagen, warten wir einmal ab, schauen wir einmal, was der Vorstand der HSH Nordbank für eine Idee dazu hat. Der **Deutsche Sparkassenverband** ist nach vorn geprescht, er fordert einen **Masterplan** zur Neuordnung der Landesbanken. Aus sieben sollen drei werden. Aus Sicht der Sparkassen ist das konsequent, denn die Dienstleistungen für die Sparkassen, die Refinanzierung und die Unterstützung im Auslandsgeschäft kann im Prinzip auch von einem einzigen Zentralin-

(Monika Heinold)

stitut übernommen werden. Die Frage ist, was dann aus den Landesbanken alter Prägung wird.

Für meine Fraktion hat die klassische öffentlich-rechtliche Bank in der Region für die **Region** Priorität. Bei einer Fusion der Landesbanken zu zwei oder drei Instituten stellt sich hingegen die Frage, was dann noch eine Beteiligung des Landes rechtfertigt. Meine Fraktion wird sich bei der zukünftigen Entscheidung deshalb an vier **Eckpunkten** orientieren: Erstens. Das Land darf nur Anteilseigner sein, wenn es sich eindeutig um eine Regionalbank handelt, die als Kreditgeber für die Wirtschaft vor Ort fungiert und für die regionale Strukturpolitik des Landes als Partner zur Verfügung steht.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie der Abgeordneten Frank Sauter [CDU] und Wolfgang Kubicki [FDP])

Zweitens. Das Land darf nur Anteilseigner sein, wenn sich die Bank auf ihr regionales Geschäft konzentriert und sich nicht an hoch spekulativen Geschäften weltweit beteiligt.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt bei der FDP)

Drittens. Die Landesregierung muss sicherstellen, dass sie ihre Kontrollfunktion im Aufsichtsrat auch wirklich wahrnehmen kann.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

Viertens. Die Landesregierung muss Leitlinien für die Geschäftspolitik der Bank formulieren, auf welche der Vorstand der Bank dann auch verpflichtet wird.

Der Sinn des öffentlich-rechtlichen Bankensektors besteht ja gerade darin, im operativen Geschäft Gemeinwohlinteressen zu berücksichtigen und die Kreditversorgung für den Mittelstand in der Region sicherzustellen.

Dass dieses Ziel auch mit zwei bis drei **Zentralinstituten** erfüllt werden kann und dass die Landesregierung dann ein solch großes Institut kontrollieren und steuern kann - wo sie schon jetzt massive Probleme damit hat -, daran hat meine Fraktion erhebliche Zweifel. Deshalb gehen wir offen in die zukünftige Debatte und werden mit Augenmaß abwägen, was für unser Land das Beste ist.

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Monika Heinold. - Das Wort für den SSW im Schleswig-Holsteinischen Landtag erteile ich der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die HSH Nordbank muss bis Ende Februar 2009 ein **Sanierungskonzept** vorlegen. Das war eine der Bedingungen, die mit der Inanspruchnahme des Sonderfonds zur Finanzmarktstabilisierung verbunden war. Wie der Presse zu entnehmen war, wird derzeit kräftig an Konzepten gearbeitet.

Die Bank will - so war nachzulesen - **Risiken** für 50 Milliarden € auslagern, sich aufs **Kerngeschäft** konzentrieren und jeden sechsten Beschäftigten feuern. Die Auslagerung von Risikopositionen ist laut HSH Nordbank vorerst nur eine Option, entschieden ist noch gar nichts. Dennoch ist klar, dass dies für die Bank ein attraktiver Weg sein könnte, um die **Kerneigenkapitalquote** auf mindestens 8 % anheben zu können. Ob dies auch für das Land Schleswig-Holstein eine gute Option ist, wage ich zu bezweifeln. Denn wie sollen wir uns konkret die Arbeit einer sogenannten bad Bank vorstellen? Woher nimmt sie ihr Kapital? Und wer haftet eigentlich, wenn Risikogeschäfte getätigt werden?

Dabei steckt der derzeitige HSH-Chef Nonnenmacher mitten im Kassensturz, den er zusammen mit der Unternehmensberatung KPMG durchführt. Die Bank weiß also faktisch noch gar nicht, wie hoch die finanziellen Risiken und das Potenzial für weitere Verluste tatsächlich sind. Niemand kann also konkret einschätzen, was da noch auf uns zukommt.

Dennoch steht die Zeit nicht still. Denn schon nach der Verabschiedung des **Finanzmarktstabilisierungsgesetzes** stand im Raum, dass sich die **Landesbankenlandschaft** in Deutschland grundlegend ändern wird. Ein Szenario heißt zum Beispiel, dass Landesbanken künftig zu Zentralbanken der Sparkassen umfunktioniert werden könnten. Dies setzt aber einen Schrumpfungsprozess voraus, der viel mehr beinhaltet, als Stellen zu streichen, zumal die Landesbanken im Durchschnitt nur rund 8 % ihres bisherigen Gewinns dadurch absichern können. Hinzu kommt die **Konkurrenz** der jeweiligen regionalen Sparkassen - von den Genossenschaftsbanken und privaten Banken gar nicht zu sprechen.

Darüber hinaus werden jene Stimmen immer lauter, die für die **Fusion** von Landesbanken eintreten. Da-

(Anke Spoorendonk)

her sollten wir natürlich aufhorchen, wenn sich der niedersächsische Ministerpräsident Wulff öffentlich darüber auslässt, dass er nun doch - früher hat er eine andere Meinung vertreten - einer Fusion der NordLB mit der HSH Nordbank einiges Positives abgewinnen könnte. Die Zentrale des neuen Instituts müsse aber Hannover sein, so Wulff. Allerdings sei Niedersachsen derzeit in der Rolle des offenen Abwartens. Man merkt ganz deutlich: Er will erst einmal das Thema besetzen und vielleicht auch das Spielfeld aufzeichnen.

Aus der Sicht der HSH Nordbank scheint dies eine Option zu sein, die - immer noch laut Presseberichten - in Gesprächen geprüft wird. Hinzu kommt die Information, dass sich die Ministerpräsidenten kürzlich im kleinen Kreis in Berlin getroffen haben, um über die Zukunft der Landesbanken zu verhandeln. Dabei waren anscheinend auch weitere Kooperationsmodelle im Gespräch. Eine Variante schien gewesen zu sein, dass mehrere Landesbanken unter einem Dach zusammenarbeiten, um sich an ihrem jeweiligen Standort auf ein bestimmtes Geschäftsfeld zu konzentrieren. Entscheidungen wurden in dieser Runde aber anscheinend nicht getroffen.

Aus Sicht des SSW ist es daher zu begrüßen, dass die FDP diesen Berichts Antrag heute hier eingebracht hat. Denn es kann nicht sein, dass landauf, landab alles diskutiert wird - nur hier in Schleswig-Holstein nicht. Trotz eines privaten Anteiligners ist die HSH Nordbank eine öffentlich-rechtliche Bank mit Schleswig-Holstein und Hamburg als größten **Anteilseignern**. Zu erwarten wäre also zumindest, dass der Beteiligungsausschuss des Landtags laufend informiert worden wäre.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN- Wolfgang Kubicki [FDP]:
So ist es!)

Nichts von alledem ist geschehen, und das ist ärgerlich.

Der erste Schritt ist allerdings eine schonungslose Offenlegung der Lage der Bank. Dazu gehört die Klärung der Fragen, wie viele **Verluste** überhaupt eingefahren sind und wie viele faule Kredite noch in der Bilanz stecken. Bevor wir das nicht wissen, können wir die Stabilisierung der Bank nicht in die Wege leiten. Das ist ja auch der Hintergrund dafür, dass der SSW den Vorstoß der Grünen und der FDP unterstützt hat, in die Protokolle des Aufsichtsrates Akteneinsicht zu erhalten. Denn nur so können wir sehen, ob der **Aufsichtsrat** in unserem Interesse ge-

handelt hat und seiner Aufsichtspflicht nachgekommen ist.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN)

Denn es geht nicht nur um Zahlen: Es gilt, die **Entscheidungswege** der Bank zu rekonstruieren. Das hat etwas mit der Verortung von Verantwortung zu tun und ist die Grundlage für zukünftige Entscheidungen. Wer jetzt als ersten Schritt von Fusionen spricht, macht den zweiten Schritt vor dem ersten.

Das ist außerdem der falsche Schritt, weil die schleswig-holsteinischen Interessen dabei völlig aus dem Blick geraten. Ich meine damit weder die Anteile des Landes noch die der hiesigen Sparkassen, sondern die immerhin 1.557 **Beschäftigten** am **Standort Kiel**; davon sind allein 47 Auszubildende.

(Beifall beim SSW)

Es wird doch niemand hier im Landtag glauben, dass eine Fusion - oder ein Börsengang der HSH Nordbank - ohne kräftigen Personalabbau abgehen wird. Ich spreche hier nicht von den offenbar bereits beschlossenen Stellenkürzungen. Nach einer Fusion mit der NordLB, oder mit einer Bank, die eher der HSH-Struktur entspricht, also zum Beispiel mit der Baden-Württembergischen Landesbank, wird der Standort in Kiel nicht mehr zu halten sein.

Wichtige Arbeitsplätze in der Landeshauptstadt Kiel würden dann wegfallen. Das würde dauerhaft nicht nur den Kieler Stadtsäckel entscheidend schwächen - Gewerbesteuererinnahmen lassen grüßen -, sondern dem gesamten Standort Kiel schaden. Wir sprechen hier schließlich von jedem dritten Arbeitsplatz der HSH Nordbank und damit von einer Größenordnung wie bei einem Industrieriesen, nur mit dem Unterschied, dass es sich durchgehend um hochqualifizierte Jobs handelt. Know-how und Steuereinnahmen wären für Kiel und für das Land Schleswig-Holstein für immer weg.

Also, zurück auf Anfang! Zunächst müssen wir die Frage nach der weiteren Entwicklung der Bank klären, bevor wir die Fühler in Richtung potenzieller Partner ausstrecken. Schleswig-Holstein braucht eine stabile Landesbank, die sich mit der **regionalen Förderung** auskennt - eine Bank, die bereit ist, in hiesiges Know-how zu investieren, sei es in der Schifffahrt, in den Bau von Windenergietechnik oder in Immobilien.

Die HSH Nordbank ist in ihrem Heimatmarkt fest verwurzelt und Marktführer im Firmenkundenge-

(Anke Spoorendonk)

schäft. Die Kunden nutzen ein innovatives Produkt- und Dienstleistungsangebot der kurzen Wege; so ist es bisher gelaufen. Die Finanzkrise sollte diesen Sachverstand und die professionelle Beratung nicht in Misskredit bringen. Ohne HSH Nordbank wären - das wissen wir alle - nämlich mehrere große Projekte in Schleswig-Holstein gar nicht umgesetzt worden. Darum schätzt der SSW die HSH Nordbank weiterhin als wichtige Säule der Wirtschaftspolitik ein.

Wir sind aber auch nicht so naiv, dass wir glauben, dass diese Werte eins zu eins der neuen Wirklichkeit angepasst werden könnten. Sie sollten aber die Messlatte für die Weiterentwicklung der HSH Nordbank sein und daher, liebe Kolleginnen und Kollegen, geht kein Weg daran vorbei, dass wir als Landtag mitentscheiden und mithandeln.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Ingrid Franzen:

Ich danke der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk und erteile für einen Beitrag nach § 56 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung dem Fraktionsvorsitzenden der SPD, Herrn Dr. Ralf Stegner, das Wort.

Dr. Ralf Stegner [SPD]:

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Banken- und Finanzkrise ist weltweit. Die Sorgen, die mit der HSH Nordbank verknüpft sind, betreffen uns alle; wir sind schließlich Miteigentümer. Die Fragen auch nach den spezifischen Fehlern, die vielleicht gemacht worden sind, müssen gestellt werden, wiewohl meine Einschätzung ist, dass ganz Vieles nicht mit der HSH Nordbank, sondern mit anderen zu tun hat. Die HSH hatte immer ein besseres Geschäftsmodell. Trotzdem müssen kritische Fragen gestellt werden.

Leider wird auch die **realwirtschaftliche Krise** - ich denke beispielsweise an den Schiffsbau - die HSH Nordbank betreffen. Allerdings gilt auch, dass man Weltmarktführer in Sachen Schifffinanzierung nicht wird, wenn das Produkt nichts taugt. Und natürlich wird auch der Herr Finanzminister die Fragen beantworten, die an ihn gestellt worden sind.

Ich habe hier in der letzten Debatte gesagt: Man muss die Fragen stellen. Man muss die Antworten abwarten. Dann folgen die Bewertungen, und dann folgen die Schlussfolgerungen.

Die Frage, wer mit wem fusioniert, einfach ganz nebenbei leichtfertig zu beantworten, ist gerade mit Blick auf die **Arbeitsplätze** hier am Standort Kiel völlig unverantwortlich, meine sehr verehrten Damen und Herren. Da ist nicht Schnelligkeit, sondern Richtigkeit und Solidität gefragt.

(Beifall bei der SPD)

Eines habe ich heute allerdings wieder festgestellt: Die ganze Welt rutscht in eine Banken- und Finanzkrise. Wir erleben Dinge, die wir uns vorher hätten nicht vorstellen können. Wir erleben Schirme für Banken, Garantien für alles Mögliche und noch mehr in Milliardenhöhe. Aber es gibt einen, der alles weiß, der alles kann, der alles verdient. Das ist ein Mann aus Strande. Der ist klüger als die Ökonomen in der ganzen Welt.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo Sie recht haben, haben Sie recht!)

Der hat ungeheuer viel Vermögen - geistiges wie materielles. Und er ist sogar ein Anwalt der Sparkassen, die er bis vor Kurzem kaputt machen wollte.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was er Ihnen alles voraus hat!)

Und nun redet er mit Krokodilstränen in den Augen über die möglichen Verluste der Sparkassen.

Er widerlegt übrigens auch etwas, was häufig von Parlamenten behauptet wird: dass nämlich das, was Parlamente machen, keine Wirkung entfaltet. Das ist ganz falsch. Jeder Satz des Oppositionsführers in diesem Landtag zu diesem Thema bedeutet ein Stück Schaden am Vermögen der HSH Nordbank, ein Stück Schaden an unserem gemeinsamen Eigentum.

(Beifall bei der SPD)

Die Verantwortung beschränkt sich nicht auf diejenigen, die in der Regierung sitzen. Fragen stellen darf jeder. Aber so wenig Verantwortungsgefühl, wie es der Herr Oppositionsführer hat, disqualifiziert ihn auch für andere ernstzunehmende Ämter.

Das will ich hier ganz deutlich sagen. Ich weise das zurück, was Sie hier gesagt haben. Ich weise das nicht nur zurück, was Sie hier an die Adresse des Herrn Finanzministers und an andere gesagt haben. Ich sage: Reden Sie ruhig häufiger so, und lassen Sie uns das publizieren! Wir sollten eine Sammlung darüber anlegen, was Sie schon alles an Ratschlägen und Prognosen abgegeben haben. Sie sind wahrlich Spitzenreiter in der Frage, wie häufig man daneben schießen kann.

(Dr. Ralf Stegner)

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Zu einem weiteren Kurzbeitrag erhält der Herr Fraktionsvorsitzende der FDP, Wolfgang Kubicki, das Wort.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Herr Kollege Stegner, wo Sie recht haben, da haben Sie recht. Prognosen von mir bewahrheiten sich gelegentlich. Ich habe mit meiner Fraktion darüber gewettet, dass es mir gelingen wird, Sie so zu ärgern, dass Sie sich in dieser Frage zu Wort melden. Ich habe die Wette gewonnen.

(Beifall bei der FDP)

Auf diese Art und Weise gelingt es mir, noch weitere Fragen an Sie zu stellen, der Sie als Master of Disaster des Landeshaushalts Schleswig-Holstein in die Geschichte eingegangen sind. Niemand vor Ihnen hat so hohe Milliardenverluste erst versteckt und dann verantworten müssen. Meine weitere Frage lautet: Was hat Sie eigentlich im **Aufsichtsrat** der HSH Nordbank dazu veranlasst, dem zuzustimmen, dass nach dem Jahr 2005 noch weitere **Kreditersatzgeschäfte** getätigt werden? Der **Geschäftsbericht der Bundesbank** aus dem Jahr 2005 weist ausdrücklich darauf hin, dass es auf dem amerikanischen Immobilienmarkt erhebliche Risiken gibt. Was hat Sie veranlasst, weiteren Geschäften zuzustimmen? Was hat Sie veranlasst, zuzustimmen, dass die HSH Nordbank eine Versicherungsgesellschaft auf den Bermuda-Inseln gegründet hat - sagen Sie mir einmal: Warum eigentlich? - für die Absicherung ihrer Kredit- und Immobiliengeschäfte? Ist es Aufgabe einer Bank des Landes Schleswig-Holstein, sich - finanziert durch Steuergelder - weltweit so zu engagieren und Risiken einzukaufen? Ist das Ihr Ernst?

Ich bin in vielen Fragen nicht einer Auffassung mit den Grünen. In manchen Fragen bin ich auch mit dem Kollegen Sauter nicht einer Auffassung, irgendwann aber muss die Entscheidung darüber getroffen werden, ob wir eine die mittelständische Wirtschaft in Schleswig-Holstein finanzierende **Regionalbank** haben wollen oder einen Global Player. Den Global Player finanziert Schleswig-Holstein nicht!

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich sage Ihnen: Sie reden von Vertrauen. Ich bin gern bereit, vor jedem Bankengremium mit Ihnen

über die Fragen der Weltwirtschaft und der Finanzkrise zu diskutieren, Herr Fraktionsvorsitzender Stegner. Ich weiß nicht, ob der Genosse Steinbrück zugestimmt hat, aber ich würde mir wünschen, dass Sie uns einmal erklären, warum die Sozialdemokraten im KfW-Verwaltungsrat dem zugestimmt haben, dass die IKB, nachdem wir sie mit 10 Milliarden € aufgehübscht haben, für 129 Millionen € an einen Hedgefonds, an Lone Star, verkauft wurde. Diesen beschimpfen Sie hier wie ein Weltmeister. Gleichzeitig sagen Sie: Nehmen Sie uns das Ding ab, was wir hier haben, damit wir gerettet werden.

(Zurufe)

- Vielleicht war er gar nicht mehr drin, das ist auch egal.

Wenn ich dies sagen darf: Besonders lustig sind Erklärungen des Vorstands der eigenen Bank selbst. Herr Dr. Nonnenmacher schreibt in dem Brief vom 6. Dezember zu Kundeninformationen der Bank, den man nachlesen kann:

„Für uns bedeutet verantwortungsbewusstes Handeln, dass wir uns nicht an Spekulationen beteiligen, sondern dass wir Sie, unsere Kunden, zügig und umfassend über tatsächliche Entwicklungen und belastbare Zahlen in Kenntnis setzen.“

Belastbare Zahlen erwarten wir nun schon seit mehreren Wochen. Wie lange braucht diese Einrichtung eigentlich, um uns **belastbare Zahlen** zu geben, Herr Finanzminister?

(Beifall bei der FDP)

Dies frage ich vor allen Dingen vor dem Hintergrund, der sich ergibt, wenn man sich den **Geschäftsbericht der HSH Nordbank** ansieht. Ich zitiere daraus:

„Die Bank verfügt über ein Instrumentarium, das es ihr erlaubt, Risiken bewusst einzugehen und ungünstige Entwicklungen in der Risikostruktur systematisch zu identifizieren.“

Das stammt aus dem Q2-Bericht der HSH Nordbank. Weiter heißt es:

„Im Rahmen der Überwachung unserer Risikotragfähigkeit stellen wir regelmäßig den ökonomischen Eigenkapitalbedarf zur Absicherung unerwarteter Verluste (Gesamtrisiko) dem verfügbaren Risikodeckungspotenzial gegenüber.“

Lesen Sie das doch einmal nach! Weiter heißt es :

(Wolfgang Kubicki)

„Im Zuge der Finanzmarktkrise hat die HSH Nordbank mit einem Value-at-Risk-Ansatz eine neue Methodik zur Ermittlung des Liquiditätsfristentransformationsrisikos entwickelt und zum 1. Januar 2008 eingeführt. Der Liquidity-Value-at-Risk ermöglicht uns eine detaillierte Steuerung unserer Liquiditätsrisiken.“

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter Kubicki!

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, mein letzter Satz. - Sie haben den Finanzvorstand, der in den Geschäftsberichten ausweist, dass er tagesaktuelle Zahlen liefern kann, damit beauftragt, herauszufinden, wo die Bank steht. Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Finanzminister Rainer Wiegard hat das Wort.

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Warum redet nicht der Ministerpräsident?)

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Weil ich dafür zuständig bin, Herr Kollege. - Ich möchte kurz der Wahrheit die Ehre geben, um mitzuteilen, wer dem KfW-Verwaltungsrat angehört, Herr Kubicki, falls Sie das nicht wissen: Ihr Kollege Koppelin gehört diesem Rat an.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Wissen Sie, wie er gestimmt hat?)

- Der muss an diesen Dingen ja irgendwie beteiligt sein. Ich finde manche Selbstgerechtigkeit auf Deutsch gesagt - - Nein, ich sage das nicht, denn ich will hier keinen Ordnungsruf riskieren.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Warum nicht?)

- Nein, das können wir draußen machen.

Der **internationale Finanzmarkt** kollabiert, die fünf größten Investmentbanken der Welt verschwinden vom Markt und sind nicht mehr da. Die größten Immobiliengesellschaften der Welt werden verstaatlicht, die größten Autokonzerne der Welt werden vorstellig, um Garantieschirme zu erhalten. Alle führenden Wirtschaftsnationen der Welt spannen Schirme auf, um diese unglaubliche **Krise** zu bewältigen, und Herr Kubicki liest hier aus dem

„Spiegel“ von Montag vor und sagt: Wiegard hat Schuld. Mein lieber Mann! Ich wiederhole das nicht wegen des Ordnungsrufs.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Das dürfen Sie gern machen!)

Herr Kubicki fragt hier, wie lange die Bank braucht, um festzustellen, welchen Wert Papiere, die 2002, 2003 oder 2005 gekauft worden sind, Ende des ersten Quartals 2009 haben werden. Das fragt in diesen Krisenzeiten einer, der ansonsten dem Markt das Wort redet, dass man dem kaum noch folgen kann. Mein lieber Charly!

(Beifall bei der SPD)

Das **Kreditinvestmentportfolio** zum Zeitpunkt der Fusion der Bank betrug 27 Milliarden €. Das bezieht sich also auf die Vorgängerinstitute. Sie fragen immer, wer Einfluss hätte nehmen können, wer Hilfen oder Hinweise hätte geben können, wer etwas hätte sagen können. Eben haben Sie aus dem Bericht der Bundesbank zitiert. Seit Mitte der 90er-Jahre gehören Sie dem Beirat der Landesbank Kiel und danach der HSH Nordbank an, wenn ich das richtig gelesen habe. Sie sitzen dort als Sachverständiger, weil Sie Qualitäten haben, die der Kollege Stegner ausgeführt hat. Sie sitzen dort, um die Bank zu beraten. Ich frage Sie: Haben Sie einmal gefragt: Warum macht diese Bank überhaupt Kapitalmarktgeschäfte? Haben Sie in der ganzen Zeit eigentlich nicht bemerkt, dass die Bank einen eigenen Vorstand für Kapitalmarktgeschäfte hat?

(Beifall bei der SPD)

Haben Sie das einmal hinterfragt, Herr Kubicki? Ich will Ihnen das nicht in die Schuhe schieben. Da bin ich ganz anders als Sie. Sie haben meiner Rede nicht zugehört, sondern Sie haben hibbelig auf Ihrem Stuhl gesessen, um Ihre Attacken loszuwerden, die ich in Teilen unanständig fand, um das deutlich zu sagen.

(Beifall bei der SPD - Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

- Wir müssen schon darüber reden, zu welchem Zeitpunkt man solche Debatten führt, wie wir sie heute führen. Sie wissen ganz genau, in welchem zeitlichen Rahmen sich derzeit die Prüfungen abspielen. Sie wissen genau, in welchem Rahmen wir von dem SoFFin vor wenigen Wochen Auflagen bekommen haben, die zu erfüllen sind, die wir vorher jedoch nicht gekannt haben.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

(Minister Rainer Wiegard)

- Darüber sind Sie informiert worden. Wir haben Ihnen deutlich gemacht: Wenn der Vorstand den Gremien der Bank seine Vorschläge zur Restrukturierung und zu allem, was dazugehört, vorgelegt hat, dann ist es selbstverständlich, dass wir die **Gremien** beteiligen, weil das gar nicht anders gehen wird. Ich werde gleich noch auf einige Details eingehen.

Sie haben gesagt: Nun haben die Ministerpräsidenten schon dreimal zusammengesessen, und es gibt immer noch keine Einigung über eine neue **Strukturierung** der Landesbanken. Mein lieber Wolfgang Kubicki, wenn Sie zugehört hätten, dann hätten Sie gehört, dass ich hier einige Details über die Notwendigkeiten der Prüfung für regionale oder für funktionale Strukturen und für Holdingmodelle dargestellt habe. Es ist nicht wie beim Monopoly: Ziehe die rote Karte und kaufe die NordLB. Man muss sich schon überlegen, welche Auswirkungen das möglicherweise haben könnte. Darüber muss man ein wenig intensiver diskutieren und auch die Alternativen kennen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Minister, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kubicki?

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Bitte sehr.

Wolfgang Kubicki [FDP]: Herr Minister, ich habe referiert, was andere Ministerpräsidenten zu ihren strukturellen Vorstellungen öffentlich erklärt haben, und habe aus Pressemitteilungen festgestellt, dass unser Ministerpräsident an solchen Gesprächen teilnimmt. Was ich vom Ministerpräsidenten und Ihnen wissen wollte, ist, mit welchen strukturellen Überlegungen Sie in die Diskussion gehen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Hätten Sie zugehört, Herr Kubicki, und nicht herumgehibbelt, wüssten Sie das. Sie können es im Protokoll nachlesen. Wenn Sie darüber hinaus Informationsbedarf haben, weil man in zehn Minuten auch nicht alles sagen kann, stehe ich dafür gern bereit.

Ich sage es an diesem Beispiel: Man muss sich schon sehr intensive Gedanken darüber machen - ich werte das weder positiv noch negativ -

(Der Abgeordnete Wolfgang Kubicki [FDP] unterhält sich)

- ich möchte, dass Ihnen nichts verlorenggeht, nicht an Akten, sondern an Informationen von mir -,

(Vereinzelter Beifall - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da reicht das Zuhören allein nicht aus!)

man muss schon mit großer Sorgfalt darüber diskutieren, ob es Sinn macht, zwei Banken zu fusionieren, die im Prinzip ein sehr ähnliches **Geschäftsmodell** haben, die sich in ihren Geschäftsfeldern derart überlappen, dass sie eigentlich nur von Kostensynergien leben können, und die gleichzeitig - versuchen Sie einmal, einen Augenblick zuzuhören; ich wäre Ihnen wirklich dankbar; sonst sagen Sie hinterher wieder, Sie hätten es nicht gewusst - durch die Überlappung des Geschäftsmodells Klumpenrisiken auf eine solche Weise bündeln, dass sie möglicherweise nicht beherrschbar sind. Das würde bei Shipping und bei Immobilien zutreffen. Deshalb glaube ich, dass man etwas mehr Schmalz darauf verwenden muss, diese Diskussion zu führen, diese Untersuchungen durchzuführen: Welche Wertigkeit hat dann ein Anteil Schleswig-Holsteins eigentlich noch? Wie werthaltig in einer solchen Konstruktion der Vermögenswert?

(Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Mit Fragestellungen erläutert man keine Konzepte! Das tut man, indem man Konzepte vorlegt! - Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Herr Abgeordneter, Sie können sich melden.

Rainer Wiegard, Finanzminister:

Das ist ein ganz kluger Mensch.

(Heiterkeit)

Wir werden hier nicht über Halbwahrheiten berichten, sondern mit sorgfältigen Analysen über die Chancen, über die Risiken miteinander beraten und anschließend über alternative Konzepte entscheiden.

(Beifall der Abgeordneten Axel Bernstein [CDU] und Thomas Stritzl [CDU])

Dazu gehört natürlich auch die Frage: In welcher Größenordnung wird in einem neuen, konzentrierten Geschäftsmodell der **Standort** Kiel, der Standort Schleswig-Holstein eine Rolle spielen? Ich höre

(Minister Rainer Wiegard)

hier immer: Konzentration auf die **Region**. Der Kollege Sauter hat gesagt, welche Auswirkungen das möglicherweise auf die Sparkassen hat. Ich bin auch sehr überrascht, dass hier gleich irgendwelche Auswirkungen auf die Personallage dargestellt werden. Verbindet man beides miteinander, finde ich es schon sehr spannend zu sagen: „Konzentration auf die Region“, und das dann mit 4.500 Beschäftigten machen zu wollen. Meine Damen und Herren, ich bitte um Nachsicht. So ganz einfach, wie Sie sich das hier vorstellen, wird das nicht funktionieren.

(Beifall bei CDU und SPD)

Dazu gehört auch die Frage, die im Übrigen ein Teil der Auflagen des SoFFin zur Gewährung der Garantie ist, dass wir ein Konzept vorlegen, wie wir mit dem umgehen, was man heute **Altlasten** nennt - ich bin noch gar nicht sicher, ob es immer vollständig Altlasten sind -, wie man mit dem umgeht, was künftig nicht mehr strategische **Geschäftsfelder** sein sollen, wie sie denn innerhalb oder außerhalb der **Kernbank** behandelt werden sollen, und wie man mit den Geschäftsfelder umgeht, die man in jedem Fall abbauen möchte, was wir im September schon dargestellt haben. Da muss dem Vorstand schon ein bisschen Zeit gegeben werden, sich dies sehr konkret anzusehen und die Auswirkungen, die sich daraus ergeben, nämlich die Auswirkungen auf Standorte, die Auswirkungen auf Personal, die Auswirkungen auf Sachkosten, zu entwickeln und vorzulegen. Wenn Sie so ein **Konzept** vom Anteilseigner verlangen - Herr Kubicki, mit Verlaub -, darüber brauchen wir eigentlich nicht weiter zu diskutieren.

Das Gleiche gilt auch für die Frage: Wie kann in einer klar abgestuften Reihenfolge die **Eigenkapitalquote** von 8 % erreicht werden, die verlangt ist? Verlangt wird dazu, dass zunächst einmal die Volumina der Auslagerung bewertet werden, weil sich daraus ergibt: Wie verhält sich das Eigentümerkapital im Verhältnis zum **Gesamtkapital**?

Abschließend, Frau Heinold, weil Sie auch meinten, noch etwas Wichtiges dazu beitragen zu müssen: -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wenn Sie nichts Wichtiges sagen, muss ich das ja machen!)

- Ja, genau. Deshalb bin ich sehr interessiert daran, dass wir diesen Dialog ein bisschen fortsetzen. - Der mit Abstand größte Teil der Abschreibungen und Wertberichtigungen erfolgt bisher auf Geschäfte, die bis 2005 erfolgten.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Endlich sagt das mal jemand!)

Ich bewerte das nicht.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ich schon!)

Ich habe bisher keine Anhaltspunkte - vielleicht werden die Prüfungen etwas ergeben; ich kann das nicht sagen -, aber wenn Sie das bewerten - Sie bewerten das ja; offensichtlich wissen Sie das alles -, dann frage ich schon, warum Sie denn, weil Sie damals der Regierung und dem Beirat angehörten - -

(Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Nicht der Regierung!)

- Der Regierungsfraktion; heute gehören Sie auch nicht der Regierungsfraktion an und stellen solche Fragen trotzdem. Diese Fragen hätten Sie, weil Sie das alles schon wussten, schon einmal stellen können. Dem Beirat gehörten Sie an.

Ich wundere mich. Sie haben eben einen Forderungskatalog aufgestellt. Ich frage mich: Warum haben Sie diesen Forderungskatalog, wenn Sie das denn alles gewusst haben, nicht schon vor drei, vier, fünf Jahren aufgestellt? - Weil Sie es nicht gewusst haben. Das mache ich Ihnen nicht zum Vorwurf. Ich mache Ihnen nur zum Vorwurf, dass Sie es anderen zum Vorwurf machen.

(Anhaltender Beifall bei CDU und SPD - Zuruf der Abgeordneten Angelika Birk [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Ich stelle zunächst fest, dass der Berichtsantrag Drucksache 16/2340 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Ein Antrag liegt nicht vor. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, begrüßen Sie mit mir auf der Tribüne den Männerstammtisch aus Appen.

(Beifall)

Er hat in der Adventszeit eine rühmliche Ausnahme gemacht und lässt sich von seinen Damen in den Landtag begleiten. - Seien Sie uns herzlich hier willkommen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 12 aus der Sammel-drucksache auf; die Parlamentarischen Geschäftsführer haben das so vereinbart:

(Vizepräsidentin Frauke Tengler)

Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zum Schutz vor den Gefahren des Passivrauchens

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2345

Vereinbart worden ist, diesen Gesetzentwurf ohne Aussprache an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer dem folgen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Einstimmig so beschlossen!

Ich rufe Tagesordnungspunkt 13 auf:

Erste Lesung des Entwurfs eines Vorschaltgesetzes zur Neuregelung der Wahl der Landrätinnen und Landräte

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und SPD
Drucksache 16/2358

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Ich eröffne die Grundsatzberatung und erteile für die CDU-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Werner Kalinka das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Verweis auf **geringe Wahlbeteiligungen** ist für mich kein hinreichendes, geschweige denn ausschlaggebendes Argument zur Abschaffung der Direktwahl der Landräte. Es steht in der Demokratie den Bürgern frei, ob sie zur Wahl gehen. Gleichwohl: Nicht selten gibt es geringe Beteiligungen bei Landratswahlen, und dies sollte zumindest zu denken geben.

Was verbinden viele Bürger heute mit Landratswahlen? - Ein Desinteresse, jedenfalls zu kommunalen Sachthemen; Unklarheit über Aufgaben und Inhalte, auch in der Frage der Abgrenzung gegenüber den Kreistagen; die Verwaltungsbehörde „Der Landrat“, der ihnen unter diesem Briefkopf bei Hilfen, Bescheiden und Informationen im täglichen Leben begegnet ist; manchmal das Gefühl, wir haben noch einen Wahlkampf zu machen, von denen wir ohnehin schon zu viele haben.

„Der Landrat“ - das ist Behörde, und deshalb gibt es gute Gründe, diese Entscheidung nicht wie andere **Wahlen** zu sehen, sondern sie **mittelbar**, also durch den Kreistag, erfolgen zu lassen. Die Direktwahl der Landräte hat nicht selten zu einer „Politisierung“ und zu einem „Sympathiewettbewerb“ geführt, manchmal auch zu Schmeicheleien und Ge-

fälligkeiten, eine nicht gewollte und nicht gute Entwicklung.

Es wird der **Verwaltungschef** in einem Kreis gewählt, nicht der Regierungschef. Johannes Petersen, langjähriger Kreispräsident und Vorsitzender des Landkreistages, hat zutreffend formuliert: „Zu großen Teilen hat der Landrat staatliche Weisungsaufgaben zu erfüllen, und er ist für einen Teil seiner Tätigkeit Untere Landesbehörde, also Teil der Staatsbehörde. Es ist völlig systemfremd, dass ein ausschließlich den Gesetzen verpflichteter Beamter sich einer politischen Wahl stellen muss. Das führt zu einer **Politisierung** des Amtes, was dem Amt eigentlich abträglich ist.“

Mitte der 90er-Jahre stand die Stimmung auch in Schleswig-Holstein auf mehr Bürgerbeteiligung. Mancher soll sogar gedacht haben: Wir brauchen ein Thema, die Schaffung der Direktwahl ist dafür gut.

CDU und SPD haben eine wechselvolle Geschichte zum Thema **Direktwahl**. Kollege Astrup, ich habe das Protokoll durchgelesen, Sie schwärmten seinerzeit noch von den 40.000 Mitgliedern, für die Sie im Lande sprechen könnten.

(Holger Astrup [SPD]: Mindestens! - Lachen bei der CDU)

FDP und SSW hatten stets eine feste Position: die FDP für die Direktwahl, der SSW dagegen. Die Entscheidung des Landtags 1995, die Direktwahl einzuführen, war begleitet von einem **Systemwechsel**: Nicht mehr der Kreisausschuss hatte das entscheidende Sagen, sondern der Landrat wurde gestärkt.

Eines der Argumente war die sogenannte **Professionalisierung** - vor allem von der FDP vorgetragen. Tatsächlich wurde das Amt politisiert und politisch, nicht zuletzt, weil der Landrat vom Wählervotum abhängig wurde und wird. Der FDP-Landtagsabgeordnete Dr. Bernd Buchholz brachte das Kernproblem am 6. Dezember 1995 im Landtag auf den Punkt:

„Eine gleichzeitige Stärkung von Haupt- und Ehrenamt war und bleibt eine Quadratur des Kreises, die auch durch die Novelle nicht erreicht wird.“

Richtig, genau darum geht es. Heute müssen wir feststellen: Die **Balance** im Verhältnis des Einflusses zwischen **Ehren- und Hauptamt** stimmt nicht mehr. Und dies ist der entscheidende Punkt: Wir wollen zurück zu einer Machtverteilung zwischen

(Werner Kalinka)

Ehren- und Hauptamt, die auch wirklich sachgerecht und gestaltbar ist.

Das Hauptamt ist immer stärker geworden. Der Landrat hat die Ressourcen Personal, Themengewichtung, Informationsfülle und Darstellung. Er kann sehr weitgehend aus eigener Tätigkeit und Einschätzung regieren; ich habe das Gefühl, manchmal sogar stärker als ein Regierungschef.

Kreise sind aber **kommunale Vertretungen**, in denen die **Selbstverwaltung** durch Haupt- und Ehrenamt gemeinsam auszuüben ist. Ehren- und Hauptamt tragen gemeinsam die Verantwortung. Deshalb ist die Veränderung des Kommunalrechts in Richtung Leitbild des alten **Kreisausschusses mit Organstellung** richtig.

(Beifall bei CDU und SPD)

Wir wollen das zeitlich so regeln, dass vor den nächsten Landratwahlen in Steinburg und Pinneberg Klarheit besteht. Deshalb ist auch ein **Vorschaltgesetz** notwendig. Zwei Lesungen in einer Landtagstagung - also heute und am Freitag -: Ich sage ein klares Ja. Dies ist - wie zuvor dargelegt - vom Zeitablauf geboten.

Vor allem aber ist es so, dass wir über ein altes Thema sprechen, zuletzt 2006, als wir über den SSW-Antrag im Parlament beraten haben und ausführlich Gelegenheit zur Stellungnahme und Erörterung gegeben war, dann durch die Entscheidung des Koalitionsausschusses im Dezember 2007, im Herbst 2008 auf Landesparteitagen von CDU und SPD entscheiden zu lassen - es war also ein Jahr Zeit für erneut konkrete Diskussionen -, und drittens 1994/1995 durch die von mir dargestellten intensiven Debatten.

Der **Schleswig-Holsteinische Landkreistag** hat sich seit den 90er Jahren durchgehend, zuletzt in einer Stellungnahme vom 4. September 2006, in einer Aussage an den Innen- und Rechtsausschuss des Landtages erklärt: Wir sprechen uns nach wie vor gegen eine Direktwahl der Landräte aus. Ausdrücklich wird auf entsprechende eindeutige Voten der Gremien verwiesen.

Wer sich heute überrascht äußern würde, ginge an der Situation völlig vorbei.

Wir werden 2009 ausreichend Zeit und Gelegenheit haben, über wichtige einzelne Punkte des Gesetzgebungsvorhabens mit dem Ziel der Stärkung des **politischen Ehrenamtes** zu sprechen: Wie genau soll die Zusammensetzung des Ausschusses sein, uns schwebt ein Kollegialorgan à la Kreistag vor, wer führt den Vorsitz, gibt es ein Stimmrecht des Land-

rats, wie sind die genauen Kompetenzen des neuen Ausschusses.

Wir wollen ein gestärktes Ehrenamt und einen Landrat, der vor allem Verwaltungschef ist.

Ist eine **Differenzierung** zu anderen **Wahlen** wie die der Bürgermeister zulässig? Auch hier sage ich ausdrücklich: Ja, angesichts unterschiedlicher Aufgabenstellungen. Diese Differenzierung ist im Übrigen gleichfalls keine Neuigkeit; sie wurde vor allem im Zuge der Diskussion über Veränderungen des Kommunalrechts Mitte der 90er-Jahre geführt. Seinerzeit schien es schon so, als sollten auch die ehrenamtlichen Bürgermeisterinnen und Bürgermeister direkt gewählt werden. Es ist gut, dass es nicht so gekommen ist.

Bedeutet die Wahl des Landrates durch den Kreistag und nicht mehr durch die Bürgerinnen und Bürger nicht ein **Weniger an Demokratie**? - Das ist mancherorts die Sorge. Der langjährige SSW-Landtagsabgeordnete Karl Otto Meyer hat dazu in einer beachtenswerten Rede in diesem Haus am 26. Januar 1995 ausgeführt:

„Gemeinsam mit der SPD trat ich für Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid ein. Das tue ich immer noch. Aber ich habe von Anfang an gesagt: Die Direktwahl von Bürgermeistern und Landräten will der SSW nicht.“

(Beifall beim SSW)

Und er fragt:

„Was soll die Gemeindevertretung, was soll die Stadtvertretung, was soll denn der Kreistag noch, wenn der Landrat mehr Kompetenzen bekommt, der Kreisausschuss und alle Ausschüsse mehr Kompetenzen bekommen, aber die Vertretung nicht?“

Ich beantrage Ausschussüberweisung.

(Beifall bei der CDU, SPD und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke Herrn Abgeordneten Werner Kalinka und erteile das Wort für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meinen Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen haben beschlossen, die Landrätinnen und Landräte künftig wieder durch die Kreistage wählen zu lassen. Im Zuge der dafür er-

(Klaus-Peter Puls)

forderlichen gesetzlichen Änderungen wollen wir die Aufgabenzuweisungen auf Kreisebene insgesamt neu gewichten und die frühere **Dreifaltigkeit der kommunalen Kreisorgane** wiederherstellen.

(Beifall des Abgeordneten Claus Ehlers [CDU])

Ein vom Kreistag gewählter und proportional zu dessen Sitzverteilung besetzter **Verwaltungsausschuss**, ähnlich dem früheren Kreis Ausschuss, soll künftig wieder die Funktion des verwaltungsleitenden Organs zwischen Kreistag und Landrat oder - besser gesagt - neben Kreistag und Landrat übernehmen und damit zu einer erheblichen Stärkung des kommunalpolitischen **Ehrenamts** auf der Kreisebene beitragen. Im Hinblick auf die aktuell anstehenden **Landratswahlen** in den **Kreisen Pinneberg und Steinburg** wollen wir noch in dieser Landtagstagung in erster und zweiter Lesung ein **Vorschaltgesetz** zur Aussetzung von Wahlverfahren verabschieden, die sonst nach derzeitiger Rechtslage schon jetzt oder demnächst einzuleiten wären. Der dafür erforderliche Verwaltungsaufwand wird mit dem Vorschaltgesetz unnötig gemacht und braucht nicht geplant und produziert zu werden.

In einem zweiten Schritt werden wir uns dann etwas Zeit nehmen, die Neuaustarierung der **Organzuständigkeiten auf Kreisebene** bedarf sorgfältiger Prüfung und Abwägung. Wir werden uns dafür natürlich auch externen Sach- und Fachverstand einholen und die üblichen parlamentarischen Anhörungen im Fachausschuss durchführen.

Das müssen wir für das Vorschaltgesetz nicht tun, weil es dabei ausschließlich darum geht, Vorsorge dafür zu treffen, dass künftig alle Landratswahlen wieder von den ihrerseits direkt gewählten und selbstverständlich demokratisch uneingeschränkt legitimierten Kreistagsabgeordneten und nicht mehr durch die Bürgerinnen und Bürger selbst durchgeführt werden.

Dafür gibt es gute Gründe. Ich will - anders als der Kollege Kalinka an dieser Stelle - dann doch mit ein paar Sätzen auch auf die in den vergangenen zehn Jahren durchweg äußerst bescheidene **Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an Landratswahlen** hinweisen.

Dass sich in Segeberg in diesem Jahr 48 % der Wahlberechtigten beteiligt haben, mag zum Teil auf den hervorragenden Wahlkampf unseres Kollegen Stritzl und meiner dort dann letztlich gewählten Parteigenossin Jutta Hartwig zurückzuführen sein. Wahrscheinlicher dürfte indessen sein, dass gleich-

zeitig am 25. Mai 2008 auch die Wahlen zu den Gemeinde- und Kreisvertretungen stattfanden, bei denen regelmäßig - jedenfalls noch - höhere Wahlbeteiligungen zu verzeichnen sind, die sich im Kreis Segeberg dann naturgemäß auch auf die gleichzeitigen Landratswahlen erstreckt haben. Unabhängig von gleichzeitig stattfindenden anderen Wahlen ist es nur in Plön 2005 mit 36,8 %, in Stormarn 2003 mit 33,3 % und in Lauenburg 2002 mit 32,7 % zu Beteiligungen über 30 % gekommen. In Dithmarschen waren es 2002 mit 12,3 % und in Steinburg noch 2006 mit nur 14 % sogar erschreckend schwache Wahlbeteiligungen.

Den wahlmüden Steinburgerinnen und Steinburgern und den Pinnebergern kommen wir schon mit unserem heutigen Vorschaltgesetz sicherlich eher entgegen,

(Günther Hildebrand [FDP]: Vielen Dank für die Fürsorge!)

ohne dass dort der von der Opposition beklagte **Demokratieverlust** überhaupt als schmerzlich wahrgenommen wird.

Meine Damen und Herren, ich will schon hier und heute sagen, dass wir die **Direktwahl der Oberbürgermeister** - auch darauf hat der Kollege Kalinka schon hingewiesen - in den kreisfreien Städten und der **hauptamtlichen Bürgermeister** in den kreisangehörigen Städten und Gemeinden nicht wieder abschaffen wollen. Mit den Bürgermeistern in den Städten und Gemeinden identifizieren sich die Bürgerinnen und Bürger doch eher und näher als mit ihren Landrätinnen und Landräten. Das manifestiert sich nicht nur in wesentlich höheren Wahlbeteiligungen bei Bürgermeister-Direktwahlen. Die unterschiedliche Regelung ist auch deshalb gerechtfertigt, weil Bürgermeister einen wesentlich höheren Anteil an kommunalen **Selbstverwaltungsangelegenheiten** vorzubereiten und auszuführen haben als Landräte und Landrätinnen, die ja zu 80 bis 90 % lediglich weisungsgebundene Verwaltungsbeamte sind.

Wir werden für Landräte, Kreistage und Kreistagsausschüsse einen ausgewogenen Kompetenzkatalog erarbeiten und dem Landtag zur Beratung vorlegen. In dieser Tagung bitten wir Sie, zunächst dem Vorschaltgesetz Ihre Zustimmung zu geben. Ausführliche Fachberatungen und Anhörungen brauchen wir dafür nicht, weil die Abschaffung der Landrats-Direktwahlen eine rein politische Entscheidung ist, und die ist bei den Mehrheitsfraktionen dieses Hauses gefallen.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls und erteile das Wort für die FDP-Fraktion dem Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand.

Günther Hildebrand [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die FDP war schon immer für weitestgehende Bürgerbeteiligung und für mehr Mitwirkungsrechte der Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein. In den 90er-Jahren haben wir innerparteilich die Frage der Direktwahlen intensiv diskutiert und sind zu dem begründeten Ergebnis gekommen, dass nicht nur Landräte und hauptamtliche Bürgermeister direkt zu wählen seien, sondern auch die ehrenamtlichen Bürgermeister in den amtsangehörigen Gemeinden. Daran hat sich bis heute nichts geändert.

Folgerichtig sind wir deshalb gegen die Abschaffung der Direktwahl der Landräte. Eine **Streichung der Direktwahl** ist eine Beschneidung der demokratischen Rechte der Bürgerinnen und Bürger des Landes Schleswig-Holstein. Alle Welt - zumindest aber die Fraktionen in Schleswig-Holsteinischen Landtag - redet immer wieder davon, die **Beteiligungs- und Mitwirkungsrechte** unserer Einwohnerinnen und Einwohner auszubauen, um damit der Politikverdrossenheit und der Frustration über staatliches Handeln entgegen zu können. Aber zum Teil sind das wohl nur Sonntagsreden. In dieser Hinsicht fällt den Fraktionen der Großen Koalition nichts Besseres ein, als demokratische Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu streichen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das ist für uns völlig unverständlich, denn die Direktwahl auch der Landräte - insgesamt ist es, glaube ich, zu 20 Direktwahlen von Landräten gekommen - hat sich bewährt. So gab es bis in den letzten Jahren mehrere Wahlergebnisse, mit denen nicht der **Kandidat der Mehrheitsfraktion** im jeweiligen Kreistag von den Wahlberechtigten als Landrat gewählt wurde, sondern ein anderer Kandidat oder eine andere Kandidatin. Das zeugt von einem ausgeprägten **Differenzierungsvermögen** der Wählerinnen und Wähler.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In diesem Zusammenhang erinnere ich gern an eine Landratswahl, bei der der Kandidat der Fraktion, die über die absolute Mehrheit im Kreistag verfügte, nur unter „ferner liefen“ abschnitt und schon im

ersten Wahlgang gescheitert war und aus dem weiteren Verfahren ausschied. Bei einer Wahl durch den Kreistag wäre er jetzt Landrat.

Meine Damen und Herren, warum jetzt zum Thema Direktwahl ein **Vorschaltgesetz**? Was ist eigentlich in CDU und SPD gefahren? - Wie ich so höre - das ist ja auch eben vom Kollegen Puls bestätigt worden -, sollen durch die Große Koalition Anfang nächsten Jahres die Gemeindeordnung und die Kreisordnung gravierend geändert werden. Das Vorschaltgesetz, wenn es denn während dieser Tagung beschlossen wird, ist eine Lex Pinneberg und Lex Steinburg; denn nur diese beiden Kreise sind vom Vorschaltgesetz betroffen.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dort sollte die Landratswahl zusammen mit der Europawahl am 7. Juni 2009 stattfinden. Die Wahlvorbereitungen hatten schon begonnen. Es gab entsprechende Beschlüsse der Kreistage. Diese Wahlen, und nur diese Wahlen, wollen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Koalition, mit dem Vorschaltgesetz verhindern. Da kann man sich nur fragen: Was haben denn die Einwohnerinnen und Einwohner von **Steinburg** und **Pinneberg** verbrochen?

Die von Ihnen und auch vom Ministerpräsidenten genannte Begründung der zu erwartenden **geringen Wahlbeteiligung** kann kein Grund sein. Denn bei Landratswahlen mit mehreren Kandidaten oder einer Durchführung der Wahl zusammen mit einer anderen Wahl - auch das hat eben der Kollege Puls bestätigt - gab es immer Wahlbeteiligungen, die entweder vergleichbar oder jedenfalls zu akzeptieren waren. Warum also jetzt die Eile? Durch welche Motive werden Sie geleitet?

Es gibt nur eine Erklärung: CDU und SPD fürchten das Ergebnis einer Direktwahl! Sie fürchten, dass die Wählerinnen und Wähler in den beiden Kreisen nicht so wählen, wie CDU und SPD es gern hätten. Da ist es doch wesentlich sicherer, in den Kreistagen die Landräte zu wählen. Da gibt es dann auch noch die Möglichkeit der Absprachen; andere sagen dazu Kungelei.

(Zurufe von der CDU)

- Meine Damen und Herren, das ist doch einfach die gängige Praxis. Das wissen Sie doch auch.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich bitte um mehr Aufmerksamkeit für den Redner.

Günther Hildebrand [FDP]:

Es gibt aber auch noch einen anderen Aspekt. Ich weiß, dass der Kollege Astrup das auch kennt und das bestätigt, indem er jetzt lächelt.

(Holger Astrup [SPD]: Ich bestätige nur, dass die FDP befürchtet, dass sie nicht beteiligt ist! - Beifall bei SPD und CDU)

Jetzt müsste ich ja eigentlich noch meinen Dank aussprechen, Herr Kollege, weil wir in den beiden Kreisen sehr wohl beteiligt sein können, aber trotzdem für die Direktwahl sind. Wir verzichten auf die Kungelei in dieser Position!

(Beifall bei der FDP - Zurufe)

Es gibt aber auch noch einen anderen Aspekt. Was geschieht eigentlich in **Segeberg**? Wie auch SPD und CDU bekannt ist, laufen gegen die dortigen Landratswahlen derzeit verschiedene Klagen. Was ist eigentlich, wenn die Gerichte zu der Auffassung gelangen, dass die dort durchgeführten **Direktwahlen** ungültig gewesen sind? Dann müsste doch nach dem vorliegenden Vorschaltgesetz die Direktwahl durch eine Kreistagsentscheidung nachgeholt werden. Welch ein Irrsinn!

(Zuruf: Gut erkannt!)

Vielleicht kann ja auch der Kandidat, der dort unterlegen war, noch einmal antreten und hat dann eine Chance, Landrat zu werden.

Dass die SPD sich nun feiern lässt, die schon immer gewollte Abschaffung der Direktwahlen nun endlich durchgesetzt zu haben, wird sich gerade für Sozialdemokraten böse rächen. Sie werden feststellen, dass Sie nach meiner Einschätzung auf absehbare Zeit keinen einzigen Verwaltungschef mehr in den Landkreisen stellen werden. Ein hervorragender Erfolg des Landesvorsitzenden in den Verhandlungen mit der CDU! Nebenbei: Der Kreisvorsitzende der SPD in Pinneberg, Hans Birke - vielleicht mehreren bekannt -, ist sehr wohl für die Direktwahl und hat versucht, über den Hauptausschuss die Direktwahl im Kreis Pinneberg zu retten.

Als Fazit bleibt festzustellen, dass heute insbesondere ein Feiertag für bei den Wählerinnen und Wählern gescheiterte Landratskandidaten ist. Sie können nun doch noch hoffen, irgendwann Landrat in ihrem Kreis zu werden. Allerdings ist uns der Preis für diese Stellenbesetzungsmaßnahme schlichtweg zu hoch.

(Beifall bei FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Günther Hildebrand und erteile das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Um es auf den Punkt zu bringen: Meine Fraktion lehnt den vorliegenden Gesetzentwurf ab. CDU und SPD schlagen einen gefährlichen Weg ein, wenn sie mit dem Argument der zu geringen Wahlbeteiligung eine Wahlmöglichkeit wieder abschaffen. Von seinem **Wahlrecht** Gebrauch zu machen beinhaltet auch, nicht zur Wahl zu gehen.

(Beifall bei der FDP - Zuruf des Abgeordneten Martin Kayenburg [CDU])

- Das Argument ist gerade gefallen, Herr Kayenburg, wenn Sie zugehört hätten!

Zudem war die **Wahlbeteiligung** sehr unterschiedlich. Waren es in Nordfriesland 23 % und in Plön 29 %, lag die Wahlbeteiligung im Kreis Segeberg - das ist erwähnt worden - bei fast 48 %, also deutlich höher als bei der letzten Europawahl, an der sich in Schleswig-Holstein nur 36 % der schleswig-holsteinischen Wahlberechtigten beteiligt haben.

(Günther Hildebrand [FDP]: Auch abschaffen!)

Nun frage ich Sie, meine Damen und Herren: Wollen Sie mit dem Argument auch die Europawahl abschaffen?

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Als Nächstes!)

Auch verwundert uns die Eile, mit der das Vorschaltgesetz jetzt durch den Landtag gepeitscht werden soll. Mit diesem Vorschaltgesetz wollen Sie das Verfahren in Steinburg und Pinneberg stoppen. Sie versuchen dort, ein demokratisches Verfahren zu einem Zeitpunkt zu stoppen, zu dem - Sie haben es selbst gesagt - niemand weiß, welchen genauen Inhalt Ihr angekündigtes Gesetz haben wird und wie dann die Bedingungen für die Landräte und für die Kreistage aussehen werden.

Warum, meine Damen und Herren, wählen Sie kein ordentliches Verfahren? Warum diese Eile? Warum ist keine Zeit für die Anhörung der Bürger und Bürgerinnen?

(Beifall bei der FDP)

Die Antwort kann nur lauten: Sie wollen mit Ihren parlamentarischen, mit Ihren kommunalen Mehr-

(Monika Heinold)

heiten die Landratsposten mit Personen, die Ihnen politisch nahe stehen, sichern. Eine Wahl durch die Bevölkerung würde für Sie ein unkalkulierbares Risiko bergen.

(Beifall bei der FDP)

Es ist eben erwähnt worden: Die CDU wird sich ins Fäustchen lachen. Denn nicht nur Pinneberg und Steinburg werden an die CDU gehen. Wenn Segeberg schiefeht, dann geht auch Segeberg an die CDU, und dann kann Ihre Kandidatin in Segeberg die Kofferpacken. Es ist unglaublich, dass Sie das zulassen!

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Für Stormarn gilt das auch! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Das wollen sie doch so!)

- Für Stormarn gilt es auch noch.

Ab ins Hinterzimmer! Kungeln ist wieder angesagt, vorbei die Zeit, als man nicht wusste, welches Ei einem die Wähler und Wählerinnen ins Nest legen.

Meine Damen und Herren, meine Partei war mehr als skeptisch, als im Jahr 1995 die Direktwahl der Verwaltungschefs beschlossen wurde. Dennoch sind wir heute dafür, die Direktwahl beizubehalten, denn wir sind grundsätzlich dagegen, Wahlen abzuschaffen, nur weil einem die Ergebnisse und die Wahlbeteiligung nicht passen.

(Beifall bei der FDP)

Wenn wir eine Lehre aus der **geringen Wahlbeteiligung** ziehen sollten, dann die, dass Bürgerinnen und Bürger nur einen geringen Bezug zu ihrer Kreisverwaltung und damit auch zum Landrat haben. Sie identifizieren sich mit ihrer Gemeinde, mit dem Kreis eher nicht. Deshalb war auch die ganze Debatte darüber, ob wir den Menschen ein Stück Heimat wegnehmen, wenn wir eine Gebietsreform und Großkreise machen, eine Phantomdebatte, die überwiegend unter den Kommunalpolitikern selbst geführt wurde.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Die Dithmarscher sehen das anders!)

Die jetzt von der Großen Koalition gewählte Lösung, die Gebietsstrukturen nicht zu verändern, aber die demokratische Beteiligung der Bevölkerung zu kappen, ist die schlechteste aller Lösungen, denn - -

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Frau Abgeordnete Heinold, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

In der Regel beende ich gern meine Sätze. Vielleicht kann man sich denken, wie der Satz weitergegangen wäre. - Ich beantworte die Frage gern.

Werner Kalinka [CDU]: Frau Kollegin, halten Sie die derzeitige Stellung des politischen Ehrenamts bei uns in den Kreisen für ausreichend stark gegeben?

Ich war damals im Kreistag, als es geändert wurde. Ich sage noch einmal: Ich hatte erhebliche Bedenken, dass dieses Konstrukt für die Kreistage gefunden wurde, auch weil der Landrat sozusagen weit von der Bevölkerung entfernt ist, aber auch, weil ich die Machtbalance damals richtig fand. Jetzt aber zu sagen: Mir passen die Ergebnisse nicht, und mir passt die Wahlbeteiligung nicht, und ich schaffe eine Wahl ab - -

(Zurufe von der CDU)

- Natürlich geht es darum.

(Beifall bei der FDP)

Da sagen wir: Das machen wir nicht mit. Das ist ein Stück aus dem Tollhaus. Eine geringe Wahlbeteiligung darf in einer Demokratie niemals, aber auch niemals der Grund dafür sein, Wahlen abzuschaffen. Dies inmitten eines Verfahrens zu tun, in dem es Ausschreibungen in den Kreisen gibt und in dem sich die Kreise darauf eingestellt haben, kommt einer Entmündigung der Kommunalpolitik, aber auch der Wählerinnen und Wähler gleich, und das führt zu Politikverdrossenheit.

(Beifall bei der FDP)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Frau Abgeordnete, ich habe mich jetzt bemüht zu warten, bis Sie Ihren Satz beendet hatten. Erlauben Sie eine weitere Frage des Herrn Abgeordneten Kalinka?

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Gern.

Werner Kalinka [CDU]: Frau Kollegin, Sie haben gerade gesagt, die Machtbalance in den 90er-Jahren hielten Sie damals für richtig und gut.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Das hat sie die ganze Zeit begründet!)

Dann frage ich Sie: Warum stimmen Sie nicht zu, zu dieser Situation zurückzukehren?

(Monika Heinold)

- Ich kann es Ihnen noch einmal sagen. Sie waren damals so idiotisch, dieses Gesetz zu ändern. Jetzt gibt es eine Direktwahl, und nun stellen Sie sich hin und sagen: Uns passen die Ergebnisse nicht, uns passt die Wahlbeteiligung nicht; wir schaffen die Wahl wieder ab. Das kann und darf in einer Demokratie nicht zugelassen werden!

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Wo sie recht hat, hat sie recht! - Minister Dr. Christian von Boetticher: Er macht gleich einen Heiratsantrag! - Zurufe von der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für den SSW im Landtag erhält die Vorsitzende, Frau Abgeordnete Anke Spoorendonk, das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Manchmal ist es gut zu wissen, wie bestimmte Dinge gelaufen sind. Ich kann mich nämlich noch gut daran erinnern, wie dieses Gesetz zustande kam. Damals war die CDU in der Opposition und suchte ein Thema, mit dem sie die SPD jagen konnte, weil die SPD, als diese in der Opposition war, Gleiches schon einmal der CDU gegenüber versucht hatte. So ist das gelaufen. Das hatte nichts, aber auch gar nichts mit Demokratie oder Partizipation zu tun.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht leicht, eine Wahl wieder einzusammeln. Aber die Einführung der Direktwahl von Landräten und Bürgermeistern war eine historische Fehlentscheidung. Deshalb ist es konsequent und richtig, dass der Landtag heute diesen Schritt nimmt.

(Beifall bei SSW und CDU)

Die **Direktwahl** hatte von Anfang an einen Webfehler. Denn entweder geht es hier darum, einen obersten Verwaltungsleiter zu wählen, der in den Kreisen die Vorgaben der Landesregierung und des Kreistags umsetzt. Dann ist eine Direktwahl aber überflüssig, weil sie einen politischen Einfluss suggeriert, der nicht vorhanden ist. Oder aber es geht bei der Direktwahl um einen Verwaltungschef, der politisch gestalten soll, und deshalb durch eine Wahl legitimiert wird. In diesem Fall ist die Direktwahl aber höchst problematisch, weil damit eine Interessenkollision mit der ebenfalls von der Bevölkerung gewählten **Kreisvertretung** vorprogrammiert ist. Diese ist letztlich auch eingetreten.

(Beifall beim SSW)

Nicht zuletzt vor dem Hintergrund, dass überall nach neuen Steuerungsmodellen gearbeitet wird, bei denen die Politik nur die Ziele vorgeben soll und die Verwaltung über Wege und Mittel zur Zielerreichung entscheidet, ist für die Landräte und Bürgermeister ein politischer Raum entstanden. So hat die Direktwahl schädliche Langzeitwirkung für das Machtgefüge der kommunalen Selbstverwaltung, weil der damit einhergehende Macht- und Legitimationszuwachs der hauptamtlichen Verwaltungschefs eindeutig zulasten des kommunalpolitischen Ehrenamts geht.

Für den SSW gilt: Wir haben kein Problem damit, dass die Bürgerinnen und Bürger mehr direkten Einfluss auf Politik bekommen. Aber wir haben ein Problem damit, wenn die Stärkung eines Verwaltungschefs die Demokratie auf kommunaler Ebene insgesamt schwächt. Es ist nicht mehr Demokratie, wenn **eine Person**, die zudem in der Regel nur von einem Bruchteil der Bürger gewählt wurde, jahrelang Entscheidungen trifft, die früher ein ganzes Kommunalparlament mit verschiedenen Parteien in einer mehr oder weniger offenen Meinungsbildung zu entscheiden hatte. Deshalb begrüßt der SSW, dass die Große Koalition nun den Mumm gefunden hat, dieses zugegebenermaßen schwer zu vermittelnde Thema anzupacken. Es ist eine der mutigsten und vernünftigsten Entscheidungen dieser Wahlperiode.

(Beifall beim SSW)

Allerdings - auch das muss ich sagen - mit dem vorliegenden **Vorschaltgesetz** hat die Große Koalition nur die Hälfte ihrer Hausaufgaben gemacht. Die ebenso problematische **Direktwahl** der **Oberbürgermeister** und **hauptamtlichen Bürgermeister** bleibt weiter bestehen. Gerade in diesem Bereich hat es die Direktwahl für einige hauptamtliche Verwaltungschefs leicht gemacht, sich auf das hohe Ross zu setzen und gegen ihre Kommunalvertretungen zu regieren, als kleiner Sonnenkönig oder als bockiger Suppenkasper.

Lieber Kollege Astrup, wie problematisch dies sein kann, zeigt zum Beispiel das Dauerdrama, dass Verwaltung und Politik in Schleswig seit einigen Jahren aufführen. Alle hier im Plenum werden weitere Beispiele nennen können. Deshalb bleiben wir dabei: Ebenso wie bei den Landräten brauchen wir bei den hauptamtlichen Bürgermeistern eine Änderung der Kommunalverfassung, die den **kommunalen Parlamenten** die Macht zurückgibt.

(Beifall beim SSW)

(Anke Spoorendonk)

Wir werden diesem Gesetz zustimmen, nicht weil es in allen Punkten zufriedenstellend ist, sondern weil damit zumindest ein Teil des Problems angegangen wird, das wir seit der Einführung der Direktwahl immer wieder unterstreichen. Dabei finden auch wir das **Verfahren** nicht unbedingt gelungen. Die Regelung über ein Vorschaltgesetz und mit zwei Lesungen innerhalb einer Plenartagung ist - milde gesagt - unglücklich. Schließlich hat die Große Koalition bereits bei der Debatte zum SSW-Gesetzesentwurf im Dezember 2006 zu verstehen gegeben - liebe Kolleginnen und Kollegen, so weit liegt das zurück -, dass sie diese Änderung anstrebt. Wir wissen alle, dass die Abstimmung innerhalb einer Großen Koalition lange dauert. Aber innerhalb von zwei Jahren hätte sich selbst diese Koalition einigen und ein reguläres Verfahren durchziehen können. Dann würden wir heute auch nicht in der absurden Situation stehen, dass einige Kreise Anfang 2009 neue Landräte brauchen und die Kreisordnung eigentlich noch die Direktwahl vorsieht. Aber trotzdem: Wir sind bereit, diesen Weg mitzugehen, weil wir ihn inhaltlich für völlig richtig halten.

Sollte die Große Koalition doch noch den Mut finden, statt dieser halben Lösung volle Vernunft walten zu lassen und den **ehrenamtlichen Kommunalpolitikern** in den kreisfreien Städten und größeren Gemeinden ebenso konsequent die Macht zurückzugeben, dann werden wir mit großer Freude auch ein solches Gesetz unterstützen.

(Beifall beim SSW und vereinzelt bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk und erteile für die Landesregierung Herrn Innenminister Lothar Hay das Wort.

Lothar Hay, Innenminister:

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Koalitionsfraktionen haben sich entschlossen, die Direktwahl der Landrätinnen und Landräte abzuschaffen. Stattdessen soll es wieder die **mittelbare Wahl** durch den **Kreistag** geben. 1995 war die Direktwahl eingeführt worden und Bestandteil des schleswig-holsteinischen Kommunalverfassungsrechtes.

Mit dem heute zur Beratung anstehenden **Vorschaltgesetz** soll eine Rechtsänderung vorbereitet werden. Ziel des Gesetzes ist es, auch bereits für die im kommenden Jahr anstehenden Wahlen in

den Kreisen Steinburg und Pinneberg eine mittelbare Wahl zu ermöglichen. Die in der Diskussion um das Vorschaltgesetz vereinzelt geäußerte Kritik an dem Tempo der eingeleiteten Maßnahme ist dabei für mich nicht nachvollziehbar.

(Zuruf des Abgeordneten Wolfgang Kubicki [FDP])

Es ist sinnvoll und folgerichtig, die erforderlichen Maßnahmen so zügig einzuleiten, dass alle künftigen Wahlen von der neuen Regelung erfasst werden. Es wäre inkonsequent, würden wir ungeachtet der anstehenden Rechtsänderung in den betroffenen Kreisen noch eine Direktwahl durchführen.

(Vereinzelter Beifall bei SPD und CDU)

In rechtlicher Hinsicht möchte ich zwei Dinge anmerken: In der Diskussion der vergangenen Wochen wurde die Frage aufgeworfen, ob es überhaupt rechtlich zulässig sei, die Direktwahl im Wege eines Vorschaltgesetzes auszusetzen. Hieran besteht aus meiner Sicht kein Zweifel. Der Erlass und die Änderung von Rechtsvorschriften - Herr Oppositionsführer - sind originäre Aufgabe des Gesetzgebers, des Landtags.

(Vereinzelter Beifall bei der CDU)

Dazu gehört es auch, bestehende Rechtspositionen zu verändern oder aufzuheben. Die wesentliche Schranke dabei bildet das aus dem Rechtsstaatsprinzip abgeleitete sogenannte **Rückwirkungsverbot**.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Und das Willkürverbot!)

Diese Schranke kommt vorliegend allerdings nicht zum Tragen. Das Vorschaltgesetz betrifft keinen in der Vergangenheit liegenden Sachverhalt, sondern entfaltet ausschließlich Wirkung für die Zukunft. Darüber hinaus ist auch ein für die Zukunft wirkendes schutzwürdiges Vertrauen in den Fortbestand der Direktwahl nicht ersichtlich. Dem Gesetzgeber ist auch unter diesem Gesichtspunkt eine **Neuregelung des Wahlverfahrens** für Landrätinnen und Landräte nicht verwehrt.

Der zweite rechtliche Aspekt ist die Frage, welche Auswirkungen das Vorschaltgesetz auf die bereits getroffenen **Wahlvorbereitungen** in den **Kreisen Pinneberg und Steinburg** haben wird. In beiden Kreisen haben die Wahlausschüsse den Wahltag bereits bestimmt. Von einer Ausschreibung der Landratsstelle wurde aber mit Blick auf die aktuelle Diskussion zunächst abgesehen.

(Minister Lothar Hay)

(Günther Hildebrand [FDP]: Vorauseilender Gehorsam!)

Mit dem Inkrafttreten des Vorschaltgesetzes wird die **Rechtsgrundlage** für die Durchführung der Landratswahlen entfallen. Damit wären die für die Durchführung der Direktwahlen bereits eingeleiteten Maßnahmen obsolet. Alle weiteren Wahlvorbereitungen wären ab diesem Zeitpunkt einzustellen. Erst mit der Neuregelung des Wahlverfahrens und der Aufhebung des Vorschaltgesetzes könnten die Maßnahmen zur Vorbereitung und Durchführung der Landratswahlen unter den dann geltenden rechtlichen Rahmenbedingungen wieder aufgenommen werden.

Das Vorschaltgesetz stellt nach alledem eine vernünftige Lösung dar, um die Wiedereinführung der mittelbaren Wahl zügig einzuleiten und zugleich ausreichend Zeit zu schaffen, um die konkrete Ausgestaltung der zukünftigen Regelung zur Wahl und zur Rechtsstellung der Landrätinnen und Landräte mit der gebotenen Sorgfalt zu diskutieren.

Nun lassen Sie mich abschließend noch drei Bemerkungen machen:

Erstens. Was die **Stärkung des Ehrenamtes** betrifft: Man sollte die Stärkung des Ehrenamtes erst dann feststellen, wenn man erste Erfahrungen mit einer Maßnahme gemacht hat. Ich habe zu oft erlebt, dass von einer Stärkung des Ehrenamtes gesprochen wurde - auch hier in diesem Hohen Haus - und es ist leider nichts dabei herausgekommen.

Zweitens. Was den **Kreis Segeberg** betrifft, so ist ein Verfahren anhängig. Warten wir erst einmal das entsprechende Urteil ab, bevor wir uns hier in Spekulationen ergehen.

Die dritte Bemerkung: Frau Kollegin Heinold, ich habe bei Direktwahlen Überraschungen erlebt, ich habe aber auch beim alten Wahlverfahren Überraschungen in geheimen Abstimmungen in Kreistagen und Ratsversammlungen erlebt. Es sind wie immer **geheime Abstimmungen**, und da ist man vor Überraschungen nie sicher: 17. März 2005!

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Innenminister. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf Drucksache 16/2358 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Die

Gegenprobe! - Enthaltungen? - Das ist einstimmig so beschlossen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, erlauben Sie mir eine geschäftsleitende Bemerkung: Die Fraktionen haben sich darauf geeinigt, den Tagesordnungspunkt 18 auf Donnerstag, und zwar Beratung nach dem Tagesordnungspunkt 26, zu verlegen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 41 auf:

Deutschland braucht kein FBI: BKA-Gesetz im Bundesrat ablehnen!

Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
[Drucksache 16/2053](#)

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses
[Drucksache 16/2355](#)

Ich erteile dem Berichterstatter des Innen- und Rechtsausschusses, Herrn Abgeordneten Werner Kalinka, das Wort.

Werner Kalinka [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Innen- und Rechtsausschuss hat sich mit dem ihm durch Plenarbeschluss vom 29. Mai 2008 überwiesenen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in mehreren Sitzungen befasst, zuletzt am 26. November 2008. Mit den Stimmen von CDU und SPD gegen die Stimmen von FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN empfiehlt er dem Landtag die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Deutschland braucht kein FBI: BKA-Gesetz im Bundesrat ablehnen!, Drucksache 16/2053.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Berichterstatter. Gibt es Wortmeldungen zum Bericht? - Das ist nicht der Fall.

Ich eröffne die Aussprache und erteile das Wort für die antragstellende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN der Frau Abgeordneten Monika Heinold.

Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Bereits im Mai 2008 haben wir Grünen mit unserem Landtagsantrag deutlich gemacht: Das BKA-Gesetz muss im Bundesrat abgelehnt werden. Die Erweiterung der Kompetenzen im geheimdienstlichen Bereich dürfen wir nicht zulassen.

(Monika Heinold)

(Beifall bei der FDP)

Erfreulicherweise gehörte auch der schleswig-holsteinische Innenminister zu den Kritikern des BKA-Gesetzes - bis zur Abstimmung im **Bundesrat**, wo er total umfiel.

(Beifall bei der FDP)

Eine Enthaltung, Herr Hay, wäre angesichts der harten Position der CDU noch verständlich gewesen. Aber die Zustimmung Schleswig-Holsteins zum BKA-Gesetz ist schlicht eine Katastrophe und beschädigt die Glaubwürdigkeit von Ihnen, Herr Innenminister.

(Beifall bei der FDP)

Das neue BKA-Gesetz belebt alte Ängste. Nach 1945 hatten die Alliierten der Bundesrepublik aufgegeben, ihre Polizei föderal zu organisieren und eine klare Trennung zwischen Polizei und Geheimdienst vorzunehmen. Eine geheime Staatspolizei sollte es nicht wieder geben.

60 Jahre später verabschiedet der deutsche Gesetzgeber nun höchstwahrscheinlich ein Gesetz, in dem eine zentrale Polizeibehörde umfassende geheimdienstliche Befugnisse erhält und damit die sinnvolle Sicherheitsarchitektur der Bundesrepublik zerstört.

Die **neuen Befugnisse des BKA** sind ein Selbstbedienungskatalog, ein Best-off aller deutschen Polizeigesetze: Rasterfahndung, Lausch- und Spähangriffe in Privatwohnungen, das Abhören von Telefongesprächen, Mitlesen von elektronischer Kommunikation, die heimliche Online-Durchsuchung und vieles mehr. Das Berufsgeheimnis von Ärzten, Journalisten und Rechtsanwälten wird ausgehöhlt. Sie sind gezwungen, Informationen über ihre Quellen, Mandanten und Patienten preiszugeben. Das Zeugnisverweigerungsrecht gilt für sie nicht mehr, sie sind vor Ausspähung nicht geschützt. Damit geht auch ein Stück Pressefreiheit verloren. Und das alles, obwohl die abschreckenden Beispiele von Großbritannien und den USA - die diesen Weg ein Stückchen bereits gegangen sind - zeigen, dass das rechtliche und technische Aufrüsten des Sicherheitsapparates nicht automatisch mehr Sicherheit schafft.

In dieser Situation spielt Innenminister Hay vor Ort den großen Helden und Kämpfer für Bürgerrechte, um dann in Berlin einem **Kompromiss** zuzustimmen, der nur minimale kosmetische Veränderungen enthält, wie die Kompetenzabgrenzung zwischen Bund und Ländern, die Streichung der Eilregelung einer Rasterfahndung ohne Richter und minimale

Verbesserungen bei der Onlinedurchsuchung. Herr Hay, wie konnten Sie sich damit zufriedengeben? Durch diese Änderung ist das BKA-Gesetz doch nicht weniger bürgerrechts- und verfassungsfeindlich geworden.

Statt Kosmetik und Schönfärberei hätte die Landesregierung das Gesetz stoppen müssen. Die massive Zentralisierung, die Schaffung einer Polizei mit geheimdienstlichen Instrumenten, die Schaffung einer ressourcenstarken, umfassend zuständigen Behörde und befähigten Gefahrenabwehrbehörde, der tiefe **Eingriff in Bürgerrechte** aufgrund sehr niedrigschwelliger Verdachts- und Vermutungsstufen und der massive Eingriff in den Kernbereich **privater Lebensgestaltung** durch die Onlinedurchsuchung - all das ist nach wie vor Bestandteil des Gesetzes.

(Beifall bei FDP und SSW)

Meine Damen und Herren von den Sozialdemokraten, damit tragen Sie Mitverantwortung dafür, dass unser Staat zu einem Schnüffelstaat umgebaut wird.

(Beifall bei der FDP - Wolfgang Kubicki [FDP]: Sehr gut!)

Da hilft auch kein Rausreden damit, dass es sich ja nur um eine **Erprobungszeit** des Gesetzes bis 2020 handelt. Gemeinsam mit der CDU opfern Sie unsere Freiheitsrechte auf dem Altar der Terrorismusbekämpfung. Nun muss das **Bundesverfassungsgericht** wieder ran und unsere Grund- und Bürgerrechte gegen die Angriffe der Großen Koalition verteidigen - so wie es das Gericht schon bei der Vorratsdatenspeicherung, beim Kfz-Kennzeichen-Scanning, bei der Rasterfahndung, der präventiven Telekommunikationsüberwachung und beim großen Lauschangriff gemacht hat.

Meine Damen und Herren, welch ein Armutzeugnis für unsere Demokratie!

(Beifall bei BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und SSW)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Für die CDU-Fraktion erhält nun der Herr Abgeordnete Peter Lehnert das Wort.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Welch ein Armutzeugnis für die SPD, Frau Heinold!)

Peter Lehnert [CDU]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Um die Diskussion im Zusammenhang mit der geplanten Änderung des BKA-Gesetzes besser nach-

(Peter Lehnert)

vollziehen zu können, erlauben Sie mir, zunächst einige Fakten zur aktuellen **Bedrohungslage** durch **Terroristen** mit islamistischem Hintergrund darzulegen.

In Deutschland konnten seit dem Jahr 2000 sieben Anschläge zum Teil nur mit großem Glück verhindert werden. Das Bundeskriminalamt und die Länderpolizeien ermittelten in dieser Zeit in rund 200 Ermittlungsverfahren mit islamistisch-terroristischem Hintergrund. Deutsche Gerichte haben seit dem 11. September 2001 in mehr als einem Dutzend großer Strafverfahren Urteile gefällt.

Erst gestern wurde der sogenannte Kofferbomber, der Kieler Student El Hajdib, wegen vielfachen versuchten Mordes zu einer lebenslangen Haftstrafe verurteilt. Er hatte zusammen mit seinen Komplizen im Juli 2006 auf dem Kölner Hauptbahnhof zwei Kofferbomben in den Regionalzügen nach Hamm und Koblenz deponiert, die aber nicht explodierten. Der Vorsitzende Richter sagte in seiner Urteilsbegründung:

„Dass es nicht zu einem verheerenden Blutbad mit einer Vielzahl von Toten gekommen ist, ist nur dem Umstand zu verdanken, dass der Angeklagte und sein Mittäter einem Irrtum beim Bau der Sprengsätze unterlegen sind.“

Wären die Bomben explodiert, wäre Deutschland nach Auffassung des Gerichts von einem Anschlag erschüttert worden, der die Erinnerung an die verheerenden Attentate von London und Madrid wachgerufen hätte. Deutschland habe einem islamistischen Anschlag nie näher gestanden als im vorliegenden Fall, sagte der Vorsitzende Richter.

Insgesamt 24 Tatverdächtige wurden **seit dem Jahr 2003** in Deutschland verurteilt; fast alle Urteile sind mittlerweile rechtskräftig. Zudem liegen konkrete Hinweise zu etwa 50 Personen aus Deutschland vor, die sich in den letzten Jahren in Terrorlagern aufgehalten haben bzw. noch dort sind und im Umgang mit Sprengstoff und Waffen ausgebildet werden.

Etwa 100 Personen, die durch das BKA als Gefährder eingestuft werden, stehen derzeit in Deutschland unter Beobachtung. Dabei hat die Zahl der jüngeren Jahrgänge ebenso deutlich zugenommen wie der Anteil der Konvertiten. Damit verfügen al-Qaida und andere terroristische Gruppierungen über ein erhebliches Potenzial in Deutschland oder im Ausland, Anschläge verüben zu können. Der Sauerland-Fall hat gezeigt, dass die betreffenden Personen national und international eng vernetzt sind.

Für eine Entspannung der Bedrohungslage gibt es derzeit keine Anzeichen. Bund und Länder müssen auf diese terroristische Bedrohungslage gemeinsam reagieren können.

Dabei muss die **Zusammenarbeit** so effektiv wie möglich gestaltet werden, um Risiken zu minimieren. Deshalb braucht das **BKA** die Möglichkeit, in eng begrenzten Fällen des internationalen Terrorismus - und nur um solche geht es in dem Gesetzentwurf - im Bereich der konkreten Gefahrenabwehr selbst tätig werden zu können. Gefahrenabwehr und Strafverfolgungsmaßnahmen liegen dann in diesen eng begrenzten Fällen - wie bei den Ländern auch - in einer Hand. Damit wird das BKA nicht zu einem deutschen FBI und auch nicht zu einer Geheimdienstzentrale, wie es die Grünen mit der Formulierung ihrer Antragsüberschrift suggerieren wollen. In Deutschland sind **polizeiliche und nachrichtendienstliche Aufgaben** streng getrennt. Das BKA-Gesetz beachtet dieses **Trennungsgebot** vollumfänglich.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Quatsch!)

Das BKA ist eine Polizeibehörde und bleibt dies auch bei der Gefahrenabwehr. Dies wird auch durch den **Richtervorbehalt** bei besonders eingriffintensiven Maßnahmen deutlich. Außerdem werden 95 % aller Fälle im Bereich der Gefahrenabwehr auch weiterhin von den Ländern wahrgenommen. Es kann auf lokale und regionale Bekämpfungsansätze durch die Länder und deren besondere Kenntnis der Lage vor Ort nicht verzichtet werden.

Nach der bisherigen Erfahrung ist die Anzahl brisanter Lagen wie die im Sauerland, Madrid oder London auf etwa vier bis fünf pro Jahr begrenzt. Für diese wenigen Ausnahmefälle braucht das BKA die Kompetenzen, die die Länder seit Jahrzehnten haben und die dort bewährte und erprobte Praxis sind.

Meine Damen und Herren, das **Bundesverfassungsgericht** hat in seiner Entscheidung vom 27. Februar 2008 zu den **Online-Durchsuchungen** ausdrücklich bestätigt: Der Staat muss terroristischen Bedrohungen entgegentreten können, um seine Bürgerinnen und Bürger wirksam zu schützen. Dieser Auftrag hat **Verfassungsrang**. Eine effektive Gefahrenabwehr muss sich an dem taktischen Vorgehen der Terroristen orientieren. Dabei geht es heutzutage vor allem um den Gebrauch moderner Technologien und hierbei insbesondere um die Nutzung des Internets.

Die bisherigen Anschläge und der versuchte Anschlag auf die beiden Regionalzüge in Deutschland

(Peter Lehnert)

sowie der geplante Anschlag der Sauerland-Gruppe belegen dies ganz eindeutig. Dabei wurden verschlüsselte Dateien gefunden, die teilweise bis heute nicht entschlüsselt werden konnten. Angesichts der technischen Entwicklung sind die bisherigen gesetzlichen Rahmenbedingungen in diesen Fällen nicht länger ausreichend. Deshalb braucht das BKA neue rechtliche Grundlagen.

Nach einem schwierigen und langwierigen Prozess ist jetzt auf Bundesebene ein erneuter Kompromiss zwischen CDU und SPD vereinbart worden. In der schwierigen Situation, die das Gesetzgebungsverfahren in den vergangenen Wochen durchzumachen hatte, hat Innenminister Hay eine konstruktive Rolle bei der Diskussion und der Abstimmung im Bundesrat gespielt. Dafür möchte ich mich im Namen meiner Fraktion ausdrücklich bei ihm bedanken.

(Beifall bei der CDU)

Unsere Fraktion ist froh, dass es jetzt endlich gelungen ist, eine klare Rechtsgrundlage zu schaffen. Außerdem will ich hier feststellen, dass wir großes Vertrauen in die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den staatlichen Institutionen haben, die mit der Terrorismusbekämpfung befasst sind, und ich möchte Ihnen an dieser Stelle für ihre schwere und nicht immer ungefährliche Arbeit danken.

Keine Freiheit ohne Sicherheit! - Diese Feststellung gilt unverändert und bleibt auch weiterhin eine elementare Herausforderung für unseren freiheitlichen und demokratischen Rechtsstaat. Deshalb bitte ich um Zustimmung zur Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses.

(Beifall bei der CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Peter Lehnert und erteile für die SPD-Fraktion Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls das Wort.

Klaus-Peter Puls [SPD]:

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe schon in erster Lesung darauf hingewiesen, dass wir als SPD-Landtagsfraktion den Antrag der Fraktion von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ablehnen werden, weil die Punkte 1 und 2 des Antrags aus unserer Sicht - um es vorsichtig auszudrücken - nicht ganz stimmig sind.

Erstens sollen wir beschließen, dass sich die Zuständigkeit der Länder für die polizeiliche Gefahrenabwehr bewährt hat und beibehalten werden

soll. Es besteht allerdings kein Anlass, um dies zu beschließen. Die **Zuständigkeit der Länder** für die polizeiliche Gefahrenabwehr soll durch das BKA-Gesetz nicht aufgehoben, sondern durch eine **Bundeskompetenz** lediglich ergänzt werden. In § 4 a soll es dann ausdrücklich heißen: „Die Befugnisse der Länder bleiben unberührt.“

Zweitens sollen wir beschließen, dass die für das Bundeskriminalamt neu geschaffenen Befugnissen zu Grundrechtseingriffen führen und unverhältnismäßig sind. Das zu beschließen, wäre aus unserer Sicht nicht sachgerecht, weil die dem **BKA** zur Wahrnehmung seiner Aufgabe gesetzlich einzuräumenden Befugnisse **Grundrechtseinschränkungen** nicht nur nicht ausschließen, sondern natürlich erforderlich machen; das sind in allen Länderpolizeigesetzen geregelte Selbstverständlichkeiten.

Wir werden den Antrag der Grünen entsprechend der mehrheitlichen Empfehlung des Fachausschusses auch deshalb ablehnen, weil wir das Ziel unterstützen, mit dem vorgesehenen Gesetz die Möglichkeiten der **Bekämpfung des internationalen, länderübergreifenden Terrorismus** zu verbessern und für das BKA eine entsprechende Rechtsgrundlage zu schaffen; diese gibt es nämlich noch nicht.

Nach Art. 73 Abs. 1 Nr. 9 a des Grundgesetzes hat der Bund die ausschließliche Gesetzgebungskompetenz über die Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus durch das Bundeskriminalamt. Von dieser Kompetenz ist aber noch kein Gebrauch gemacht worden, und das soll jetzt geschehen.

Zugewiesen werden soll jetzt die **Kompetenz zur Bekämpfung der Gefahren des internationalen Terrorismus** ausdrücklich nur in den **Fällen**, in denen eine länderübergreifende Gefahr vorliegt, in denen die Zuständigkeit einer Landespolizeibehörde nicht erkennbar ist oder in denen das Land selbst den Bund zur Übernahme der Aufgabenwahrnehmung ersucht. Nur für solche Fälle soll die im Grundgesetz verankerte neue Gesetzgebungskompetenz des Bundes einfachgesetzlich umgesetzt werden.

Selbstverständlich müssen dem **BKA** zur effektiven Wahrnehmung seiner grundgesetzlich zugeordneten Aufgaben auch konkrete und klare **polizeiliche Befugnisse** zugewiesen werden. Dass dabei die einschlägige Verfassungsrechtsprechung zu berücksichtigen ist und dass rechtsstaatliche Grenzen erforderlicher Grundrechtseinschränkungen nicht überschritten werden dürfen, ist für uns als SPD-Fraktion selbstverständlich.

(Klaus-Peter Puls)

Wir freuen uns, dass der Innenminister nicht nur seinerzeit hier im Landtag, sondern dort, wo es hingehört, nämlich auf der zuständigen Bundesebene, deutlich gemacht hat, dass die schon jetzt stattfindende **Zusammenarbeit** zwischen dem **BKA** und den **Polizeibehörden der Länder** einer klaren Kompetenzgrundlage bedarf, dass insbesondere in Sachen Online-Durchsuchung für ein insgesamt rechtsstaatliches Prozedere - Stichwort Richtervorbehalt - auch in Eilfällen gesorgt werden muss und dass auch für die **Berufsgeheimnisträger** der Schutz zum Beispiel bei Befragungen durch das Bundeskriminalamt noch verbessert werden kann. In allen drei und auch in weiteren Punkten wird das bundesparlamentarische Beratungsverfahren - ich glaube - noch in der nächsten Woche auch wegen der Intervention aus anderen Ländern mit einem Gesetz enden, das den angemahnten rechtsstaatlichen Nachbesserungsbedarf erfüllt. Dem Innenminister danken wir insoweit für seinen Einsatz, auch wenn eine Bundesratsabstimmung bei Frau Heinold und bei einigen anderen offenbar zu Irritationen geführt hat. Ich finde, das in Nachverhandlungen auf Bundesebene erreichte Ergebnis zählt. Deshalb danke ich dem Innenminister.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Klaus-Peter Puls und erteile für die FDP-Fraktion dem Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki das Wort.

(Zuruf der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Da allen bekannt ist, dass der ehemalige Innenminister und heutige SPD-Fraktionsvorsitzende Zitate liebt und diese immer an den Anfang seiner Redebeiträge stellt, möchte ich das auch tun, wenn auch mit einem anderen kulturellen Hintergrund.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Du stellst dich aber nicht auf eine Stufe!)

- Kollege Dr. Garg, ich habe das schon einmal in der Fraktion gesagt: Intellektuelle Differenzierungsfähigkeit heißt, man darf alles vergleichen, aber nicht alles gleichsetzen. Da besteht ein kleiner Unterschied. Wie gesagt, ich möchte mit einem Zitat des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden des Zeitungsverlages sh:z beginnen.

(Zuruf des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

- Nein, das Zitat kommt erst noch. Das war kein Zitat; das war von mir. - Ich möchte also mit einem Zitat des Gesamtbetriebsratsvorsitzenden des sh:z in einer Mail an die Damen und Herren der SPD-Bundestagsfraktion vom 4. Dezember dieses Jahres beginnen. Unter dem Betreff „Ermahnung Zeugnisverweigerungsrecht für Journalisten“ fand Herr Pleil folgende Worte:

„Mit ungläubigem Erstaunen verfolgen die Betriebsräte des schleswig-holsteinischen Zeitungsverlages Ihre seit geraumer Zeit erkennbaren Bemühungen, die Pressefreiheit in diesem Lande einzuschränken. Mit der von Ihnen in Zusammenarbeit mit Herrn Schäuble geplanten erheblichen Einschränkung des Zeugnisverweigerungsrechtes auch für Journalisten erweisen Sie unserer Demokratie einen Bärendienst. Wie nur können sich ausgerechnet in sozialdemokratischen Köpfen solche unverantwortlichen Gedanken bis zur Tatreife entwickeln? Ich fordere Sie und Ihre Fraktionen in den Landtagen auf, das geplante Gesetz unverzüglich zu stoppen und einer gründlichen Überarbeitung zu unterziehen. Abschließend eine dringende Bitte: Sägen Sie nicht weiter an den Grundpfeilern unserer Demokratie. Mit nicht sehr freundlichen Grüßen Wenzel Pleil.“

Ich hoffe, dass Herr Pleil diese Botschaft auch an die Damen und Herren der CDU geschickt hat. Eines aber zeigt die Mail genau: Die SPD, an die immer noch einige Menschen die Erwartung hegen, dass Sie sich auch in diesem Haus weiter für eine freiheitliche, offene, tolerante und liberale Bürgerrechtspolitik einsetzt, diese SPD gibt es fast nicht mehr.

(Beifall bei der FDP und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Wenn man jetzt noch lesen muss, dass in Hessen Sozialdemokraten anscheinend ihr Abstimmungsverhalten für Frau Ypsilanti fotografieren sollten, dann muss man sich fragen, ob Teile der SPD noch auf dem Boden unserer Verfassung stehen.

Der Eiertanz, den die Genossen gerade in diesem Hause beim BKA-Gesetz vollzogen haben, ist ebenso einmalig, Kollege Puls. Bereits im Mai erläuterte Innenminister Lothar Hay seine Bedenken gegen diesen Gesetzentwurf unter anderem mit der Aussage, dass die im BKA-Gesetz vorgesehene

(Wolfgang Kubicki)

Strafverhütungskompetenz bei allen terroristischen Straftaten weit im **Vorfeld einer konkreten Gefahr** die Verfassungsvorgabe des Artikels 73 Absatz 1 Nummer 9 a Grundgesetz sprengt.

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich sehe, dass Sie bereit sind, eine Frage des Herrn Fraktionsvorsitzenden Dr. Stegner zu beantworten.

Wolfgang Kubicki [FDP]:

Frau Präsidentin, ich bin bereit, Ihre Frage entgegenzunehmen. Ich beantworte sie mit Ja.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Voller Rührung über die Sorge, die Sie sich um die Sozialdemokratie machen, habe ich folgende Frage: Ist Ihnen bekannt, welcher Minister das bisher einzige Ländergesetz eingebracht hat, in dem die Online-Durchsuchung in einem Ländergesetz vorgeschlagen ist, und in welcher Partei dieser Minister ist?

- Ja, das ist mir bekannt.

Dr. Ralf Stegner [SPD]: Würden Sie dem Hohen Haus das freundlicherwise auch sagen?

- Das mache ich auch, Herr Kollege. Auf solche Fragen muss man nicht warten, man weiß, dass sie von Ihnen kommen. Das war der Kollege und Innenminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Er ist ein Parteifreund von mir. Sie wissen, dass ich in diesem Haus - anders als Sie mit Ihren Leuten - dieses Verfahren von Herrn Wolff massiv kritisiert habe. Wenn es Sie beruhigt: Ich habe die Klagen von Parteifreunden der FDP gegen diesen Gesetzentwurf unterstützt.

Der Innenminister Lothar Hay betonte, dass der **Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Personen** analog der §§ 53 und 53 a der Strafprozessordnung geregelt sein müsse. Da hören wir noch vor Kurzem vonseiten des Innenministeriums im Innen- und Rechtsausschuss des Landtags die vielfältigen Bedenken des sozialdemokratischen Hauses gegen das **BKA-Gesetz**. Da lesen wir in einem Interview von Justizminister Döring in Anspielung auf das BKA-Gesetz, dass die Menschen besser nicht wissen sollten, wie Würste und Gesetze gemacht werden. Das ist ein gutes Bild. Am Ende stimmt die SPD in dieser Landesregierung im Bundesrat sogar noch mit für den ungeänderten BKA-Gesetzentwurf. Herr Kollege Lehnert, Sie wissen, ich schätze Sie sehr. Jetzt lobt Kollege Lehnert von der CDU, der nicht gerade als Mensch freiheitlich-liberaler

Thesen in der Innenpolitik bekannt ist, auch noch die SPD dafür, dass sie auch in der nächsten Runde im Bundesrat dem leicht geänderten BKA-Gesetz zustimmen wird. Kollege Hay, das ist eigentlich die Höchststrafe. Da stellt sich die berechnete Frage: Wer ist hier eigentlich die Wurst?

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP], Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Im Gegensatz zu Minister Döring will ich wissen, warum die SPD ihre verfassungsmäßigen Bedenken einfach über Bord geworfen hat. Die FDP kann auf jeden Fall mit großem Stolz auf das Verhalten ihrer Vertreter im **Bundesrat** blicken. Selbst Bayern hat mit einer FDP-Regierungsbeteiligung dem Gesetzeswerk nicht mehr zustimmen können. Das ist eine besondere Freude. Die Hessen würden es genauso tun. Auch in Bayern gab es Koalitionspartner von der Union, auch dort gab es natürlich keine Begeisterung in den Koalitionswunden. Es ist gerade diese Standhaftigkeit auch im Konflikt, die Respekt und Anerkennung verdient und die der Politik auch ein Stück Glaubwürdigkeit wiedergibt.

(Beifall der Abgeordneten Dr. Heiner Garg [FDP], Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Lars Harms [SSW])

Ich hätte mich ehrlich gefreut, wenn ich heute gegenüber den Sozialdemokraten in der Landesregierung oder auch hier im Hohen Haus eine ähnliche Bewertung hätte abgeben können. So bleibt nur die Frage: Quo vadis, SPD?

(Beifall bei der SPD und der Abgeordneten Monika Heinold [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Fraktionsvorsitzenden Wolfgang Kubicki und erteile für den SSW im Landtag der Frau Abgeordneten Anke Spoorendonk das Wort.

Anke Spoorendonk [SSW]:

Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Position des SSW zum BKA-Gesetz ist und bleibt klar. Das BKA-Gesetz geht in einer ganzen Reihe von Bereichen darüber hinaus, was wir an **Grundrechten** für die Sicherheit zu opfern bereit sind. Eine ähnliche Klarheit und Standhaftigkeit hätte ich mir auch von den Sozialdemokraten im Land gewünscht. Eine Zeit lang konnte man auch den Eindruck gewinnen, dass die SPD in Schles-

(Anke Spoorendonk)

wig-Holstein ihren alten liberalen Kompass wieder gefunden hatte.

Als sich der Innen- und Rechtsausschuss mit dem **BKA-Gesetz** befasste, machte Innenminister Hay erhebliche Bedenken gegen die **Eingriffe** des geplanten Gesetzes geltend und forderte wichtige Nachbesserungen ein. Auch Justizminister Döring hat in den Medien in bemerkenswerter Klarheit zu verstehen gegeben, dass die nähere Kenntnis dieses Gesetzes zu schlaflosen Nächten führt. Noch zu Beginn der vorletzten Woche konnte man aus den Medien den Eindruck gewinnen, Innenminister Hay sei ein scharfer Kritiker des BKA-Gesetzes, doch seit Ende der vorletzten Woche wissen wir, dass Schleswig-Holstein nun doch dem Gesetz zustimmen wird. Lothar Hay hob am 28. November im Bundesrat die Hand für das BKA-Gesetz. Dass es am Ende doch nicht für eine Verabschiedung reichte, lag nicht an Schleswig-Holstein. Mittlerweile haben die CDU und die SPD ja einen Kompromiss im **Vermittlungsausschuss** ausgeküngelt, und einige der Kritikpunkte sind entschärft worden.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Im Bundestag!)

- Gut, im Bundestag. In einem Pseudovermittlungsausschussgespräch hat man einen Kompromiss ausgeküngelt, und einige Kritikpunkte sind entschärft worden.

(Beifall bei der SPD)

Klargestellt worden ist, dass das BKA ausschließlich bei der **Gefahr durch internationalen Terrorismus** automatisch zuständig ist. Außerdem soll die Genehmigung und die Auswertung von **Online-Durchsuchungen** nur unter **Beteiligung eines Richters** erfolgen dürfen.

Was bleibt, ist aber immer noch schlimm genug: Das Bundeskriminalamt soll weiterhin sogenannte Trojaner installieren dürfen, um über das Internet **private Daten auf privaten Rechnern** auszuspähen. Erst danach soll unter richterlicher Aufsicht geprüft werden, ob der Kernbereich privater Lebensgestaltung betroffen ist, also ob zum Beispiel Tagebucheinträge, Krankenakten, private Kontodaten oder höchst private Fotos erfasst wurden. Darüber hinaus soll es bei der Gefahrenabwehr eine niedrigere Hürde für Eingriffe ins **Zeugnisverweigerungsrecht** geben als bei der Strafverfolgung. Die Schweigepflicht und das Schweigerecht von Pfarrern, Ärzten und anderen Berufsgruppen soll geknackt werden.

Angesichts dieses massiven Einbruchs in die **Privatsphäre** wird nicht zuerst bei den zu allem ent-

schlossenen Terrorzellen die Angst vor diesem Gesetz ausbrechen, sondern bei Pfarrern, Anwälten, Journalisten und Ärzten. Sie geraten mit dem neuen Gesetz ungeschützt in das Visier der Fahnder, sobald sie nur einmal von vermeintlich potenziellen Terroristen kontaktiert werden. Der Verhandlungsführer der SPD für das BKA-Gesetz, der rheinland-pfälzische Innenminister Karl Peter Bruch, hat gegenüber der Presse bestätigt, dass eine einzige verdächtige E-Mail aus Pakistan umgehend das BKA auf dem Plan ruft.

Für uns ist klar: Eine derartige Überwachung ist eine mindestens ebenso große Gefahr für die Freiheit. Die **staatlichen Befugnisse** sind in den letzten Jahren schon erheblich ausgeweitet worden. Statt einer zunehmend perfektionierten Überwachung der Bevölkerung stellt sich schon längst die Frage der besseren **Kontrolle** und Beschränkung **der Überwach-**

(Beifall bei SSW und FDP)

Es ist höchste Zeit, liebe Kolleginnen und Kollegen, den **Bürgerrechten** wieder den Raum zu geben, den sie in den letzten Jahren einbüßen mussten

(Beifall bei SSW und FDP)

Denn nicht nur die Terroristen bedrohen unsere Freiheit; die politischen Reaktionen auf den Terror tun es mittlerweile ebenso.

(Beifall bei SSW, FDP und des Abgeordneten Konrad Nabel [SPD])

Die SPD hat sich nach ihrem späten Protest gegen das BKA-Gesetz schon wieder damit zufriedengegeben, dass sie den **Richtervorbehalt** durchsetzen konnte, und den Rest um des lieben Koalitionsfriedens willen geschluckt. Dies ist nicht nur ein Pyrrhus-Sieg, wenn es um die Bürgerrechte geht, es ist leider auch symptomatisch für diese Bundesregierung.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es ist schon bedenklich, dass die Große Koalition wie kaum eine andere Regierung ständig an der Grenze des Grundgesetzes spazieren geht - immer wieder mit einem Bein auf der anderen Seite.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Erst gestern hat das Bundesverfassungsgericht bei der Pendlerpauschale die CDU und die SPD wieder auf die Seite des Rechts verwiesen. Es ist vorherzusehen, dass sie beim BKA-Gesetz ebenso der Nach-

(Anke Spoorendonk)

hilfe aus Karlsruhe bedarf, um zu erkennen, dass selbst eine Große Koalition nicht allmächtig die freiheitlichen Bürgerrechte mit Füßen treten kann.

(Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Es liegt auch in der Hand unserer Landesregierung, diese unheilige Tendenz zu brechen. Deshalb fordern wir vor allem die Sozialdemokraten in Schleswig-Holstein auf: Schützen Sie die Werte des Grundgesetzes, und stimmen Sie im Bundesrat gegen das BKA-Gesetz!

(Anhaltender Beifall bei SSW, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke der Frau Abgeordneten Spoorendonk und erteile für die Landesregierung dem Herrn Innenminister Lothar Hay das Wort.

Lothar Hay, Innenminister:

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Frau Präsidentin! Ich habe bei dieser Debatte den Eindruck, dass einige ein sehr schlechtes Gedächtnis und nicht mehr in Erinnerung haben, was ich von dieser Stelle aus im Mai dargestellt habe. Ich habe damals deutlich gemacht, dass ich in Ergänzung einer einfachgesetzlichen Regelung des Artikels 73 Abs. 1 Nr. 9 a für ein BKA-Gesetz bin, und habe dann im Einzelnen dargestellt, wo aus meiner Sicht ein **Nachbesserungsbedarf** besteht. Daraus zu machen, ich hätte mich gegen ein BKA-Gesetz ausgesprochen, ist etwas fehl am Platze.

Ich habe darauf hingewiesen, dass die sehr gut funktionierende Zusammenarbeit zwischen dem BKA und den Polizeibehörden der Länder eine klare Kompetenzverteilung braucht. Warten wir ab, was am 19. dem Bundesrat und dem Bundestag vorgelegt wird.

Ich habe darauf hingewiesen, dass die Strafverhütungskompetenz des BKA bei allen terroristischen Straftaten weit im Vorfeld einer konkreten Gefahr ansetze und deshalb aus meiner Sicht problematisch sei - im Abgleich zu den Befugnissen der Landespolizeien.

Ich habe kritisch angemerkt, dass über das Schutzniveau der Berufsheimnisträger noch diskutiert werden müsse.

Ich habe deutlich gemacht - das gilt für die Innenminister der Bundesrepublik Deutschland -, dass sich die Innenminister zwar auf das Ob einer Onli-

ne-Durchsuchung verständigt hätten, das Wie aber genauer betrachtet werden müsse. Wenn bei dem Wie herauskommt, dass es bei einer Online-Durchsuchung keine Eilkompetenz des BKA-Präsidenten gibt, sondern alles unter dem Vorbehalt der Richterentscheidungen und der Prüfung durch einen Richter steht, sind wir rechtsstaatlich - wenn das am 19. so kommt - auf der sicheren Seite.

Wir haben uns im ersten Durchgang des Innenausschusses des Bundesrats mit entsprechenden Anträgen zu Wort gemeldet. Wir haben auch Anträge anderer Länder unterstützt. Die waren nur teilweise erfolgreich.

Der **Bundesrat** hat nur eine Klarstellung bei der Strafverhütungskompetenz und den absoluten Schutz für Seelsorger als Änderungsbegehren gegenüber dem Regierungsentwurf beschlossen. Der Gesetzesbeschluss des Bundestags vom 12. November 2008 änderte den Regierungsentwurf in einigen Punkten.

Erstens. In Anpassung an die allgemeine Regelung zum **Schutz zeugnisverweigerungsberechtigter Berufsheimnisträger** erhalten Seelsorger, Strafverteidiger und Abgeordnete ein absolutes Auskunftsverweigerungsrecht bei Befragungen durch das BKA.

Zweitens. Die **Rasterfahndung** wird nur noch durch das Gericht angeordnet. Der BKA-Präsident verliert auch dort seine Eilkompetenz.

Drittens. Das ist der Punkt, den ich jetzt nicht näher ausführen will. Ich habe ihn kritisch gesehen. Eine Eilentscheidung des BKA-Präsidenten kann zu **Online-Durchsuchungen** führen, wenn zwei BKA-Mitarbeiter dabei sind. Ein Datenschutzbeauftragter des BKA, der nicht weisungsabhängig ist, wird hinzugezogen. Dieser kann bei Uneinigkeit eine unverzügliche Entscheidung des Gerichts herbeiführen.

Viertens. Unter Einbeziehung eines im Einvernehmen mit dem Bundestag zu bestellenden Sachverständigen erfolgt nach fünf Jahren die **Evaluation** der besonders eingriffsintensiven Normen der Rasterfahndung und der Online-Durchsuchung sowie der Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern.

Fünftens. Die **Online-Durchsuchung** wird bis zum 31. Dezember 2020 **befristet**.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Kabinett war und ist sich im Interesse einer funktionierenden Zusammenarbeit von Bund und Ländern bei der **Abwehr von Gefahren des internationalen Terrorismus** über die grundsätzliche Notwendigkeit des Gesetzes absolut einig. Ich habe das schon

(Minister Lothar Hay)

im Mai betont und betone dies noch einmal. Schleswig-Holstein hat deshalb im zweiten Durchgang im Bundesrat dem Gesetzentwurf in der Fassung des Bundestagsbeschlusses zugestimmt. Allerdings haben wir eine Protokollerklärung mit den von mir angemerkten kritischen Bemerkungen abgegeben; wir haben uns durch die Sachverständigenanhörungen im Innenausschuss des Bundestags bestätigt gesehen.

Gleichzeitig ist im Bundesrat der Antrag abgelehnt worden, den **Vermittlungsausschuss** anzurufen und sich erneut mit diesem Gesetz zu beschäftigen.

Nachdem es weder eine Mehrheit für das Gesetz noch eine Mehrheit für die Anrufung eines Vermittlungsausschussverfahrens zustande gekommen ist, hat es am 2. Dezember für das Vermittlungsverfahren, ein Vorbereitungsgespräch gegeben. Über die Inhalte ist in den Medien weitgehend berichtet worden. Es wird eine klare **Kompetenzabgrenzung** zwischen Landespolizeien und dem BKA geben. Auf das Thema BKA-Untersuchungen bin ich schon eingegangen. Was das Thema Zeugnisverweigerungsrecht betrifft, haben wir uns nicht in dem Maß durchsetzen können, wie es wünschenswert gewesen wäre.

Aus meiner Sicht bleibt aber die Notwendigkeit, dass wir ein BKA-Gesetz mit klaren Kompetenzabgrenzungen brauchen: Ich gehe davon aus, dass durch den Vermittlungsausschuss sowohl dem Bundestag als auch dem Bundesrat ein zustimmungsfä-

higes Gesetz vorgelegt wird, sodass das BKA-Gesetz zum 1. Januar 2009 in Kraft treten kann.

(Beifall bei SPD und CDU)

Vizepräsidentin Frauke Tengler:

Ich danke dem Herrn Innenminister. Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe damit die Beratung.

Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucksache 16/2053. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Gegenprobe! - Enthaltungen? - Damit ist der Antrag mit den Stimmen der Fraktionen von CDU und SPD gegen die Stimmen der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW bei Enthaltung der Fraktion der FDP abgelehnt.

Ich warte jetzt auf den Blickkontakt zum PGF der SPD und stelle fest, dass die Fraktionen übereingekommen sind, heute keinen weiteren Tagesordnungspunkt mehr aufzurufen. Ich unterbreche deshalb die Tagung und wünsche Ihnen einen guten Abend. Wir sehen uns morgen früh wieder.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss: 17:50 Uhr